Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/1673

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
6 — 68000 — 6295/63

Bonn, den 29. November 1963

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Assoziierungsabkommen vom 20. Juli 1963 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar sowie zu den mit diesem Abkommen in Zusammenhang stehenden Abkommen

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Das Assoziierungsabkommen nebst Protokollen und einem Abkommen im Anhang in seinem deutschen, französischen, italienischen und niederländischen Wortlaut sowie eine Denkschrift zum Abkommen sind beigefügt.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern des Auswärtigen und für Wirtschaft gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 263. Sitzung am 29. November 1963 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Postfach 821
Telefon 6 35 51

Entwurf eines Gesetzes zu dem Assoziierungsabkommen vom 20. Juli 1963 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar sowie zu den mit diesem Abkommen im Zusammenhang stehenden Abkommen

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Jaunde am 20. Juli 1963 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten

- Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten Afrikanischen Staaten und Madagaskar sowie den in der Schlußakte aufgeführten Zusatzdokumenten,
- Abkommen über die Erzeugnisse, die unter die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallen,
- Internen Abkommen über die zur Durchführung des Abkommens über die Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten Afrikanischen Staaten und Madagaskar zu treffenden Maßnahmen und die dabei anzuwenden Verfahren,
- Internen Abkommen über die Finanzierung und Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft,
- Protokoll über die Einfuhr von ungebranntem Kaffee in die Beneluxländer

wird zugestimmt. Die Abkommen, das Protokoll und die Schlußakte werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem

- das Assoziierungsabkommen nach seinem Artikel 57 und die in der Schlußakte aufgeführten Zusatzdokumente,
- das Abkommen über die Erzeugnisse, die unter die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallen, nach seinem Artikel 5,
- das Interne Durchführungsabkommen nach seinem Artikel 9 und
- das Interne Finanzabkommen nach seinem Artikel 20,
- das Protokoll betreffend ungebrannten Kaffee nach seinem Artikel 2

für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Das Assoziierungsabkommen wird sowohl von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als auch von den Mitgliedstaaten dieser Gemeinschaft abgeschlossen, weil die in dem Abkommen geregelten Materien nicht in vollem Umfange durch die der Gemeinschaft nach dem EWG-Vertrag zustehende Vertragsschließungskompetenz gedeckt sind. Hinsichtlich dieser durch die Gemeinschaftskompetenz nicht erfaßten Materien bedarf das Abkommen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 (2. Alternative) des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in Form eines Bundesgesetzes, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Die übrigen in Artikel 1 genannten Abkommen, die nur von bzw. zwischen den Mitgliedstaaten abgeschlossen wurden, bedürfen aus dem gleichen Grunde der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften in Form eines Bundesgesetzes. Die Rechtslage ist die gleiche wie im Assoziierungsabkommen zwischen der EWG und Griechenland. Von einem besonderen Hinweis auf diese Rechtslage im Wortlaut des Artikels 1 wurde abgesehen, weil sich der begrenzte Umfang der Zustimmung aus dem Gesamtzusammenhang eindeutig ergibt.

Zu Artikel 2

Die Abkommen sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes. Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem die Abkommen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkungen

I. Die zur zollrechtlichen Durchführung der Abkommen erforderlichen Änderungen beziehungsweise Ergänzungen des Zollgesetzes vom 14. Juni 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 737) werden in einem besonderen Änderungsgesetz zum Zollgesetz geregelt.

II. Die Abkommen führen zu folgenden Belastungen des Bundeshaushalts:

1. Der Anteil der Bundesrepublik Deutschland an der von den EWG-Mitgliedstaaten gemäß Artikel 1 Abs. 2 des Internen Finanzabkommens für einen Zeitraum von 5 Jahren aufzubringenden Finanzhilfe von 730 Millionen Rechnungseinheiten (Wert einer Rechnungseinheit = 0,88867088 Gramm Feingold = gegenwärtiger Feingoldgehalt des US-Dollars) beträgt 986 Millionen DM. Davon entfallen bis zu rund 919 Millionen DM auf verlorene Zuschüsse, der Rest auf Darlehen zu günstigen Bedingungen (Artikel 1 Abs. 3 des Internen Finanzabkommens).

2. Die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an den Zinssubventionen, mit denen nach Artikel 1 Abs. 4 und Artikel 6 des Internen Finanzabkommens Darlehen der Europäischen Investitionsbank bis zu einem Betrag von 70 Millionen Rechnungseinheiten ausgestattet werden können, wird während der Laufzeit der Darlehen auf insgesamt höchstens 37 Millionen DM geschätzt.

   Für die Darlehen der Europäischen Investitionsbank kann außerdem im Einzelfall unter bestimmten Voraussetzungen eine gemeinsame Bürgschaft der EWG-Mitgliedstaaten gegeben werden; der Anteil der Bundesrepublik Deutschland am Bürgschaftsrisiko beläuft sich auf 30 vom Hundert (Artikel 5 des Internen Finanzabkommens).

3. Der Einnahmeverlust an Zöllen und anteiliger Umsatzausgleichsteuer als Folge der in Artikel 2 Abs. 2 des Assoziierungsabkommens genannten Maßnahmen beläuft sich schätzungsweise auf jährlich 5,2 Millionen DM.

   Mit den Maßnahmen des Artikels 2 Abs. 2 steht eine im Grundsatz vom Rat der EWG bereits beschlossene Senkung bzw. Aussetzung des Gemeinsamen Zolltarifs für die im Anhang zu dem Assoziierungsabkommen aufgeführten Erzeugnisse im unmittelbaren Zusammenhang; der sich daraus ergebende Einnahmeverlust an Zöllen und anteiliger Umsatzausgleichsteuer wird jährlich auf 163 Millionen DM geschätzt.

4. Der Anteil der Bundesrepublik an den Verwaltungskosten der Assoziierungsorgane (Protokolle Nr. 6 zu dem Assoziierungsabkommen) beträgt schätzungsweise jährlich 400 000 DM.

Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar

Convention d'association entre la Communauté Économique Européenne et les États Africains et Malgache associés à cette Communauté

Convenzione di Associazione fra la Comunità Economica Europea e gli Stati Africani e Malgascio Associati a tale Comunità

Associatieovereenkomst tussen de Europese Economische Gemeenschap en de met deze Gemeenschap geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar

Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar		**Convention d'association entre la Communauté Économique Européenne et les États Africains et Malgache associés à cette Communauté**	
Titel I	Warenverkehr	Titre I	Les échanges commerciaux
Titel II	Finanzielle und technische Zusammenarbeit	Titre II	Coopération financière et technique
Titel III	Niederlassungsrecht, Dienstleistungen, Zahlungs- und Kapitalverkehr	Titre III	Droit d'établissement, services, paiements et capitaux
Titel IV	Die Organe der Assoziation	Titre IV	Les Institutions de l'Association
Titel V	Allgemeine und Schlußbestimmungen	Titre V	Dispositions générales et finales
Anhang zum Abkommen		Annexe à la Convention	

Protokolle		**Protocoles**	
Protokoll Nr. 1	über die Anwendung des Artikels 3 des Assoziierungsabkommens	Protocole 1	relatif à l'application de l'article 3 de la Convention d'Association
Protokoll Nr. 2	über die Anwendung des Artikels 6 des Assoziierungsabkommens	Protocole 2	relatif à l'application de l'article 6 de la Convention d'Association
Protokoll Nr. 3	über den Begriff „Erzeugnisse mit Ursprung in ..." oder „Ursprungserzeugnisse" für die Anwendung des Assoziierungsabkommens	Protocole 3	relatif à la notion de « produits originaires » pour l'application de la Convention d'Association
Protokoll Nr. 4	über die Maßnahmen der Hohen Vertragsparteien betreffend die gegenseitige Berücksichtigung ihrer Interessen, insbesondere hinsichtlich der tropischen Erzeugnisse	Protocole 4	relatif à l'action des Hautes Parties contractantes concernant leurs intérêts réciproques notamment à l'égard des produits tropicaux
Protokoll Nr. 5	über die Verwaltung der Finanzhilfen	Protocole 5	relatif à la gestion des aides financières
Protokoll Nr. 6	über die Verwaltungskosten der Organe der Assoziation	Protocole 6	relatif aux frais de fonctionnement des Institutions de l'Association
Protokoll Nr. 7	über den Wert der Rechnungseinheit	Protocole 7	relatif à la valeur de l'unité de compte

Abkommen	**Accord**
über die Erzeugnisse, die unter die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallen	relatif aux produits relevant de la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier

Schlußakte	**Acte final**

Internes Abkommen	**Accord interne**
über die zur Durchführung des Abkommens über die Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar zu treffenden Maßnahmen und die dabei anzuwendenden Verfahren	relatif aux mesures à prendre et aux procédures à suivre pour l'application de la Convention d'Association entre la Communauté Economique Européenne et les États Africains et Malgache associés à cette Communauté

Internes Abkommen	**Accord interne**
über die Finanzierung und Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft	relatif au financement et à la gestion des aides de la Communauté

Protokoll	**Protocole**
über die Einfuhr von ungebranntem Kaffee in die Beneluxländer	relatif aux importations de café vert dans les pays du Benelux

Convenzione di Associazione fra la Comunità Economica Europea e gli Stati africani e malgascio associati a tale Comunità		**Associatieovereenkomst tussen de Europese Economische Gemeenschap en de met deze Gemeenschap geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar**	
Titolo I	Scambi commerciali	Titel I	Handelsverkeer
Titolo II	Cooperazione finanziaria e tecnica	Titel II	Financiële en technische Samenwerking
Titolo III	Diritto di stabilimento, servizi, pagamenti e capitali	Titel III	Recht van vestiging, diensten, betalingen en kapitaal
Titolo IV	Le Istituzioni dell'Associazione	Titel IV	De Instellingen van de Associatie
Titolo V	Disposizioni generali e finali	Titel V	Algemene en slotbepalingen
Allegato alla Convenzione		Bijlage van de Overeenkomst	

Protocolli		**Protocollen**	
Protocollo 1	relativo all'applicazione dell'articolo 3 della Convenzione di Associazione	Protocol 1	betreffende de toepassing van artikel 3 van de Associatieovereenkomst
Protocollo 2	relativo all'applicazione dell'articolo 6 della Convenzione di Associazione	Protocol 2	betreffende de toepassing van artikel 6 van de Associatieovereenkomst
Protocollo 3	relativo al concetto di «prodotti originari» per l'applicazione della Convenzione di Associazione	Protocol 3	betreffende het begrip „produkten van oorsprong" voor de toepassing van de Associatieovereenkomst
Protocollo 4	relativo all'azione delle Alte Parti Contraenti per quanto riguarda i reciproci interessi in particolare per i prodotti tropicali	Protocol 4	betreffende de maatregelen van de Hoge Overeenkomstsluitende Partijen inzake hun wederzijdse belangen, met name op het gebied van tropische produkten
Protocollo 5	relativo alla gestione degli aiuti finanziari	Protocol 5	betreffende het beheer van de financiële steun
Protocollo 6	relativo alle spese di funzionamento delle Istituzioni dell'Associazione	Protocol 6	betreffende de huishoudelijke kosten van de Instellingen der Associatie
Protocollo 7	relativo al valore dell'unità di conto	Protocol 7	betreffende de waarde van de rekeneenheid

---

Accordo	**Akkoord**
relativo ai prodotti di competenza della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio	betreffende de produkten die onder de bevoegdheid vallen van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal

---

Atto finale	**Slotakte**

Accordo interno	**Intern Akkoord**
relativo ai provvedimenti da prendere e alle procedure da seguire per l'applicazione della Convenzione di Associazione tra la Comunità Economica Europea e gli Stati africani e malgascio associati a tale Comunità	inzake maatregelen en procedures nodig ter toepassing van de Associatieovereenkomst tussen de Europese Economische Gemeenschap en de met deze Gemeenschap geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar

---

Accordo interno	**Intern Akkoord**
relativo al finanziamento e alla gestione degli aiuti della Comunità	betreffende de financiering en het beheer van de steun van de Gemeenschap

---

Protocollo	**Protocol**
relativo alle importazione di caffè verde nei paesi del Benelux	betreffende de invoer van ongebrande koffie in de Benelux-landen

Abkommen über die Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar

Convention d'association entre la Communauté Économique Européenne et les États Africains et Malgache associés à cette Communauté

Präambel

SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER BELGIER,
DER PRÄSIDENT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,
DER PRÄSIDENT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK,
DER PRÄSIDENT DER ITALIENISCHEN REPUBLIK,
IHRE KÖNIGLICHE HOHEIT DIE GROSSHERZOGIN VON LUXEMBURG,
IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN DER NIEDERLANDE

Vertragsparteien des am 25. März 1957 in Rom unterzeichneten Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, nachstehend „der Vertrag" genannt, deren Staaten im folgenden als „Mitgliedstaaten" bezeichnet werden,

und DER RAT DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT

einerseits und

SEINE MAJESTÄT DER MWAMI VON BURUNDI,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK DAHOME,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK ELFENBEINKÜSTE,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK GABUN,
DER PRÄSIDENT DER BUNDESREPUBLIK KAMERUN,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK KONGO (BRAZZAVILLE),
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK KONGO (LÉOPOLDVILLE),
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK MADAGASKAR,
DER STAATSCHEF UND PRÄSIDENT DES REGIERUNGSRATS DER REPUBLIK MALI,
DER PRÄSIDENT DER ISLAMITISCHEN REPUBLIK MAURETANIEN,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK NIGER,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK OBERVOLTA,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK RWANDA,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK SENEGAL,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK SOMALIA,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK TOGO,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK TSCHAD,
DER PRÄSIDENT DER ZENTRALAFRIKANISCHEN REPUBLIK,

deren Staaten im folgenden als „assoziierte Staaten" bezeichnet werden,

andererseits,

Préambule

SA MAJESTÉ LE ROI DES BELGES,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE ITALIENNE,
SON ALTESSE ROYALE LA GRANDE-DUCHESSE DE LUXEMBOURG,
SA MAJESTÉ LA REINE DES PAYS-BAS,

Parties contractantes au Traité instituant la Communauté Économique Européenne signé à Rome le 25 mars 1957, ci-après dénommé « le Traité » et dont les États sont ci-après dénommés « États membres »,

et LE CONSEIL DE LA COMMUNAUTÉ ÉCONOMIQUE EUROPÉENNE,

d'une part, et

SA MAJESTÉ LE MWAMI DU BURUNDI,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE DU CAMEROUN,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE CENTRAFRICAINE,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DU CONGO, (BRAZZAVILLE),
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DU CONGO, (LÉOPOLDVILLE),
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DE CÔTE-D'IVOIRE,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DU DAHOMEY,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE GABONAISE,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DE HAUTE-VOLTA,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE MALGACHE,
LE CHEF DE L'ÉTAT, PRÉSIDENT DU CONSEIL DE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DU MALI,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE ISLAMIQUE DE MAURITANIE,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DU NIGER,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE RWANDAISE,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DU SÉNÉGAL,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DE SOMALIE,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DU TCHAD,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE TOGOLAISE,

dont les États sont ci-après dénommés « États associés »,

d'autre part,

Convenzione di Associazione fra la Comunità Economica Europea e gli Stati africani e malgascio associati a tale Comunità

Associatieovereenkomst tussen de Europese Economische Gemeenschap en de met deze Gemeenschap geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar

Preambolo

SUA MAESTÀ IL RE DEI BELGI,

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA FEDERALE DI GERMANIA,

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA FRANCESE,

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA ITALIANA,

SUA ALTEZZA REALE LA GRANDUCHESSA DEL LUSSEMBURGO,

SUA MAESTÀ LA REGINA DEI PAESI BASSI,

Parti Contraenti del Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea, firmato a Roma il 25 marzo 1957, in appresso denominato il Trattato, ed i cui Stati sono in appresso denominati Stati membri,

e IL CONSIGLIO DELLA COMUNITÀ ECONOMICA EUROPEA,

da una parte, e

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DELL'ALTO VOLTA,

SUA MAESTÀ IL MWAMI DEL BURUNDI,

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA FEDERALE DEL CAMERUN,

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA CENTRO-AFRICANA,

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL CIAD,

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL CONGO (BRAZZAVILLE),

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL CONGO (LÉOPOLDVILLE),

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DELLA COSTA D'AVORIO,

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL DAHOMEY,

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL GABON,

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA MALGASCIA,

IL CAPO DI STATO, PRESIDENTE DEL CONSIGLIO DI GOVERNO DELLA REPUBBLICA DEL MALI,

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA ISLAMITICA DI MAURITANIA,

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL NIGER,

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL RUANDA,

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL SENEGAL,

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA SOMALA,

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL TOGO,

i cui Stati sono in appresso denominati Stati associati,

dall'altra parte,

Preambule

ZIJNE MAJESTEIT DE KONING DER BELGEN,

DE PRESIDENT VAN DE BONDSREPUBLIEK DUITSLAND,

DE PRESIDENT VAN DE FRANSE REPUBLIEK,

DE PRESIDENT VAN DE ITALIAANSE REPUBLIEK,

HARE KONINKLIJKE HOOGHEID DE GROOTHERTOGIN VAN LUXEMBURG,

HARE MAJESTEIT DE KONINGIN DER NEDERLANDEN,

Partijen bij het op 25 maart 1957 te Rome ondertekende Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap, hierna te noemen het Verdrag, en wier Staten hierna Lid-Staten worden genoemd,

en DE RAAD DER EUROPESE ECONOMISCHE GEMEENSCHAP,

enerzijds, en

ZIJNE MAJESTEIT DE MWAMI VAN BOEROENDI,

DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK BOVEN-VOLTA,

DE PRESIDENT VAN DE CENTRAALAFRIKAANSE REPUBLIEK,

DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK DAHOMEY,

DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK GABOEN,

DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK IVOORKUST,

DE PRESIDENT VAN DE FEDERALE REPUBLIEK KAMEROEN,

DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK KONGO (BRAZZAVILLE),

DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK KONGO (LEOPOLDSTAD),

DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK MADAGASKAR,

HET STAATSHOOFD, PRESIDENT VAN DE REGERINGSRAAD VAN DE REPUBLIEK MALI,

DE PRESIDENT VAN DE ISLAMITISCHE REPUBLIEK MAURETANIË,

DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK NIGER,

DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK RWANDA,

DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK SENEGAL,

DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK SOMALIA,

DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK TOGO,

DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK TSJAAD,

wier Staten hierna geassocieerde Staten worden genoemd,

anderzijds,

GESTÜTZT auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

DAHER UNTER ERNEUTER BEKRÄFTIGUNG ihres Willens, ihre Assoziation aufrechtzuerhalten,

IN DEM WUNSCH, ihren gemeinsamen Willen zu einer Zusammenarbeit auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung und freundschaftlicher Beziehungen unter Wahrung der Grundsätze der Satzung der Vereinten Nationen zum Ausdruck zu bringen,

ENTSCHLOSSEN, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den assoziierten Staaten und der Gemeinschaft zu entwickeln,

IN DEM FESTEN WILLEN, gemeinsam ihre Bemühungen um den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt ihrer Länder fortzusetzen,

IN DEM BESTREBEN, die Diversifizierung der Wirtschaft und die Industrialisierung der assoziierten Staaten im Hinblick auf die Festigung ihres wirtschaftlichen Gleichgewichts und ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu erleichtern,

IN DEM BEWUSSTSEIN, daß ein Ausbau der Zusammenarbeit und des Handels zwischen den afrikanischen Staaten sowie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen von großer Bedeutung ist,

HABEN BESCHLOSSEN, ein neues Assoziierungsabkommen zwischen der Gemeinschaft und den assoziierten Staaten zu schließen,

und haben hierfür als Bevollmächtigte ernannt:

Seine Majestät der König der Belgier
Herr Henri Fayat,
Minister und Stellvertretender Minister
für Auswärtige Angelegenheiten,

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
Herr Walter Scheel,
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit,

Der Präsident der Französischen Republik
Herr Raymond Triboulet,
Minister für Zusammenarbeit,

Der Präsident der Italienischen Republik
Herr Emilio Colombo,
Schatzminister,

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg

Herr Eugène Schaus,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten
und Außenhandel,

Ihre Majestät die Königin der Niederlande
Herr Joseph Luns,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
Herr Joseph Luns,
Amtierender Präsident des Rates der EWG,
Herr Walter Hallstein,
Präsident der Kommission der EWG,

Seine Majestät der Mwami von Burundi
Herr Lorgio Nimubona,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Der Präsident der Republik Dahome
Herr Aplogan,
Staatssekretär für Afrikanische Angelegenheiten,

VU le Traité instituant la Communauté Économique Européenne,

RÉAFFIRMANT en conséquence leur volonté de maintenir leur Association,

DÉSIRANT manifester leur volonté mutuelle de coopération sur la base d'une complète égalité et de relations amicales dans le respect des principes de la Charte des Nations Unies,

DÉCIDÉS à développer les relations économiques entre les États associés et la Communauté,

RÉSOLUS à poursuivre en commun leurs efforts en vue du progrès économique, social et culturel de leurs pays,

SOUCIEUX de faciliter la diversification de l'économie et l'industrialisation des États associés en vue de leur permettre de renforcer leur équilibre et leur indépendance économiques,

CONSCIENTS de l'importance que revêt le développement de la coopération et des échanges interafricains ainsi que des relations économiques internationales,

ONT DÉCIDÉ de conclure une nouvelle Convention d'Association entre la Communauté et les États associés

et ont désigné à cet effet comme plénipotentiaires:

Sa Majesté le Roi des Belges
M. Henri Fayat,
Ministre,
Adjoint des Affaires Étrangères,

Le Président de la République Fédérale d'Allemagne
M. Walter Scheel,
Ministre de la Coopération,

Le Président de la République Française
M. Raymond Triboulet,
Ministre de la Coopération,

Le Président de la République Italienne
M. Emilio Colombo,
Ministre du Trésor,

Son Altesse Royale la Grande-Duchesse de Luxembourg

M. Eugène Schaus,
Ministre des Affaires Étrangères
et du Commerce Extérieur,

Sa Majesté la Reine des Pays-Bas
M. Joseph Luns,
Ministre des Affaires Étrangères,

Le Conseil de la Communauté Économique Européenne
M. Joseph Luns,
Président en exercice du Conseil de la C.E.E.,
M. Walter Hallstein,
Président de la Commission de la C.E.E.,

Sa Majesté le Mwami du Burundi
M. Lorgio Nimubona,
Ministre des Affaires Étrangères,

Le Président de la République Fédérale du Cameroun
M. Victor Kanga,
Ministre de l'Économie Nationale,

VISTO il Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea,

RIAFFERMANDO quindi la volontà di mantenere la loro Associazione,

DESIDERANDO manifestare la reciproca volontà di cooperare su un piano di completa eguaglianza e di relazioni amichevoli nel rispetto dei principi della Carta delle Nazioni Unite,

DECISI a sviluppare le relazioni economiche tra gli Stati associati e la Comunità,

RISOLUTI a proseguire in comune gli sforzi volti al progresso economico, sociale e culturale dei loro paesi,

SOLLECITI di agevolare la diversificazione dell'economia e l'industrializzazione degli Stati associati onde permettere loro di rafforzare l'equilibrio e l'indipendenza delle loro economie,

CONSAPEVOLI dell'importanza dello sviluppo della cooperazione e degli scambi interafricani nonchè delle relazioni economiche internazionali,

HANNO DECISO di concludere una nuova Convenzione di Associazione tra la Comunità e gli Stati associati

e a questo effetto hanno designato come plenipotenziari:

Sua Maestà il Re dei Belgi
S. E. Henri Fayat,
Ministro,
Aggiunto agli Affari Esteri,

Il Presidente della Repubblica federale di Germania
S. E. Walter Scheel,
Ministro della Cooperazione Economica,

Il Presidente della Repubblica Francese
S. E. Raymond Triboulet,
Ministro della Cooperazione,

Il Presidente della Repubblica Italiana
S. E. Emilio Colombo,
Ministro del Tesoro,

Sua Altezza Reale la Granduchessa del Lussemburgo

S. E. Eugène Schaus,
Ministro degli Affari Esteri e del Commercio Estero,

Sua Maestà la Regina dei Paesi Bassi
S. E. Joseph Luns,
Ministro degli Affari Esteri,

Il Consiglio della Comunità Economica Europea
S. E. Joseph Luns,
Presidente in carica del Consiglio della C.E.E.,
S. E. Walter Hallstein,
Presidente della Commissione della C.E.E.,

Il Presidente della Repubblica dell'Alto Volta
S. E. Moïse Traore,
Ministro dell'Economia Nazionale,

Sua Maestà il Mwami del Burundi
S. E. Lorgio Nimubona,
Ministro degli Affari Esteri,

GELET op het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap,

DERHALVE hun wil bevestigende hun Associatie te handhaven,

WENSENDE uitdrukking te geven aan hun wederzijdse wil tot samenwerking op basis van volledige gelijkheid en vriendschappelijke betrekkingen, met eerbiediging van de beginselen van het Handvest der Verenigde Naties,

BESLOTEN hebbende de economische betrekkingen tussen de geassocieerde Staten en de Gemeenschap te ontwikkelen,

VASTBESLOTEN hun streven naar de economische, sociale en culturele ontwikkeling van hun landen gezamenlijk voort te zetten,

VERLANGENDE de diversificatie van de economie, alsmede de industrialisatie van de geassocieerde Staten te vergemakkelijken, ten einde hen in staat te stellen hun economisch evenwicht en hun economische onafhankelijkheid te versterken,

ZICH BEWUST van het belang van de ontwikkeling der interafrikaanse samenwerking en handel en der internationale economische betrekkingen,

HEBBEN BESLOTEN een nieuwe Associatieovereenkomst tussen de Gemeenschap en de geassocieerde Staten aan te gaan,

en hebben te dien einde als hun gevolmachtigden aangewezen:

Zijne Majesteit de Koning der Belgen
De Heer Henri Fayat,
Minister,
Adjunct van Buitenlandse Zaken,

De President van de Bondsrepubliek Duitsland
De Heer Walter Scheel,
Minister van Economische Samenwerking,

De President van de Franse Republiek
De Heer Raymond Triboulet,
Minister van Samenwerking,

De President van de Italiaanse Republiek
De Heer Emilio Colombo,
Minister van Financiën,

Hare Koninklijke Hoogheid de Groothertogin van Luxemburg
De Heer Eugène Schaus,
Minister van Buitenlandse Zaken
en van Buitenlandse Handel,

Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden
De Heer Joseph Luns,
Minister van Buitenlandse Zaken,

De Raad der Europese Economische Gemeenschap
De Heer Joseph Luns,
Voorzitter in functie van de Raad der EEG,
De Heer Walter Hallstein,
Voorzitter van de Commissie der EEG,

Zijne Majesteit de Mwami van Boeroendi
De Heer Lorgio Nimubona,
Minister van Buitenlandse Zaken,

De President van de Republiek Boven-Volta
De Heer Moïse Traore,
Minister van Nationale Economie,

Der Präsident der Republik Elfenbeinküste
Herr Lambert Amon Tanoh,
Minister für Erziehungswesen,
Minister der Finanzen ad interim,

Der Präsident der Republik Gabun
Herr André-Gustave Anguile,
Staatsminister für Wirtschaft,

Der Präsident der Bundesrepublik Kamerun
Herr Victor Kanga,
Minister für Wirtschaft,

Der Präsident der Republik Kongo (Brazzaville)
Herr Victor Sathoud,
Minister für Planungsfragen,

Der Präsident der Republik Kongo (Léopoldville)
Herr Marcel Lengema,
Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten,

Der Präsident der Republik Madagaskar
Herr Alfred Ramangasoavina,
Siegelbewahrer,
Minister der Justiz,

Der Staatschef und Präsident
des Regierungsrats der Republik Mali
Herr Jean-Marie Kone,
Staatsminister für Planungsfragen,

Der Präsident der Islamitischen Republik Mauretanien
Herr Mohammed Sidi,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Der Präsident der Republik Niger
Herr Ikhia Zodi,
Minister für Afrikanische Angelegenheiten,

Der Präsident der Republik Obervolta
Herr Moïse Traore,
Minister für Wirtschaft,

Der Präsident der Republik Rwanda
Herr Callixte Habamenshi,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Der Präsident der Republik Senegal
Herr Djime Momar Gueye,
Botschafter,
Vertreter bei der EWG,

Der Präsident der Republik Somalia
Herr Ali Omar Scego,
Botschafter,
Vertreter bei der EWG,

Der Präsident der Republik Togo
Herr Jean Agbemegnan,
Minister für Handel und Industrie,

Der Präsident der Republik Tschad
Herr Maurice Ngangtar,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Der Präsident der Zentralafrikanischen Republik
Herr Jean Christophe Mackpayen,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten.

Diese sind nach Austausch ihrer als gut und gehörig befundenen Vollmachten

WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Le Président de la République Centrafricaine
M. Jean Christophe Mackpayen,
Ministre des Affaires Étrangères,

Le Président de la République du Congo (Brazzaville)
M. Victor Sathoud,
Ministre du Plan,

Le Président de la République du Congo (Léopoldville)
M. Marcel Lengema,
Secrétaire d'État aux Affaires Étrangères,

Le Président de la République de Côte-d'Ivoire
M. Lambert Amon Tanoh,
Ministre de l'Éducation Nationale,
Ministre des Finances par intérim,

Le Président de la République du Dahomey
M. Aplogan,
Secrétaire d'État aux Affaires Africaines,

Le Président de la République Gabonaise
M. André-Gustave Anguile,
Ministre d'État de l'Économie,

Le Président de la République de Haute-Volta
M. Moïse Traore,
Ministre de l'Économie Nationale,

Le Président de la République Malgache
M. Alfred Ramangasoavina,
Garde de Sceaux,
Ministre de la Justice,

Le Chef de l'État, Président du Conseil de Gouvernement
de la République du Mali
M. Jean-Marie Kone,
Ministre d'État chargé du Plan,

Le Président de la République Islamique de Mauritanie
M. Mohammed Sidi,
Ministre des Affaires Étrangères,

Le Président de la République du Niger
M. Ikhia Zodi,
Ministre des Affaires Africaines,

Le Président de la République Rwandaise
M. Callixte Habamenshi,
Ministre des Affaires Étrangères,

Le Président de la République du Sénégal
M. Djime Momar Gueye,
Ambassadeur,
Représentant auprès de la C.E.E.,

Le Président de la République de Somalie
M. Ali Omar Scego,
Ambassadeur,
Représentant auprès de la C.E.E.,

Le Président de la République du Tchad
M. Maurice Ngangtar,
Ministre des Affaires Étrangères,

Le Président de la République Togolaise
M. Jean Agbemegnan,
Ministre du Commerce et de l'Industrie.

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme,

SONT CONVENUS DES DISPOSITIONS SUIVANTES:

Il Presidente della Repubblica federale del Camerun
S. E. Victor Kanga,
Ministro dell'Economia Nazionale,

Il Presidente della Repubblica Centroafricana
S. E. Jean Christophe Mackpayen,
Ministro degli Affari Esteri,

Il Presidente della Repubblica del Ciad
S. E. Maurice Ngangtar,
Ministro degli Affari Esteri,

Il Presidente della Repubblica del Congo (Brazzaville)
S. E. Victor Sathoud,
Ministro del Piano,

Il Presidente della Repubblica del Congo (Léopoldville)
S. E. Marcel Lengema,
Segretario di Stato agli Affari Esteri,

Il Presidente della Repubblica della Costa d'Avorio
S. E. Lambert Amon Tanoh,
Ministro dell'Educazione Nazionale,
Ministro ad interim delle Finanze,

Il Presidente della Repubblica del Dahomey
S. E. Aplogan,
Segretario di Stato agli Affari Africani,

Il Presidente della Repubblica del Gabon
S. E. André-Gustave Anguile,
Ministro di Stato dell'Economia,

Il Presidente della Repubblica Malgascia
S. E. Alfred Ramangasoavina,
Guardasigilli,
Ministro della Giustizia,

Il Capo di Stato, Presidente del Consiglio di Governo della Repubblica del Mali
S. E. Jean-Marie Kone,
Ministro di Stato incaricato del Piano,

Il Presidente della Repubblica Islamitica di Mauritania
S. E. Mohammed Sidi,
Ministro degli Affari Esteri,

Il Presidente della Repubblica del Niger
S. E. Ikhia Zodi,
Ministro degli Affari Africani,

Il Presidente della Repubblica del Ruanda
S. E. Callixte Habamenshi,
Ministro degli Affari Esteri,

Il Presidente della Repubblica del Senegal
S. E. Djime Momar Gueye,
Ambasciatore,
Rappresentante presso la C.E.E.,

Il Presidente della Repubblica Somala
S. E. Ali Omar Scego,
Ambasciatore,
Rappresentante presso la C.E.E.,

Il Presidente della Repubblica del Togo
S. E. Jean Agbemegnan,
Ministro del Commercio e dell'Industria.

I quali, dopo aver scambiato i loro pieni poteri, riconosciuti in buona e debita forma,

HANNO CONVENUTO le disposizioni seguenti:

De President van de Centraalafrikaanse Republiek
De Heer Jean Christophe Mackpayen,
Minister van Buitenlandse Zaken,

De President van de Republiek Dahomey
De Heer Aplogan,
Staatssecretaris van Afrikaanse Zaken,

De President van de Republiek Gaboen
De Heer André-Gustave Anguile,
Staatsminister van Economie,

De President van de Republiek Ivoorkust
De Heer Lambert Amon Tanoh,
Minister van Nationaal Onderwijs,
Minister van Financiën a.i.,

De President van de Federale Republiek Kameroen
De Heer Victor Kanga,
Minister van Nationale Economie,

De President van de Republiek Kongo (Brazzaville)
De Heer Victor Sathoud,
Minister van het Plan,

De President van de Republiek Kongo (Leopoldstad)
De Heer Marcel Lengema,
Staatssecretaris van Buitenlandse Zaken,

De President van de Republiek Madagaskar
De Heer Alfred Ramangasoavina,
Zegelbewaarder,
Minister van Justitie,

Het Staatshoofd, President van de Regeringsraad van de Republiek Mali
De Heer Jean-Marie Kone,
Staatsminister belast met het Plan,

De President van de Islamitische Republiek Mauretanië
De Heer Mohammed Sidi,
Minister van Buitenlandse Zaken,

De President van de Republiek Niger
De Heer Ikhia Zodi,
Minister van Afrikaanse Zaken,

De President van de Republiek Rwanda
De Heer Callixte Habamenshi,
Minister van Buitenlandse Zaken,

De President van de Republiek Senegal
De Heer Djime Momar Gueye,
Ambassadeur,
Vertegenwoordiger bij de EEG,

De President van de Republiek Somalia
De Heer Ali Omar Sceco,
Ambassadeur,
Vertegenwoordiger bij de EEG,

De President van de Republiek Togo
De Heer Jean Agbemegnan,
Minister van Handel en Industrie,

De President van de Republiek Tsjaad
De Heer Maurice Ngangtar,
Minister van Buitenlandse Zaken.

Die, na overlegging van hun in goede en behoorlijke vorm bevonden volmachten, omtrent de volgende bepalingen

OVEREENSTEMMING HEBBEN BEREIKT:

TITEL I

Warenverkehr

Artikel 1

Die Hohen Vertragsparteien haben sich in dem Bestreben, die Erweiterung des Handels zwischen den assoziierten Staaten und den Mitgliedstaaten zu fördern, ihre wirtschaftlichen Beziehungen und die wirtschaftliche Unabhängigkeit der assoziierten Staaten zu verstärken und somit zur Entwicklung des internationalen Handels beizutragen, über die nachstehenden Bestimmungen für ihre gegenseitigen Handelsbeziehungen geeinigt.

Kapitel 1

Zölle und mengenmäßige Beschränkungen

Artikel 2

(1) Die Zölle und Abgaben mit gleicher Wirkung wie diese Zölle werden bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den assoziierten Staaten in die Mitgliedstaaten schrittweise in dem Maße abgeschafft, wie dies zwischen den Mitgliedstaaten nach Maßgabe der Artikel 12, 13, 14, 15 und 17 des Vertrags und der gefaßten oder noch zu fassenden Beschlüsse über die beschleunigte Verwirklichung der Vertragsziele geschieht.

(2) Die Mitgliedstaaten heben jedoch mit Inkrafttreten des Abkommens die Zölle und Abgaben mit gleicher Wirkung wie diese Zölle für die im Anhang zu diesem Abkommen aufgeführten Erzeugnisse mit Ursprung in den assoziierten Staaten auf.

Gleichzeitig wenden die Mitgliedstaaten bei der Einfuhr dieser Erzeugnisse aus dritten Ländern die Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs der Gemeinschaft an.

(3) Die Einfuhren von ungebranntem Kaffee aus dritten Ländern in die Beneluxländer einerseits und von Bananen aus dritten Ländern in die Bundesrepublik Deutschland andererseits werden gemäß den Bedingungen durchgeführt, die für ungebrannten Kaffee in dem am heutigen Tage zwischen den Mitgliedstaaten geschlossenen Protokoll und für Bananen in dem am 25. März 1957 zwischen den Mitgliedstaaten geschlossenen Protokoll sowie in der Erklärung im Anhang zu diesem Abkommen festgelegt sind.

(4) Die Anwendung dieses Artikels greift nicht der künftigen Regelung für bestimmte Agrarerzeugnisse nach Artikel 11 vor.

(5) Auf Antrag eines assoziierten Staates finden im Assoziationsrat Konsultationen über die Anwendung dieses Artikels statt.

Artikel 3

(1) Jeder assoziierte Staat gewährt für die Ursprungserzeugnisse sämtlicher Mitgliedstaaten die gleiche Zollbehandlung; diejenigen assoziierten Staaten, die diese Vorschrift bei Inkrafttreten des Abkommens noch nicht anwenden, müssen innerhalb der folgenden sechs Monate dieser Vorschrift genügen.

(2) Die Zölle und Abgaben mit gleicher Wirkung wie diese Zölle, die jeder assoziierte Staat bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den Mitgliedstaaten in sein Hoheitsgebiet erhebt, werden in jedem assoziierten Staat nach Maßgabe des Protokolls Nr. 1 im Anhang zu diesem Abkommen schrittweise abgeschafft.

TITRE I

Les échanges commerciaux

Article 1

En vue de promouvoir l'accroissement des échanges entre les États associés et les États membres, de renforcer leurs relations économiques et l'indépendance économique des États associés et de contribuer ainsi au développement du commerce international, les Hautes Parties Contractantes sont convenues des dispositions suivantes régissant leurs relations commerciales mutuelles.

Chapitre 1

Droits de douane et restrictions quantitatives

Article 2

1. Les produits originaires des États associés bénéficient à l'importation dans les États membres de l'élimination progressive des droits de douane et taxes d'effet équivalent à de tels droits qui intervient entre les États membres conformément aux dispositions des articles 12, 13, 14, 15 et 17 du Traité et aux décisions d'accélération du rythme de réalisation des objets du Traité intervenues ou à intervenir.

2. Toutefois, dès l'entrée en vigueur de la Convention, les États membres suppriment les droits de douane et taxes d'effet équivalent à de tels droits qu'ils appliquent aux produits originaires des États associés qui figurent à l'Annexe à la présente Convention.

Simultanément, les droits du tarif douanier commun de la Communauté sont appliqués par les États membres aux importations de ces produits en provenance des pays tiers.

3. Les importations de café vert dans les pays du Benelux d'une part, et de bananes dans la République fédérale d'Allemagne d'autre part, en provenance des pays tiers, sont effectuées dans les conditions fixées respectivement, pour le café vert, au Protocole conclu ce jour entre les États membres et, pour les bananes, au Protocole conclu le 25 mars 1957 entre les États membres ainsi que dans la Déclaration annexée à la présente Convention.

4. L'application des dispositions du présent article ne préjuge pas le régime qui sera réservé à certains produits agricoles en vertu des dispositions de l'article 11 de la présente Convention.

5. A la demande d'un État associé, des consultations ont lieu, au sein du Conseil d'Association, sur les conditions d'application du présent article.

Article 3

1. Chaque État associé accorde le même traitement tarifaire aux produits originaires de tous les États membres; ceux des États associés qui n'appliquent pas déjà cette règle à l'entrée en vigueur de la Convention, doivent y satisfaire dans les six mois qui suivent.

2. Les produits originaires des États membres bénéficient dans chaque État associé, dans les conditions fixées au Protocole n° 1 annexé à la présente Convention, de l'élimination progressive des droits de douane et taxes d'effet équivalent à de tels droits que chaque État associé applique à l'importation de ces produits dans son territoire.

TITOLO I

Scambi commerciali

Articolo 1

Al fine di promuovere l'aumento degli scambi tra gli Stati associati e gli Stati membri, di rafforzare le loro relazioni economiche e l'indipendenza economica degli Stati associati e di contribuire in tal modo allo sviluppo del commercio internazionale, le Alte Parti Contraenti hanno convenuto di adottare le disposizioni seguenti intese a regolare le reciproche relazioni commerciali.

Capitolo 1

Dazi doganali e restrizioni quantitative

Articolo 2

1. I prodotto originari degli Stati associati beneficiano, all'importazione negli Stati membri, dell'eliminazione progressiva dei dazi doganali e delle tasse di effetto equivalente a tali dazi che viene operata fra gli Stati membri conformemente alle disposizioni degli articoli 12, 13, 14, 15 e 17 del Trattato ed alle decisioni di accelerazione del ritmo di attuazione degli obiettivi del Trattato intervenute o che dovranno intervenire.

2. Tuttavia, fin dall'entrata in vigore della Convenzione, gli Stati membri aboliscono i dazi doganali e le tasse di effetto equivalente a tali dazi che essi applicano ai prodotti originari degli Stati associati riportati nell'Allegato della presente Convenzione.

Nello stesso tempo, gli Stati membri applicano alle importazioni di detti prodotti provenienti dai paesi terzi i dazi della tariffa doganale comune della Comunità.

3. Le importazioni di caffè verde nei paesi del Benelux e le importazioni di banane nella Repubblica federale di Germania, provenienti dai paesi terzi, sono effettuate alle condizioni stabilite rispettivamente, per il caffè verde, dal Protocollo concluso tra gli Stati membri in data odierna e, per le banane, dal Protocollo concluso il 25 marzo 1957 tra gli Stati membri, nonchè dalla Dichiarazione allegata alla presente Convenzione.

4. L'applicazione delle disposizioni del presente articolo non pregiudica il regime che sarà riservato a taluni prodotti agricoli in virtù delle disposizioni dell'articolo 11 della presente Convenzione.

5. A richiesta di uno Stato associato hanno luogo consultazioni in seno al Consiglio di Associazione sulle condizioni d'applicazione del presente articolo.

Articolo 3

1. Ogni Stato associato accorda lo stesso trattamento tariffario ai prodotti originari di tutti gli Stati membri; gli Stati associati che non applicano ancora tale norma all'entrata in vigore della Convenzione devono ad essa conformarsi entro i sei mesi successivi.

2. I prodotti originari degli Stati membri fruiscono in ciascuno Stato associato, alle condizioni stabilite nel Protocollo n° 1 allegato alla presente Convenzione, dell'eliminazione graduale dei dazi doganali e delle tasse di effetto equivalente a tali dazi che ciascuno Stato associato applica all'importazione di detti prodotti nel suo territorio.

TITEL I

Handelsverkeer

Artikel 1

Ten einde de uitbreiding van het handelsverkeer tussen de geassocieerde Staten en de Lid-Staten te bevorderen, hun economische betrekkingen en de economische onafhankelijkheid der geassocieerde Staten te verstevigen en aldus bij te dragen tot de ontwikkeling van de internationale handel, hebben de Hoge Overeenkomstsluitende Partijen overeenstemming bereikt omtrent de navolgende bepalingen tot regeling van hun wederzijdse handelsbetrekkingen.

Hoofdstuk 1

Douanerechten en kwantitatieve beperkingen

Artikel 2

1. Voor produkten van oorsprong uit de geassocieerde Staten worden bij invoer in de Lid-Staten de douanerechten en heffingen van gelijke werking als dergelijke rechten geleidelijk afgeschaft zoals dit tussen de Lid-Staten geschiedt overeenkomstig de artikelen 12, 13, 14, 15 en 17 van het Verdrag en de genomen of nog te nemen besluiten over de versnelling van het tempo van verwezenlijking der doelstellingen van het Verdrag.

2. Op het tijdstip van de inwerkingtreding van de Overeenkomst schaffen de Lid-Staten echter de douanerechten en heffingen van gelijke werking als dergelijke rechten af voor die produkten van oorsprong uit de geassocieerde Staten, welke in de Bijlage van deze Overeenkomst zijn vermeld.

Tegelijkertijd worden de rechten van het gemeenschappelijk douanetarief van de Gemeenschap door de Lid-Staten toegepast op de invoer van deze produkten uit derde landen.

3. De invoer uit derde landen van ongebrande koffie in de Benelux-landen, enerzijds, en van bananen in de Bondsrepubliek Duitsland, anderzijds, geschiedt onderscheidenlijk voor koffie, overeenkomstig de bepalingen van het Protocol dat heden tussen de Lid-Staten is gesloten, en voor bananen, overeenkomstig de bepalingen van het Protocol dat op 25 maart 1957 tussen de Lid-Staten is gesloten, alsmede die van de Verklaring bij deze Overeenkomst.

4. De toepassing van dit artikel laat onverlet de regeling die krachtens artikel 11 van deze Overeenkomst voor bepaalde landbouwprodukten zal worden voorbehouden.

5. Op verzoek van een geassocieerde Staat wordt in de Associatieraad overleg gepleegd over de wijze waarop dit artikel wordt toegepast.

Artikel 3

1. Iedere geassocieerde Staat geeft aan de produkten van oorsprong uit alle Lid-Staten een gelijke tariefbehandeling; die geassocieerde Staten welke deze bepaling niet reeds toepassen bij de inwerkingtreding van deze Overeenkomst moeten binnen de zes daaropvolgende maanden daaraan voldoen.

2. Voor produkten van oorsprong uit de Lid-Staten worden in elke geassocieerde Staat, op de wijze vermeld in Protocol No. 1 bij deze Overeenkomst, de douanerechten en heffingen van gelijke werking als dergelijke rechten, die iedere geassocieerde Staat toepast op de invoer van deze produkten op zijn grondgebied, geleidelijk afgeschaft.

Jeder assoziierte Staat kann jedoch Zölle und Abgaben mit gleicher Wirkung wie diese Zölle beibehalten oder einführen, die den Erfordernissen seiner Entwicklung und Industrialisierung entsprechen oder der Finanzierung seines Haushalts dienen.

Die Zölle und Abgaben mit gleicher Wirkung wie diese Zölle, welche die assoziierten Staaten nach dem vorstehenden Unterabsatz erheben, sowie die Änderungen, die sie an diesen Zöllen und Abgaben nach Maßgabe des Protokolls Nr. 1 vornehmen können dürfen weder rechtlich noch tatsächlich unmittelbar oder mittelbar zu einer unterschiedlichen Behandlung der Mitgliedstaaten führen.

(3) Auf Antrag der Gemeinschaft finden nach Maßgabe des Protokolls Nr. 1 im Assoziationsrat Konsultationen über die Anwendung dieses Artikels statt.

Artikel 4

(1) Erhebt ein assoziierter Staat auf seine für die Mitgliedstaaten bestimmten Erzeugnisse Ausfuhrzölle, so dürfen diese Zölle weder rechtlich noch tatsächlich unmittelbar oder mittelbar zu einer unterschiedlichen Behandlung der Mitgliedstaaten führen und nicht höher sein als die Zölle, die auf Erzeugnisse erhoben werden, welche nach dem meistbegünstigten dritten Staat ausgeführt werden.

(2) Unbeschadet der Anwendung des Artikels 13 Abs. 2 ergreift der Assoziationsrat geeignete Maßnahmen, wenn die Erhebung derartiger Zölle zu einer ernsthaften Störung der Wettbewerbsbedingungen führt.

Artikel 5

(1) Bei der Beseitigung der mengenmäßigen Beschränkungen wenden die Mitgliedstaaten auf die Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den assoziierten Staaten die entsprechenden Bestimmungen des Vertrags und der gefaßten oder noch zu fassenden Beschlüsse über die beschleunigte Verwirklichung der Vertragsziele an, die für ihre Beziehungen untereinander gelten.

(2) Auf Antrag eines assoziierten Staates finden im Assoziationsrat Konsultationen über die Anwendung dieses Artikels statt.

Artikel 6

(1) Die assoziierten Staaten beseitigen spätestens vier Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens alle mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen für Erzeugnisse mit Ursprung in den Mitgliedstaaten sowie alle Maßnahmen gleicher Wirkung. Dies geschieht schrittweise nach Maßgabe des Protokolls Nr. 2 im Anhang zu diesem Abkommen.

(2) Die assoziierten Staaten führen keine neuen mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen oder Maßnahmen gleicher Wirkung für Erzeugnisse mit Ursprung in den Mitgliedstaaten ein.

(3) Falls die in Artikel 3 vorgesehenen Maßnahmen sich als unzureichend erweisen, den Erfordernissen der Entwicklung und Industrialisierung der assoziierten Staaten gerecht zu werden, oder bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten dieser Staaten oder, soweit es Agrarerzeugnisse betrifft, mit Rücksicht auf die Erfordernisse bestehender regionaler Marktordnungen können die assoziierten Staaten in Abweichung von den Absätzen 1 und 2 nach Maßgabe des Protokolls Nr. 2 mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen für Erzeugnisse mit Ursprung in den Mitgliedstaaten beibehalten oder einführen.

Toutefois, chaque État associé peut maintenir ou établir des droits de douane et taxes d'effet équivalent à de tels droits qui répondent aux nécessités de son développement et aux besoins de son industrialisation ou qui ont pour but d'alimenter son budget.

Les droits de douane et taxes d'effet équivalent à de tels droits que les États associés perçoivent conformément à l'alinéa précédent, de même que les modifications qu'ils peuvent apporter à ces droits et taxes dans les conditions prévues au Protocole nº 1 ne peuvent donner lieu, en droit ou en fait, à une discrimination directe ou indirecte entre les États membres.

3. A la demande de la Communauté et selon les modalités prévues au Protocole nº 1, des consultations ont lieu au sein du Conseil d'Association sur les conditions d'application du présent article.

Article 4

1. Dans la mesure où un État associé perçoit des droits à l'exportation sur ses produits à destination des États membres, ces droits ne peuvent donner lieu, en droit ou en fait, à une discrimination directe ou indirecte entre les États membres et ne peuvent être supérieurs à ceux appliqués aux produits destinés à l'État tiers le plus favorisé.

2. Sans préjudice de l'application de l'article 13, paragraphe 2 de la présente Convention, les mesures appropriées sont prises par le Conseil d'Association au cas où l'application de tels droits entraînerait de sérieuses perturbations dans les conditions de concurrence.

Article 5

1. En ce qui concerne l'élimination des restrictions quantitatives, les États membres appliquent aux importations des produits originaires des États associés les dispositions correspondantes du Traité et des décisions d'accélération du rythme de réalisation des objets du Traité intervenues ou à intervenir qui sont appliquées dans leurs relations mutuelles.

2. A la demande d'un État associé, des consultations ont lieu au sein du Conseil d'Association sur les conditions d'application du présent article.

Article 6

1. Les États associés suppriment, au plus tard quatre ans après l'entrée en vigueur de la présente Convention, toutes les restrictions quantitatives à l'importation des produits originaires des États membres ainsi que toutes mesures d'effet équivalent. Cette suppression s'effectue progressivement dans les conditions fixées au Protocole nº 2 annexé à la présente Convention.

2. Les États associés s'abstiennent d'introduire de nouvelles restrictions quantitatives ou mesures d'effet équivalent à l'importation des produits originaires des États membres.

3. Au cas où les mesures prévues à l'article 3 se révèlent insuffisantes pour faire face aux nécessités de leur développement et aux besoins de leur industrialisation ou en cas de difficultés dans leur balance des paiements ou, en ce qui concerne les produits agricoles, en raison des exigences découlant des organisations régionales de marché existantes, les États associés peuvent, par dérogation aux dispositions des deux paragraphes précédents et dans les conditions fixées au Protocole nº 2, maintenir ou établir des restrictions quantitatives à l'égard de l'importation des produits originaires des États membres.

Tuttavia, ciascuno Stato associato può mantenere o istituire dazi doganali e tasse di effetto equivalente a tali dazi che rispondano alle necessità del suo sviluppo e ai bisogni della sua industrializzazione o che abbiano per scopo di alimentare il suo bilancio.

I dazi doganali e le tasse di effetto equivalente a tali dazi che gli Stati associati riscuotono in conformità del comma precedente, nonchè le modifiche che essi possono apportare a tali dazi e tasse alle condizioni previste nel Protocollo nº 1, non devono provocare, de jure o de facto, una discriminazione diretta o indiretta fra gli Stati membri.

3. A richiesta della Comunità e secondo le modalità previste nel Protocollo nº 1, hanno luogo consultazioni, in seno al Consiglio di Associazione, sulle condizioni d'applicazione del presente articolo.

Articolo 4

1. Qualora una Stato associato riscuota dazi all'esportazione sui propri prodotti destinati agli Stati membri, tali dazi non devono provocare, de jure o de facto, una discriminazione diretta o indiretta tra gli Stati membri e non possono essere superiori a quelli applicati ai prodotti destinati allo Stato terzo più favorito.

2. Fatta salva l'applicazione dell'articolo 13, paragrafo 2 della presente Convenzione, il Consiglio di Associazione prende le misure appropriate qualora l'applicazione di tali dazi turbi seriamente le condizioni di concorrenza.

Articolo 5

1. Per quanto riguarda l'eliminazione delle restrizioni quantitative, gli Stati membri applicano alle importazioni dei prodotti originari degli Stati associati le corrispondenti disposizioni del Trattato e le decisioni di accelerazione del ritmo di attuazione degli obiettivi del Trattato intervenute o che dovranno intervenire e che vengono applicate nelle reciproche relazioni.

2. A richiesta di uno Stato associato, hanno luogo consultazioni, in seno al Consiglio di Associazione, sulle condizioni d'applicazione del presente articolo.

Articolo 6

1. Gli Stati associati sopprimono, al più tardi quattro anni dopo l'entrata in vigore della presente Convenzione, tutte le restrizioni quantitative all'importazione dei prodotti originari degli Stati membri, nonchè tutte le misure di effetto equivalente. Tale soppressione avviene progressivamente alle condizioni stabilite dal Protocollo nº 2 allegato alla presente Convenzione.

2. Gli Stati associati si astengono dall'introdurre nuove restrizioni quantitative o misure di effetto equivalente all'importazione dei prodotti originari degli Stati membri.

3. Se le misure previste dall'articolo 3 risultano insufficienti per far fronte alle necessità del loro sviluppo e ai bisogni della loro industrializzazione, o in caso di difficoltà nella lor bilancia dei pagmenti ovvero, per quanto riguarda i prodotti agricoli, a motivo delle esigenze derivanti dalle organizzazioni regionali di mercato esistenti, gli Stati associati possono, derogando alle disposizioni dei due paragrafi precedenti e osservando le condizioni stabilite dal Protocollo nº 2, mantenere o istituire restrizioni quantitative per le importazioni dei prodotti originari degli Stati membri.

Iedere geassocieerde Staat kan echter douanerechten of heffingen van gelijke werking als dergelijke rechten handhaven of instellen, die in overeenstemming zijn met de eisen van zijn ontwikkeling en de behoeften van zijn industrialisatie of die ten doel hebben in zijn begrotingsmiddelen te voorzien.

De douanerechten en heffingen van gelijke werking als dergelijke rechten, die de geassocieerde Staten overeenkomstig de voorgaande alinea toepassen, noch de wijzigingen die zij onder de in Protocol No. 1 gestelde voorwaarden in deze rechten en heffingen kunnen aanbrengen, mogen in rechte of in feite aanleiding geven tot rechtstreekse of zijdelingse discriminatie tussen de Lid-Staten.

3. Op verzoek van de Gemeenschap en volgens de regels, vervat in Protocol No. 1, wordt in de Associatieraad overleg gepleegd over de wijze waarop dit artikel wordt toegepast.

Artikel 4

1. Wanneer een geassocieerde Staat uitvoerrechten heft bij de uitvoer van zijn produkten naar de Lid-Staten, mogen deze in rechte noch in feite aanleiding geven tot een rechtstreekse of zijdelingse discriminatie tussen de Lid-Staten, en mogen zij niet hoger liggen dan de rechten op produkten, bestemd voor de meest begunstigde derde Staat.

2. Onverminderd de toepassing van artikel 13, lid 2, van deze Overeenkomst treft de Associatieraad passende maatregelen indien de toepassing van deze rechten de mededingingsvoorwaarden ernstig verstoort.

Artikel 5

1. Wat de afschaffing van de kwantitatieve beperkingen betreft, passen de Lid-Staten op de invoer van produkten van oorsprong uit de geassocieerde Staten de dienovereenkomstige bepalingen van het Verdrag en de genomen of nog te nemen besluiten over de versnelling van het tempo van verwezenlijking der doelstellingen van het Verdrag toe, die in hun onderlinge betrekkingen worden toegepast.

2. Op verzoek van een geassocieerde Staat wordt in de Associatieraad overleg gepleegd over de wijze waarop dit artikel wordt toegepast.

Artikel 6

1. Uiterlijk vier jaar na de inwerkingtreding van deze Overeenkomst schaffen de geassocieerde Staten alle kwantitatieve beperkingen van de invoer van produkten van oorsprong uit de Lid-Staten, alsook alle maatregelen van gelijke werking af. Deze afschaffing geschiedt geleidelijk, op de wijze omschreven in Protocol No. 2 bij deze Overeenkomst.

2. De geassocieerde Staten onthouden zich ervan nieuwe kwantitatieve beperkingen of maatregelen van gelijke werking in te stellen bij de invoer van produkten van oorsprong uit de Lid-Staten.

3. Wanneer de in artikel 3 bedoelde maatregelen ontoereikend blijken om aan de eisen van hun ontwikkeling en de behoeften van hun industrialisatie te voldoen, of in geval van moeilijkheden in hun betalingsbalans, of, wat landbouwprodukten betreft, in verband met de eisen van bestaande regionale marktorganisaties, mogen de geassocieerde Staten, in afwijking van de leden 1 en 2 en overeenkomstig Protocol No. 2, kwantitatieve beperkingen van de invoer van produkten van oorsprong uit de Lid-Staten handhaven of instellen.

(4) Die assoziierten Staaten, in denen die Einfuhr unter die Zuständigkeit eines staatlichen Handelsmonopols oder einer Einrichtung fällt, durch die die Einfuhr rechtlich oder tatsächlich unmittelbar oder mittelbar begrenzt, kontrolliert, gelenkt oder beeinflußt wird, ergreifen alle Maßnahmen, die zur Erreichung der Ziele dieses Titels sowie zur schrittweisen Beseitigung jeglicher Diskriminierung hinsichtlich der Bedingungen für die Versorgung und für den Absatz der Erzeugnisse erforderlich sind.

Unbeschadet der Anwendung des Artikels 7 dürfen die Außenhandelspläne der assoziierten Staaten weder rechtlich noch tatsächlich unmittelbar oder mittelbar eine unterschiedliche Behandlung der Mitgliedstaaten mit sich bringen oder zu einer solchen unterschiedlichen Behandlung führen.

Die in Anwendung dieses Absatzes getroffenen Maßnahmen werden dem Assoziationsrat von den betreffenden assoziierten Staaten mitgeteilt.

(5) Auf Antrag der Gemeinschaft finden im Assoziationsrat Konsultationen über die Anwendung dieses Artikels statt.

Artikel 7

Vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen für den kleinen Grenzverkehr darf die Regelung, welche die assoziierten Staaten gemäß diesem Titel auf die Erzeugnisse mit Ursprung in den Mitgliedstaaten anwenden, in keinem Fall ungünstiger sein als die Regelung für die Erzeugnisse mit Ursprung in dem meistbegünstigten dritten Staat.

Artikel 8

Dieses Abkommen steht der Beibehaltung oder Gründung von Zollunionen oder Freihandelszonen zwischen assoziierten Staaten nicht entgegen.

Artikel 9

Dieses Abkommen steht der Beibehaltung oder Gründung von Zollunionen oder Freihandelszonen zwischen einem oder mehreren assoziierten Staaten und einem oder mehreren dritten Ländern nicht entgegen, soweit solche Zollunionen oder Freihandelszonen mit den Grundsätzen und Bestimmungen dieses Abkommens nicht unvereinbar sind oder sich als nicht unvereinbar erweisen.

Artikel 10

Die Bestimmungen der Artikel 3, 4 und 6 stehen Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverboten oder -beschränkungen nicht entgegen, die aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit, Ordnung und Sicherheit, zum Schutze der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren und Pflanzen, des nationalen Kulturguts von künstlerischem, geschichtlichem oder archäologischem Wert oder des gewerblichen und kommerziellen Eigentums gerechtfertigt sind. Diese Verbote oder Beschränkungen dürfen jedoch weder ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung noch eine verschleierte Beschränkung des Handels darstellen.

Kapitel 2

Bestimmungen über bestimmte Agrarerzeugnisse

Artikel 11

Die Gemeinschaft berücksichtigt bei der Gestaltung ihrer gemeinsamen Agrarpolitik die Interessen der assoziierten Staaten in bezug auf die den europäischen Er-

4. Les États associés dans lesquels les importations relèvent de la compétence d'un monopole national à caractère commercial ou d'un organisme par lequel les importations sont, en droit ou en fait, d une matière directe ou indirecte, limitées, contrôlées, dirigées ou influencées, prennent toutes dispositions nécessaires pour atteindre les objectifs définis par le présent Titre et pour l'élimination progressive de toute discrimination en ce qui concerne les conditions de l'approvisionnement et de l'écoulement des produits.

Sans préjudice de l'application de l'article 7 ci-dessous, les plans de commerce extérieur établis par les États associés ne peuvent comporter ou entraîner, en droit ou en fait, une discrimination directe ou indirecte entre États membres.

Les mesures prises en application des dispositions du présent paragraphe sont communiquées par les États associés intéressés au Conseil d'Association.

5. A la demande de la Communauté, des consultations ont lieu au sein du Conseil d'Association sur les conditions d'application du présent article.

Article 7

Sous réserve des dispositions particulières propres au commerce frontalier, le régime que les États associés appliquent en vertu du présent Titre aux produits originaires des États membres ne peut en aucun cas être moins favorable que celui appliqué aux produits originaires de l'État tiers le plus favorisé.

Article 8

La présente Convention ne fait pas obstacle au maintien et à l'établissement entre États associés d'unions douanières ou de zones de libre-échange.

Article 9

La présente Convention ne fait pas obstacle au maintien ou à l'établissement d'unions douanières ou de zones de libre-échange entre un ou plusieurs États associés et un ou plusieurs pays tiers dans la mesure où celles-ci ne sont pas ou ne se révèlent pas incompatibles avec les principes et des dispositions de ladite Convention.

Article 10

Les dispositions des articles 3, 4 et 6 ci-dessus ne font pas obstacle aux interdictions ou restrictions d'importation, d'exportation ou de transit justifiées par des raisons de moralité publique, d'ordre public, de sécurité publique, de protection de la santé et de la vie des personnes et des animaux ou de préservation des végétaux, de protection des trésors nationaux ayant une valeur artistique, historique ou archéologique, ou de protection de la propriété industrielle et commerciale. Toutefois, ces interdictions ou restrictions ne doivent constituer ni un moyen de discrimination arbitraire, ni une restriction déguisée au commerce.

Chapitre 2

Dispositions relatives à certains produits agricoles

Article 11

Dans la détermination de sa politique agricole commune, la Communauté prend en considération les intérêts des États associés en ce qui concerne les produits homo-

4. Gli Stati associati nei quali le importazioni sono di competenza di un monopolio nazionale a carattere commerciale o di un organismo mediante il quale le importazioni sono, de jure o de facto, direttamente o indirettamente, limitate, controllate, dirette o influenzate, prendono tutte le disposizioni necessarie per conseguire gli obiettivi definiti dal presente Titolo e per eliminare progressivamente qualsiasi discriminazione per quanto riguarda le condizioni dell'approvvigionamento e dello smercio dei prodotti.

Fatta salva l'applicazione del seguente articolo 7, i piani di commercio con l'estero stabiliti dagli Stati associati non possono implicare o causare, de jure o de facto, una discriminazione diretta o indiretta tra Stati membri.

Le misure prese in applicazione delle disposizioni del presente paragrafo sono comunicate dagli Stati associati interessati al Consiglio di Associazione.

5. A richiesta della Comunità, hanno luogo consultazioni, in seno al Consiglio di Associazione, sulle condizioni d'applicazione del presente articolo.

Articolo 7

Fatte salve le disposizioni particolari proprie del commercio frontaliero, il regime che gli Stati associati applicano, in virtù del presente Titolo, ai prodotti originari degli Stati membri non può in nessun caso essere meno favorevole di quello applicato ai prodotti originari dello Stato terzo più favorito.

Articolo 8

La presente Convenzione non ostacola il mantenimento e la creazione di unioni doganali o di zone di libero scambio fra Stati associati.

Articolo 9

La presente Convenzione non ostacola il mantenimento o la creazione di unioni doganali o di zone di libero scambio fra uno o più Stati associati e uno o più paesi terzi, nella misura in cui queste non siano o non si rivelino incompatibili con i principi e le disposizioni della Convenzione.

Articolo 10

Le disposizioni degli articoli 3, 4 e 6 lasciano impregiudicati i divieti o le restrizioni all'importazione, all'esportazione e al transito giustificati da motivi di moralità pubblica, di ordine pubblico, di pubblica sicurezza, di tutela della salute e della vita delle persone e degli animali, o di preservazione dei vegetali, di protezione del patrimonio artistico, storico o archeologico nazionale, o di tutela della proprietà industriale e commerciale. Tuttavia, tali divieti e restrizioni non devono costituire un mezzo di discriminazione arbitraria, nè una restrizione dissimulata del commercio.

Capitolo 2

Disposizioni relative a taluni prodotti agricoli

Articolo 11

Nel determinare la propria politica agricola comune la Comunità prende in considerazione gli interessi degli Stati associati per quanto concerne i prodotti omologhi

4. De geassocieerde Staten wier invoer valt onder een nationaal monopolie van commerciële aard of onder een orgaan dat de invoer in rechte of in feite rechtstreeks of zijdelings beperkt, beheerst, leidt of beïnvloedt, treffen alle nodige maatregelen om de in deze Titel omschreven doelstellingen te verwezenlijken en om elke discriminatie op het gebied van de voorzienings- en afzetmogelijkheden voor de produkten geleidelijk op te heffen.

Onverminderd de toepassing van artikel 7 mogen de door de geassocieerde Staten opgestelde plannen voor de buitenlandse handel, in rechte noch in feite een rechtstreekse of zijdelingse discriminatie tussen de Lid-Staten inhouden of daartoe aanleiding geven.

De krachtens dit lid getroffen maatregelen worden door de geassocieerde Staten aan de Associatieraad medegedeeld.

5. Op verzoek van de Gemeenschap wordt in de Associatieraad overleg gepleegd over de wijze waarop dit artikel wordt toegepast.

Artikel 7

Onverminderd de bijzondere bepalingen betreffende het klein-grensverkeer mag de regeling die de geassocieerde Staten krachtens deze Titel toepassen op produkten van oorsprong uit de Lid-Staten in geen geval minder gunstig zijn dan die welke wordt toegepast op produkten van oorsprong uit de meest begunstigde derde Staat.

Artikel 8

Deze Overeenkomst vormt geen beletsel voor de handhaving of de oprichting van douane-unies of vrijhandelszones tussen geassocieerde Staten.

Artikel 9

Deze Overeenkomst vormt geen beletsel voor de handhaving of de oprichting van douane-unies of vrijhandelszones tussen een of meer geassocieerde Staten en een of meer derde landen, voor zover die niet onverenigbaar zijn of blijken te zijn met de beginselen en bepalingen van deze Overeenkomst.

Artikel 10

De bepalingen van de artikelen 3, 4 en 6 vormen geen beletsel voor verboden of beperkingen van invoer, uitvoer of doorvoer, welke gerechtvaardigd zijn uit hoofde van bescherming van de openbare zedelijkheid, de openbare orde, de openbare veiligheid, de gezondheid en het leven van personen, dieren of planten, het nationaal artistiek, historisch en archeologisch bezit of uit hoofde van bescherming van de industriële en commerciële eigendom. Deze verboden of beperkingen mogen echter geen middel tot willekeurige discriminatie noch een verkapte beperking van de handel vormen.

Hoofdstuk 2

Bepalingen betreffende bepaalde landbouwprodukten

Artikel 11

Bij de bepaling van haar gemeenschappelijk landbouwbeleid houdt de Gemeenschap rekening met de belangen der geassocieerde Staten betreffende produkten die

zeugnissen gleichartigen und mit ihnen konkurrierenden Erzeugnisse. Zu diesem Zweck finden zwischen der Gemeinschaft und den betreffenden assoziierten Staaten Konsultationen statt.

Die Gemeinschaft bestimmt, nachdem Konsultationen im Assoziationsrat stattgefunden haben, im Zuge der Festlegung ihrer gemeinsamen Agrarpolitik ihre Einfuhrregelung für diese Erzeugnisse, soweit es sich hierbei um Erzeugnisse mit Ursprung in den assoziierten Staaten handelt.

logues et concurrents des produits européens. Des consultations ont lieu à cet effet entre la Communauté et les États associés intéressés.

Le régime applicable à l'importation dans la Communauté de ces produits, lorsqu'ils sont originaires des États associés, est déterminé par celle-ci après consultation au sein du Conseil d'Association, au fur et à mesure de la définition par la Communauté de sa politique agricole commune.

Kapitel 3

Handelspolitische Bestimmungen

Artikel 12

(1) Die Vertragsparteien kommen überein, sich im Interesse einer reibungslosen Durchführung dieses Abkommens über ihre Handelspolitik gegenseitig zu unterrichten und sich auf Antrag einer Vertragspartei zu konsultieren.

(2) Diese Konsultationen erstrecken sich auf die den Handelsverkehr mit dritten Ländern betreffenden Maßnahmen, soweit diese die Interessen einer oder mehrerer Vertragsparteien beeinträchtigen können, und im besonderen auf folgende Maßnahmen:

a) Aussetzung, Änderung oder Aufhebung der Zölle,

b) Gewährung von Zollkontingenten zu niedrigeren Zollsätzen oder zum Zollsatz Null, ausgenommen die in Artikel 2 Abs. 3 genannten Kontingente,

c) Einführung, Verringerung oder Beseitigung mengenmäßiger Beschränkungen , unbeschadet der Verpflichtungen, die sich für bestimmte Vertragsparteien aus ihrer Zugehörigkeit zum GATT ergeben.

(3) Der Assoziationsrat legt unmittelbar nach Inkrafttreten dieses Abkommens das Verfahren für die Unterrichtung und Konsultierung betreffend die Durchführung dieses Artikels fest.

Chapitre 3

Dispositions relatives à la politique commerciale

Article 12

1. En ce qui concerne la politique commerciale, les Parties Contractantes conviennent de s'informer mutuellement et, à la demande d'une d'entre elles, de se consulter aux fins de la bonne application de la présente Convention.

2. Ces consultations portent sur les mesures relatives aux échanges commerciaux avec des pays tiers lorsque celles-ci sont susceptibles de porter atteinte aux intérêts d'une ou de plusieurs Parties Contractantes et notamment en ce qui concerne:

a) la suspension, modification ou suppression des droits de douane,

b) l'octroi de contingents tarifaires à droit réduit ou nul, à l'exception des contingents visés par l'article 2 paragraphe 3 ci-dessus,

c) l'institution, la réduction ou la suppression de restrictions quantitatives, sans préjudice des obligations découlant pour certaines Parties Contractantes de leur appartenance au G.A.T.T.

3. Dès l'entrée en vigueur de la présente Convention, le Conseil d'Association définit la procédure d'information et de consultation relative à l'application du présent article.

Kapitel 4

Schutzklauseln

Artikel 13

(1) Treten in einem Wirtschaftsbereich eines assoziierten Staates ernste Störungen auf oder wird seine äußere finanzielle Stabilität durch ernste Störungen beeinträchtigt, so kann der betreffende Staat in Abweichung von Artikel 3 Abs. 2 Unterabsatz 1 und Artikel 6 Abs. 1, 2 und 4 die erforderlichen Schutzmaßnahmen treffen.

Diese Maßnahmen sowie die Einzelheiten ihrer Durchführung werden unverzüglich dem Assoziationsrat bekanntgegeben.

(2) Treten in einem Wirtschaftsbereich der Gemeinschaft oder eines oder mehrerer Mitgliedstaaten ernste Störungen auf oder wird ihre äußere finanzielle Stabilität durch ernste Störungen beeinträchtigt oder tauchen Schwierigkeiten auf, welche die wirtschaftliche Lage eines bestimmten Gebietes beträchtlich verschlechtern können, so kann die Gemeinschaft in Abweichung von den Artikeln 2 und 5 die im Rahmen ihrer Beziehungen zu den assoziierten Staaten gegebenenfalls erforderlich werdenden Maßnahmen treffen oder den oder die betreffenden Mitgliedstaaten zu derartigen Maßnahmen ermächtigen.

Chapitre 4

Clauses de sauvegarde

Article 13

1. Si des perturbations sérieuses se produisent dans un secteur de l'activité économique d'un État associé, ou compromettent sa stabilité financière extérieure, celui-ci peut, par dérogation aux dispositions de l'article 3 paragraphe 2, alinéa 1 et de l'article 6 paragraphes 1, 2 et 4, prendre les mesures de sauvegarde nécessaires.

Ces mesures ainsi que leurs modalités d'application sont notifiées, sans délai, au Conseil d'Association.

2. Si des perturbations sérieuses se produisent dans un secteur de l'activité économique de la Communauté ou d'un ou de plusieurs États membres ou compremettent leur stabilité financière extérieure et si des difficultés surgissent pouvant se traduire par l'altération grave d'une situation économique régionale, la Communauté peut prendre ou autoriser le ou les États membres intéressés à prendre par dérogation aux dispositions des articles 2 et 5, les mesures qui se révéleraient nécessaires dans leurs relations avec les États associés.

e concorrenti dei prodotti europei. A tal fine hanno luogo consultazioni tra la Comunità e gli Stati associati interessati.

Il regime applicabile all'importazione nella Comunità di tali prodotti, quando essi siano originari degli Stati associati, è determinato, previa consultazione in seno al Consiglio d'Associazione, dalla Comunità stessa mano a mano che questa definisce la propria politica agricola comune.

Capitolo 3

Disposizioni relative alla politica commerciale

Articolo 12

1. Per quanto concerne la politica commerciale, le Parti Contraenti convengono di informarsi reciprocamente e, a richiesta di una di esse, di consultarsi ai fini della corretta applicazione della presente Convenzione.

2. Tali consultazioni riguardano le misure relative agli scambi commerciali con paesi terzi che potrebbero danneggiare gli interessi di una o più Parti Contraenti e particolarmente:

a) la sospensione, modificazione e abolizione dei dazi doganali,

b) la concessione di contingenti tariffari a dazio ridotto o nullo, ad eccezione dei contingenti di cui all'articolo 2, paragrafo 3,

c) l'istituzione, la riduzione o la soppressione di restrizioni quantitative, fatti salvi gli obblighi derivanti per talune Parti Contraenti dalla loro appartenenza al G.A.T.T.

3. Fin dall'entrata in vigore della presente Convenzione, il Consiglio di Associazione stabilisce la procedura d informazione e di consultazione relativa all'applicazione del presente articolo.

Capitolo 4

Clausola di salvaguardia

Articolo 13

1. Qualora gravi perturbazioni si manifestino in un settore dell'attività economica di uno Stato associato o ne compromettano la stabilità finanziaria con l'estero, questo Stato, in deroga alle disposizioni dell'articolo 3, paragrafo 2, primo comma e dell'articolo 6, paragrafi 1, 2 e 4, può prendere le necessarie misure di salvaguardia.

Tali misure e le loro modalità d'applicazione sono notificate immediatamente al Consiglio di Associazione.

2. Qualora gravi perturbazioni si manifestino in un settore dell'attività economica della Comunità o di uno o più Stati membri o ne compromettano la stabilità finanziaria con l'estero e qualora sorgano difficoltà che possano determinare grave perturbazione in una situazione economica regionale, la Comunità può prendere o autorizzare lo Stato o gli Stati membri interessati a prendere, in deroga alle disposizioni degli articoli 2 e 5, le misure necessarie nelle loro relazioni con gli Stati associati.

gelijksoortig zijn aan Europese produkten en daarmede concurreren. Te dien einde wordt tussen de Gemeenschap en de betrokken geassocieerde Staten overleg gepleegd.

De regeling van toepassing op de invoer in de Gemeenschap van deze produkten, wanneer deze van oorsprong zijn uit de geassocieerde Staten, wordt door haar na overleg in de Associatieraad vastgesteld naargelang het gemeenschappelijk landbouwbeleid door de Gemeenschap wordt bepaald.

Hoofdstuk 3

Bepalingen betreffende de handelspolitiek

Artikel 12

1. Inzake de handelspolitiek komen de Partijen overeen elkander wederzijds in te lichten en, op verzoek van een van hen, met elkander te overleggen met het oog op de juiste toepassing van deze Overeenkomst.

2. Dit overleg heeft betrekking op de maatregelen betreffende het handelsverkeer met derde landen, wanneer deze maatregelen de belangen van een of meer Partijen kunnen schaden en wel in het bijzonder inzake:

a) de schorsing, wijziging of afschaffing der douanerechten,

b) de toekenning van tariefcontingenten met vermindering of vrijdom van rechten, behalve voor de contingenten bedoeld in artikel 2, lid 3,

c) de invoering, verlaging of afschaffing van kwantitatieve beperkingen, onverminderd de verplichtingen die voor bepaalde Partijen voortvloeien uit hun lidmaatschap van de G.A.T.T.

3. Zodra deze Overeenkomst in werking is getreden stelt de Associatieraad de procedure vast voor de toepassing van dit artikel inzake uitwisseling van inlichtingen en inzake overleg.

Hoofdstuk 4

Vrijwaringsclausules

Artikel 13

1. Indien ernstige verstoringen in een bepaalde sector van het economische leven van een geassocieerde Staat optreden, of indien deze zijn externe financiële stabiliteit in gevaar brengen, kan deze Staat, in afwijking van artikel 3, lid 2, eerste alinea, en artikel 6, leden 1, 2 en 4, de nodige vrijwaringsmaatregelen treffen.

Deze maatregelen en de wijze waarop zij worden toegepast, worden onverwijld aan de Associatieraad medegedeeld.

2. Indien ernstige verstoringen in een bepaalde sector van het economische leven der Gemeenschap of van een of meer Lid-Staten optreden, of indien deze hun externe financiële stabiliteit in gevaar brengen, en indien zich moeilijkheden voordoen die de economische toestand van een bepaalde streek ernstig kunnen verstoren, kan de Gemeenschap, in afwijking van de artikelen 2 en 5, die maatregelen treffen — of de betrokken Lid-Staat of Lid-Staten daartoe machtigen — welke in hun betrekkingen met de geassocieerde Staten noodzakelijk blijken.

Diese Maßnahmen sowie die Einzelheiten ihrer Durchführung werden unverzüglich dem Assoziationsrat bekanntgegeben.

(3) Bei der Durchführung der Absätze 1 und 2 sind vorzugsweise Maßnahmen zu wählen, die das Funktionieren der Assoziation so wenig wie möglich stören. Diese Maßnahmen dürfen nicht über das zur Behebung der aufgetretenen Schwierigkeiten unbedingt erforderliche Maß hinausgehen.

(4) Über die gemäß den Absätzen 1 und 2 getroffenen Maßnahmen finden Konsultationen im Assoziationsrat statt.

Bei Maßnahmen gemäß Absatz 1 finden diese Konsultationen auf Antrag der Gemeinschaft und bei Maßnahmen gemäß Absatz 2 auf Antrag eines oder mehrerer assoziierter Staaten statt.

Ces mesures ainsi que leurs modalités d'application, sont notifiées, sans délai, au Conseil d'Association.

3. Pour l'application des paragraphes 1 et 2 du présent article, doivent être choisies par priorité les mesures qui apportent le minimum de perturbations dans le fonctionnement de l'Association. Ces mesures ne doivent pas excéder la portée strictement indispensable pour remédier aux difficultés qui se sont manifestées.

4. Des consultations ont lieu au sein du Conseil d'Association sur les mesures prises en application des paragraphes 1 et 2 du présent article.

Elles ont lieu à la demande de la Communauté pour les mesures du paragraphe 1 et à la demande d'un ou de plusieurs États associés pour celles du paragraphe 2.

Kapitel 5

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 14

Unbeschadet der besonderen Bestimmungen dieses Abkommens, insbesondere derjenigen des Artikels 3, nimmt jede Vertragspartei von allen Maßnahmen oder Praktiken interner steuerlicher Art Abstand, die unmittelbar oder mittelbar eine unterschiedliche Behandlung ihrer Erzeugnisse und gleichartiger Ursprungserzeugnisse der anderen Vertragsparteien bewirken.

Chapitre 5

Dispositions générales

Article 14

Sans préjudice des dispositions particulières prévues par la présente Convention et notamment de celles figurant à l'article 3 ci-dessus, chaque Partie Contractante s'interdit toute mesure ou pratique de nature fiscale interne établissant directement ou indirectement une discrimination entre ses produits et les produits similaires originaires des autres Parties Contractantes.

TITEL II

Finanzielle und technische Zusammenarbeit

Artikel 15

Die Gemeinschaft beteiligt sich unter den nachstehenden Bedingungen an geeigneten Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der assoziierten Staaten, indem sie die eigenen Bemühungen dieser Staaten ergänzt.

Artikel 16

Für die in Artikel 15 genannten Zwecke wird während der Laufzeit dieses Abkommens ein Globalbetrag von 730 Millionen Rechnungseinheiten zur Verfügung gestellt, und zwar:

a) 666 Millionen Rechnungseinheiten von den Mitgliedstaaten; dieser Betrag wird in den „Europäischen Entwicklungsfonds", im folgenden „der Fonds" genannt, eingebracht; hiervon werden bis zu 620 Millionen Rechnungseinheiten in Form nichtrückzahlbarer Zuschüsse und der Restbetrag in Form von Darlehen zu Sonderbedingungen verwendet;

b) bis zu 64 Millionen Rechnungseinheiten von der Europäischen Investitionsbank, im folgenden „die Bank" genannt, in Form von Darlehen, die sie nach Maßgabe des Protokolls Nr. 5 über die Verwaltung der Finanzhilfe im Anhang zu diesem Abkommen gewährt.

Artikel 17

Der in Artikel 16 festgelegte Betrag wird unter den in diesem Abkommen und in dem Protokoll Nr. 5 vorgesehenen Bedingungen wie folgt verwendet:

TITRE II

Coopération financière et technique

Article 15

La Communauté participe, dans les conditions indiquées ci-après, aux mesures propres à promouvoir le développement économique et social des États associés par un effort complémentaire de ceux accomplis par ces États.

Article 16

Aux fins précisées à l'article 15, et pour la durée de la présente Convention, un montant global de 730 millions d'unités de compte est fourni:

a) pour 666 millions d'unités de compte par les États membres; ce montant, versé au « Fonds européen de Développement » ci-après dénommé « le Fonds », est utilisé à concurrence de 620 millions d'unités de compte sous forme d'aides non remboursables et le solde sous forme de prêts à des conditions spéciales;

b) à concurrence de 64 millions d'unités de compte par la Banque Européenne d'Investissement, ci-après dénommée « la Banque », sous forme de prêts accordés par celle-ci dans les conditions prévues au Protocole n° 5 relatif à la gestion des aides financières annexé à la présente Convention.

Article 17

Dans les conditions prévues par la présente Convention et par le Protocole n° 5, le montant fixé à l'article 16 ci-dessus est utilisé:

Tali misure e le loro modalità d'applicazione sono notificate immediatamente al Consiglio di Associazione.

3. Nell'applicazione dei paragrafi 1 e 2 del presente articolo si deve dare la precedenza alle misure che turbino il meno possibile il funzionamento dell'Associazione. Tali misure non devono eccedere la portata strettamente indispensabile per porre rimedio alle difficoltà manifestatesi.

4. In seno al Consiglio di Associazione si hanno consultazioni sulle misure prese in applicazione dei paragrafi 1 e 2 del presente articolo.

Le consultazioni sulle misure di cui al paragrafo 1 hanno luogo a richiesta della Comunità e quelle sulle misure di cui al paragrafo 2 a richiesta di uno o più Stati associati.

Deze maatregelen en de wijze waarop zij worden toegepast, worden onverwijld aan de Associatieraad medegedeeld.

3. Voor de toepassing van de leden 1 en 2 van dit artikel moeten bij voorrang die maatregelen worden gekozen, die de werking van de Associatie het minst verstoren. Deze maatregelen mogen niet verder reiken dan strikt onvermijdelijk is om de opgetreden moeilijkheden te overwinnen.

4. In de Associatieraad wordt overleg gepleegd over de maatregelen die ingevolge de leden 1 en 2 van dit artikel worden getroffen.

Dit overleg vindt plaats op verzoek van de Gemeenschap wat de maatregelen van lid 1 betreft, en op verzoek van een of meer geassocieerde Staten, wat de maatregelen van lid 2 betreft.

Capitolo 5

Disposizioni generali

Articolo 14

Fatte salve le disposizioni particolari previste dalla presente Convenzione e specialmente quelle dell'articolo 3, ciascuna Parte Contraente si impegna a non adottare alcuna misura o pratica di natura fiscale interna che instauri direttamente o indirettamente una discriminazione tra i propri prodotti e i prodotti similari originari delle altre Parti Contraenti.

Hoofdstuk 5

Algemene bepalingen

Artikel 14

Onverminderd de bijzondere bepalingen waarin deze Overeenkomst voorziet, en met name die van artikel 3, onthoudt elke Partij zich van iedere maatregel of handelwijze van intern fiscale aard, die rechtstreeks dan wel zijdelings tot discriminatie tussen haar produkten en gelijksoortige produkten van oorsprong uit de overige Partijen voert.

TITOLO II

Cooperazione finanziaria e tecnica

Articolo 15

La Comunità partecipa, alle condizioni indicate più oltre, alle misure atte a promuovere lo sviluppo economico e sociale degli Stati associati mediante uno sforzo complementare a quelli compiuti da tali Stati.

Articolo 16

Ai fini di cui all'articolo 15 e per la durata della presente Convenzione un importo globale di 730 milioni di unità di conto è fornito:

a) per 666 milioni di unità di conto dagli Stati membri; questo importo, versato al «Fondo europeo di Sviluppo», qui di seguito denominato il Fondo, è impiegato sino a concorrenza di 620 milioni di unità di conto sotto forma di aiuti non rimborsabili e per il resto sotto forma di prestiti a condizioni speciali;

b) fino a concorrenza di 64 milioni di unità di conto dalla Banca Europea per gli Investimenti, qui di seguito denominata la Banca, sotto forma di prestiti concessi da quest'ultima alle condizioni di cui al Protocollo n° 5 relativo alla gestione degli aiuti finanziari, allegato alla presente Convenzione.

Articolo 17

Alle condizioni contemplate dalla presente Convenzione e dal Protocollo n° 5, l'importo fissato dall'articolo 16 è impiegato:

TITEL II

Financiële en technische Samenwerking

Artikel 15

De Gemeenschap neemt op de hierna vermelde wijze deel aan de maatregelen die de economische en sociale ontwikkeling van de geassocieerde Staten kunnen bevorderen, in aanvulling op hetgeen door deze Staten zelf wordt verricht.

Artikel 16

Ter verwezenlijking van de in artikel 15 vermelde doeleinden en voor de duur van deze Overeenkomst wordt een totaal bedrag van 730 miljoen rekeneenheden ter beschikking gesteld, en wel:

a) voor een bedrag van 666 miljoen rekeneenheden door de Lid-Staten; van dit bedrag, dat in het „Europees Ontwikkelingsfonds" hierna te noemen het Fonds, wordt gestort, wordt ten hoogste 620 miljoen rekeneenheden aangewend in de vorm van giften en de rest in de vorm van leningen tegen speciale voorwaarden;

b) tot een bedrag van 64 miljoen rekeneenheden door de Europese Investeringsbank, hierna te noemen de Bank, in de vorm van leningen die door haar worden toegekend overeenkomstig de voorwaarden van Protocol No. 5 bij deze Overeenkomst, betreffende het beheer van de financiële steun.

Artikel 17

Op de door deze Overeenkomst en door Protocol No. 5 voorgeschreven wijze, wordt het in artikel 16 vastgestelde bedrag aangewend:

1. auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und sozialen Investitionen:
   — für wirtschaftliche und soziale Infrastrukturvorhaben,
   — für produktive Vorhaben von allgemeinem Interesse,
   — für produktive Vorhaben mit üblicher finanzieller Rentabilität,
   — für die technische Hilfe vor, bei und nach Investitionen;
2. auf dem Gebiet der allgemeinen technischen Zusammenarbeit:
   — für Untersuchungen über die Entwicklungsaussichten der Wirtschaft der assoziierten Staaten,
   — für Programme zur Ausbildung von Führungskräften und zur Berufsausbildung;
3. auf dem Gebiet der Diversifizierungs- und Produktionshilfe:
   — für Maßnahmen, die in erster Linie die Vermarktung zu wettbewerbsfähigen Preisen auf allen Märkten der Gemeinschaft ermöglichen sollen, indem insbesondere die Rationalisierung des Anbaus und der Verkaufsmethoden gefördert wird und den Erzeugern die notwendigen Anpassungen erleichtert werden;
4. auf dem Gebiet der Preisregulierung:
   — für Vorschüsse, die dazu beitragen sollen, die Folgen der zeitweiligen Schwankungen der Weltmarktpreise zu mildern.

Artikel 18

Die nichtrückzahlbaren Zuschüsse und die Darlehen sind wie folgt zu verwenden:

a) bis zu 500 Millionen Rechnungseinheiten für die Finanzierung der in Artikel 17 Ziffern 1 und 2 bezeichneten Maßnahmen;
b) bis zu 230 Millionen Rechnungseinheiten für die Finanzierung der in Artikel 17 Ziffer 3 bezeichneten Maßnahmen.

Artikel 19

Für die in Artikel 16 Buchstabe b genannten Darlehen der Bank können Zinsvergütungen gewährt werden. Der Satz dieser Zinsvergütungen kann sich bei Darlehen mit einer Laufzeit von höchstens 25 Jahren auf 3 % belaufen.

Die für die Zahlung der Zinsvergütungen erforderlichen Beträge werden während der Dauer des Bestehens des Fonds auf den in Artikel 16 Buchstabe a vorgesehenen Betrag der nichtrückzahlbaren Zuschüsse angerechnet.

Artikel 20

(1) Die Gemeinschaft kann für die in Artikel 17 Ziffer 4 bezeichneten Maßnahmen aus den verfügbaren Kassenbeständen des Fonds Vorschüsse bis zu einem Höchstbetrag von 50 Millionen Rechnungseinheiten gewähren.

(2) Diese Vorschüsse werden nach Maßgabe des Protokolls Nr. 5 gewährt.

Artikel 21

Der betreffende assoziierte Staat oder die betreffende Gruppe assoziierter Staaten stellt zwecks Finanzierung der in Artikel 17 bezeichneten Maßnahmen nach Maß-

1. dans le domaine des investissements économiques et sociaux,
   — pour des projets d'infrastructure économique et sociale,
   — pour des projets à caractère productif d'intérêt général,
   — pour des projets à caractère productif et à rentabilité financière normale,
   — pour l'assistance technique préparatoire, concomitante et postérieure aux investissements;
2. dans le domaine de la coopération technique générale,
   — pour des études sur les perspectives de développement des économies des États associés,
   — pour des programmes de formation des cadres et de formation professionnelle;
3. dans le domaine des aides à la diversification et à la production,
   — pour des actions destinées essentiellement à permettre la commercialisation à des prix compétitifs sur l'ensemble des marchés de la Communauté, en encourageant notamment la rationalisation des cultures et des méthodes de vente et en facilitant aux producteurs les adaptations nécessaires;
4. dans le domaine de la régularisation des cours,
   — pour des avances en vue de contribuer à pallier les conséquences des fluctuations temporaires des prix mondiaux.

Article 18

Les aides non remboursables et les prêts sont affectés:

a) à concurrence de 500 millions d'unités de compte au financement des actions visées à l'article 17 paragraphes 1 et 2,
b) à concurrence de 230 millions d'unités de compte au financement des actions visées à l'article 17 paragraphe 3.

Article 19

Les prêts de la Banque visés à l'article 16 b) peuvent être assortis de bonifications d'intérêt. Le taux de ces bonifications peut atteindre 3 % pour des prêts d'une durée maximum de 25 ans.

Les montants nécessaires au paiement des bonifications d'intérêt sont, pendant la durée de l'existence du Fonds, imputés sur le montant des aides non remboursables prévu à l'article 16 a).

Article 20

1. La Communauté peut accorder sur les disponibilités de trésorerie du Fonds des avances dans la limite d'un plafond de 50 millions d'unités de compte pour les interventions prévues à l'article 17 paragraphe 4.

2. Ces avances sont accordées dans les conditions fixées au Protocole nº 5.

Article 21

Pour le financement des actions visées à l'article 17, l'État associé ou le groupe d'États associés intéressé établit, dans les conditions fixées au Protocole nº 5, un dos-

1. nel settore degli investimenti economici e sociali,
   - per progetti di infrastruttura economica e sociale,
   - per progetti a carattere produttivo d'interesse generale,
   - per progetti a carattere produttivo e a redditività finanziaria normale,
   - per l'assistenza tecnica che precede, accompagna e segue gli investimenti;
2. nel settore della cooperazione tecnica generale,
   - per studi sulle prospettive di sviluppo delle economie degli Stati associati,
   - per programmi di formazione del personale dirigente e di formazione professionale;
3. nel settore degli aiuti per la diversificazione e per la produzione,
   - per azioni destinate essenzialmente a permettere la commercializzazione a prezzi di concorrenza sui mercati della Comunità nel loro insieme, incoraggiando specialmente la razionalizzazione delle colture e dei metodi di vendita e facilitando ai produttori gli adattamenti necessari;
4. nel settore della regolarizzazione dei corsi,
   - per anticipazioni allo scopo di contribuire ad attenuare le conseguenze delle fluttuazioni temporanee dei prezzi mondiali.

Articolo 18

Gli aiuti non rimborsabili e i prestiti sono destinati:

a) fino a concorrenza di 500 milioni di unità di conto al finanziamento delle azioni contemplate dall'articolo 17, paragrafi 1 e 2,
b) fino a concorrenza di 230 milioni di unità di conto al finanziamento delle azioni contemplate dall'articolo 17, paragrafo 3.

Articolo 19

I prestiti della Banca di cui all'articolo 16 b) possono essere accompagnati da abbuono di interessi. Il tasso di questi abbuoni può arrivare al 3% per prestiti di una durata massima di 25 anni.

Gli importi necessari al pagamento degli abbuoni di interessi sono imputati, per tutta la durata dell'esistenza del Fondo, all'importo degli aiuti non rimborsabili di cui all'articolo 16 a).

Articolo 20

1. La Comunità può concedere sulle disponibilità di tesoreria del Fondo anticipazioni fino a un massimo di 50 milioni di unità di conto per gli interventi contemplati dall'articolo 17, paragrafo 4.

2. Tali anticipazioni sono concesse alle condizioni fissate dal Protocollo n° 5.

Articolo 21

Per il finanziamento delle azioni contemplate dall'articolo 17 lo Stato associato o il gruppo di Stati associati interessato stabilisce, alle condizioni fissate dal Proto-

1. op het gebied van de economische en sociale investeringen,
   - voor projecten betreffende de economische en sociale infrastructuur,
   - voor projecten van produktieve aard van algemeen belang,
   - voor projecten van produktieve aard met een normale financiële rentabiliteit,
   - voor technische hulp voor, tijdens en na de investeringen;
2. op het gebied van de algemene technische samenwerking,
   - voor studies inzake de te verwachten ontwikkeling van de volkshuishoudingen der geassocieerde Staten,
   - voor programma's voor de vorming van leidinggevend personeel en voor de beroepsopleiding;
3. op het gebied van de hulp bij de diversificatie en bij de produktie,
   - voor maatregelen die er hoofdzakelijk op zijn gericht het verhandelen tegen concurrerende prijzen op alle markten van de Gemeenschap mogelijk te maken, door met name de rationalisatie van de cultures en van de verkoopmethoden te bevorderen en door het voor de producenten gemakkelijker te maken de noodzakelijke aanpassingen te verwezenlijken;
4. op het gebied van de regularisatie der prijzen,
   - voor voorschotten die ten doel hebben de gevolgen van de tijdelijke schommelingen der wereldmarktprijzen te verzachten.

Artikel 18

De giften en leningen worden besteed:

a) tot een bedrag van 500 miljoen rekeneenheden voor de financiering van de in artikel 17 sub 1 en sub 2 genoemde maatregelen,
b) tot een bedrag van 230 miljoen rekeneenheden voor de financiering van de in artikel 17 sub 3 genoemde maatregelen.

Artikel 19

Aan de in artikel 16 sub b bedoelde leningen van de Bank kunnen rentesubsidies worden verbonden. De hoogte hiervan kan 3% bedragen voor leningen met een maximum looptijd van 25 jaar.

De voor de uitkering van de rentesubsidies noodzakelijke bedragen worden gedurende het bestaan van het Fonds afgeboekt op het bedrag van de giften, bedoeld in artikel 16 sub a.

Artikel 20

1. De Gemeenschap kan uit de beschikbare kasmiddelen van het Fonds voorschotten verlenen tot een maximum van 50 miljoen rekeneenheden voor de in artikel 17 sub 4 bedoelde maatregelen.

2. Deze voorschotten worden verleend op de voorwaarden die zijn vastgesteld in Protocol No. 5.

Artikel 21

Inzake de financiering van de in artikel 17 bedoelde maatregelen stelt de betrokken geassocieerde Staat of groep van geassocieerde Staten onder de voorwaarden

gabe des Protokolls Nr. 5 Unterlagen für jedes Vorhaben oder Programm zusammen, für das dieser Staat oder diese Staatengruppe eine finanzielle Unterstützung beantragt. Diese Unterlagen werden der Gemeinschaft zu Händen der Kommission zugeleitet.

Artikel 22

Die Gemeinschaft prüft die ihr nach Maßgabe des Artikels 21 vorgelegten Finanzierungsanträge. Sie hält die nötigen Kontakte mit den betreffenden assoziierten Staaten aufrecht, um über die ihr unterbreiteten Vorhaben oder Programme in voller Kenntnis der Sachlage zu beschließen. Der betreffende assoziierte Staat oder die betreffende Gruppe assoziierter Staaten erhält einen Bescheid über den eingereichten Antrag.

Artikel 23

Der Beitrag der Gemeinschaft zur Verwirklichung bestimmter Vorhaben oder Programme kann in Form einer Beteiligung an Finanzierungen erfolgen, an denen sich insbesondere dritte Staaten, internationale Finanzorgane oder Behörden sowie Kredit- und Entwicklungsinstitute der assoziierten Staaten oder der Mitgliedstaaten beteiligen können.

Artikel 24

(1) Die Mittel des Fonds kommen folgenden Empfängern zugute:

a) nichtrückzahlbare Zuschüsse:
   — bei wirtschaftlichen und sozialen Investitionsvorhaben: den assoziierten Staaten oder juristischen Personen, die nicht in erster Linie einen Erwerbszweck verfolgen, von allgemeinem oder sozialem Interesse sind und in diesen Staaten der Kontrolle der öffentlichen Hand unterliegen;
   — bei Programmen zur Ausbildung von Führungskräften und zur Berufsausbildung sowie bei wirtschaftlichen Studien: den Regierungen der assoziierten Staaten, den Fachinstituten oder Fachorganen oder ausnahmsweise auch Stipendiaten und Praktikanten;
   — bei Produktionshilfe: den Erzeugern;
   — bei Diversifizierungshilfe: den assoziierten Staaten, den von der Gemeinschaft anerkannten Erzeugerverbänden oder gleichartigen Einrichtungen oder, in Ermangelung derselben, einzelnen Erzeugern;

b) Darlehen zu Sonderbedingungen und Zinsvergütungen:
   — bei wirtschaftlichen und sozialen Investitionsvorhaben: den assoziierten Staaten oder juristischen Personen, die nicht in erster Linie einen Erwerbszweck verfolgen, von allgemeinem oder sozialem Interesse sind und in diesen Staaten der Kontrolle der öffentlichen Hand unterliegen, oder auf Grund eines besonderen Beschlusses der Gemeinschaft gegebenenfalls auch Privatunternehmen;
   — bei Diversifizierungshilfe: den assoziierten Staaten, den von der Gemeinschaft anerkannten Erzeugerverbänden oder gleichartigen Einrichtungen oder, in Ermangelung derselben, einzelnen Erzeugern und auf Grund eines besonderen Beschlusses der Gemeinschaft gegebenenfalls auch Privatunternehmen.

sier pour chaque projet ou programme pour lequel il sollicite un concours financier. Il transmet ce dossier à la Communauté à l'adresse de la Commission.

Article 22

La Communauté instruit les demandes de financement qui lui sont présentées en vertu des dispositions de l'article précédent. Elle maintient avec les États associés intéressés les contacts nécessaires afin de statuer en pleine connaissance de cause sur les projets ou programmes qui lui sont soumis. L'État associé ou le groupe d'États associés intéressé est informé de la suite réservée à sa demande.

Article 23

Le concours apporté par la Communauté pour la réalisation de certains projets ou programmes peuvent prendre la forme d'une participation à des financements dans lesquels interviendraient notamment des États tiers, des organismes financiers internationaux ou des autorités et des instituts de crédit et de développement des États associés ou des États membres.

Article 24

1. Les bénéficiaires des aides du Fonds sont:

a) en ce qui concerne les aides non remboursables:
   — pour les projets d'investissements économiques et sociaux, soit les États associés, soit des personnes morales qui ne poursuivent pas à titre principal un but lucratif, qui présentent un caractère d'intérêt général ou social et qui sont soumises dans ces États au contrôle de la puissance publique;
   — pour les programmes de formation de cadres et de formation professionnelle ainsi que pour les études économiques, les Gouvernements des États associés, les instituts ou organismes spécialisés ou, à titre exceptionnel, les boursiers et stagiaires;
   — pour l'aide à la production, les producteurs:
   — pour l'aide à la diversification, les États associés, les groupements de producteurs ou organismes similaires agréés par la Communauté ou, à défaut de ceux-ci, les producteurs eux-mêmes;

b) en ce qui concerne les prêts à conditions spéciales et les bonifications d'intérêt:
   — pour les projets d'investissements économiques et sociaux, soit les États associés, soit des personnes morales qui ne poursuivent pas à titre principal un but lucratif, qui présentent un caractère d'intérêt général ou social et qui sont soumises dans ces États au contrôle de la puissance publique, soit éventuellement des entreprises privées sur décision spéciale de la Communauté;
   — pour l'aide à la diversification, les États associés, les groupements de producteurs ou organismes similaires agréés par la Communauté ou, à défaut de ceux-ci, les producteurs eux-mêmes et éventuellement les entreprises privées sur décision spéciale de la Communauté.

collo nº 5, un fascicolo per ogni progetto o programma per il quale sollecita un concorso finanziario. Trasmette tale fascicolo alla Comunità indirizzandolo alla Commissione.

Articolo 22

La Comunità istruisce le domande di finanziamento che le sono presentate in virtù delle disposizioni dell'articolo precedente. Mantiene con gli Stati associati interessati i contatti necessari onde deliberare con piena cognizione di causa sui progetti o programmi che le sono sottoposti. Lo Stato o il gruppo di Stati interessato è informato dell'esito della rispettiva domanda.

Articolo 23

Il concorso della Comunità alla realizzazione di taluni progetti o programmi può assumere la forma di partecipazione a finanziamenti ai quali possono contribuire in particolare Stati terzi, organismi finanziari internazionali o autorità e istituti di credito e di sviluppo degli Stati associati o degli Stati membri.

Articolo 24

1. I beneficiari degli aiuti del Fondo sono:

a) per quanto riguarda gli aiuti non rimborsabili:
   — per i progetti di investimenti economici e sociali, gli Stati associati o le persone giuridiche le quali non perseguano principalmente scopi lucrativi, presentino un carattere di interesse generale o sociale e siano sottoposte in questi Stati al controllo del potere pubblico;
   — per i programmi relativi alla formazione del personale dirigente e alla formazione professionale nonchè per gli studi economici, i Governi degli Stati associati, gli istituti o organismi specializzati oppure, a titolo eccezionale, i borsisti e i tirocinanti;
   — per gli aiuti alla produzione, i produttori;
   — per gli aiuti alla diversificazione, gli Stati associati, i gruppi di produttori o organismi similari riconosciuti dalla Comunità o, in mancanza di questi ultimi, i produttori stessi;

b) per quanto riguarda i prestiti a condizioni speciali e gli abbuoni di interessi:
   — per i progetti di investimenti economici e sociali, gli Stati associati o le persone giuridiche le quali non perseguano principalmente scopi lucrativi, presentino un carattere di interesse generale o sociale e siano sottoposte in questi Stati al controllo del potere pubblico; oppure, eventualmente, per decisione speciale della Comunità, imprese private;
   — per gli aiuti alla diversificazione, gli Stati associati, i gruppi di produttori o organismi similari riconosciuti dalla Comunità o, in mancanza di questi ultimi, i produttori stessi; ed eventualmente, per decisione speciale della Comunità, le imprese private.

die zijn vastgesteld in Protocol No. 5, een dossier samen voor elk project of programma waarvoor financiële bijstand wordt ingeroepen. Dit dossier wordt aan de Gemeenschap toegezonden, ten adresse van de Commissie.

Artikel 22

De Gemeenschap neemt de verzoeken om financiering die krachtens de bepalingen van het vorige artikel bij haar worden ingediend in behandeling. Zij onderhoudt met de betrokken geassocieerde Staten de nodige contacten, ten einde met volledige kennis van zaken te beslissen over de projecten of programma's die haar worden voorgelegd. De betrokken geassocieerde Staat of groep van geassocieerde Staten wordt in kennis gesteld van het gevolg dat aan het verzoek is gegeven.

Artikel 23

De bijstand die door de Gemeenschap voor de tenuitvoerlegging van bepaalde projecten of programma's wordt verleend, kan de vorm aannemen van deelneming in financieringen waaraan met name derde Staten, internationale financiële instellingen dan wel autoriteiten en instellingen op het gebied van kredietverlening en ontwikkeling van de geassocieerde Staten of de Lid-Staten deelnemen.

Artikel 24

1. De door de steun van het Fonds begunstigden zijn:

a) ten aanzien van giften:
   — voor economische en sociale investeringsprojecten, hetzij de geassocieerde Staten, hetzij rechtspersonen die niet ten principale een winstgevend doel nastreven, die een algemeen of sociaal belang vertegenwoordigen en die in deze Staten aan het toezicht van de overheid zijn onderworpen;
   — voor programma's voor de vorming van leidinggevend personeel en voor de beroepsopleiding, alsmede voor economische studies, de Regeringen van de geassocieerde Staten, gespecialiseerde inrichtingen of lichamen dan wel, bij wijze van uitzondering, bursalen en stagiaires;
   — voor hulp bij de produktie, de producenten;
   — voor hulp bij de diversificatie, de geassocieerde Staten, de door de Gemeenschap erkende groeperingen van producenten of soortgelijke organisaties dan wel, bij gebreke daarvan, de producenten zelf;

b) ten aanzien van leningen tegen speciale voorwaarden en rentesubsidies:
   — voor economische en sociale investeringsprojecten, hetzij de geassocieerde Staten, hetzij rechtspersonen die niet ten principale een winstgevend doel nastreven, die een algemeen of social belang vertegenwoordigen en die in deze Staten aan het toezicht van de overheid zijn onderworpen, hetzij eventueel, bij bijzonder besluit van de Gemeenschap, particuliere ondernemingen;
   — voor hulp bij de diversificatie, de geassocieerde Staten, de door de Gemeenschap erkende groeperingen van producenten of soortgelijke organisaties dan wel, bij gebreke daarvan, de producenten zelf en eventueel, bij bijzonder besluit van de Gemeenschap, particuliere ondernemingen.

(2) Die Finanzhilfen dürfen nicht zur Deckung laufender Verwaltungs-, Unterhaltungs- und Betriebskosten verwendet werden.

Artikel 25

Bei der Vergabe von Aufträgen, bei Ausschreibungen, Geschäftsabschlüssen und Verträgen für Vorhaben, die aus Mitteln des Fonds oder von der Bank finanziert werden, steht die Beteiligung zu gleichen Bedingungen allen natürlichen und juristischen Personen offen, welche die Staatszugehörigkeit eine Mitgliedstaates oder eines assoziierten Staates besitzen.

Artikel 26

Die nach Maßgabe dieses Titels für die Finanzierung von Vorhaben oder Programmen zugewiesenen Beträge müssen entsprechend der getroffenen Zweckbindung und unter den günstigsten wirtschaftlichen Bedingungen verwendet werden.

Artikel 27

Der Assoziationsrat definiert die allgemeine Ausrichtung der finanziellen und technischen Zusammenarbeit im Rahmen der Assoziation, insbesondere an Hand eines Jahresberichts, den ihm das Organ für die Verwaltung der finanziellen und technischen Hilfe der Gemeinschaft vorlegt.

Artikel 28

Hat ein assoziierter Staat dieses Abkommen nach Maßgabe des Artikels 57 nicht ratifiziert oder ist das Abkommen gemäß Artikel 62 gekündigt worden, so ergibt sich daraus für die Vertragsparteien die Verpflichtung, den in den Artikeln 16 und 18 festgelegten Betrag der Finanzhilfe anzupassen.

TITEL III

Niederlassungsrecht, Dienstleistungen, Zahlungs- und Kapitalverkehr

Artikel 29

Unbeschadet der Durchführung der Maßnahmen, die auf Grund des Vertrags getroffen werden, sind die Staatsangehörigen und Gesellschaften aller Mitgliedstaaten in jedem assoziierten Staat hinsichtlich des Niederlassungsrechts und der Erbringung von Dienstleistungen schrittweise, spätestens aber drei Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens, einander gleichzustellen.

Der Assoziationsrat kann einen assoziierten Staat auf dessen Antrag ermächtigen, die Anwendung des Absatzes 1 während eines bestimmten Zeitabschnitts und für eine bestimmte Tätigkeit auszusetzen.

Für Staatsangehörige und Gesellschaften eines Mitgliedstaates kann für eine bestimmte Tätigkeit in einem assoziierten Staat Absatz 1 jedoch nur insoweit in Anspruch genommen werden, als der Staat, dem sie angehören, den Staatsangehörigen und Gesellschaften des betreffenden assoziierten Staates für dieselbe Tätigkeit gleichartige Vergünstigungen gewährt.

Artikel 30

Gewährt ein assoziierter Staat den Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines Staates, der weder Mitgliedstaat der Gemeinschaft noch assoziierter Staat im Sinne dieses Abkommens ist, eine günstigere Behandlung als

2. Les aides financières ne peuvent être utilisées pour couvrir les dépenses courantes d'administration, d'entretien et de fonctionnement.

Article 25

Pour les interventions dont le financement est assuré par le Fonds ou par la Banque, la participation aux adjudications, appels d'offres, marchés et contrats est ouverte, à égalité de conditions, à toutes les personnes physiques et morales ressortissant des États membres et des États associés.

Article 26

L'utilisation des montants attribués pour le financement des projets ou de programmes, en application des dispositions du présent Titre, doit être conforme aux affectations décidées et se réaliser dans les meilleures conditions économiques.

Article 27

Le Conseil d'Association définit l'orientation générale de la coopération financière et technique dans le cadre de l'association à la lumière notamment d'un rapport annuel qui lui est soumis par l'organe chargé de la gestion de l'aide financière et technique de la Communauté.

Article 28

La non ratification de la présente Convention par un État associé dans les conditions prévues à l'article 57 ou la dénonciation de la Convention conformément à l'article 62 entraîne pour les Parties Contractantes l'obligation d'ajuster le montant de l'aide financière fixé aux articles 16 et 18.

TITRE III

Droit d'établissement, services, paiements et capitaux

Article 29

Sans préjudice de l'exécution des mesures prises en application du Traité, les ressortissants et sociétés de tous les États membres sont dans chaque État associé progressivement et au plus trois ans après l'entrée en vigueur de la présente Convention, mis sur un pied d'égalité en matière de droit d'établissement et de prestation des services.

Le Conseil d'Association peut autoriser un État associé sur sa demande à suspendre pour une période et une activité déterminées, l'application des dispositions de l'alinéa précédent.

Cependant les ressortissants et sociétés d'un État membre ne peuvent bénéficier, pour une activité déterminée, dans un État associé des dispositions du premier alinéa que dans la mesure où l'État dont ils relèvent accorde pour cette même activité des avantages de même nature aux ressortissants et sociétés de l'État associé en cause.

Article 30

Dans le cas où un État associé accorderait aux ressortissants ou sociétés d'un État qui n'est ni État membre de la Communauté ni État associé au sens de la présente Convention, un traitement plus favorable que celui résul-

2. Gli aiuti finanziari non possono essere impiegati per coprire le spese correnti d'amministrazione, di manutenzione e di funzionamento.

Articolo 25

Per gli interventi il cui finanziamento è assicurato dal Fondo o dalla Banca la partecipazione alle aggiudicazioni, alle gare d'appalto, ai contratti è aperta a parità di condizioni a tutte le persone fisiche, cittadine degli Stati membri o degli Stati associati, nonchè alle persone giuridiche che abbiano la nazionalità degli Stati membri o degli Stati associati.

Articolo 26

L'impiego degli importi destinati al finanziamento di progetti o di programmi, in applicazione delle disposizioni del presente Titolo, deve essere conforme alle destinazioni decise ed avvenire nelle migliori condizioni economiche.

Articolo 27

Il Consiglio di Associazione definisce l'orientamento generale della cooperazione finanziaria e tecnica nell'ambito dell'associazione, in base soprattutto ad una relazione annua che gli sottopone l'organo incaricato della gestione degli aiuti finanziari e tecnici della Comunità.

Articolo 28

La mancata ratifica della presente Convenzione da parte di uno Stato associato, alle condizioni contemplate dall'articolo 57, o la denuncia della Convenzione, in conformità dell'articolo 62, implica per le Parti Contraenti l'obbligo di adeguare l'importo degli aiuti finanziari fissato dagli articoli 16 e 18.

TITOLO III

Diritto di stabilimento, servizi, pagamenti e capitali

Articolo 29

Fatta salva l'esecuzione delle misure adottate in applicazione del Trattato, i cittadini e le società di tutti gli Stati membri sono messi in ogni Stato associato gradualmente e al più tardi tre anni dopo l'entrata in vigore della presente Convenzione su un piano di parità in materia di diritto di stabilimento e di prestazione dei servizi.

Il Consiglio di Associazione può autorizzare uno Stato associato, a richiesta di quest'ultimo, a sospendere per un periodo e per un'attività determinati l'applicazione delle disposizioni del comma precedente.

Tuttavia, i cittadini e le società di uno Stato membro possono beneficiare, per una determinata attività, in uno Stato associato delle disposizioni del primo comma soltanto nella misura in cui lo Stato cui appartengono concede per questa stessa attività vantaggi della stessa natura ai cittadini e alle società dello Stato associato in questione.

Articolo 30

Nel caso in cui uno Stato associato accordi ai cittadini o alle società di uno Stato, che non sia nè Stato membro della Comunità nè Stato associato ai sensi della presente Convenzione, un trattamento più favorevole di quello

2. De financiële steun mag niet worden aangewend ter bestrijding van lopende administratieve en huishoudelijke uitgaven of van lopende uitgaven in verband met onderhoudskosten.

Artikel 25

In de gevallen waarin het Fonds of de Bank de middelen verschaft, staat de deelneming aan aanbestedingen, inschrijvingen, koop- en aannemingscontracten en andere overeenkomsten onder gelijke voorwaarden open voor alle onderdanen en rechtspersonen van de Lid-Staten en de geassocieerde Staten.

Artikel 26

Bedragen die met toepassing van de bepalingen van deze Titel zijn toegekend voor de financiering van projecten of programma's, moeten worden aangewend overeenkomstig het doel waarvoor zij waren bestemd en dienen op de meest gunstige economische voorwaarden te worden besteed.

Artikel 27

De Associatieraad bepaalt de algemene strekking van de financiële en technische samenwerking in het kader van de associatie, met name in het licht van het jaarverslag dat hem door het orgaan, belast met het beheer van de financiële en technische steun der Gemeenschap, wordt voorgelegd.

Artikel 28

Het niet bekrachtigen van deze Overeenkomst door een geassocieerde Staat overeenkomstig artikel 57 of het opzeggen van de Overeenkomst overeenkomstig artikel 62, brengt voor de Partijen de verplichting mede, het in de artikelen 16 en 18 vastgestelde bedrag van de financiële steun aan te passen.

TITEL III

Recht van vestiging, diensten, betalingen en kapitaal

Artikel 29

Onverminderd de uitvoering van de met toepassing van het Verdrag vastgestelde maatregelen, worden de onderdanen en rechtspersonen van alle Lid-Staten in elke geassocieerde Staat geleidelijk en ten hoogste drie jaar na de inwerkingtreding van deze Overeenkomst op voet van gelijkheid behandeld ten aanzien van het recht van vestiging en het verrichten van diensten.

De Associatieraad kan een geassocieerde Staat op diens verzoek ertoe machtigen de toepassing van de voorgaande alinea voor bepaalde tijd en een bepaalde activiteit te schorsen.

Ten behoeve van de onderdanen en rechtspersonen van een Lid-Staat kunnen echter, in een geassocieerde Staat, voor een bepaalde activiteit, de bepalingen van de eerste alinea slechts worden toegepast, voor zover de Staat waartoe zij behoren, voor die zelfde activiteit aan de onderdanen en rechtspersonen van de betrokken geassocieerde Staat soortgelijke voorrechten toekent.

Artikel 30

Ingeval een geassocieerde Staat de onderdanen of rechtspersonen van een Staat die geen Lid-Staat van de Gemeenschap noch een geassocieerde Staat in de zin van deze Overeenkomst is, een gunstiger behandeling

diejenige, welche sich für die Staatsangehörigen oder Gesellschaften der Mitgliedstaaten aus der Anwendung dieses Titels ergibt, so werden die Staatsangehörigen oder Gesellschaften der Mitgliedstaaten in derselben Weise behandelt, sofern die günstigere Behandlung sich nicht aus regionalen Abkommen ergibt.

Artikel 31

Das Niederlassungsrecht im Sinne dieses Abkommens umfaßt vorbehaltlich der Bestimmungen über den Kapitalverkehr die Aufnahme und Ausübung selbständiger Erwerbstätigkeiten, die Gründung und Leitung von Unternehmen, insbesondere von Gesellschaften, sowie die Gründung von Agenturen, Zweigniederlassungen oder Tochtergesellschaften.

Artikel 32

Dienstleistungen im Sinne dieses Abkommens sind Leistungen, die in der Regel gegen Entgelt erbracht werden, soweit sie nicht den Bestimmungen über den Warenverkehr, das Niederlassungsrecht und den Kapitalverkehr unterliegen. Als Dienstleistungen gelten insbesondere gewerbliche, kaufmännische, handwerkliche und freiberufliche Tätigkeiten, jedoch keine unselbständigen Tätigkeiten.

Artikel 33

Als Gesellschaften im Sinne dieses Abkommens gelten die Gesellschaften des bürgerlichen und des Handelsrechts einschließlich der Genossenschaften und die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechts mit Ausnahme derjenigen, die keinen Erwerbszweck verfolgen.

Gesellschaften eines Mitgliedstaates oder eines assoziierten Staates sind die nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaates oder eines assoziierten Staates gegründeten Gesellschaften, die ihren satzungsmäßigen Sitz, ihre Hauptverwaltung oder ihre Hauptniederlassung in einem Mitgliedstaat oder in einem assoziierten Staat haben; sollten sie indessen nur ihren satzungsmäßigen Sitz in einem Mitgliedstaat oder in einem assoziierten Staat haben, so muß ihre Tätigkeit in tatsächlicher und dauerhafter Verbindung mit der Wirtschaft dieses Mitgliedstaates oder dieses assoziierten Staates stehen.

Artikel 34

Der Assoziationsrat faßt die notwendigen Beschlüsse, um die Durchführung der Artikel 29 bis 33 zu fördern.

Artikel 35

Jeder Unterzeichnerstaat verpflichtet sich, im Rahmen seiner sachlichen Zuständigkeit Zahlungen für den Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr und für Arbeitsentgelte sowie den Transfer dieser Zahlungen in den Mitgliedstaat oder in den assoziierten Staat, in dem der Gläubiger oder der Begünstigte ansässig ist, zu genehmigen, soweit der Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr nach diesem Abkommen liberalisiert ist.

Artikel 36

Während der gesamten Laufzeit der Darlehen und der Vorschüsse im Sinne der Kapitel III, IV und V des Protokolls Nr. 5 verpflichten sich die assoziierten Staaten, den Schuldnern die Devisen zur Verfügung zu stellen,

tant, pour les ressortissants ou sociétés des États membres, de l'application des dispositions du présent Titre, ce traitement est étendu aux ressortissants ou sociétés des États membres, sauf lorsqu'il résulte d'accords régionaux.

Article 31

Le droit d'établissement au sens de la présente Convention comporte, sous réserve des dispositions relatives aux mouvements de capitaux, l'accès aux activités non salariées et leur exercice, la constitution et la gestion d'entreprises et notamment de sociétés, ainsi que la création d'agences, de succursales ou de filiales.

Article 32

Au sens de la présente Convention, sont considérées comme services les prestations fournies normalement contre rémunération dans la mesure où elles ne sont pas régies par les dispositions relatives aux échanges commerciaux, au droit d'établissement et aux mouvements de capitaux. Les services comprennent notamment des activités de caractère industriel, des activités de caractère commercial, des activités artisanales et les activités des professions libérales, à l'exclusion des activités salariées.

Article 33

Par sociétés, on entend, au sens de la présente Convention, les sociétés de droit civil ou commercial, y compris les sociétés coopératives et les autres personnes morales relevant du droit public ou privé, à l'exception des sociétés qui ne poursuivent pas de but lucratif.

Les sociétés d'un État membre ou d'un État associé sont les sociétés constituées en conformité de la législation d'un État membre ou d'un État associé et ayant leur siège statutaire, leur administration centrale ou leur établissement principal dans un État membre ou un État associé; toutefois, dans le cas où elles n'ont dans un État membre ou dans un État associé que leur siège statutaire, leur activité doit présenter un lien effectif et continu avec l'économie de cet État membre ou de cet État associé.

Article 34

Le Conseil d'Association arrête toutes décisions nécessaires en vue de promouvoir l'exécution des articles 29 à 33 ci-dessus.

Article 35

Chaque État signataire s'engage, dans la limite de sa compétence en la matière, à autoriser les paiements afférents aux échanges de marchandises, de services et de capitaux et aux salaires, ainsi que le transfert de ces paiements vers l'État membre ou l'État associé dans lequel réside le créancier ou le bénéficiaire, dans la mesure où la circulation des marchandises, des services, des capitaux et des personnes est libérée en application de la présente Convention.

Article 36

Pendant toute la durée des prêts et des avances visés aux chapitres III, IV et V du Protocole nº 5, les États associés s'engagent à mettre à la disposition des débiteurs, les devises nécessaires au service de l'intérêt et de

derivante per i cittadini o le società degli Stati membri dall'applicazione delle disposizioni del presente Titolo, detto trattamento viene esteso ai cittadini o alle società degli Stati membri, eccetto quando derivi da accordi regionali.

Articolo 31

Il diritto di stabilimento ai sensi della presente Convenzione importa, fatte salve le disposizioni sui movimenti di capitali, l'accesso alle attività non salariate e il loro esercizio, nonchè la costituzione e la gestione di imprese, in particolare di società, e la creazione di agenzie, succursali o filiali.

Articolo 32

Ai sensi della presente Convenzione, sono considerate come servizi le prestazioni fornite normalmente dietro retribuzione, in quanto non siano regolate dalle disposizioni relative agli scambi commerciali, al diritto di stabilimento e ai movimenti di capitali. I servizi comprendono, in particolare, attività a carattere industriale, attività di carattere commerciale, attività artigiane e le attività delle libere professioni, escluse le attività salariate.

Articolo 33

Ai sensi della presente Convenzione, per società si intendono le società di diritto civile o di diritto commerciale, ivi comprese le società cooperative e le altre persone giuridiche contemplate dal diritto pubblico o privato, ad eccezione delle società che non si prefiggono scopi di lucro.

Le società di uno Stato membro o di uno Stato associato sono le società costituite conformemente alla legislazione di uno Stato membro o di uno Stato associato che abbiano la sede sociale, l'amministrazione centrale o il centro di attività principale in uno Stato membro o in uno Stato associato; tuttavia, nel caso in cui dette società abbiano in uno Stato membro od associato soltanto la sede sociale, la loro attività deve essere connessa in modo effettivo e continuo con l'economia di detto Stato membro o di detto Stato associato.

Articolo 34

Il Consiglio di Associazione adotta tutte le decisioni necessarie onde favorire l'esecuzione degli articoli da 29 a 33.

Articolo 35

Ogni Stato firmatario si impegna ad autorizzare, entro i limiti della propria competenza in materia, i pagamenti relativi agli scambi di merci, di servizi e di capitali e ai salari, nonchè il trasferimento di questi pagamenti nello Stato membro o nello Stato associato in cui risiede il creditore o il beneficiario nella misura in cui la circolazione delle merci, dei servizi, dei capitali e delle persone sia liberalizzata in applicazione della presente Convenzione.

Articolo 36

Durante tutta la durata dei prestiti e delle anticipazioni di cui ai capitoli III, IV e V del Protocollo n° 5, gli Stati associati si impegnano a mettere a disposizione dei debitori le divise necessarie al pagamento degli inte-

toekent dan die welke voor de onderdanen of rechtspersonen van de Lid-Staten voortvloeit uit de toepassing van de bepalingen van deze Titel, wordt deze behandeling tot de onderdanen of rechtspersonen der Lid-Staten uitgebreid, behalve wanneer die behandeling voortvloeit uit regionale overeenkomsten.

Artikel 31

Het recht van vestiging in de zin van deze Overeenkomst omvat, behoudens de bepalingen betreffende het kapitaalverkeer, de toegang tot werkzaamheden anders dan in loondienst en de uitoefening daarvan, de oprichting en het beheer van ondernemingen en met name van vennootschappen, alsmede de oprichting van agentschappen, filialen of dochterondernemingen.

Artikel 32

In de zin van deze Overeenkomst worden als diensten beschouwd de dienstverrichtingen welke gewoonlijk tegen vergoeding geschieden, voor zover de bepalingen betreffende het handelsverkeer, het recht van vestiging en het kapitaalverkeer op deze dienstverrichtingen niet van toepassing zijn. De diensten omvatten met name werkzaamheden van industriële en van commerciële aard, werkzaamheden van het ambacht, en werkzaamheden van de vrije beroepen, met uitzondering van werkzaamheden in loondienst.

Artikel 33

Onder vennootschappen in de zin van deze Overeenkomst worden verstaan maatschappen naar burgerlijk recht of handelsrecht, de coöperatieve verenigingen of vennootschappen daaronder begrepen, en de overige rechtspersonen naar publiek- of privaatrecht, met uitzondering van vennootschappen welke geen winst beogen.

De vennootschappen van een Lid-Staat of van een geassocieerde Staat zijn de vennootschappen welke in overeenstemming met de wetgeving van een Lid-Staat of van een geassocieerde Staat zijn opgericht en welke hun statutaire zetel, hun hoofdbestuur of hun hoofdvestiging in een Lid-Staat of in een geassocieerde Staat hebben; ingeval zij slechts hun statutaire zetel in een Lid-Staat of in een geassocieerde Staat hebben, dienen hun werkzaamheden een daadwerkelijke en voortdurende band te vertonen met de economie van deze Lid-Staat of van deze geassocieerde Staat.

Artikel 34

De Associatieraad neemt alle nodige besluiten ter bevordering van de uitvoering van de artikelen 29 tot en met 33.

Artikel 35

Elke ondertekenende Staat verbindt zich om, binnen de grenzen van zijn bevoegdheid terzake, de betalingen die betrekking hebben op het goederen-, diensten- en kapitaalverkeer en op de lonen, alsmede de overmaking van deze betalingen naar de Lid-Staat of de geassocieerde Staat waarin de schuldeiser of de begunstigde verblijf houdt, toe te staan, voor zover het goederen-, diensten-, kapitaal- en personenverkeer met toepassing van deze Overeenkomst is vrijgemaakt.

Artikel 36

Tijdens de gehele duur van de leningen en voorschotten, bedoeld in de hoofdstukken III, IV en V van Protocol No. 5, verbinden de geassocieerde Staten zich om aan de debiteuren de beschikking te geven over de nodige de-

die für den Zinsen- und Tilgungsdienst der zur Verwirklichung von Vorhaben in ihrem Hoheitsgebiet gewährten Darlehen und für die Rückzahlung der an die Stabilisierungskassen geleisteten Vorschüsse erforderlich sind.

Artikel 37

(1) Die assoziierten Staaten bemühen sich, keine neuen Devisenbeschränkungen einzuführen, welche die Investitionen und die laufenden Zahlungen im Zusammenhang mit dem sich daraus ergebenden Kapitalverkehr berühren, wenn diese Zahlungen von in den Mitgliedstaaten ansässigen Personen vorgenommen werden; die assoziierten Staaten bemühen sich ferner, die bestehenden einschlägigen Vorschriften nicht zu verschärfen.

(2) Die assoziierten Staaten verpflichten sich, soweit dies zur Verwirklichung der Ziele dieses Abkommens erforderlich ist, die Staatsangehörigen und Gesellschaften der Mitgliedstaaten hinsichtlich der von ihnen nach Inkrafttreten dieses Abkommens durchgeführten Investitionen sowie des sich daraus ergebenden Kapitalverkehrs spätestens am 1. Januar 1965 auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu behandeln.

Artikel 38

Der Assoziationsrat richtet an die Vertragsparteien zweckdienliche Empfehlungen zur Durchführung der Artikel 35, 36 und 37.

TITEL IV

Die Organe der Assoziation

Artikel 39

Die Organe der Assoziation sind:

— der Assoziationsrat, der vom Assoziationsausschuß unterstützt wird,

— die Parlamentarische Konferenz der Assoziation und

— das Schiedsgericht der Assoziation.

Artikel 40

Der Assoziationsrat besteht aus den Mitgliedern des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Mitgliedern der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einerseits und je einem Mitglied der Regierungen der assoziierten Staaten andererseits.

Jedes Mitglied des Assoziationsrates kann sich bei Verhinderung vertreten lassen. Der Vertreter übt sämtliche Rechte des Mitglieds aus.

Der Assoziationsrat ist nur dann beschlußfähig, wenn die Hälfte der Mitglieder des Rates der Gemeinschaft, ein Mitglied der Kommission und die Hälfte der die Regierungen der assoziierten Staaten vertretenden Mitglieder anwesend sind.

Artikel 41

Der Vorsitz im Assoziationsrat wird abwechselnd von einem Mitglied des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und einem Mitglied der Regierung eines assoziierten Staates wahrgenommen.

Artikel 42

Der Assoziationsrat tritt einmal jährlich auf Veranlassung seines Präsidenten zusammen.

Er tritt ferner nach Maßgabe seiner Geschäftsordnung zusammen, sooft dies erforderlich ist.

l'amortissement des prêts accordés pour les projets à réaliser sur leur territoire et au remboursement des avances consenties aux caisses de stabilisation.

Article 37

1. Les États associés s'efforcent de n'introduire aucune nouvelle restriction de change affectant le régime des investissements et les paiements courants afférents aux mouvements de capitaux en résultant lorsqu'ils sont effectués par des personnes résidant dans les États membres ainsi que de ne pas rendre plus restrictives les réglementations existantes.

2. Dans la mesure nécessaire à la réalisation des objectifs de la présente Convention, les États associés s'engagent à traiter sur un pied d'égalité au plus tard le 1er janvier 1965, les ressortissants et les sociétés des États membres en ce qui concerne les investissements réalisés par eux à compter de l'entrée en vigueur de la Convention et les mouvements de capitaux en résultant.

Article 38

Le Conseil d'Association formule toutes recommandations utiles aux Parties Contractantes au sujet de l'application des articles 35, 36 et 37 ci-dessus.

TITRE IV

Les institutions de l'association

Article 39

Les Institutions de l'Association sont:

— le Conseil d'Association assisté du Comité d'Association,

— la Conférence parlementaire de l'Association,

— la Cour arbitrale de l'Association.

Article 40

Le Conseil d'Association est composé, d'une part des membres du Conseil de la Communauté Economique Européenne et de membres de la Commission de la Communauté Economique Européenne, et, d'autre part, d'un membre du gouvernement de chaque État associé.

Tout membre du Conseil d'Association empêché peut se faire représenter. Le représentant exerce tous les droits du membre titulaire.

Le Conseil d'Association ne peut valablement délibérer qu'avec la participation de la moitié des membres du Conseil de la Communauté, d'un membre de la Commission et de la moitié des membres titulaires représentant les gouvernements des États associés.

Article 41

La présidence du Conseil d'Association est exercée à tour de rôle par un membre du Conseil de la Communauté Economique Européenne et un membre du gouvernement d'un État associé.

Article 42

Le Conseil d'Association se réunit une fois par an à l'initiative de son Président.

Il se réunit en outre chaque fois que la nécessité le requiert, dans les conditions fixées par son règlement intérieur.

ressi e all'ammortamento dei prestiti concessi per i progetti da realizzare sul loro territorio nonchè al rimborso delle anticipazioni concesse alle casse di stabilizzazione.

Articolo 37

1. Gli Stati associati cercano di non introdurre nuove restrizioni di cambio concernenti il regime degli investimenti e i pagamenti correnti relativi ai movimenti di capitali che ne risultano quando sono effettuati da persone residenti negli Stati membri e cercano altresì di non rendere più restrittive le regolamentazioni esistenti.

2. Gli Stati associati, nella misura necessaria alla realizzazione degli obiettivi della presente Convenzione, si impegnano a trattare su un piano di parità, al più tardi il 1° gennaio 1965, i cittadini e le società degli Stati membri per quanto riguarda gli investimenti da essi effettuati a decorrere dall'entrata in vigore della Convenzione nonchè i movimenti di capitali che ne risultano.

Articolo 38

Il Consiglio di Associazione formula qualsiasi utile raccomandazione alle Parti Contraenti circa l'applicazione degli articoli 35, 36 e 37.

TITOLO IV

Le Istituzioni dell'Associazione

Articolo 39

Le Istituzioni dell'Associazione sono:

— il Consiglio di Associazione assistito dal Comitato di Associazione,

— la Conferenza parlamentare dell'Associazione,

— la Corte arbitrale dell'Associazione.

Articolo 40

Il Consiglio di Associazione è composto dei membri del Consiglio della Comunità Economica Europea e di membri della Commissione della Comunità Economica Europea, da una parte, e di un membro del governo di ciascuno Stato associato, dall'altra.

Ogni membro del Consiglio di Associazione può farsi rappresentare in caso d'impedimento. Il rappresentante esercita tutti i diritti del membro titolare.

Il Consiglio di Associazione può deliberare validamente soltanto con la partecipazione di metà dei membri del Consiglio della Comunità, di un membro della Commissione e di metà dei membri titolari rappresentanti i Governi degli Stati associati.

Articolo 41

La Presidenza del Consiglio di Associazione è esercitata a turno da un membro del Consiglio della Comunità Economica Europea e da un membro del Governo di uno Stato associato.

Articolo 42

Il Consiglio di Associazione si riunisce una volta all'anno su iniziativa del Presidente.

Esso si riunisce inoltre ogni qualvolta sia necessario, alle condizioni stabilite dal regolamento interno.

viezen voor de aflossing in hoofdsom en interest van de leningen, toegekend voor de op hun grondgebied uit te voeren projecten, en voor de terugbetaling van de aan de stabilisatiekassen verstrekte voorschotten.

Artikel 37

1. De geassocieerde Staten streven ernaar geen nieuwe deviezenbeperkingen in te voeren, welke de investeringsregeling en de lopende betalingen met betrekking tot het daaruit voortvloeiende kapitaalverkeer, wanneer deze worden verricht door personen die in de Lid-Staten verblijf houden, aantasten; de geassocieerde Staten streven er voorts naar de bestaande regelingen niet beperkender te maken.

2. Voor zover dit voor de verwezenlijking van de doeleinden van deze Overeenkomst noodzakelijk is, verbinden de geassocieerde Staten zich om uiterlijk op 1 januari 1965 de onderdanen en rechtspersonen van de Lid-Staten op voet van gelijkheid te behandelen ten aanzien van de door hen vanaf de inwerkingtreding van de Overeenkomst verrichte investeringen en het daaruit voortvloeiende kapitaalverkeer.

Artikel 38

De Associatieraad brengt aan de Partijen alle dienstige aanbevelingen uit betreffende de toepassing van de artikelen 35, 36 en 37.

TITEL IV

De Instellingen van de Associatie

Artikel 39

De Instellingen van de Associatie zijn:

— de Associatieraad, bijgestaan door het Associatiecomité,

— de Parlementaire Conferentie van de Associatie,

— het Arbitragehof van de Associatie.

Artikel 40

De Associatieraad bestaat enerzijds uit de leden van de Raad van de Europese Economische Gemeenschap en leden van de Commissie van de Europese Economische Gemeenschap en anderzijds uit een lid van de Regering van elke geassocieerde Staat.

Ieder lid van de Associatieraad kan zich bij verhindering doen vertegenwoordigen. Het plaatsvervangende lid oefent alle rechten van het gewone lid uit.

De besluiten van de Associatieraad zijn slechts geldig, indien de helft van de leden van de Raad der Gemeenschap, een lid van de Commissie en de helft van de gewone leden die de Regeringen van de geassocieerde Staten vertegenwoordigen, aan de beraadslagingen hebben deelgenomen.

Artikel 41

Het voorzitterschap van de Associatieraad wordt bij toerbeurt uitgeoefend door een lid van de Raad van de Europese Economische Gemeenschap en door een lid van de Regering van een geassocieerde Staat.

Artikel 42

De Associatieraad komt eenmaal per jaar op initiatief van de Voorzitter bijeen

De Associatieraad komt bovendien bijeen zo vaak de omstandigheden zulks vereisen, en wel op de wijze voorzien in zijn Reglement van Orde.

Artikel 43

Der Assoziationsrat äußert sich im gegenseitigen Einvernehmen der Gemeinschaft einerseits und der assoziierten Staaten andererseits

Die Gemeinschaft einerseits und die assoziierten Staaten andererseits bestimmen je in einem internen Protokoll, wie ihre jeweilige Haltung zustande kommt.

Article 43

Le Conseil d'Association se prononce du commun accord de la Communauté d'une part, et des États associés d'autre part.

La Communauté, d'une part, et les États associés, d'autre part, déterminent, chacun par un Protocole interne, le mode de formation de leurs positions respectives.

Artikel 44

In den in diesem Abkommen vorgesehenen Fällen ist der Assoziationsrat befugt, Beschlüsse zu fassen; diese Beschlüsse sind für die Vertragsparteien, welche die erforderlichen Durchführungsmaßnahmen ergreifen müssen, verbindlich.

Der Assoziationsrat kann ferner Entschließungen fassen, Empfehlungen aussprechen oder Stellungnahmen abgeben, die er im Hinblick auf die Verwirklichung der gemeinsamen Ziele und auf das einwandfreie Funktionieren der Assoziation als zweckmäßig erachtet.

Der Assoziationsrat prüft in regelmäßigen Zeitabständen die Ergebnisse der Assoziation unter Berücksichtigung ihrer Ziele.

Der Assoziationsrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

Article 44

Dans les cas prévus par la présente Convention, le Conseil d'Association dispose du pouvoir de prendre des décisions; ces décisions sont obligatoires pour les Parties Contractantes qui sont tenues de prendre les mesures que comporte leur exécution.

Le Conseil d'Association peut également formuler les résolutions, recommandations ou avis qu'il juge opportuns pour la réalisation des objectifs communs et le bon fonctionnement du régime d'Association.

Le Conseil d'Association procède périodiquement à l'examen des résultats du régime d'Association, compte tenu des objectifs de celle-ci.

Le Conseil d'Association arrête son règlement intérieur.

Artikel 45

Der Assoziationsrat wird bei der Erfüllung seiner Aufgaben von einem Assoziationsausschuß unterstützt, der aus einem Vertreter jedes Mitgliedstaates und einem Vertreter der Kommission einerseits und einem Vertreter jedes assoziierten Staates andererseits besteht.

Article 45

Le Conseil d'Association est assisté dans l'accomplissement de sa tâche par un Comité d'Association composé, d'une part, d'un représentant de chaque État membre et d'un représentant de la Commission et, d'autre part, d'un représentant de chaque État associé.

Artikel 46

Der Vorsitz im Assoziationsausschuß wird von dem Staat wahrgenommen, der den Vorsitz im Assoziationsrat innehat.

Der Assoziationsausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung, die dem Assoziationsrat zur Genehmigung vorgelegt wird.

Article 46

La Présidence du Comité d'Association est assurée par l'État assumant la Présidence du Conseil d'Association.

Le Comité d'Association arrête son règlement intérieur qui est soumis au Conseil d'Association pour approbation.

Artikel 47

(1) Der Assoziationsrat legt in seiner Geschäftsordnung Aufgaben und Zuständigkeit des Assoziationsausschusses fest, um insbesondere die für ein einwandfreies Funktionieren der Assoziation erforderliche stetige Zusammenarbeit zu gewährleisten.

(2) Der Assoziationsrat kann dem Assoziationsausschuß, wenn dies erforderlich ist, unter den von ihm festgelegten Bedingungen und innerhalb der von ihm festgesetzten Grenzen die Ausübung der Befugnisse übertragen, die ihm auf Grund dieses Abkommens zustehen.

Der Assoziationsausschuß äußert sich in diesem Fall nach Maßgabe des Artikels 43.

Article 47

1. Le Conseil d'Association détermine dans son règlement intérieur la mission et la compétence du Comité d'Association en vue notamment d'assurer la continuité de la coopération nécessaire au bon fonctionnement de l'Association.

2. Le Conseil d'Association peut, lorsque la nécessité le requiert, déléguer au Comité d'Association, dans les conditions et les limites qu'il arrête, l'exercice des pouvoirs qui lui sont dévolus par la présente Convention.

Dans ce cas, le Comité d'Association se prononce dans les conditions prévues à l'article 43.

Artikel 48

Der Assoziationsausschuß berichtet dem Assoziationsrat über seine Tätigkeit, insbesondere auf den Gebieten, für die ihm Befugnisse übertragen worden sind.

Er unterbreitet dem Assoziationsrat ferner zweckdienliche Vorschläge.

Article 48

Le Comité d'Association rend compte au Conseil d'Association de ses activités, notamment dans les domaines ayant fait l'objet d'une délégation de compétences.

Il présente également au Conseil d'Association toute proposition utile.

Articolo 43

Il Consiglio di Associazione si pronuncia di comune accordo tra la Comunità, da un lato, e gli Stati associati, dall'altro.

La Comunità e gli Stati associati determinano, ciascuno con un Protocollo interno, le modalità di formazione della rispettiva posizione.

Artikel 43

De Associatieraad spreekt zich uit in onderlinge overeenstemming tussen de Gemeenschap enerzijds en de geassocieerde Staten anderzijds.

De Gemeenschap enerzijds en de geassocieerde Staten anderzijds bepalen, elk door middel van een intern Protocol, de wijze waarop zij hun gemeenschappelijk standpunt zullen bepalen.

Articolo 44

Nei casi previsti dalla presente Convenzione, il Consiglio di Associazione dispone del potere di decisione; queste decisioni sono obbligatorie per le Parti Contraenti che hanno l'obbligo di adottare le misure necessarie per la loro esecuzione.

Il Consiglio di Associazione può inoltre formulare qualsiasi risoluzione, raccomandazione o parere che ritenga opportuni per realizzare gli obiettivi comuni e per il buon funzionamento del regime di Associazione.

Il Consiglio di Associazione esamina periodicamente, alla luce degli obiettivi dell'Associazione, i risultati del regime di Associazione.

Il Consiglio di Associazione stabilisce il proprio regolamento interno.

Artikel 44

In de in deze Overeenkomst genoemde gevallen is de Associatieraad bevoegd tot het nemen van besluiten; deze besluiten zijn verbindend voor de Partijen, die verplicht zijn tot het treffen van de noodzakelijke maatregelen voor de uitvoering daarvan.

De Associatieraad kan voorts alle resoluties, aanbevelingen of adviezen uitbrengen, die hij wenselijk acht voor de verwezenlijking van de gemeenschappelijke doelstellingen en de goede werking van de associatieregeling.

Met inachtneming van de doelstellingen van de associatie onderwerpt de Associatieraad op gezette tijden de resultaten van de associatieregeling aan een onderzoek.

De Associatieraad stelt zijn Reglement van Orde vast.

Articolo 45

Il Consiglio di Associazione è assistito nell'adempimento del suo compito da un Comitato di Associazione composto di un rappresentante di ogni Stato membro e di un rappresentante della Commissione, da una parte, e di un rappresentante di ogni Stato associato, dall'altro.

Artikel 45

De Associatieraad wordt bij de vervulling van zijn taak bijgestaan door een Associatiecomité, bestaande uit een vertegenwoordiger van iedere Lid-Staat en een vertegenwoordiger van de Commissie, enerzijds, en een vertegenwoordiger van iedere geassocieerde Staat, anderzijds.

Articolo 46

La Presidenza del Comitato di Associazione è affidata allo Stato che assume la Presidenza del Consiglio di Associazione.

Il Comitato di Associazione stabilisce il proprio regolamento interno che è sottoposto al Consiglio di Associazione per l'approvazione.

Artikel 46

Het voorzitterschap van het Associatiecomité wordt bekleed door de Staat die het voorzitterschap van de Associatieraad uitoefent.

Het Associatiecomité stelt zijn Reglement van Orde vast, dat aan de Associatieraad ter goedkeuring wordt voorgelegd.

Articolo 47

1. Il Consiglio di Associazione determina nel proprio regolamento interno i compiti e la competenza del Comitato di Associazione per garantire soprattutto la continuità della cooperazione necessaria al buon funzionamento dell'Associazione.

2. Ove occorra, il Consiglio di Associazione può delegare al Comitato di Associazione, alle condizioni ed entro i limiti che esso stesso stabilisce, l'esercizio dei poteri che gli competono a norma della presente Convenzione.

3. In tal caso, il Comitato di Associazione si pronuncia alle condizioni di cui all'articolo 43.

Artikel 47

1. De Associatieraad stelt in zijn Reglement van Orde de taak en de bevoegdheid van het Associatiecomité vast, met name ten einde de continuïteit van de samenwerking die voor de goede werking van de Associatie noodzakelijk is, te verzekeren.

2. Wanneer zulks noodzakelijk blijkt, kan de Associatieraad de uitoefening van de hem bij deze Overeenkomst toegekende bevoegdheden delegeren aan het Associatiecomité onder de voorwaarden en binnen de grenzen die hij vaststelt.

In dit geval spreekt het Associatiecomité zich uit op de wijze bepaald in artikel 43.

Articolo 48

Il Comitato di Associazione riferisce al Consiglio di Associazione sulle attività svolte, in particolare nei settori che sono stati oggetto di una delega di competenza.

Esso presenterà altresì al Consiglio di Associazione ogni utile proposta.

Artikel 48

Het Associatiecomité brengt aan de Associatieraad verslag uit over zijn werkzaamheden, met name op die gebieden waar een overdracht van bevoegdheden heeft plaatsgevonden.

Het Associatiecomité doet de Associatieraad voorts elk voorstel dat het nuttig acht.

Artikel 49

Die Sekretariatsgeschäfte des Assoziationsrates und des Assoziationsausschusses werden auf paritätischer Grundlage nach Maßgabe der Geschäftsordnung des Assoziationsrates wahrgenommen.

Artikel 50

Die Parlamentarische Konferenz der Assoziation tritt einmal jährlich zusammen. Sie setzt sich paritätisch aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Mitgliedern der Parlamente der assoziierten Staaten zusammen.

Der Assoziationasrat legt der Parlamentarischen Konferenz jedes Jahr einen Tätigkeitsbericht vor.

Die Parlamentarische Konferenz kann auf den Gebieten, die die Assoziation betreffen, Entschließungen verabschieden. Sie bestellt ihren Präsidenten und ihr Präsidium und gibt sich eine Geschäftsordnung.

Die Parlamentarische Konferenz wird von einem paritätischen Ausschuß vorbereitet.

Artikel 51

(1) Streitfälle, die sich bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens zwischen einem Mitgliedstaat, mehreren Mitgliedstaaten oder der Gemeinschaft einerseits und einem oder mehreren assoziierten Staaten andererseits ergeben, werden von einer der am Streit beteiligten Parteien dem Assoziationsrat unterbreitet, der sich auf seiner nächsten Tagung um eine gütliche Beilegung bemüht. Gelingt ihm dies nicht und können die Parteien sich nicht darüber einigen, wie eine geeignete Regelung gefunden werden kann, so wird der Streitfall auf Antrag der betreibenden Partei beim Schiedsgericht der Assoziation anhängig gemacht.

(2) Das Schiedsgericht besteht aus fünf Mitgliedern, nämlich einem Präsidenten, welcher vom Assoziationsrat ernannt wird, und vier Richtern, welche aus dem Kreise solcher Persönlichkeiten auszuwählen sind, die jede Gewähr für Unabhängigkeit und Befähigung bieten. Die Richter werden binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens für dessen Laufzeit vom Assoziationsrat bestellt. Zwei dieser Richter werden auf Vorschlag des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die beiden anderen auf Vorschlag der assoziierten Staaten ernannt. Der Assoziationsrat ernennt nach demselben Verfahren für jeden Richter einen Stellvertreter, der bei Verhinderung eines Richters an dessen Stelle tritt.

(3) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit.

(4) Die Schiedssprüche des Schiedsgerichts sind für die am Streit beteiligten Parteien verbindlich; diese müssen die erforderlichen Durchführungsmaßnahmen treffen.

(5) Der Assoziationsrat legt auf Vorschlag des Schiedsgerichts binnen drei Monaten nach Ernennung der Richter die Satzung des Schiedsgerichts fest.

(6) Innerhalb derselben Frist legt das Schiedsgericht seine Verfahrensordnung fest.

Artikel 52

Der Assoziationsrat kann zweckdienliche Empfehlungen aussprechen, um Fühlungnahmen zwischen der Gemeinschaft und den Vertretern der Berufsinteressen der assoziierten Staaten zu erleichtern.

Article 49

Le secrétariat du Conseil d'Association et du Comité d'Association est assuré sur une base paritaire dans les conditions prévues par le règlement intérieur du Conseil d'Association.

Article 50

La Conférence parlementaire de l'Association se réunit une fois par an. Elle est composée, sur une base paritaire, de membres de l'Assemblée et de membres des Parlements des États associés.

Le Conseil d'Association présente chaque année un rapport d'activité à la Conférence parlementaire.

La Conférence parlementaire peut voter des résolutions dans les matières concernant l'Association. Elle désigne son président et son bureau et arrête son règlement intérieur.

La Conférence parlementaire est préparée par une Commission paritaire.

Article 51

1. Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention nés entre un État membre, plusieurs États membres ou la Communauté d'une part, et un ou plusieurs États associés d'autre part, sont soumis par l'une des parties au différend au Conseil d'Association qui en recherche, au cours de sa plus proche session, le règlement amiable. S'il ne peut y parvenir et faute pour les parties d'être convenues d'un mode de règlement approprié, le différend est porté à la requête de la partie la plus diligente devant la Cour arbitrale de l'Association.

2. La Cour arbitrale est composée de cinq membres: un Président qui est nommé par le Conseil d'Association et quatre juges choisis parmi des personnalités offrant toute garantie d'indépendance et de compétence. Les juges sont désignés dans les trois mois de l'entrée en vigueur de la Convention et pour la durée de celle-ci par le Conseil d'Association. Deux d'entre eux sont nommés sur présentation du Conseil de la Communauté Economique Européenne, les deux autres sur présentation des États associés. Le Conseil d'Association nomme, suivant la même procédure, pour chaque juge un suppléant qui siège en cas d'empêchement du juge titulaire.

3. La Cour arbitrale statue à la majorité.

4. Les décisions de la Cour arbitrale sont obligatoires pour les parties aux différends qui sont tenues de prendre les mesures que comporte leur exécution.

5. Dans les trois mois de la nomination des juges, le statut de la Cour arbitrale est arrêté, sur proposition de celle-ci, par le Conseil d'Association.

6. Dans le même délai, la Cour arbitrale arrête son règlement de procédure.

Article 52

Le Conseil d'Association peut faire toute recommandation utile pour faciliter les contacts entre la Communauté et les représentants des intérêts professionnels des États associés.

Articolo 49

L'attività del segretariato del Consiglio di Associazione e del Comitato di Associazione si svolge su base paritetica alle condizioni previste dal regolamento interno del Consiglio di Associazione.

Artikel 49

Het secretariaat van de Associatieraad en het Associatiecomité wordt op paritaire basis gevoerd overeenkomstig het Reglement van Orde van de Associatieraad.

Articolo 50

La Conferenza parlamentare dell'Associazione si riunisce una volta all'anno. Essa è composta, su base paritetica, di membri del Parlamento Europeo e di membri dei Parlamenti degli Stati associati.

Il Consiglio di Associazione presenta ogni anno alla Conferenza parlamentare una relazione sull'attività svolta.

La Conferenza parlamentare può votare risoluzioni sulle materie concernenti l'Associazione, designa il presidente e l'ufficio di presidenza e stabilisce il proprio regolamento interno.

La Conferenza parlamentare è preparata da una Commissione paritetica.

Artikel 50

De Parlementaire Conferentie van de Associatie komt eenmaal per jaar bijeen. Zij is op paritaire basis samengesteld uit leden van het Europese Parlement en leden van de parlementen der geassocieerde Staten.

De Associatieraad dient elk jaar een verslag van de werkzaamheden bij de Parlementaire Conferentie in.

De Parlementaire Conferentie kan resoluties aannemen inzake aangelegenheden die betrekking hebben op de Associatie. Zij kiest haar voorzitter en haar bureau en stelt haar Reglement van Orde vast.

De Parlementaire Conferentie wordt door een Paritaire Commissie voorbereid.

Articolo 51

1. Le vertenze sull'interpretazione o l'applicazione della presente Convenzione tra uno Stato membro, più Stati membri o la Comunità, da una parte, ed uno o più Stati associati, dall'altra, sono presentate da una delle parti in causa al Consiglio di Associazione che, nella sessione più prossima, cercherà una soluzione in via amichevole. Se il risultato è negativo e le parti non raggiungono di comune accordo una soluzione appropriata, la vertenza è sottoposta, su richiesta della parte più diligente, alla Corte arbitrale dell'Associazione.

2. La Corte arbitrale è composta di cinque membri: un Presidente che è nominato dal Consiglio di Associazione e quattro giudici scelti tra personalità che offrano ogni garanzia d'indipendenza e di competenza. I giudici sono designati entro tre mesi dall'entrata in vigore della Convenzione e per la durata di essa dal Consiglio di Associazione. Due giudici sono nominati su presentazione del Consiglio della Comunità Economica Europea, gli altri due su presentazione degli Stati associati. Il Consiglio di Associazione nomina con la stessa procedura per ogni giudice un supplente che partecipa alle sedute qualora il giudice titolare non possa farlo.

3. La Corte arbitrale delibera a maggioranza.

4. Le decisioni della Corte arbitrale sono obbligatorie per le parti in causa che devono adottare le misure necessarie per l'esecuzione della sentenza.

5. Entro tre mesi dalla nomina dei giudici, il Consiglio di Associazione stabilisce lo statuto della Corte arbitrale, su proposta di quest'ultima.

6. Entro lo stesso termine, la Corte arbitrale stabilisce il proprio regolamento di procedura.

Artikel 51

1. Geschillen betreffende de uitlegging of toepassing van deze Overeenkomst, die tussen een Lid-Staat, meerdere Lid-Staten of de Gemeenschap, enerzijds, en een of meer geassocieerde Staten, anderzijds, rijzen, worden door een der bij het geschil betrokken Partijen voorgelegd aan de Associatieraad, die deze tijdens zijn eerstvolgende zitting in der minne tracht te schikken. Indien hij hierin niet slaagt en de Partijen geen overeenstemmig bereiken omtrent een passende regeling, wordt het geschil op verzoek van de meest gerede Partij voor het Arbitragehof van de Associatie gebracht.

2. Het Arbitragehof bestaat uit vijf leden: een President, die door de Associatieraad wordt benoemd, en vier rechters, gekozen uit personen die alle waarborgen voor onafhankelijkheid en bekwaamheid bieden. De rechters worden binnen drie maanden na de inwerkingtreding van de Overeenkomst en voor de duur daarvan door de Associatieraad benoemd. Twee van hen worden benoemd op voorstel van de Raad van de Europese Economische Gemeenschap, de beide anderen op voorstel van de geassocieerde Staten. De Associatieraad benoemt, volgens dezelfde procedure, voor iedere rechter een plaatsvervanger, die zitting heeft bij verhindering van de gewone rechter.

3. Het Arbitragehof beslist met meerderheid van stemmen.

4. De besluiten van het Arbitragehof zijn verbindend voor de Partijen bij de geschillen, die verplicht zijn tot het treffen van de noodzakelijke maatregelen voor de uitvoering daarvan.

5. Binnen drie maanden na de benoeming van de rechters stelt de Associatieraad, op voorstel van het Arbitragehof, het Statuut van dit Hof vast.

6. Binnen dezelfde termijn stelt het Arbitragehof zijn reglement voor de procesvoering vast.

Articolo 52

Il Consiglio di Associazione può fare qualsiasi raccomandazione per agevolare i contatti fra la Comunità e i rappresentanti degli interessi professionali degli Stati associati.

Artikel 52

De Associatieraad kan iedere dienstige aanbeveling doen om de contacten tussen de Gemeenschap en de vertegenwoordigers van het beroeps- en bedrijfsleven der geassocieerde Staten te vergemakkelijken.

Artikel 53

Die Mittel für die Verwaltungskosten der Assoziationsorgane werden nach Maßgabe des Protokolls Nr. 6 im Anhang zu diesem Abkommen aufgebracht.

TITEL V

Allgemeine und Schlußbestimmungen

Artikel 54

Verträge, Übereinkommen, Abkommen oder Vereinbarungen jeder Form oder Art zwischen einem oder mehreren Mitgliedstaaten und einem oder mehreren assoziierten Staaten dürfen der Anwendung dieses Abkommens nicht entgegenstehen.

Artikel 55

Dieses Abkommen gilt für die europäischen Hoheitsgebiete der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft einerseits und für die Hoheitsgebiete der assoziierten Staaten andererseits.

Titel I dieses Abkommens gilt auch für die Beziehungen zwischen den französischen überseeischen Departements und den assoziierten Staaten.

Artikel 56

Dieses Abkommen wird für die Gemeinschaft durch einen Beschluß des Rates der Gemeinschaft rechtsgültig geschlossen, der gemäß dem Vertrag gefaßt und den Parteien des Abkommens notifiziert wird. Es bedarf der Ratifikation durch die Unterzeichnerstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften.

Die Ratifikationsurkunden und die Akte zur Notifizierung des Abschlusses des Abkommens werden beim Sekretariat der Räte der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt, das die Unterzeichnerstaaten hiervon unterrichtet.

Artikel 57

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Tag folgt, an dem die Ratifikationsurkunden der Mitgliedstaaten und die Ratifikationsurkunden von mindestens fünfzehn assoziierten Staaten sowie die Akte zur Notifizierung des Abschlusses des Abkommens durch die Gemeinschaft hinterlegt worden sind.

(2) Ein assoziierter Staat, der das Abkommen bis zum Tage seines Inkrafttretens gemäß Absatz 1 nicht ratifiziert hat, kann die Ratifikation nur binnen zwölf Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens vornehmen, es sei denn, er teilt dem Assoziationsrat vor Ablauf dieser Frist mit, daß er das Abkommen spätestens innerhalb der auf diese Frist folgenden sechs Monate ratifizieren will, und hinterlegt seine Ratifikationsurkunden vor Ablauf der letztgenannten Frist.

(3) Auf Staaten, die das Abkommen bis zum Tage seines Inkrafttretens gemäß Absatz 1 nicht ratifiziert haben, findet es vom ersten Tag des auf die Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunden folgenden Monats an Anwendung.

Die Unterzeichnerstaaten, die das Abkommen nach Maßgabe des Absatzes 2 ratifizieren, erkennen die Gültigkeit aller Maßnahmen zur Durchführung des

Article 53

Les frais de fonctionnement des Institutions de l'Association sont pris en charge dans les conditions déterminées par le Protocole nº 6 annexé à la présente Convention.

TITRE V

Dispositions générales et finales

Article 54

Les traités, conventions, accords ou arrangements entre un ou plusieurs États membres et un ou plusieurs États associés, quelle qu'en soit la forme ou la nature, ne doivent pas faire obstacle à l'application des dispositions de la présente Convention.

Article 55

La présente Convention s'applique au territoire européen des États membres de la Communauté, d'une part, et au territoire des États associés, d'autre part.

Le Titre Premier de la présente Convention s'applique également aux relations entre les départements français d'outre-mer et les États associés.

Article 56

La présente Convention sera, en ce qui concerne la Communauté, valablement conclue par une décision du Conseil de la Communauté prise en conformité des dispositions du Traité et notifiée aux Parties. Elle sera ratifiée par les États signataires en conformité de leurs règles constitutionnelles respectives.

Les instruments de ratification et l'acte de notification de la conclusion de la Convention sont déposés au Secrétariat des Conseils des Communautés Européennes qui en informera les États signataires.

Article 57

1. La présente Convention entre en vigueur le premier jour du mois suivant la date à laquelle ont été déposés les instruments de ratification des États membres et de quinze au moins des États associés, ainsi que l'acte de notification de la conclusion de la Convention par la Communauté.

2. L'État associé qui n'a pas ratifié au jour de l'entrée en vigueur de la Convention telle que prévue au paragraphe précédent, ne peut y procéder que dans les douze mois suivant cette entrée en vigueur sauf si, avant l'expiration de ce terme, il porte à la connaissance du Conseil d'Association sont intention de ratifier la Convention au plus tard dans les six mois suivant ce terme et à condition qu'il dépose, dans ce même délai, ses instruments de ratification.

3. Pour les États n'ayant pas ratifié au jour de l'entrée en vigueur de la Convention telle que prévue au paragraphe 1, les dispositions de la Convention deviennent applicables le premier jour du mois suivant le dépôt de leurs instruments de ratification respectifs.

Les États signataires qui ratifient la Convention dans les conditions énoncées au paragraphe 2 reconnaissent la validité de toute mesure d'application de la Convention

Articolo 53

Le spese di funzionamento delle Istituzioni dell'Associazione sono prese a carico alle condizioni stabilite dal Protocollo n° 6 allegato alla presente Convenzione.

Artikel 53

De huishoudelijke kosten van de Instellingen der Associatie worden gedragen overeenkomstig Protocol No. 6 bij deze Overeenkomst.

TITOLO V

Disposizioni generali e finali

TITEL V

Algemene en slotbepalingen

Articolo 54

I trattati, le convenzioni, gli accordi o le intese di qualsiasi forma o natura fra uno o più Stati membri e fra uno o più Stati associati non devono essere d'ostacolo all'applicazione delle disposizioni della presente Convenzione.

Artikel 54

Verdragen, overeenkomsten, akkoorden of regelingen van ongeacht welke vorm of aard tussen een of meer Lid-Staten en een of meer geassocieerde Staten, mogen geen beletsel vormen voor de toepassing van deze Overeenkomst.

Articolo 55

La presente Convenzione si applica al territorio europeo degli Stati membri della Comunità, da una parte, e al territorio degli Stati associati, dall'altra.

Il Titolo I della presente Convenzione si applica ugualmente alle relazioni fra i dipartimenti francesi d'oltremare e gli Stati associati.

Artikel 55

Deze Overeenkomst is van toepassing op het Europese grondgebied van de Lid-Staten der Gemeenschap, enerzijds, en op het grondgebied van de geassocieerde Staten, anderzijds.

Titel I van deze Overeenkomst is eveneens van toepassing op de betrekkingen tussen de Franse overzeese departementen en de geassocieerde Staten.

Articolo 56

Per quanto riguarda la Comunità, la presente Convenzione sarà conclusa validamente per mezzo di una decisione del Consiglio della Comunità adottata conformemente alle disposizioni del Trattato e notificata alle Parti. Essa sarà ratificata dagli Stati firmatari secondo le rispettive norme costituzionali.

Gli strumenti di ratifica e l'atto di notifica della conclusione della Convenzione sono depositati presso il Segretariato dei Consigli delle Comunità Europee, che ne informerà gli Stati firmatari.

Artikel 56

Deze Overeenkomst wordt, wat de Gemeenschap betreft, rechtsgeldig gesloten bij een besluit van de Raad van de Gemeenschap, dat overeenkomstig de bepalingen van het Verdrag is genomen en dat ter kennis is gebracht van de Partijen. Zij wordt door de ondertekenende Staten bekrachtigd overeenkomstig hun onderscheiden grondwettelijke bepalingen.

De akten van bekrachtiging en de akte van kennisgeving van bovenbedoelde sluiting van de Overeenkomst worden nedergelegd bij het Secretariaat van de Raden van de Europese Gemeenschappen, dat de ondertekenende Staten hiervan in kennis stelt.

Articolo 57

1. La presente Convenzione entra in vigore il primo giorno del mese successivo alla data in cui sono stati depositati gli strumenti di ratifica degli Stati membri e di almeno quindici Stati associati, nonchè l'atto di notifica della conclusione della Convenzione da parte della Comunità.

2. Lo Stato associato che non ha ratificato la Convenzione il giorno della sua entrata in vigore qual'è prevista nel paragrafo precedente può procedere a detta ratifica soltanto entro i dodici mesi successivi all'entrata in vigore, a meno che prima della scadenza di questo termine esso porti a conoscenza del Consiglio di Associazione la propria intenzione di ratificare la Convenzione al più tardi nei sei mesi successivi a questo termine e purchè depositi, entro questo stesso termine, gli strumenti di ratifica.

3. Per gli Stati che non hanno ratificato la Convenzione il giorno della sua entrata in vigore qual'è prevista nel paragrafo 1, le disposizioni della Convenzione diventano applicabili il primo giorno del mese successivo al deposito dei rispettivi strumenti di ratifica.

Gli Stati firmatari che ratificano la Convenzione nelle condizioni enunciate dal paragrafo 2 riconoscono la validità di qualsiasi misura d'applicazione della Conven-

Artikel 57

1. Deze Overeenkomst treedt in werking op de eerste dag van de maand volgende op de datum waarop de akten van bekrachtiging van de Lid-Staten en van ten minste vijftien der geassocieerde Staten, alsmede de akte van kennisgeving van het sluiten van de Overeenkomst door de Gemeenschap, zijn nedergelegd.

2. De geassocieerde Staat die de Overeenkomst niet vóór de datum van haar inwerkingtreding, zoals deze in het vorige lid is vastgesteld, heeft bekrachtigd, kan hiertoe slechts overgaan binnen twaalf maanden na de inwerkingtreding, tenzij hij, voor het verstrijken van die termijn, de Associatieraad in kennis stelt van zijn voornemen de Overeenkomst uiterlijk binnen zes maanden na het verstrijken van die termijn te bekrachtigen en mits hij binnen die zes maanden zijn akte van bekrachtiging nederlegt.

3. Ten aanzien van de Staten die de Overeenkomst niet vóór de datum van haar inwerkingtreding, zoals deze in lid 1 is vastgesteld, hebben bekrachtigd, wordt de Overeenkomst van toepassing op de eerste dag van de maand volgende op de nederlegging van hun onderscheiden akten van bekrachtiging.

De ondertekenende Staten die de Overeenkomst bekrachtigen onder de in lid 2 genoemde voorwaarden, erkennen de geldigheid van elke uitvoeringsmaatregel van

Abkommens an, die zwischen dem Inkrafttreten des Abkommens und dem Zeitpunkt, von dem an das Abkommen auf sie Anwendung findet, getroffen werden. Sie erfüllen unbeschadet einer Frist, die ihnen der Assoziationsrat gegebenenfalls gewährt, spätestens sechs Monate nach Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunden, alle Verpflichtungen, die sie auf Grund des Abkommens oder auf Grund von Durchführungsbeschlüssen des Assoziationsrates zu übernehmen haben.

(4) Die Geschäftsordnung der Assoziationsorgane bestimmt, ob und unter welchen Bedingungen die Vertreter der Unterzeichnerstaaten, die das Abkommen zum Zeitpunkt seines Inkrafttretens noch nicht ratifiziert haben, als Beobachter an den Sitzungen der Assoziationsorgane teilnehmen. Die in der Geschäftsordnung getroffene Regelung ist nur bis zu dem Zeitpunkt wirksam, von dem an das Abkommen auf die genannten Staaten Anwendung findet; sie wird auf jeden Fall unwirksam, sobald der betreffende Staat nach Maßgabe des Absatzes 2 das Abkommen nicht mehr ratifizieren kann.

Artikel 58

(1) Der Assoziationsrat wird über jeden Antrag eines Staates auf Beitritt zur Gemeinschaft oder Assoziierung mit ihr unterrichtet.

(2) Stellt ein Staat, dessen Wirtschaftsstruktur und Produktion mit denen der assoziierten Staaten vergleichbar sind, einen Antrag auf Assoziierung mit der Gemeinschaft und wird dieser Antrag nach Prüfung durch die Gemeinschaft dem Assoziationsrat vorgelegt, so finden hierüber im Assoziationsrat Konsultationen statt.

(3) Das Abkommen über eine Assoziation zwischen der Gemeinschaft und einem in Absatz 2 bezeichneten Staat kann den Beitritt dieses Staates zum Assoziierungsabkommen vorsehen. Dieser Staat hat dann die gleichen Rechte und Pflichten wie die assoziierten Staaten. In dem Abkommen über seine Assoziierung mit der Gemeinschaft kann jedoch der Termin festgesetzt werden, zu dem einzelne dieser Rechte und Pflichten auf ihn Anwendung finden.

Durch einen solchen Beitritt dürfen die Vorteile, die sich für die assoziierten Unterzeichnerstaaten dieses Abkommens aus den Bestimmungen über die finanzielle und technische Zusammenarbeit ergeben, nicht beeinträchtigt werden.

Artikel 59

Dieses Abkommen wird für eine Dauer von fünf Jahren vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an geschlossen.

Artikel 60

Ein Jahr vor Ablauf dieses Abkommens prüfen die Vertragsparteien die Bestimmungen, die für einen weiteren Zeitraum vorgesehen werden könnten.

Der Assoziationsrat trifft gegebenenfalls die bis zum Inkrafttreten des neuen Abkommens erforderlichen Übergangsmaßnahmen.

Artikel 61

Die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten übernehmen die in den Artikeln 2, 5 und 11 vorgesehenen Verpflichtungen gegenüber denjenigen assoziierten Staaten, die sich auf Grund internationaler Verpflichtungen, welche bei Inkrafttreten des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft galten und diese Staaten

prise entre la date d'entrée en vigueur de la Convention et la date où ses dispositions leur sont devenues applicables. Sans préjudice d'un délai qui pourrait leur être accordé par le Conseil d'Association, ils exécutent six mois au plus tard après le dépôt de leurs instruments de ratification, toutes les obligations qui sont à leur charge au terme de la Convention ou de décisions d'application prises par le Conseil d'Association.

4. Le règlement intérieur des organes de l'Association fixe si et dans quelles conditions les représentants des États signataires qui, à la date d'entrée en vigueur de la Convention, ne l'ont pas encore ratifiée, siègent en qualité d'observateurs aux organes de l'Association. Les dispositions ainsi arrêtées ne peuvent produire effet que jusqu'à la date à laquelle la Convention devient applicable à l'égard de ces États; elles cessent en tout état de cause d'être applicables à la date à laquelle, selon les modalités du paragraphe 2 ci-dessus, l'État en cause ne pourra plus procéder à la ratification de la Convention.

Article 58

1. Le Conseil d'Association est informé de toute demande d'adhésion ou d'association d'un État à la Communauté.

2. Toute demande d'association à la Communauté d'un État dont la structure économique et la production sont comparables à celles des États associés qui, après examen par la Communauté, a été portée par celle-ci devant le Conseil d'Association, y fait l'objet de consultations.

3. L'accord d'association entre la Communauté et un État visé au paragraphe précédent peut prévoir l'accession de cet État à la présente Convention. Cet État jouit alors des mêmes droits et est soumis aux mêmes obligations que les États associés. Toutefois, l'accord qui l'associe à la Communauté peut fixer la date à laquelle certains de ces droits et obligations lui deviennent applicables.

Cette accession ne peut porter atteinte aux avantages résultant pour les États associés signataires de la présente Convention des dispositions relatives à la coopération financière et technique.

Article 59

La présente Convention est conclue pour une durée de cinq années à compter de son entrée en vigueur.

Article 60

Un an avant l'expiration de la présente Convention, les Parties Contractantes examinent les dispositions qui pourraient être prévues pour une nouvelle période.

Le Conseil d'Association prend éventuellement les mesures transitoires nécessaires jusqu'à l'entrée en vigueur de la nouvelle Convention.

Article 61

La Communauté et les États membres assument les engagements prévus aux articles 2, 5 et 11 de la Convention à l'égard des États associés qui, sur la base d'obligations internationales applicables lors de l'entrée en vigueur du Traité instituant la Communauté Économique Européenne et les soumettant à l'application d'un régime

zione adottata tra la data d'entrata in vigore della Convenzione e la data in cui le sue disposizioni sono divenute ad essi applicabili. Senza pregiudizio di un termine che potrebbe essere loro accordato dal Consiglio di Associazione, essi adempiono al più tardi sei mesi dopo il deposito dei loro strumenti di ratifica tutti gli obblighi che sono a loro carico ai sensi della Convenzione o in base a decisioni di applicazione prese dal Consiglio di Associazione.

4. Il regolamento interno degli organi dell'Associazione stabilisce se ed in quali condizioni i rappresentanti degli Stati firmatari, che alla data dell'entrata in vigore della Convenzione non l'hanno ancora ratificata, partecipano in qualità di osservatori alle sedute degli organi dell'Associazione. Tali disposizioni avranno effetto solo fino alla data in cui la Convenzione diventa applicabile a detti Stati; perderanno comunque ogni efficacia alla data in cui, in base alle modalità del paragrafo 2, lo Stato in questione non potrà più procedere alla ratifica della Convenzione.

Articolo 58

1. Il Consiglio di Associazione viene informato di qualsiasi domanda d'adesione o d'associazione di uno Stato alla Comunità.

2. Qualsiasi domanda di associazione alla Comunità di uno Stato la cui struttura economica e la cui produzione siano paragonabili a quelle degli Stati associati che, in seguito ad esame da parte della Comunità, sia stata sottoposta da quest'ultima al Consiglio di Associazione, forma oggetto di consultazioni in seno al Consiglio stesso.

3. L'accordo di associazione tra la Comunità e uno Stato di cui al paragrafo precedente può prevedere l'accessione di questo Stato alla presente Convenzione. Lo Stato in questione gode quindi degli stessi diritti ed è sottoposto agli stessi obblighi degli Stati associati. Tuttavia, l'accordo che l'associa alla Comunità può fissare la data in cui alcuni di questi diritti ed obblighi diventano ad esso applicabili.

Questa accessione non può pregiudicare i vantaggi derivanti agli Stati associati firmatari della presente Convenzione dalle disposizioni relative alla cooperazione finanziaria e tecnica.

Articolo 59

La presente Convenzione è conclusa per una durata di cinque anni a decorrere dalla sua entrata in vigore.

Articolo 60

Un anno prima della scadenza della presente Convenzione, le Parti Contraenti esaminano le disposizioni che potrebbero essere previste per un nuovo periodo.

Il Consiglio di Associazione prende eventualmente le misure transitorie necessarie sino all'entrata in vigore della nuova Convenzione.

Articolo 61

La Comunità e gli Stati membri assumono gli impegni di cui agli articoli 2, 5 e 11 della Convenzione nei confronti degli Stati associati che, in base ad obblighi internazionali loro applicabili all'entrata in vigore del Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea e che li sottoponevano all'applicazione di un regime doganale

de Overeenkomst, die is getroffen tussen de datum van inwerkingtreding van de Overeenkomst en de datum waarop zij op hen van toepassing is geworden. Onverminderd een mogelijk door de Associatieraad toe te kennen uitstel, leggen zij uiterlijk zes maanden na nederlegging van hun akten van bekrachtiging alle verplichtingen ten uitvoer, die krachtens de Overeenkomst of krachtens uitvoeringsbesluiten van de Associatieraad op hen rusten.

4. Het Reglement van Orde van de organen van de Associatie bepaalt of en onder welke voorwaarden de afgevaardigden van de ondertekenende Staten die de Overeenkomst vóór de datum van haar inwerkingtreding nog niet hebben bekrachtigd, als waarnemers in die organen zitting kunnen hebben. De aldus vastgestelde bepalingen gelden slechts tot de datum waarop de Overeenkomst ten aanzien van deze Staten van toepassing wordt; zij houden in elk geval op van toepassing te zijn op de datum waarop de desbetreffende Staat ingevolge lid 2 de Overeenkomst niet meer kan bekrachtigen.

Artikel 58

1. De Associatieraad wordt in kennis gesteld van ieder verzoek van een Staat om toetreding tot of associatie met de Gemeenschap.

2. Over elk verzoek om associatie met de Gemeenschap, afkomstig van een Staat waarvan de economische structuur en de produktie vergelijkbaar zijn met die van de geassocieerde Staten, dat de Gemeenschap, na het te hebben bestudeerd, aan de Associatieraad voorlegt, wordt aldaar overleg gepleegd.

3. Het associatieakkoord tussen de Gemeenschap en een in lid 2 bedoelde Staat kan bepalen dat die Staat tot deze Overeenkomst toetreedt. Deze Staat heeft dan dezelfde rechten en verplichtingen als de geassocieerde Staten. In het akkoord waarbij deze Staat met de Gemeenschap wordt geassocieerd, kan echter worden bepaald op welke datum sommige van deze rechten en verplichtingen op hem van toepassing worden.

Deze toetreding mag niet de voordelen aantasten, die voor de geassocieerde Staten welke deze Overeenkomst hebben ondertekend, voortvloeien uit de bepalingen inzake financiële en technische samenwerking.

Artikel 59

Deze Overeenkomst wordt gesloten voor een tijdsduur van vijf jaar ingaande op de datum van haar inwerkingtreding.

Artikel 60

Een jaar voor het verstrijken van deze Overeenkomst gaan de Partijen na, welke bepalingen voor een nieuw tijdvak zouden kunnen worden voorzien.

De Associatieraad neemt eventueel de nodige overgangsmaatregelen, die zullen gelden tot de inwerkingtreding van de nieuwe Overeenkomst.

Artikel 61

De Gemeenschap en de Lid-Staten gaan de in de artikelen 2, 5 en 11 van de Overeenkomst bedoelde verbintenissen aan ten opzichte van die geassocieerde Staten welke, op grond van internationale verplichtingen die bij de inwerkingtreding van het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap van toepas-

einer besonderen Zollregelung unterwarfen, nicht in der Lage glauben, die in Artikel 3 Abs. 2 des Abkommens vorgesehene Gegenseitigkeit zugunsten der Gemeinschaft sogleich zu verwirklichen.

Die betreffenden Vertragsparteien überprüfen die Lage spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens.

Artikel 62

Dieses Abkommen kann von der Gemeinschaft gegenüber jedem assoziierten Staat und von jedem assoziierten Staat gegenüber der Gemeinschaft unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden.

Artikel 63

Die diesem Abkommen beigefügten Protokolle sind Bestandteile des Abkommens.

Artikel 64

Dieses Abkommen ist in einer Urschrift in deutscher, französischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; es wird im Archiv des Sekretariats der Räte der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt; dieses übermittelt der Regierung jedes Unterzeichnerstaates eine beglaubigte Abschrift.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter dieses Abkommen gesetzt.

GESCHEHEN zu Jaunde, am zwanzigsten Juli neunzehnhundertdreiundsechzig.

douanier particulier, estimeraient ne pouvoir dès à présent assurer au profit de la Communauté la réciprocité prévue par l'article 3, paragraphe 2 de la Convention.

Les Parties Contractantes intéressées réexaminent la situation au plus tard trois ans après l'entrée en vigueur de la Convention.

Article 62

La présente Convention peut être dénoncée par la Communauté à l'égard de chaque État associé et par chaque État associé à l'égard de la Communauté moyennant un préavis de six mois.

Article 63

Les Protocoles qui sont annexés à la présente Convention en font partie intégrante.

Article 64

La présente Convention rédigée en un exemplaire unique en langues allemande, française, italienne et néerlandaise, chacun de ces textes faisant également foi, sera déposée dans les archives du Secrétariat des Conseils des Communautés Européennes qui en remettra une copie certifiée conforme au gouvernement de chacun des États signataires.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés ont apposé leurs signatures au bas de la présente Convention.

FAIT à Yaoundé, de vingt juillet mil neuf cent soixante-trois.

Pour Sa Majesté le Roi des Belges:
Voor Zijne Majesteit de Koning der Belgen:
H. Fayat

Für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland:
W. Scheel

Pour le Président de la République Française:
R. Triboulet

Per il Presidente della Repubblica Italiana:
E. Colombo

Pour Son Altesse Royale la Grande-Duchesse de Luxembourg:
E. Schaus

Voor Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden:
J. Luns

particolare, ritengano di non poter garantire sin da ora a favore della Comunità la reciprocità di cui all'articolo 3, paragrafo 2 della Convenzione.

Le Parti Contraenti interessate riesaminano la situazione al più tardi tre anni dopo l'entrata in vigore della Convenzione.

Articolo 62

La presente Convenzione può essere denunciata dalla Comunità nei confronti di ciascuno Stato associato e da ciascuno Stato associato nei confronti della Comunità con un preavviso di sei mesi.

Articolo 63

I Protocolli allegati alla presente Convenzione ne costituiscono parte integrante.

Articolo 64

La presente Convenzione redatta in unico esemplare in lingua tedesca, francese, italiana e olandese, i quattro testi facenti tutti ugualmente fede, sarà depositata negli archivi del Segretariato dei Consigli delle Comunità Europee che provvederà a rimetterne copia certificata conforme a ciascuno dei governi degli Stati firmatari.

IN FEDE DI CHE, i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce alla presente Convenzione.

FATTO a Yaoundé, il venti luglio millenovecentosessantatre.

sing waren en als gevolg waarvan zij aan een bijzondere douaneregeling zijn onderworpen, menen de in artikel 3, lid 2, van de Overeenkomst bedoelde wederkerigheid ten gunste van de Gemeenschap niet thans reeds te kunnen verzekeren.

Uiterlijk drie jaar na de inwerkingtreding van de Overeenkomst onderwerpen de betrokken Partijen de situatie aan een nieuw onderzoek.

Artikel 62

Deze Overeenkomst kan door de Gemeenschap ten aanzien van elke geassocieerde Staat en door elke geassocieerde Staat ten aanzien van de Gemeenschap worden opgezegd, met inachtneming van een opzeggingstermijn van zes maanden.

Artikel 63

De Protocollen die aan deze Overeenkomst zijn gehecht, maken een integrerend deel daarvan uit.

Artikel 64

Deze Overeenkomst, opgesteld in één exemplaar in de Duitse, de Franse, de Italiaanse en de Nederlandse taal, zijnde de vier teksten gelijkelijk authentiek, zal worden nedergelegd in het archief van het Secretariaat van de Raden der Europese Gemeenschappen, dat een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift daarvan toezendt aan de Regeringen van de ondertekenende Staten.

TEN BLIJKE WAARVAN de ondergetekende gevolmachtigden hun handtekening onder deze Overeenkomst hebben gesteld.

GEDAAN te Jaoende, de twintigste juli negentienhonderd drieenzestig.

Im Namen des Rates
der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft:

Pour le Conseil
de la Communauté Economique Européenne:

Per il Consiglio della Comunità Economica Europea:

Voor de Raad der Europese Economische Gemeenschap:

J. Luns

W. Hallstein

Mit dem Vorbehalt, daß für die Gemeinschaft erst dann endgültig eine Verpflichtung besteht, wenn sie den anderen Vertragsparteien notifiziert hat, daß die durch den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vorgeschriebenen Verfahren stattgefunden haben.

Sous réserve que la Communauté ne sera définitivement engagée qu'après notification aux autres Parties Contractantes de l'accomplissement des procédures requises par le Traité instituant la Communauté Economique Européenne.

Con riserva che la Comunità sarà definitivamente vincolata soltanto dopo notifica alle altre Parti Contraenti dello espletamento delle procedure richieste dal Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea.

Onder voorbehoud dat de Gemeenschap eerst definitief gebonden zal zijn na kennisgeving aan de andere Verdragsluitende Partijen van de vervulling der door het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap vereiste procedures.

Pour Sa Majesté le Mwami du Burundi:
L. Nimubona

Pour le Président de la République fédérale du Cameroun:
V. Kanga

Pour le Président de la République Centrafricaine:
J. Mackpayen

Pour le Président de la République du Congo (Brazzaville):
M. Sathoud

Pour le Président de la République du Congo (Léopoldville):
M. Lengema

Pour le Président de la République de Côte-d'Ivoire:
L. Amon Tanoh

Pour le Président de la République du Dahomey:
Aplogan

Pour le Président de la République Gabonaise:
A. Anguile

Pour le Président de la République de la Haute-Volta:
M. Traore

Pour le Président de la République Malgache:
A. Ramangasoavina

Pour le Chef de l'Etat,
Président du Conseil de Gouvernement
de la République du Mali:
J. Kone

Pour le Président
de la République islamique de Mauritanie:
M. Sidi

Pour le Président de la République du Niger:
I. Zodi

Pour le Président de la République Rwandaise:
C. Habamenshi

Pour le Président de la République du Sénégal:
D. Gueye

Per il Presidente della Repubblica Somala:
A. Scego

Pour le Président de la République du Tchad:
M. Ngangtar

Pour le Président de la République Togolaise:
J. Agbemegnan

Anhang zum Abkommen

ANHANG

A. Liste der Erzeugnisse mit Ursprung in den assoziierten Staaten, die nach Inkrafttreten des Abkommens zollfrei in die Gemeinschaft eingeführt werden können (Artikel 2 des Abkommens)

Tarifnr.	Warenbezeichnung
08.01 C	Ananas
ex 08.01 D	Kokosnüsse (getrocknete Schnitzel)
09.01 A I a	Kaffee, nicht geröstet, nicht entkoffeiniert
09.02 B	Tee, außer in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts von 3 kg oder weniger
09.04 A I	Pfeffer, der Gattung „Piper", weder gemahlen noch sonst zerkleinert
09.05	Vanille
09.07 A	Gewürznelken, Mutternelken und Nelkenstiele, weder gemahlen noch sonst zerkleinert
ex 09.08 A II	Muskatnüsse, weder gemahlen noch sonst zerkleinert, außer zum industriellen Herstellen von ätherischen Ölen oder von Resinoiden
18.01	Kakaobohnen, auch Bruch, roh oder geröstet

B. Tropische Hölzer

Der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft kam überein, die Vorschriften des Protokolls der Liste G im Rahmen der laufenden Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich anzuwenden.

Annexe à la Convention

ANNEXE

A. Liste des produits originaires des États associés admis en franchise de droit de douane dans la Communauté à compter de l'entrée en vigueur de la Convention (article 2 de la Convention)

n° du tarif	Désignation des marchandises
08.01 C	Ananas
ex 08.01 D	Noix de coco (pulpe déshydratée)
09.01 A I a	Café, non torréfié, non décaféiné
09.02 B	Thé, autre que présenté en emballages immédiats d'un contenu net de 3 kg ou moins
09.04 A I	Poivre (du genre «Piper»), non broyé ni moulu
09.05	Vanille
09.07 A	Girofles (antofles, clous et griffes), non broyés ni moulus
ex 09.08 A II	Noix muscades, non broyées ni moulues, autres que destinées à la fabrication industrielle d'huiles essentielles ou de résinoïdes
18.01	Cacao en fèves et brisures de fèves, brut ou torréfié

B. Bois tropicaux

Le Conseil de la Communauté Économique Européenne est convenu de mettre en œuvre les dispositions prévues au Protocole de la liste G dans le cadre des négociations en cours avec le Royaume-Uni.

Allegato Alla Convenzione

ALLEGATO

A. Elenco dei prodotti originari degli Stati associati, importati nella C.E.E. in esenzione da dazi doganali a decorrere dall'entrata in vigore della Convenzione (articolo 2 della Convenzione)

N° della tariffa	Designazione delle merci
08.01 C	Ananassi
ex 08.01 D	Noci di cocco (polpa disidratata)
09.01 A I a	Caffè, non torrefatto, non decaffeinizzato
09.02 B	Tè, presentato diversamente che in recipienti a involucri immediati di contenuto netto di 3 kg o meno
09.04 A I	Pepe (del genere «piper»), non tritato nè macinato
09.05	Vaniglia
09.07 A	Garofani (antofilli, chiodi e steli), non tritati nè macinati
ex 09.08 A II	Noci moscate, non tritate nè macinate, diverse da quelle destinate alla fabbricazione industriale di oli essenziali o di resinoidi
18.01	Cacao in grani, greggio o torrefatto, anche infranto

B. Legni tropicali

Il Consiglio della Comunità Economica Europea ha convenuto di applicare le disposizioni del Protocollo dell'elenco G nell'ambito dei negoziati in corso con il Regno Unito.

Bijlage bij de Overeenkomst

BIJLAGE

A. Lijst van produkten van oorsprong uit de geassocieerde Staten welke vanaf de inwerkingtreding van de Overeenkomst vrij van douanerechten in de Gemeenschap mogen worden ingevoerd (artikel 2 van de Overeenkomst)

No. van het tarief	Omschrijving
08.01 C	Ananassen
ex 08.01 D	Kokosnoten (gedroogd vruchtvlees)
09.01 A I a	Koffie, ongebrand, waaruit geen cafeïne is verwijderd
09.02 B	Thee, andere dan in verpakkingen met een nettoinhoud per onmiddellijke verpakking van 3 kg of minder
09.04 A I	Peper van de soort „Piper", niet fijngemaakt en niet gemalen
09.05	Vanille
09.07 A	Kruidnagels, moernagels en kruidnagelstelen, niet fijngemaakt en niet gemalen
ex 09.08 A II	Muskaatnoten, niet fijngemaakt en niet gemalen, andere dan voor de industriële vervaardiging van etherische oliën of harsaroma's
18.01	Cacaobonen, ook indien gebroken, al dan niet gebrand

B. Tropisch hout

De Raad der Europese Economische Gemeenschap is overeengekomen de bepalingen van het Protocol betreffende lijst G in het kader van de onderhandelingen met het Verenigd Koninkrijk toe te passen.

Protokoll Nr. 1
über die Anwendung des Artikels 3 des Assoziierungsabkommens

Protocole N° 1
relatif à l'application de l'article 3 de la Convention d'Association

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die dem Abkommen als Anhang beigefügt sind:

Artikel 1

(1) Zur Anwendung des Artikels 3 des Abkommens teilt jeder assoziierte Staat dem Assoziationsrat binnen zwei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens seinen Zolltarif oder die vollständige Liste der am 31. Dezember 1962 auf Einfuhrerzeugnisse erhobenen Zölle und Abgaben mit gleicher Wirkung wie diese Zölle mit; er gibt dabei die genannten Zölle und Abgaben für die Erzeugnisse mit Ursprung in den Mitgliedstaaten und den anderen assoziierten Staaten, die genannten Zölle und Abgaben für die Erzeugnisse mit Ursprung in dritten Ländern sowie die Ausfuhrzölle an.

In dieser Mitteilung führt jeder assoziierte Staat auf, welche der in Unterabsatz 1 genannten Zölle und Abgaben seines Erachtens den Erfordernissen seiner Entwicklung und Industrialisierung entsprechen oder der Finanzierung seines Haushalts dienen. Er nennt ferner die Gründe für ihre Beibehaltung oder Einführung.

(2) Auf Antrag der Gemeinschaft finden im Assoziationsrat Konsultationen über die in Absatz 1 genannten Zolltarife oder Listen statt. Ist binnen drei Monaten kein Konsultationsantrag gestellt worden, so wird davon ausgegangen, daß der Assoziationsrat die genannten Zolltarife oder Listen zur Kenntnis genommen hat.

Artikel 2

Jeder assoziierte Staat setzt an Hand der Zolltarife oder Listen, die der Assoziationsrat zur Kenntnis genommen hat, unbeschadet des Artikels 3 Abs. 1 des Abkommens vom ersten Tage des siebenten Monats nach Inkrafttreten des Abkommens an die Zölle und Abgaben mit gleicher Wirkung wie diese Zölle für die Einfuhrerzeugnisse mit Ursprung in den Mitgliedstaaten jährlich um 15 % herab, es sei denn, diese Zölle und Abgaben sind für die Entwicklung und Industrialisierung dieses assoziierten Staates als notwendig anerkannt oder dienen der Finanzierung seines Haushalts.

Artikel 3

Jeder assoziierte Staat erklärt sich bereit, die Zölle und Abgaben mit gleicher Wirkung wie diese Zölle gegenüber den Mitgliedstaaten schneller als in Artikel 2 vorgesehen, herabzusetzen, falls seine Wirtschaftslage dies zuläßt.

Artikel 4

Jede Erhöhung der Zölle und Abgaben mit gleicher Wirkung wie diese Zölle, die für die Entwicklung und Industrialisierung eines assoziierten Staates als notwendig anerkannt sind oder der Finanzierung seines Haushalts dienen, wird dem Assoziationsrat von dem betreffenden assoziierten Staat vor ihrem Inkrafttreten mitgeteilt; auf Antrag der Gemeinschaft findet hierüber eine Konsultation statt.

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES

SONT CONVENUES des dispositions suivantes, qui sont annexées à la Convention:

Article 1

1. En vue de l'application de l'article 3 de la Convention, chaque État associé communique au Conseil d'Association dans un délai de deux mois à compter de l'entrée en vigueur de la Convention son tarif douanier ou la liste complète des droits de douane et taxes d'effet équivalent à de tels droits perçus au 31 décembre 1962 sur les produits importés, en indiquant ceux de ces droits et taxes qui s'appliquent aux produits originaires des États membres et des autres États associés et ceux qui s'appliquent aux produits originaires des pays tiers ainsi que les droits perçus à l'exportation.

Dans cette communication, chaque État associé spécifie parmi les droits et taxes visés à l'alinéa précédent ceux qui répondent, à son avis, aux nécessités de son développement et aux besoins de son industrialisation ou qui sont destinés à alimenter son budget. Il indique les raisons de leur maintien ou établissement.

2. A la demande de la Communauté, des consultations sur les tarifs douaniers ou les listes visées au paragraphe 1 ci-dessus ont lieu au sein du Conseil d'Association. Si dans un délai de trois mois aucune demande de consultation n'est formulée, le Conseil d'Association est réputé avoir pris acte de ces tarifs ou listes.

Article 2

Sur la base des tarifs ou listes dont le Conseil d'Association a pris acte, et sans préjudice des dispositions du paragraphe 1 de l'article 3 de la Convention, chaque État associé réduit annuellement de 15 %, à compter du premier jour du septième mois de l'entrée en vigueur de la Convention, les droits de douane et taxes d'effet équivalent à de tels droits applicables aux importations des produits originaires des États membres, autres que ceux qui sont reconnus nécessaires au développement et à l'industrialisation de chaque État associé ou qui ont pour but d'alimenter son budget.

Article 3

Chaque État associé se déclare disposé à réduire les droits de douane et taxes d'effet équivalent à de tels droits à l'égard des États membres selon un rythme plus rapide que celui prévu à l'article ci-dessus si la situation de son économie le lui permet.

Article 4

Tout relèvement des droits de douane et taxes d'effet équivalent à de tels droits reconnus nécessaires au développement et à l'industrialisation d'un État associé ou qui ont pour but d'alimenter son budget, est communiqué par celui-ci au Conseil d'Association préalablement à son entrée en vigueur et donne lieu à consultation à la demande de la Communauté.

Protocollo N° 1
relativo all'applicazione dell'articolo 3 della Convenzione di Associazione

Protocol No. 1
betreffende de toepassing van artikel 3 van de Associatieovereenkomst

LE ALTE PARTI CONTRAENTI

HANNO CONVENUTO le seguenti disposizioni che sono allegate alla Convenzione:

Articolo 1

1. Ai fini dell'applicazione dell'articolo 3 della Convenzione, ciascuno Stato associato comunica al Consiglio di Associazione, entro un termine di due mesi a decorrere dall'entrata in vigore della Convenzione, la sua tariffa doganale oppure l'elenco completo dei dazi doganali e delle tasse di effetto equivalente a tali dazi riscossi a tutto il 31 dicembre 1962 sui prodotti importati, indicando i dazi e le tasse applicabili ai prodotti originari degli Stati membri e degli altri Stati associati, e quelli applicabili ai prodotti originari dei paesi terzi nonchè i dazi riscossi all'esportazione.

In detta comunicazione ciascuno Stato associato specifica tra i dazi e le tasse di cui al comma precedente quelli che, a suo parere, rispondono alle necessità del proprio sviluppo e ai bisogni della propria industrializzazione o che hanno per scopo di alimentare il proprio bilancio. Esso indica inoltre i motivi del loro mantenimento o della loro istituzione.

2. A richiesta della Comunità, si hanno consultazioni in seno al Consiglio di Associazione sulle tariffe doganali o sugli elenchi di cui al paragrafo 1. Se entro il termine di tre mesi non è presentata alcuna domanda di consultazione, si ritiene che il Consiglio di Associazione abbia preso atto delle tariffe o degli elenchi.

Articolo 2

In base alle tariffe o agli elenchi di cui il Consiglio di Associazione ha preso atto e fatte salve le disposizioni del paragrafo 1 dell'articolo 3 della Convenzione, ciascuno Stato associato riduce annualmente del 15%, a decorrere dal primo giorno del settimo mese dall'entrata in vigore della Convenzione, i dazi doganali e le tasse di effetto equivalente a tali dazi applicabili alle importazioni di prodotti originari degli Stati membri che non siano quelli riconosciuti necessari allo sviluppo e all'industrializzazione o che abbiano per scopo di alimentare il bilancio di questo Stato associato.

Articolo 3

Ciascuno Stato associato si dichiara disposto a ridurre i dazi doganali e le tasse d'effetto equivalente a tali dazi nei confronti degli Stati membri secondo un ritmo più rapido di quello previsto dal precedente articolo se la sua situazione economica glielo consente.

Articolo 4

Qualsiasi aumento dei dazi doganali e delle tasse di effetto equivalente a tali dazi che sia ritenuto necessario allo sviluppo e all'industrializzazione o che abbia per scopo di alimentare il bilancio di uno Stato associato è comunicato al Consiglio di Associazione prima della sua entrata in vigore e, a richiesta della Comunità, dà luogo a consultazioni in merito.

DE HOGE OVEREENKOMSTSLUITENDE PARTIJEN

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, die aan de Overeenkomst zijn gehecht:

Artikel 1

1. Met het oog op de toepassing van artikel 3 van de Overeenkomst stelt elke geassocieerde Staat de Associatieraad, binnen een termijn van twee maanden na de inwerkingtreding van de Overeenkomst, in kennis van zijn douanetarief of van de volledige lijst van douanerechten en heffingen van gelijke werking als dergelijke rechten die op 31 december 1962 op ingevoerde produkten werden toegepast, met vermelding van voornoemde rechten en heffingen op produkten van oorsprong uit de Lid-Staten en de andere geassocieerde Staten en van die rechten en heffingen op produkten van oorsprong uit derde landen, alsmede van de uitvoerrechten.

In deze kennisgeving vermeldt elke geassocieerde Staat welke van de in voorgaande alinea bedoelde rechten en heffingen naar zijn mening in overeenstemming zijn met de eisen van zijn ontwikkeling en de behoeften van zijn industrialisatie of ten doel hebben in zijn begrotingsmiddelen te voorzien. Hij vermeldt de redenen van hun handhaving of hun instelling.

2. Op verzoek van de Gemeenschap wordt in de Associatieraad overleg gepleegd oder de in lid 1 bedoelde douanetarieven of lijsten. Indien binnen een termijn van drie maanden geen enkel verzoek om overleg is ingediend, wordt de Associatieraad geacht nota te hebben genomen van deze tarieven of lijsten.

Artikel 2

Uitgaande van de tarieven of lijsten waarvan de Associatieraad nota heeft genomen, en onverminderd de bepalingen van artikel 3, lid 1, van de Overeenkomst, verlaagt elke geassocieerde Staat jaarlijks en met ingang van de eerste dag van de zevende maand van de inwerkingtreding der Overeenkomst met 15 % de douanerechten en heffingen van gelijke werking als dergelijke rechten op importen van produkten van oorsprong uit de Lid-Staten, met uitzondering van die rechten en heffingen waarvan de noodzaak is erkend voor de ontwikkeling en de behoeften van de industrialisatie van de betrokken geassocieerde Staat of die ten doel hebben in zijn begrotingsmiddelen te voorzien.

Artikel 3

Elke geassocieerde Staat verklaart zich bereid de douanerechten en heffingen van gelijke werking als dergelijke rechten ten opzichte van de Lid-Staten in een sneller tempo te verlagen dan in bovenstaand artikel is bepaald, indien de toestand van zijn economie zulks toelaat.

Artikel 4

Elke verhoging van de douanerechten en heffingen van gelijke werking als dergelijke rechten waarvan de noodzaak is erkend voor de ontwikkeling en de behoeften van de industrialisatie van een geassocieerde Staat of die ten doel hebben in zijn begrotingsmiddelen te voorzien, wordt vóór haar inwerkingtreding door deze Staat aan de Associatieraad medegedeeld; op verzoek van de Gemeenschap vindt dienaangaande overleg in de Associatieraad plaats.

Protokoll Nr. 2
über die Anwendung des Artikels 6 des Assoziierungsabkommens

Protocole N° 2
relatif à l'application de l'article 6 de la Convention d'Association

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die dem Abkommen als Anhang beigefügt sind:

Artikel 1

Jeder assoziierte Staat legt für jedes Erzeugnis mit Ursprung in den Mitgliedstaaten, das bei der Einfuhr in das Hoheitsgebiet dieses assoziierten Staates mengenmäßigen Beschränkungen oder Maßnahmen gleicher Wirkung unterliegt, ein Globalkontingent fest, das er den Mitgliedstaaten außer demjenigen, dem bereits freie Einfuhr gewährt wird, ohne Diskriminierung eröffnet.

Stellt der Assoziationsrat fest, daß die Einfuhr eines Erzeugnisses im Laufe zweier aufeinanderfolgender Jahre niedriger gewesen ist als die gemäß Artikel 2 eröffneten Kontingente, so hebt der assoziierte Staat die Kontingentierung bei dem betreffenden Erzeugnis auf.

Artikel 2

Das in Artikel 1 Abs. 1 genannte Globalkontingent wird unter folgenden Bedingungen festgelegt und erhöht:

a) In jedem assoziierten Staat, in dem die Einfuhr durch mengenmäßige Beschränkungen begrenzt ist, entspricht der Betrag des Grundkontingents dem um 75 % erhöhten Betrag des Kontingents des Jahres 1959, der nach Artikel 11 des am 25. März 1957 unterzeichneten und dem Vertrag beigefügten Durchführungsabkommens über die Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete mit der Gemeinschaft berechnet ist. Dieses Grundkontingent muß sich auf wenigstens 15 % der Gesamteinfuhr des genannten Erzeugnisses in den betreffenden assoziierten Staat belaufen, die während des letzten Jahres, für das Statistiken vorliegen, verzeichnet wurde.

   Ist in einem assoziierten Staat für ein nichtliberalisiertes Erzeugnis kein Einfuhrkontingent eröffnet worden, so legt der betreffende assoziierte Staat ein Kontingent fest, das sich auf wenigstens 15 % der Gesamteinfuhr des genannten Erzeugnisses in diesen assoziierten Staat beläuft, die während des letzten Jahres, für das Statistiken vorliegen, verzeichnet wurde.

   Ein assoziierter Staat legt für diejenigen Erzeugnisse, die er bisher noch nicht eingeführt hat, ein Kontingent in angemessener Höhe fest.

   Das auf diese Weise festgelegte Grundkontingent wird für das erste Jahr um 20 % und für die darauffolgenden Jahre jeweils gegenüber dem Vorjahr wie folgt erhöht: für das zweite Jahr um 20 %, für das dritte Jahr um 30 % und für das vierte Jahr um 40 %.

b) Jeder assoziierte Staat, in dem die Einfuhr auf andere Weise als durch mengenmäßige Beschränkungen begrenzt ist, legt für jedes nichtliberalisierte Erzeugnis bei Inkrafttreten des Abkommens ein Globalkontingent fest, das den Mitgliedstaaten ohne Unterschied zugänglich ist und dem Betrag der Einfuhren dieses Erzeugnisses aus den Mitgliedstaaten entspricht, die der betreffende assoziierte Staat während des letzten Jahres, für das Statistiken vor-

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES

SONT CONVENUES des dispositions suivantes, qui sont annexées à la Convention:

Article 1

Pour tout produit originaire des États membres, qui fait l'objet, à l'importation sur le territoire d'un État associé, de restrictions quantitatives ou de mesures d'effet équivalent, cet État associé établit un contingent global qu'il ouvre sans discrimination aux États membres autres que celui qui bénéficie déjà de la liberté d'importation.

Lorsque le Conseil d'Association constate que les importations d'un produit ont été, au cours de deux années consécutives, inférieures aux contingents ouverts en application de l'article 2 ci-dessous, l'État associé supprime le contingentement de ce produit.

Article 2

Le contingent global visé au premier alinéa de l'article 1 ci-dessus est établi et élargi dans les conditions ci-après:

a) Dans chaque État associé où les importations sont limitées par des restrictions quantitatives, le montant du contingent de base est égal au montant du contingent de l'année 1959 calculé conformément à l'article 11 de la Convention d'application relative à l'Association des pays et territoires d'outre-mer à la Communauté signée le 25 mars 1957 et annexée au Traité, augmenté de 75 %. Ce contingent de base doit atteindre au moins 15 % de l'importation totale dudit produit dans cet État associé, au cours de la dernière année pour laquelle des statistiques sont disponibles.

   Lorsque pour un produit non libéré aucun contingent n'est ouvert à l'importation dans un État associé, celui-ci établit un contingent au moins égal à 15 % de l'importation totale dudit produit dans cet État associé au cours de la dernière année pour laquelle des statistiques sont disponibles.

   Pour les produits qui n'ont jamais été importés par un État associé, celui-ci établit un contingent d'un montant approprié.

   Le contingent de base ainsi établi est augmenté de 20 % pour la première année et ensuite annuellement par rapport à l'année précédente de 20 % pour la deuxième année, de 30 % pour la troisième année, de 40 % pour la quatrième année.

b) Chaque État associé dans lequel l'importation est limitée autrement que par des restrictions quantitatives, établit pour chaque produit non libéré, à compter de l'entrée en vigueur de la Convention, un contingent global, accessible sans discrimination aux États membres et égal au montant des importations de ce produit en provenance des États membres réalisées par cet État associé au cours de la dernière année pour laquelle des statistiques sont dis-

Protocollo N° 2
relativo all'applicazione dell'articolo 6 della Convenzione di Associazione

Protocol No. 2
betreffende de toepassing van artikel 6 van de Associatieovereenkomst

LE ALTE PARTI CONTRAENTI

HANNO CONVENUTO le seguenti disposizioni che sono allegate alla Convenzione:

Articolo 1

Per ogni prodotto originario degli Stati membri soggetto, all'importazione nel territorio di uno Stato associato, a restrizioni quantitative o a misure di effetto equivalente, questo stesso Stato associato istituisce un contingente globale aperto senza discriminazioni agli Stati membri diversi da quello che beneficia già della libertà d'importazione.

Se il Consiglio di Associazione costata che le importazioni di un prodotto, durante due anni consecutivi, sono state inferiori ai contingenti aperti in applicazione del seguente articolo 2, lo Stato associato sopprime il contingentamento di questo prodotto.

Articolo 2

Il contingente globale di cui al primo comma dell'articolo 1 è istituito ed aumentato nel modo seguente:

a) In ogni Stato associato in cui le importazioni sono limitate da restrizioni quantitative, l'ammontare del contingente di base è pari a quello del contingente del 1959 calcolato in conformità dell'articolo 11 della Convenzione di applicazione relativa all'associazione dei paesi e territori d'oltremare alla Comunità, firmata il 25 marzo 1957 ed allegata al Trattato, aumentato del 75 %. Questo contingente di base deve raggiungere almeno il 15 % dell'importazione globale di detto prodotto in questo Stato associato nell'ultimo anno per cui si hanno statistiche.

Se per un prodotto non liberalizzato non é aperto alcun contingente d'importazione in uno Stato associato, quest'ultimo istituisce un contingente pari almeno al 15 % dell'importazione globale di detto prodotto in questo Stato associato nell'ultimo anno per cui si hanno statistiche.

Per i prodotti che non sono mai stati importati da uno Stato associato, quest'ultimo istituisce un contingente per un importo adeguato.

Il contingente di base così stabilito è aumentato del 20 % per il primo anno, indi ogni anno rispetto all'anno precedente del 20 % per il secondo anno, del 30 % per il terzo anno, del 40 % per il quarto anno.

b) Ogni Stato associato le cui importazioni siano limitate da misure diverse dalle restrizioni quantitative istituisce per ciascun prodotto non liberalizzato, a decorrere dall'entrata in vigore della Convenzione, un contingente globale accessibile agli Stati membri senza discriminazione e pari all'ammontare delle importazioni di tale prodotto in provenienza dagli Stati membri, effettuate da questo Stato associato nell'ultimo anno per cui si hanno statistiche. Tale

DE HOGE OVEREENKOMSTSLUITENDE PARTIJEN

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, die aan de Overeenkomst zijn gehecht:

Artikel 1

Voor elk produkt van oorsprong uit de Lid-Staten, waarop bij invoer op het grondgebied van een geassocieerde Staat kwantitatieve beperkingen of maatregelen van gelijke werking worden toegepast, stelt deze geassocieerde Staat en globaal contingent vast, dat hij zonder discriminatie beschikbaar stelt voor andere Lid-Staten dan die welke reeds vrij mogen invoeren.

Wanneer de Associatieraad vaststelt dat de invoer van een produkt gedurende twee opeenvolgende jaren beneden de krachtens artikel 2 bischikbaargestelde contingenten is gebleven, schaft de geassocieerde Staat de contingentering van dit produkt af.

Artikel 2

Het in de eerste alinea van artikel 1 bedoelde globale contingent wordt als volgt vastgesteld en verruimd:

a) In elke geassocieerde Staat waar de invoer wordt beperkt door kwantitatieve beperkingen, is het bedrag van het basiscontingent gelijk aan het bedrag van het contingent voor 1959, berekent overeenkomstig artikel 11 van de op 25 maart 1957 ondertekende en aan het Verdrag gehechte Toepassingsovereenkomst betreffende de Associatie van de landen en gebieden overzee met de Gemeenschap, verhoogd met 75 %. Dit basiscontingent moet ten minste 15 % bedragen van de totale invoer van genoemd produkt in deze geassocieerde Staat gedurende het laatste jaar waarover statistische gegevens beschikbaar zijn.

Wanneer voor een niet-geliberaliseerd produkt geen enkel contingent voor de invoer in een geassocieerde Staat is geopend, stelt deze een contingent vast, dat ten minste gelijk is aan 15 % van de totale invoer van genoemd produkt in deze geassocieerde Staat gedurende het laatste jaar waarover statistische gegevens beschikbaar zijn.

Voor de produkten die nooit door een geassocieerde Staat zijn ingevoerd, stelt deze een contingent voor een passend bedrag vast.

Het aldus vastgestelde basiscontingent wordt verruimd met 20 % voor het eerste jaar en vervolgens jaarlijks ten opzichte van het voorafgaande jaar met 20 % voor het tweede jaar, met 30 % voor het derde jaar, met 40 % voor het vierde jaar.

b) Elke geassocieerde Staat waar de invoer op andere wijze wordt beperkt dan door middel van kwantitatieve beperkingen, stelt voor elk niet-geliberaliseerd produkt met ingang van de inwerkingtreding van de Overeenkomst een globaal contingent vast, dat zonder discriminatie voor de Lid-Staten ter beschikking staat en dat gelijk is aan het bedrag van de invoer van dat produkt uit de Lid-Staten in deze geassocieerde Staat gedurende het laatste jaar waarover

liegen, getätigt hat. Dieses Kontingent darf nicht weniger als 15 % der Gesamteinfuhr des betreffenden Erzeugnisses während des Bezugsjahres betragen.

Das auf diese Weise festgelegte Grundkontingent wird nach Maßgabe des Buchstaben a Absatz 4 erhöht.

Artikel 3

Jeder assoziierte Staat eröffnet für die Erzeugnisse mit Ursprung in den Mitgliedstaaten bis zum 1. Februar jedes Jahres die Einfuhrkontingente gemäß Artikel 2 dieses Protokolls. Diese Maßnahmen sowie die Maßnahmen nach Artikel 5 werden in der Sammlung der offiziellen Akte des betreffenden Staates veröffentlicht und außerdem dem Assoziationsrat mitgeteilt.

Artikel 4

Jeder assoziierte Staat erklärt sich bereit, die mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung schneller als in diesem Protokoll vorgesehen, zu beseitigen, falls seine Wirtschaftslage dies zuläßt.

Artikel 5

(1) Nach Maßgabe des Artikels 6 Abs. 3 des Abkommens kann ein assoziierter Staat mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen für Erzeugnisse mit Ursprung in den Mitgliedstaaten beibehalten oder einführen, sofern im Assoziationsrat vorher eine Konsultation stattfindet und Globalkontingente festgelegt werden, die für Erzeugnisse mit Ursprung in den Mitgliedstaaten ohne Unterschied in Anspruch genommen werden können.

(2) Der Assoziationsrat muß die in Absatz 1 vorgesehene Konsultation binnen zwei Monaten nach dem Tage durchführen, an dem der assoziierte Staat die Genehmigung der in Absatz 1 genannten Maßnahmen beantragt hat.

Findet die Konsultation nicht innerhalb dieser Frist statt, so kann der assoziierte Staat die beantragten Maßnahmen treffen.

ponibles. Ce contingent ne peut pas être inférieur à 15 % de l'importation totale du même produit pendant l'année de référence.

Le contingent de base ainsi établi est augmenté dans les conditions fixées à l'alinéa 4 du paragraphe a) ci-dessus.

Article 3

Chaque État associé ouvre à l'importation des produits originaires des États membres, au plus tard le 1er février de chaque année, les contingents établis conformément à l'article 2 du présent Protocole. Ces mesures ainsi que celles visées à l'article 5 ci-dessous sont publiées dans le Recueil des actes officiels de l'État intéressé et font, en outre, l'objet d'une communication au Conseil d'Association.

Article 4

Chaque État associé se déclare disposé à éliminer les restrictions quantitatives à l'importation et les mesures d'effet équivalent selon un rythme plus rapide que celui qui est prévu au présent Protocole, si la situation de son économie le lui permet.

Article 5

1. Dans les conditions prévues au paragraphe 3 de l'article 6 de la Convention, un État associé peut maintenir ou établir des restrictions quantitatives à l'égard de l'importation des produits originaires des États membres, sous réserve d'une consultation préalable au sein du Conseil d'Association et de l'établissement de contingents globaux accessibles sans discrimination aux produits originaires des États membres.

2. Le Conseil d'Association doit procéder à la consultation prévue au paragraphe précédent dans un délai maximum de deux mois à compter de la date à laquelle l'État associé a demandé de pouvoir adopter les mesures visées audit paragraphe.

Si la consultation n'a pas lieu dans ce délai, l'État associé peut adopter les mesures demandées.

Protokoll Nr. 3
über den Begriff „Erzeugnisse mit Ursprung in . . . . . "
oder „Ursprungserzeugnisse" im Sinne des Assoziierungsabkommens

Protocole N° 3
relatif à la notion de « produits originaires » de la Convention d'Association pour l'application

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die dem Abkommen als Anhang beigefügt sind:

(1) Der Assoziationsrat legt auf der Grundlage eines Entwurfs der Kommission spätestens am ersten Tag des siebenten Monats nach dem Monat des Inkrafttretens des Abkommens die Begriffsbestimmung für „Erzeugnisse mit Ursprung in . . ." oder „Ursprungserzeugnisse" im Sinne des Titels I des Abkommens fest. Er bestimmt ferner die Verfahren für die verwaltungsmäßige Zusammenarbeit.

(2) Bis zur Anwendung der neuen Bestimmungen bleibt die am 31. Dezember 1962 geltende Regelung in Kraft.

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES

SONT CONVENUES des dispositions suivantes, qui sont annexées à la Convention:

1. Le Conseil d'Association arrête, sur la base d'un projet de la Commission, au plus tard le premier jour du septième mois suivant celui de l'entrée en vigueur de la Convention, la définition de la notion de « produits originaires » aux fins de l'application du Titre I de la Convention. Il détermine également les méthodes de coopération administrative.

2. Jusqu'à la mise en application des nouvelles dispositions, le régime en vigueur à la date du 31 décembre 1962 continue à être appliqué.

contingente non può essere inferiore al 15% dell'importazione globale dello stesso prodotto durante l'anno di riferimento.

Il contingente di base così stabilito è aumentato alle condizioni di cui al quarto comma del precedente paragrafo a).

Articolo 3

Ciascuno Stato associato apre all'importazione dei prodotti originari degli Stati membri, al più tardi il 1° febbraio di ogni anno, i contingenti stabiliti in conformità dell'articolo 2. Tali misure, nonchè quelle di cui al seguente articolo 5, vengono pubblicate nella Raccolta degli atti ufficiali dello Stato interessato e sono inoltre comunicate al Consiglio di Associazione.

Articolo 4

Ciascuno Stato associato si dichiara disposto ad abolire le restrizioni quantitative all'importazione e le misure di effetto equivalente secondo un ritmo più rapido di quello previsto dal presente Protocollo, se la situazione della sua economia glielo consente.

Articolo 5

1. Alle condizioni previste dal paragrafo 3 dell'articolo 6 della Convenzione, una Stato associato può mantenere o istituire restrizioni quantitative per le importazioni dei prodotti originari degli Stati membri, previa consultazione in seno al Consiglio di Associazione e purchè siano istituiti contingenti globali accessibili senza discriminazione ai prodotti originari degli Stati membri.

2. Il Consiglio di Associazione deve procedere alla consultazione prevista al precedente paragrafo entro un termine massimo di due mesi a decorrere dalla data alla quale lo Stato associato ha chiesto di poter adottare le misure di cui al suddetto paragrafo.

Se la consultazione non ha luogo entro questo termine, lo Stato associato può adottare le misure richieste.

statistische gegevens beschikbaar zijn. Dit contingent mag niet lager zijn dan 15% van de totale invoer van hetzelfde produkt gedurende het referentiejaar.

Het aldus vastgestelde basiscontingent wordt verruimd onder de in de vierde alinea van lid a) gestelde voorwaarden.

Artikel 3

Elke geassocieerde Staat stelt uiterlijk op 1 februari van ieder jaar de overeenkomstig artikel 2 vastgestelde contingenten open voor de invoer van produkten van oorsprong uit de Lid-Staten. Deze, alsook de in artikel 5 bedoelde maatregelen, worden in het Staatsblad van de betrokken Staat bekendgemaakt en bovendien aan de Associatieraad medegedeeld.

Artikel 4

Elke geassocieerde Staat verklaart zich bereid de kwantitatieve invoerbeperkingen en maatregelen van gelijke werking in een sneller tempo af te schaffen dan in dit Protocol is bepaald, indien de toestand van zijn economie zulks toelaat.

Artikel 5

1. Onder de in artikel 6, lid 3, van de Overeenkomst bedoelde voorwaarden mag een geassocieerde Staat kwantitatieve invoerbeperkingen op produkten van oorsprong uit de Lid-Staten handhaven of instellen, mits vooraf in de Associatieraad hieromtrent overleg plaatsvindt en globale contingenten worden vastgesteld, die zonder discriminatie voor de produkten van oorsprong uit de Lid-Staten ter beschikking staan.

2. De Associatieraad moet tot het in het voorgaande lid bedoelde overleg overgaan binnen een termijn van ten hoogste twee maanden te rekenen vanaf de dag waarop de geassocieerde Staat gevraagd heeft de in dat lid bedoelde maatregelen te mogen treffen.

Indien het overleg niet binnen deze termijn plaatsvindt, mag de geassocieerde Staat de verlangde maatregelen treffen.

Protocollo N° 3
relativo al concetto di « prodotti originari » per l'applicazione della Convenzione di Associazione

Protocol No. 3
betreffende het begrip „produkten van oorsprong" voor de toepassing van de Associatieovereenkomst

LE ALTE PARTI CONTRAENTI

HANNO CONVENUTO le seguenti disposizioni che sono allegate alla Convenzione:

1. Il Consiglio di Associazione, al più tardi il primo giorno del settimo mese successivo a quello dell'entrata in vigore della Convenzione, stabilisce in base ad un progetto della Commissione la definizione del concetto di « prodotti originari » per l'applicazione del Titolo I della Convenzione. Stabilisce parimenti i metodi di cooperazione amministrativa.

2. Sino all'applicazione delle nuove disposizioni continua ad essere applicato il regime in vigore il 31 dicembre 1962.

DE HOGE OVEREENKOMSTSLUITENDE PARTIJEN

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, die aan de Overeenkomst zijn gehecht:

1. De Associatieraad stelt uiterlijk op de eerste dag van de zevende maand volgend op die van de inwerkingtreding van de Overeenkomst, op de grondslag van een ontwerp van de Commissie, de definitie vast van het begrip „produkten van oorsprong" voor de toepassing van Titel I van de Overeenkomst. Hij stelt tevens vast op welke wijze de administratieve samenwerking zal geschieden.

2. Tot aan de tenuitvoerlegging van de nieuwe bepalingen blijft de op 31 december 1962 geldende regeling van toepassing.

Protokoll Nr. 4
über die Maßnahmen der Hohen Vertragsparteien betreffend die gegenseitige Berücksichtigung ihrer Interessen, insbesondere hinsichtlich der tropischen Erzeugnisse

Protocole N° 4
relatif à l'action des Hautes Parties Contractantes concernant leurs intérêts réciproques notamment à l'égard des produits tropicaux

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die dem Abkommen als Anhang beigefügt sind:

(1) Die Vertragsparteien berücksichtigen gegenseitig ihre Interessen auf internationaler Ebene in Übereinstimmung mit den dem Abkommen zugrunde liegenden Prinzipien.

(2) Zu diesem Zweck sorgen sie für die erforderliche Zusammenarbeit, insbesondere durch Konsultationen im Assoziationsrat, und gewähren sich gegenseitig jede Unterstützung.

(3) Diese Konsultationen dienen insbesondere dem Ziel, im gegenseitigen Einvernehmen auf internationaler Ebene geeignete Maßnahmen zur Lösung der Probleme des Absatzes und der Vermarktung tropischer Erzeugnisse zu treffen.

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES

SONT CONVENUES des dispositions suivantes, qui sont annexées à la Convention:

1. Les Parties Contractantes conviennent de tenir compte de leurs intérêts réciproques sur le plan international, conformément aux principes qui sont à la base de la Convention.

2. A cet effet, elles assurent la coopération nécessaire, notamment au moyen de consultations au sein du Conseil d'Association, et se prêtent mutuellement toute l'assistance possible.

3. Ces consultations ont lieu notamment en vue d'entreprendre d'un commun accord sur le plan international les actions appropriées pour résoudre les problèmes posés par l'écoulement et la commercialisation des produits tropicaux.

Protokoll Nr. 5
über die Verwaltung der Finanzhilfe

Protocole N° 5
relatif à la gestion des aides financières

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die dem Abkommen als Anhang beigefügt sind:

Kapitel I

Wirtschaftliche und soziale Investitionen und mit den Investitionen verbundene technische Hilfe

Artikel 1

(1) Für die Finanzierung der in Artikel 17 Ziffer 1 des Abkommens bezeichneten Maßnahmen arbeiten die Regierungen der assoziierten Staaten möglichst im Rahmen eines Entwicklungsplans folgendes aus: wirtschaftliche und soziale Infrastrukturvorhaben, produktive Vorhaben von allgemeinem Interesse, produktive Vorhaben mit üblicher finanzieller Rentabilität sowie Anträge auf die mit den Investitionen verbundene technische Hilfe.

(2) Die Gemeinschaft kann jedoch bei Bedarf zugunsten eines assoziierten Staates und mit dessen Einverständnis Vorhaben für die mit den Investitionen verbundene technische Hilfe ausarbeiten.

Artikel 2

Die Vorhaben werden durch nichtrückzahlbare Zuschüsse, Darlehen zu Sonderbedingungen, gegebenenfalls mit Zinsvergütungen verbundene Darlehen der Bank oder gleichzeitig durch mehrere dieser Mittel finanziert.

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES

SONT CONVENUES des dispositions suivantes, qui sont annexées à la Convention:

Chapitre I

Investissements économiques et sociaux et assistance technique liée aux investissements

Article 1

1. Pour le financement des actions visées à l'article 17, paragraphe 1 de la Convention, les Gouvernements des États associés établissent, autant que possible dans le cadre d'un plan de développement, des projets d'infrastructure économique et sociale, des projets à caractère productif d'intérêt général, des projets à caractère productif et à rentabilité financière normale ainsi que des demandes d'assistance technique liée aux investissements.

2. Toutefois, la Communauté peut, en cas de besoin, établir au profit d'un État associé et avec son accord, des projets d'assistance technique liée aux investissements.

Article 2

Les projets sont financés soit par des aides non remboursables, soit par des prêts à conditions spéciales, soit par des prêts accordés par la Banque éventuellement assortis de bonifications d'intérêt, soit simultanément par plusieurs de ces moyens.

Protocollo N° 4
relativo all'azione delle Alte Parti Contraenti per quanto riguarda i reciproci interessi in particolare per i prodotti tropicali

Protocol No. 4
betreffende de maatregelen van de Hoge Overeenkomstsluitende Partijen inzake hun wederzijdse belangen, met name op het gebied van tropische produkten

LE ALTE PARTI CONTRAENTI

HANNO CONVENUTO le seguenti disposizioni che sono allegate alla Convenzione:

1. Le Parti Contraenti convengono di tener conto dei reciproci interessi sul piano internazionale, conformemente ai principi che sono alla base della Convenzione.

2. A tal fine, esse assicurano la cooperazione necessaria, in particolare mediante consultazioni in seno al Consiglio di Associazione, e si prestano vicendevolmente tutta l'assistenza possibile.

3. Tali consultazioni servono in particolare a intraprendare di comune accordo sul piano internazionale le azioni appropriate per risolvere i problemi posti dallo smercio e dalla commercializzazione dei prodotti tropicali.

DE HOGE OVEREENKOMSTSLUITENDE PARTIJEN

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, die aan de Overeenkomst zijn gehecht:

1. De Partijen komen overeen rekening te houden met hun wederzijdse belangen op internationaal niveau overeenkomstig de beginselen die aan de Overeenkomst ten grondslag liggen.

2. Te dien einde dragen zij zorg voor de nodige samenwerking, met name door middel van overleg in de Associatierad, en verlenen zij elkander alle mogelijke bijstand.

3. Dit overleg vindt met name plaats om gezamenlijk op internationaal niveau passende acties te ondernemen ter oplossing van de ten aanzien van de afzet en de commercialisatie van tropische produkten gerezen problemen.

Protocollo N° 5
relativo alla gestione degli aiuti finanziari

Protocol No. 5
betreffende het beheer van de financiële steun

LE ALTE PARTI CONTRAENTI

HANNO CONVENUTO le disposizioni seguenti che sono allegate alla Convenzione:

Capitolo I

Investimenti economici e sociali ed assistenza tecnica connessa agli investimenti

Articolo 1

1. I Governi degli Stati associati, per finanziare le azioni di cui all'articolo 17, paragrafo 1, della Convenzione e, per quanto possibile, nell'ambito di un piano di sviluppo, elaborano progetti di infrastruttura economica e sociale, progetti a carattere produttivo di interesse generale, progetti a carattere produttivo e a redditività finanziaria normale, nonchè domande di assistenza tecnica connessa agli investimenti.

2. Tuttavia, la Comunità può elaborare, in caso di necessità, a favore di uno Stato associato e con l'accordo di questo progetti di assistenza tecnica connessa agli investimenti.

Articolo 2

I progetti sono finanziati mediante aiuti non rimborsabili, o mediante prestiti a condizioni speciali, o mediante prestiti concessi dalla Banca con eventuale abbuono d'interessi, oppure contemporaneamente mediante diversi di questi mezzi.

DE HOGE OVEREENKOMSTSLUITENDE PARTIJEN

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, die aan de Overeenkomst zijn gehecht:

Hoofdstuk I

Economische en sociale investeringen en met de investeringen verbonden technische hulp

Artikel 1

1. Voor de financiering van de in artikel 17 sub 1 van de Overeenkomst bedoelde maatregelen stellen de Regeringen van de geassocieerde Staten, zoveel mogelijk in het kader van een ontwikkelingsprogramma, projecten betreffende de economische en sociale infrastructuur op, alsmede projecten van produktieve aard van algemeen belang, projecten van produktieve aard met een normale financiële rentabiliteit benevens aanvragen betreffende de met de investeringen verbonden technische hulp.

2. Zo nodig kan de Gemeenschap echter ten behoeve van een bepaalde geassocieerde Staat en met diens instemming projecten voor de met de investeringen verbonden technische hulp opstellen.

Artikel 2

De financiering van de projecten geschiedt hetzij door middel van giften, hetzij door middel van leningen tegen speciale voorwaarden, hetzij door middel van leningen door de Bank waaraan eventueel rentesubsidies kunnen worden verbonden, hetzij door meer dan een van deze middelen tegelijk.

Artikel 3

Die Vorhaben werden der Gemeinschaft zu Händen der Kommission unterbreitet. Vorhaben, für die ein Darlehen der Bank beantragt wird, werden jedoch unmittelbar von den Beteiligten, über die Kommission oder über den assoziierten Staat, in dessen Hoheitsgebiet das Vorhaben durchgeführt wird, der Bank zugeleitet.

Article 3

Les projets sont présentés à la Communauté à l'adresse de la Commission. Toutefois, les projets pour lesquels un prêt de la Banque est demandé sont adressés à la Banque soit directement par les intéressés, soit par l'intermédiaire de la Commission, soit par l'intermédiaire de l'État associé sur le territoire duquel le projet sera réalisé.

Artikel 4

(1) Die mit den Investitionen verbundene technische Hilfe wird durch nichtrückzahlbare Zuschüsse finanziert.

(2) Sie umfaßt insbesondere folgende Maßnahmen:
- Programmierung,
- besondere und regionale Entwicklungsstudien,
- für die Ausarbeitung von Investitionsvorhaben erforderliche technische und wirtschaftliche Untersuchungen,
- Hilfe bei der Vorbereitung der Unterlagen,
- Hilfe bei der Durchführung der Arbeiten und deren technische Überwachung,
- vorübergehende Hilfe bei der Erstellung, der Inbetriebnahme und dem Betrieb einer bestimmten Investition oder einer Gesamtheit von Ausrüstungen,
- vorübergehende Übernahme der Kosten für Techniker und Verbrauchsgüter, die für die reibungslose Durchführung eines Investitionsvorhabens erforderlich sind.

Article 4

1. L'assistance technique liée aux investissements est financée par des aides non remboursables.

2. Elle comprend notamment les actions suivantes:
- programmation,
- études spéciales et régionales de développement,
- études techniques et économiques nécessaires à la mise au point de projets d'investissements,
- aide à la préparation des dossiers,
- aide à l'exécution et contrôle technique des travaux,
- aide temporaire pour l'établissement, la mise en route et l'exploitation d'un investissement déterminé ou d'un ensemble d'équipements,
- prise en charge temporaire des techniciens et des biens de consommation nécessaires à la bonne exécution d'un projet d'investissement.

Artikel 5

Die zuständigen Behörden der assoziierten Staaten sind für die Durchführung der von ihren Regierungen unterbreiteten und von der Gemeinschaft finanzierten Vorhaben verantwortlich.

Article 5

Les autorités compétentes des États associés sont responsables de l'exécution des projets présentés par leur gouvernement et financés par la Communauté.

Kapitel II

Technische Zusammenarbeit

Chapitre II

Coopération technique

Artikel 6

Die Finanzierung der in Artikel 17 Ziffer 2 des Abkommens bezeichneten Maßnahmen erfolgt entweder auf Antrag der Regierungen der assoziierten Staaten, die diese Anträge vorzugsweise im Rahmen von Jahres- oder Mehrjahresprogrammen vorlegen, oder auf Vorschlag der Gemeinschaft.

Article 6

Le financement des actions visées à l'article 17, paragraphe 2 de la Convention est effectué soit sur demande des gouvernements des États associés, présentée de préférence dans le cadre de programmes annuels ou pluriannuels, soit sur proposition de la Communauté.

Artikel 7

Die Maßnahmen der Gemeinschaft auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit werden durch nichtrückzahlbare Zuschüsse finanziert.

Article 7

Les actions de la Communauté dans le domaine de la coopération technique sont financées par des aides non remboursables.

Artikel 8

Die Anträge der assoziierten Staaten werden der Gemeinschaft zu Händen der Kommission unterbreitet.

Article 8

Les demandes des États associés sont présentées à la Communauté à l'adresse de la Commission.

Artikel 9

Die Finanzierungsmaßnahmen der Gemeinschaft auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit umfassen insbesondere:

a) Entsendung von Sachverständigen, Beratern, Technikern und Ausbildern mit bestimmtem Auftrag für begrenzte Zeit in die assoziierten Staaten auf Antrag dieser Staaten;

Article 9

Les actions de financement de la Communauté dans le domaine de la coopération technique comprennent notamment:

a) envoi dans les États associés, sur leur demande, d'experts, de conseillers, de techniciens et d'instructeurs pour une mission déterminée et une durée limitée;

Articolo 3

I progetti sono presentati alla Comunità, indirizzandoli alla Commissione. Tuttavia, i progetti per i quali si chiede un prestito alla Banca sono indirizzati alla Banca direttamente dagli interessati, oppure tramite la Commissione o lo Stato associato sul cui territorio sarà realizzato il progetto.

Artikel 3

De projecten worden bij de Gemeenschap ingediend, ten adresse van de Commissie. De projecten waarvoor een lening van de Bank wordt aangevraagd, worden echter aan de Bank toegezonden, hetzij rechtstreeks door de betrokkenen, hetzij door bemiddeling van de Commissie, hetzij door bemiddeling van de geassocieerde Staat op wiens grondgebied het project zal worden uitgevoerd.

Articolo 4

1. L'assistenza tecnica connessa agli investimenti è finanziata mediante aiuti non rimborsabili.

2. Essa comprende in particolare le seguenti azioni:
   — programmazione,
   — studi speciali e regionali di sviluppo,
   — studi tecnici ed economici necessari per mettere a punto progetti di investimento,
   — aiuto alla preparazione dei fascicoli,
   — aiuto all'esecuzione e controllo tecnico dei lavori,
   — aiuto temporaneo per l'istituzione, l'avviamento e la gestione di un determinato investimento o di un complesso di attrezzature,
   — assunzione temporanea dell'onere rappresentato dai tecnici e dai beni di consumo necessari alla buona esecuzione di un progetto d'investimento.

Artikel 4

1. De met de investeringen verbonden technische hulp wordt gefinancierd door middel van giften.

2. Deze technische hulp omvat met name het volgende:
   — programmering,
   — bijzonder en regionaal ontwikkelingsonderzoek,
   — economische en technische studies voor de uitwerking van investeringsprojecten,
   — hulp bij de samenstelling van de dossiers,
   — hulp bij de uitvoering van en technisch toezicht op de werkzaamheden,
   — tijdelijke hulp voor het tot stand brengen, het op gang brengen en het exploiteren van een bepaald investeringsobject of van een geheel van uitrustingen,
   — het tijdelijk ten laste nemen van de kosten van technici en consumptiegoederen die nodig zijn voor de goede uitvoering van een investeringsproject.

Articolo 5

Le autorità competenti degli Stati associati sono responsabili dell'esecuzione dei progetti presentati dal loro governo e finanziati dalla Comunità.

Artikel 5

De bevoegde autoriteiten van de geassocieerde Staten zijn verantwoordelijk voor de uitvoering van de door hun Regering ingediende en door de Gemeenschap gefinancierde projecten.

Capitolo II

Cooperazione tecnica

Hoofdstuk II

Technische samenwerking

Articolo 6

Il finanziamento delle azioni di cui all'articolo 17, paragrafo 2 della Convenzione è effettuato sia a richiesta dei Governi degli Stati associati, presentata preferibilmente nell'ambito di programmi annuali o pluriennali, sia su proposta della Comunità.

Artikel 6

De financiering van de in artikel 17 sub 2 van de Overeenkomst bedoelde maatregelen vindt plaats hetzij op aanvraag van de Regeringen der geassocieerde Staten, bij voorkeur ingediend in het kader van één- of meerjarenprogramma's hetzij op voorstel van de Gemeenschap.

Articolo 7

Le azioni della Comunità nel settore della cooperazione tecnica sono finanziate mediante aiuti non rimborsabili.

Artikel 7

De maatregelen van de Gemeenschap op het gebied van de technische samenwerking worden door middel van giften gefinancierd.

Articolo 8

Le domande degli Stati associati sono presentate alla Comunità indirizzandole alla Commissione.

Artikel 8

De aanvragen van de geassocieerde Staten worden bij de Gemeenschap ingediend, ten adresse van de Commissie.

Articolo 9

Le azioni di finanziamento della Comunità nel settore della cooperazione tecnica comprendono in particolare:

a) l'invio negli Stati associati, dietro loro richiesta, di esperti, consiglieri, tecnici e istruttori per una determinata missione e per un periodo di tempo limitato;

Artikel 9

De financieringsmaatregelen van de Gemeenschap op het gebied van de technische samenwerking omvatten met name:

a) het uitzenden naar de geassocieerde Staten, op hun verzoek, van deskundigen, adviseurs, technici en instructeurs met een bepaalde opdracht en voor een beperkte duur;

b) Lieferung von Material für Versuche und Vorführungen;

c) Ausarbeitung von Unterschungen über die Entwicklungs- und Diversifizierungsmöglichkeiten der Wirtschaft der assoziierten Staaten sowie über Probleme, die alle assoziierten Staaten betreffen, z. B. Ausarbeitung und Verteilung von Musterplänen für bestimmte Gebäude oder Marktstudien;

d) Gewährung von Stipendien für die Ausbildung von Führungskräften an Universitäten und Fachinstituten der assoziierten Staaten oder — falls dort nicht vorhanden — der Mitgliedstaaten;

e) Berufsausbildung durch Gewährung von Stipendien oder durch Ausbildungsaufenthalte in den assoziierten Staaten oder — falls dort nicht möglich — in den Mitgliedstaaten;

f) Veranstaltung kurzfristiger Ausbildungskurse für Staatsangehörige der assoziierten Staaten;

g) allgemeine Unterrichtung und Dokumentation, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der assoziierten Staaten, die Entwicklung des Handels zwischen diesen Staaten und der Gemeinschaft sowie die Verwirklichung der Ziele des Fonds zu fördern.

Artikel 10

Für die Durchführung der von den Regierungen unterbreiteten Programme für technische Zusammenarbeit sind die Regierungen der assoziierten Staaten und gegebenenfalls Fachinstitute oder sonstige Fachorgane der Mitgliedstaaten oder der assoziierten Staaten verantwortlich.

b) fourniture de matériels d'expérimentation et de démonstration;

c) élaboration d'études sur les perspectives de développement et de diversification des économies des États associés ainsi que sur des problèmes intéressant les États associés dans leur ensemble, tels que élaboration et diffusion de plans types pour certains bâtiments ou études de marchés;

d) attribution de bourses pour la formation de cadres, dans les universités et instituts spécialisés des États associés ou, à défaut, des États membres;

e) formation professionnelle par attribution de bourses ou par stages dans les États associés ou, à défaut, dans les États membres;

f) organisation de sessions de formation de courte durée à l'intention des ressortissants des États associés;

g) information générale et documentation destinées à favoriser le développement économique et social des États associés, le développement des échanges entre ces États et la Communauté ainsi que la bonne réalisation des objectifs du Fonds.

Article 10

Les gouvernements des États associés et, le cas échéant, les instituts ou autres organismes spécialisés des États membres ou des États associés sont responsables de l'exécution des programmes de coopération technique présentés par les gouvernements.

Kapitel III

Darlehen zu Sonderbedingungen

Artikel 11

Die in Artikel 16 des Abkommens genannten Darlehen zu Sonderbedingungen dienen der Finanzierung von Investitionsvorhaben, die für den Empfängerstaat von allgemeinem Interesse sind, sofern die unmittelbare Rentabilität dieser Vorhaben und die Verschuldungsfähigkeit des betreffenden Staates bei Gewährung des Darlehens eine derartige Finanzierung gestatten.

Artikel 12

Diese Darlehen können für eine Dauer von höchstens vierzig Jahren gewährt und während eines Zeitraums bis zu zehn Jahren von einer Tilgung befreit werden. Es werden günstige Zinsbedingungen gewährt.

Artikel 13

Die Gemeinschaft legt die Bedingungen für die Hingabe der Darlehen sowie die Einzelheiten ihrer Gewährung und Rückzahlung fest.

Chapitre III

Prêts à des conditions spéciales

Article 11

Les prêts à des conditions spéciales visés à l'article 16 de la Convention servent à financer des projets d'investissement présentant un intérêt général pour l'État bénéficiaire dans la mesure où la rentabilité directe de ces projets ainsi que la capacité d'endettement de l'État intéressé lors de l'octroi du prêt, permettent un tel financement.

Article 12

Ces prêts peuvent être accordés pour une durée maxima de 40 ans et être exonérées d'amortissements pendant une durée allant jusqu'à 10 ans. Ils bénéficient de conditions d'intérêt favorables.

Article 13

La Communauté arrête les conditions d'octroi des prêts ainsi que les modalités de leur exécution et de leur recouvrement.

b) la fornitura di materiale per esperimenti e dimostrazioni;

c) l'elaborazione di studi riguardanti le prospettive di sviluppo e di diversificazione delle economie degli Stati associati o problemi che interessano tutti gli Stati associati quali l'elaborazione e la diffusione di progetti-tipo per taluni edifici o studi di mercato;

d) l'assegnazione di borse di studio per la formazione di personale dirigente nelle università e negli istituti specializzati degli Stati associati ovvero degli Stati membri quando non ne esistano negli Stati associati;

e) la formazione professionale mediante assegnazione di borse o tirocini negli Stati associati ovvero negli Stati membri quando non sia possibile negli Stati associati;

f) l'organizzazione di corsi di formazione di breve durata per i cittadini degli Stati associati;

g) l'informazione generale e la documentazione destinate a favorire lo sviluppo economico e sociale degli Stati associati, lo sviluppo degli scambi fra tali Stati e la Comunità nonchè la realizzazione degli obiettivi del Fondo.

Articolo 10

I Governi degli Stati associati ed, eventualmente, gli istituti o altri organismi specializzati degli Stati membri o degli Stati associati sono responsabili dell'esecuzione dei programmi di cooperazione tecnica che hanno presentato i Governi.

b) het verschaffen van proef- en demonstratiemateriaal;

c) het uitwerken van studies betreffende de te verwachten ontwikkeling en diversificatie van de volkshuishoudingen der geassocieerde Staten, alsook betreffende vraagstukken welke voor de geassocieerde Staten gezamenlijk van belang zijn, zoals het opstellen en de verspreiding van standaardontwerpen voor bepaalde gebouwen, of marktstudies;

d) het toekennen van beurzen voor de opleiding van hoger personeel aan de universiteiten en gespecialiseerde inrichtingen in de geassocieerde Staten, of, indien deze aldaar ontbreken, in de Lid-Staten;

e) beroepsopleiding door het toekennen van beurzen of door stages in de geassocieerde Staten, of indien dit aldaar niet mogelijk is, in de Lid-Staten;

f) organisatie van korte opleidingscursussen ten behoeve van de onderdanen van de geassocieerde Staten;

g) algemene voorlichting en documentatie ter bevordering van de economische en sociale ontwikkeling der geassocieerde Staten, van de ontwikkeling van het handelsverkeer tussen deze Staten en de Gemeenschap, alsook van de juiste verwezenlijking van de doelstellingen van het Fonds.

Artikel 10

De Regeringen der geassocieerde Staten en eventueel de gespecialiseerde inrichtingen of andere gespecialiseerde lichamen van de Lid-Staten of geassocieerde Staten zijn verantwoordelijk voor de uitvoering van de door de Regeringen ingediende programma's inzake technische samenwerking.

Capitolo III

Prestiti a condizioni speciali

Articolo 11

I prestiti a condizioni speciali di cui all'articolo 16 della Convenzione servono a finanziare progetti di investimento d'interesse generale per lo Stato beneficiario nella misura in cui lo consentano la redditività diretta dei progetti e la capacità di indebitamento dello Stato interessato all'atto della concessione del prestito.

Articolo 12

Tali prestiti possono essere concessi per un periodo massimo di 40 anni e possono essere esonerati da ammortamenti per un periodo non superiore a 10 anni. Essi beneficiano di condizioni favorevoli di interessi.

Articolo 13

La Comunità stabilisce le condizioni per la concessione dei prestiti nonchè le relative modalità d'esecuzione e di restituzione.

Hoofdstuk III

Leningen tegen speciale voorwaarden

Artikel 11

De leningen tegen speciale voorwaarden, zoals bedoeld in artikel 16 van de Overeenkomst, dienen voor de financiering van investeringsprojecten die van algemeen belang zijn voor de begunstigde Staat, voor zover de rechtstreekse rentabiliteit van deze projecten en het vermogen van de betrokken Staat om op het ogenblik van de toekenning der lening een schuldenlast op zich te nemen, zulk een financiering mogelijk maken.

Artikel 12

Deze leningen kunnen voor een maximale looptijd van 40 jaar worden verstrekt en gedurende een periode van ten hoogste 10 jaar van aflossing worden vrijgesteld. Deze leningen worden tegen gunstige rentevoorwaarden verstrekt.

Artikel 13

De Gemeenschap stelt de voorwaarden voor het verstrekken van de leningen vast, evenals de wijze van uitvoering daarvan en de wijze van terugbetaling daarvan.

Kapitel IV

Darlehen der Europäischen Investitionsbank

Artikel 14

Die von der Bank bei Vorhaben durchzuführende Zulässigkeitsprüfung und die Darlehensgewährung an die assoziierten Staaten oder an Unternehmen dieser Staaten erfolgen nach den in der Satzung der Bank festgelegten Einzelheiten, Bedingungen und Verfahren unter Berücksichtigung der Verschuldungsfähigkeit des betreffenden Staates. Die Bank finanziert nur Vorhaben, welche der oder die betreffenden assoziierten Staaten befürwortet haben.

Artikel 15

Die Tilgungsdauer jedes Darlehens richtet sich nach dem wirtschaftlichen Charakter des zu finanzierenden Vorhabens; sie darf höchstens fünfundzwanzig Jahre betragen.

Artikel 16

Mit den Darlehen können sowohl Ausgaben für Einfuhren als auch örtliche Ausgaben bestritten werden, die für die Verwirklichung genehmigter Investitionsvorhaben notwendig sind.

Artikel 17

Für die Darlehen gilt der Zinssatz, den die Bank zur Zeit der Unterzeichnung des Darlehens berechnet. Auf Antrag der Darlehensnehmer können für die Darlehen Zinsvergütungen nach Maßgabe des Artikels 19 des Abkommens gewährt werden.

Artikel 18

Die Gemeinschaft entscheidet über die Gewährung von Zinsvergütungen. Der Betrag der Vergütungen wird der Bank unmittelbar überwiesen.

Kapitel V

Vorschüsse an die Stabilisierungskassen

Artikel 19

Zur Finanzierung der in Artikel 17 Ziffer 4 des Abkommens bezeichneten Maßnahmen können den in den assoziierten Staaten bestehenden oder zu gründenden Stabilisierungskassen Vorschüsse gewährt werden.

Artikel 20

Die Anträge auf Vorschüsse werden der Gemeinschaft von den Regierungen der betreffenden assoziierten Staaten zu Händen der Kommission zugeleitet. Den Anträgen wird ein Bericht des Verwaltungsrates der betreffenden Stabilisierungskasse beigefügt.

Artikel 21

Die Gemeinschaft legt Höhe und Laufzeit der Vorschüsse fest. Für die Vorschüsse übernimmt der betreffende assoziierte Staat die Garantie. Das Ende der Laufzeit der Vorschüsse fällt in der Regel mit dem Ende der Gültigkeitsdauer des Abkommens zusammen.

Chapitre IV

Prêts de la Banque Européenne d'Investissement

Article 14

L'examen par la Banque de l'admissibilité des projets et l'octroi des prêts aux États associés ou aux entreprises ressortissant de ces États s'effectuent suivant les modalités, conditions et procédures prévues par les statuts de la Banque et compte tenu de la capacité d'endettement de l'État intéressé. La Banque ne finance que ceux des projets auxquels le ou les États associés intéressés ont donné leur avis favorable.

Article 15

La durée de la période d'amortissement de chaque prêt est établie sur la base des caractéristiques économiques du projet à financer; cette période peut atteindre un maximum de 25 ans.

Article 16

Les prêts peuvent être utilisés pour couvrir des dépenses d'importation aussi bien que les dépenses locales nécessaires à la réalisation des projets d'investissement approuvés.

Article 17

Les prêts portent un taux d'intérêt identique à celui pratiqué par la Banque au moment de la signature du prêt. Ils peuvent être assortis à la demande des bénéficiaires de bonifications d'intérêt dans les conditions prévues à l'article 19 de la Convention.

Article 18

La décision d'octroi de bonifications d'intérêt est prise par la Communauté. Le montant des bonifications est directement versé à la Banque

Chapitre V

Avances aux caisses de stabilisation

Article 19

Pour le financement des actions visées à l'article 17, paragraphe 4 de la Convention, des avances peuvent être accordées aux caisses de stabilisation existantes ou à créer dans les États associés.

Article 20

Les demandes d'avances sont présentées à la Communauté à l'adresse de la Commission, par les gouvernements des États associés intéressés. Elles sont accompagnées d'un rapport préparé par le Conseil d'Administration de la caisse de stabilisation intéressée.

Article 21

La Communauté fixe le montant et la durée des avances. Ces avances sont garanties par l'État associé intéressé. Leur terme normal est celui de la Convention.

Capitolo IV

Prestiti della Banca Europea per gli Investimenti

Articolo 14

L'esame da parte della Banca dell'ammissibilità dei progetti e la concessione dei prestiti agli Stati associati o alle imprese di tali Stati si effettuano secondo le modalità, condizioni e procedure previste dallo statuto della Banca e tenendo conto della capacità d'indebitamento dello Stato interessato. La Banca finanzia solo i progetti che hanno avuto il parere favorevole dello Stato o degli Stati associati interessati.

Articolo 15

La durata del periodo d'ammortamento di ciascun prestito è stabilita in base alle caratteristiche economiche del progetto che deve essere finanziato; detto periodo può avere una durata massima di 25 anni.

Articolo 16

I prestiti possono essere impiegati per coprire le spese di importazione nonchè le spese locali necessarie alla realizzazione dei progetti di investimento approvati.

Articolo 17

I prestiti comportano un saggio di interesse identico a quello praticato dalla Banca al momento della firma del prestito. A richiesta dei beneficiari, tali prestiti possono essere accompagnati da abbuono di interessi alle condizioni previste dall'articolo 19 della Convenzione.

Articolo 18

La Comunità decide la concessione di abbuoni di interessi. L'importo degli abbuoni è versato direttamente alla Banca.

Hoofdstuk IV

Leningen van de Europese Investeringsbank

Artikel 14

Het onderzoek door de Bank naar de aanvaardbaarheid der projecten en de toekenning van leningen aan de geassocieerde Staten of aan ondernemingen van deze Staten geschiedt volgens de door de statuten van de Bank vastgestelde bepalingen, voorwaarden en procedures en met inachtneming van het vermogen van de betrokken Staat om een schuldenlast op zich te nemen. De Bank financiert slechts die projecten waarover de betrokken geassocieerde Staat of Staten een gunstig advies hebben uitgebracht.

Artikel 15

De duur der aflossingsperiode van iedere lening wordt vastgesteld op basis van de economische kenmerken van het te financieren project; deze duur kan maximaal 25 jaar bedragen.

Artikel 16

De leningen kunnen worden aangewend ter dekking van uitgaven voor invoer alsook van de plaatselijke uitgaven die nodig zijn voor de uitvoering van de goedgekeurde investeringsprojecten.

Artikel 17

De rentevoet van de leningen is die welke door de Bank wordt toegepast op het tijdstip waarop de lening wordt aangegaan. Op verzoek van de begunstigden kunnen aan de leningen rentesubsidies worden verbonden onder de in artikel 19 van de Overeenkomst omschreven voorwaarden.

Artikel 18

Het besluit tot toekenning van rentesubsidies wordt genomen door de Gemeenschap. Het bedrag van de rentesubsidies wordt rechtstreeks aan de Bank uitgekeerd.

Capitolo V

Anticipazioni alle casse di stabilizzazione

Articolo 19

Per il finanziamento delle azioni previste dall'articolo 17, paragrafo 4 della Convenzione possono essere concesse anticipazioni alle casse di stabilizzazione esistenti o che saranno create negli Stati associati.

Articolo 20

Le domande di anticipazioni sono presentate alla Comunità e indirizzate alla Commissione dai Governi degli Stati associati interessati. Esse sono accompagnate da una relazione del Consiglio di Amministrazione della cassa di stabilizzazione interessata.

Articolo 21

La Comunità fissa l'ammontare e la durata delle anticipazioni, che sono garantite dallo Stato associato interessato. Il termine normale di tali anticipazioni è quello della Convenzione.

Hoofdstuk V

Voorschotten aan de stabilisatiekassen

Artikel 19

Voor de financiering van de in artikel 17 sub 4 van de Overeenkomst bedoelde maatregelen kunnen voorschotten worden toegekend aan bestaande of nog op te richten stabilisatiekassen in de geassocieerde Staten.

Artikel 20

De aanvragen om voorschotten worden bij de Gemeenschap, ten adresse van de Commissie, ingediend door de Regeringen van de betrokken geassocieerde Staten. Zij gaan vergezeld van een rapport van de Raad van Bestuur van de betrokken stabilisatiekas.

Artikel 21

De Gemeenschap stelt het bedrag en de looptijd van de voorschotten vast. Deze voorschotten worden door de betrokken geassocieerde Staat gegarandeerd. Het einde van hun looptijd valt in de regel samen met het einde van de geldigheidsduur van de Overeenkomst.

Kapitel VI

Diversifizierungs- und Produktionshilfe

Artikel 22

Die in Artikel 17 Ziffer 3 und Artikel 18 Buchstabe b des Abkommens genannte Produktions- und Diversifizierungshilfe wird unter den nachstehenden Bedingungen verteilt und verwendet.

Artikel 23

Die Produktionshilfe soll den Erzeugern in den assoziierten Staaten die schrittweise Anpassung ihrer Erzeugung an die Erfordernisse einer Vermarktung zu Weltmarktpreisen erleichtern.

Die Diversifizierungshilfe soll den assoziierten Staaten Strukturverbesserungen und geeignete Diversifizierungen in Landwirtschaft, Industrie und Handel ermöglichen.

Artikel 24

Die Produktions- und Diversifizierungshilfe wird wie folgt aufgeteilt:

1. 183 Millionen Rechnungseinheiten als Produktions- und Diversifizierungshilfe für folgende elf assoziierte Staaten: Dahome, Elfenbeinküste, Kamerun, Kongo (Brazzaville), Madagaskar, Mali, Niger, Senegal, Togo, Tschad und Zentralafrikanische Republik;

2. 32 Millionen Rechnungseinheiten als Diversifizierungshilfe für folgende vier assoziierte Staaten: Burundi, Kongo (Léopoldville), Rwanda und Somalia;

3. 15 Millionen Rechnungseinheiten als Diversifizierungshilfe für folgende drei assoziierte Staaten: Gabun, Obervolta und Mauretanien.

Artikel 25

Zur Finanzierung der in Artikel 23 bezeichneten Maßnahmen legt jeder assoziierte Staat im Rahmen des ihm hierfür gewährten Betrags binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens ein Programm vor, das im Höchstfalle für die Gültigkeitsdauer des Abkommens gilt und entweder gleichzeitig Produktions- und Diversifizierungshilfe oder lediglich Diversifizierungshilfe vorsieht.

A

Staaten, die zugleich Diversifizierungs- und Produktionshilfe erhalten

Artikel 26

(1) Für jeden der elf assoziierten Staaten, die zugleich Diversifizierungs- und Produktionshilfe erhalten, wird der bei der Aufstellung seines Programms zugrunde zu legende Fünfjahresanteil an dem Betrag von 183 Millionen Rechnungseinheiten nach Maßgabe seiner Ausfuhren von Kaffee, Erdnußkernen, Erdnußöl, Palmöl, Kokosschnitzeln, Baumwolle, Pfeffer, Reis, Zucker und Gummiarabikum berechnet.

(2) Gemäß Absatz 1 wird der Fünfjahresanteil für diese assoziierten Staaten wie folgt in Millionen Rechnungseinheiten festgesetzt:

Dahome	5,5
Elfenbeinküste	46,7

Chapitre VI

Aides à la diversification et à la production

Article 22

Les aides à la production et à la diversification visées aux articles 17, paragraphe 3 et 18, lettre b) de la Convention sont réparties et utilisées dans les conditions prévues ci-après.

Article 23

Les aides à la production ont pour objet de faciliter aux producteurs des États associés l'adaptation progressive de leurs productions aux exigences d'une commercialisation aux prix mondiaux.

Les aides à la diversification doivent permettre aux États associés de réformer leur structure et de réaliser les diversifications appropriées dans les domaines agricole, industriel et commercial.

Article 24

Les aides à la production et à la diversification sont réparties comme suit:

1°) 183 millions d'unités de compte à titre d'aides à la production et à la diversification aux onze États associés suivants: Cameroun, République Centrafricaine, Congo (Brazzaville), Côte-d'Ivoire, Dahomey, Madagascar, Mali, Niger, Sénégal, Tchad et Togo;

2°) 32 millions d'unités de compte à titre d'aides à la diversification aux quatre États associés suivants: Burundi, Congo (Léopoldville), Rwanda et Somalie;

3°) 15 millions d'unités de compte à titre d'aides à la diversification aux trois États associés suivants: Gabon, Haute-Volta et Mauritanie.

Article 25

Pour le financement des actions visées à l'article 23 ci-dessus et dans la limite du montant dont il bénéficie à ce titre, chaque État associé présente, dans les trois mois de l'entrée en vigueur de la Convention, un programme couvrant au maximum la période de validité de celle-ci et prévoyant soit simultanément des aides à la production et des aides à la diversification, soit uniquement des aides à la diversification.

A

États bénéficiant simultanément d'aides à la diversification et à la production

Article 26

1. Pour chacun des onze États associés bénéficiant simultanément d'aides à la diversification et à la production, la quote-part quinquennale de la somme de 183 millions d'unités de compte servant à l'établissement de son programme, est calculée en fonction de ses exportations des produits suivants: café, arachides en graines, huile d'arachide, huile de palme, coco râpé, coton, poivre, riz, sucre, gomme arabique.

2. Sur la base des dispositions du paragraphe précédent la quote-part quinquennale de chacun de ces États associés est fixée comme suit (en millions d'unités de compte):

Cameroun	15,8
République Centrafricaine	6,8

Capitolo VI

Aiuti per la diversificazione e la produzione

Articolo 22

Gli aiuti per la produzione e la diversificazione di cui agli articoli 17, paragrafo 3 e 18, lettera b) della Convenzione sono distribuiti e impiegati alle condizioni che seguono.

Articolo 23

Gli aiuti per la produzione hanno lo scopo di rendere più agevole ai produttori degli Stati associati il graduale adeguamento delle loro produzioni alle esigenze di una commercializzazione a prezzi mondiali.

Gli aiuti per la diversifacazione debbono permettere agli Stati associati di riformare la propria struttura e di realizzare le opportune diversificazioni nei settori agricolo, industriale e commerciale.

Articolo 24

Gli aiuti per la produzione e per la diversificazione sono ripartiti come segue:

1°) 183 milioni di unità di conto a titolo di aiuti per la produzione e la diversificazione agli undici Stati associati seguenti: Camerun, Repubblica Centroafricana, Ciad, Congo, (Brazzaville), Costa d'Avorio, Dahomey, Madagascar, Mali, Niger, Senegal e Togo;

2°) 32 milioni di unità di conto a titolo di aiuti per la diversificazione ai quattro Stati associati seguenti: Burundi, Congo (Léopoldville), Ruanda e Somalia;

3°) 15 milioni di unità di conto a titolo di aiuti per la diversificazione ai tre Stati associati seguenti: Alto Volta, Gabon e Mauritania.

Articolo 25

Ciascuno Stato associato, per il finanziamento delle azioni di cui all'articolo 23 del presente Protocollo ed entro i limiti dell'importo di cui beneficia a tale titolo, presenta, entro tre mesi dall'entrata in vigore della Convenzione, un programma che comprenda al massimo il periodo di validità di quest'ultima e preveda contemporaneamente aiuti per la produzione e aiuti per la diversificazione o soltanto aiuti per la diversificazione.

A

Stati che beneficiano contemporaneamente di aiuti per la diversificazione e per la produzione

Articolo 26

1. Per ciascuno degli undici Stati associati che beneficiano contemporaneamente di aiuti per la diversificazione e per la produzione, l'aliquota quinquennale della somma di 183 milioni di unità di conto, in base a cui stabilisce il suo programma, è calcolata in funzione delle sue esportazioni dei seguenti prodotti: caffè, semi di arachidi, olio di arachidi, olio di palma, noce di cocco grattugiata, cotone, pepe, riso, zucchero, gomma arabica.

2. In base alle disposizioni del paragrafo precedente, l'aliquota quinquennale di ciascuno di questi Stati associati è fissata come segue (in milioni di unità di conto):

Camerun	15,8
Repubblica Centroafricana	6,8

Hoofdstuk VI

Hulp bij de diversificatie en bij de produktie

Artikel 22

De in artikel 17 sub 3 en in artikel 18 sub b van de Overeenkomst bedoelde hulp bij de produktie en bij de diversificatie wordt op de navolgende wijze verdeeld en gebruikt.

Artikel 23

De hulp bij de produktie heeft ten doel voor de producenten van de geassocieerde Staten de geleidelijke aanpassing van hun produktie aan de eisen van het verhandelen tegen wereldmarktprijzen te vergemakkelijken.

De hulp bij de diversificatie dient om het de geassocieerde Staten mogelijk te maken hun structuur te hervormen en op het gebied van de landbouw, de industrie en de handel een passende diversificatie te verwezenlijken.

Artikel 24

De hulp bij de produktie en bij de diversificatie wordt als volgt verdeeld:

1) 183 miljoen rekeneenheden als hulp bij de produktie en bij de diversificatie aan de volgende elf geassocieerde Staten: Centraalafrikaanse Republiek, Dahomey, Ivoorkust, Kameroen, Kongo (Brazzaville), Madagaskar, Mali, Niger, Senegal, Togo en Tsjaad;

2) 32 miljoen rekeneenheden als hulp bij de diversificatie aan de volgende vier geassocieerde Staten: Boeroendi, Kongo (Leopoldstad), Rwanda en Somalia;

3) 15 miljoen rekeneenheden als hulp bij de diversificatie aan de volgende drie geassocieerde Staten: Boven-Volta, Gaboen en Mauretanië.

Artikel 25

Voor de financiering van de in artikel 23 genoemde maatregelen en binnen de grenzen van het bedrag waarvoor hij uit dien hoofde in aanmerking komt, dient elke geassocieerde Staat binnen drie maanden na de inwerkingtreding van de Overeenkomst een programma in, dat ten hoogste de geldigheidsduur van de Overeenkomst bestrijkt en dat hetzij tegelijkertijd hulp bij de produktie en hulp bij de diversificatie, hetzij alleen hulp bij de diversificatie betreft.

A

Staten die tegelijkertijd hulp bij de diversificatie en bij de produktie ontvangen

Artikel 26

1. Voor elk der elf geassocieerde Staten die tegelijkertijd hulp bij de diversificatie en bij de produktie ontvangen, wordt het aandeel voor vijf jaar in de som van 183 miljoen rekeneenheden, dat dient voor het vaststellen van zijn programma, berekend naar zijn export der volgende produkten: koffie, aardnoten, aardnotenolie, palmolie, geraspte kokos, katoen, peper, rijst, suiker, Arabische gom.

2. Op basis van het voorgaande lid wordt het aandeel voor vijf jaar voor elk van deze geassocieerde Staten als volgt vastgesteld (in miljoenen rekeneenheden):

Centraalafrikaanse Republiek	6,8
Dahomey	5,5

Kamerun	15,8
Kongo (Brazzaville)	6,4
Madagaskar	31,6
Mali	5,6
Niger	6,5
Senegal	46,7
Togo	5,7
Tschad	5,7
Zentralafrikanische Republik	6,8.

Artikel 27

Jeder assoziierte Staat, der gleichzeitig Produktions- und Diversifizierungshilfe erhält, berücksichtigt bei der Aufstellung seines Fünfjahresprogramms folgende Grundsätze:

1. Die Produktionshilfe darf drei Viertel des Fünfjahresbetrags, den die Gemeinschaft diesem Staat insgesamt als Produktions- und Diversifizierungshilfe gewährt, nicht übersteigen;

2. die Gemeinschaft kann jedem assoziierten Staat Produktionshilfe vom ersten Jahre des Abkommens an gewähren. Diese Hilfe wird von dem Zeitpunkt an degressiv, zu dem für die einzelnen Erzeugnisse der Prozeß einsetzt, der zur Vermarktung zu Weltmarktpreisen führen soll, so daß die Hilfe spätestens bei Ablauf der Gültigkeitsdauer des Abkommens vollständig beseitigt ist;

3. jeder assoziierte Staat sieht vor, daß die Erzeuger einen angemessenen Teil des als Produktionshilfe gewährten Betrags für die Strukturverbesserung der Kulturen verwenden.

Artikel 28

Die Gemeinschaft prüft mit jedem assoziierten Staat, ob das von ihm vorgelegte Programm im Einklang mit den Grundsätzen des Artikels 27 steht. Im Anschluß hieran nimmt sie das Programm, erforderlichenfalls nach entsprechender Anpassung, zur Kenntnis und legt die Höhe der ersten Jahersrate ihrer Hilfe fest.

Artikel 29

(1) Die Gemeinschaft prüft nach Inkrafttreten des Abkommens sofort nach Ablauf jedes Jahres, ob die Verwendung der Diversifizierungs- und Produktionshilfe während des abgelaufenen Jahres mit den Zielen im Einklang stand, die gemäß dem Abkommen und diesem Protokoll für die genannten Hilfen aufgestellt sind.

(2) Gegenstand dieser Prüfung sind insbesondere:

— die Untersuchung der Entwicklung der Weltmarktpreise bei den einzelnen Erzeugnissen im Vergleich zu den Preisen, die der Bemessung des Anteils der einzelnen assoziierten Staaten gemäß Artikel 26 zugrunde lagen;

— der Vergleich zwischen den tatsächlich ausgeführten Mengen der einzelnen Erzeugnisse und den Mengen, die der Bemessung des genannten Anteils zugrunde lagen;

— der Betrag der Hilfe, die zur Verwirklichung der in Artikel 23 genannten Ziele aus anderen Quellen gewährt wurde.

Congo (Brazzaville)	6,4
Côte-d'Ivoire	46,7
Dahomey	5,5
Madagascar	31,6
Mali	5,6
Niger	6,5
Sénégal	46,7
Tschad	5,7
Togo	5,7.

Article 27

Chaque État associé recevant simultanément des aides à la production et des aides à la diversification tient compte pour l'établissement de son programme quinquennal des principes suivants:

1. les aides à la production ne peuvent excéder les trois quarts du montant quinqennal que la Communauté accorde à cet État au titre de l'ensemble des aides à la production et à la diversification;

2. les aides à la production peuvent être allouées dès la première année de la Convention par la Communauté à chaque État associé. Elles deviennent dégressives à partir de la date à laquelle débutera, pour chaque produit, le processus devant conduire à la commercialisation aux prix mondiaux, de manière à parvenir au plus tard à la fin de la période de validité de la Convention à la suppression complète de ces aides;

3. chaque État associé prévoit qu'une partie adéquate du montant alloué au titre des aides à la production sera affectée par les producteurs à l'amélioration structurelle des cultures.

Article 28

La Communauté examine avec chaque État associé si le programme présenté par celui-ci est conforme aux principes établis à l'article 27 ci-dessus. A la suite de cet examen, et si nécessaire après ajustement de ce programme, elle en prend acte et arrête le montant de la première tranche annuelle de son intervention.

Article 29

1. La Communauté examine immédiatement après la fin de chaque année à compter de la date d'entrée en vigueur de la Convention, si l'utilisation des aides à la diversification et à la production a été conforme, au cours de l'année écoulée, aux objectifs assignés à ces aides, conformément aux dispositions de la Convention et du présent Protocole.

2. Cet examen porte notamment sur:

— l'analyse par produit, de l'évolution des cours mondiaux par rapport à ceux ayant servi de base à la détermination de la quote-part de chaque État associé visé à l'article 26;

— la comparaison par produit des niveaux des tonnages effectivement exportés par rapport à ceux ayant servi de base à la détermination de ladite quote-part;

— le montant des aides qui ont été allouées par d'autres sources pour la réalisation des objectifs visés à l'article 23.

Ciad	5,7
Congo (Brazzaville)	6,4
Costa d'Avorio	46,7
Dahomey	5,5
Madagascar	31,6
Mali	5,6
Niger	6,5
Senegal	46,7
Togo	5,7.

Articolo 27

Ogni Stato associato che riceva contemporaneamente aiuti per la produzione e aiuti per la diversificazione tiene conto dei seguenti principi nel fissare il programma quinquennale:

1. gli aiuti per la produzione non possono superare i tre quarti dell'importo quinquennale che la Comunità concede a questo Stato complessivamente per gli aiuti alla produzione e alla diversificazione;

2. gli aiuti per la produzione possono essere concessi dalla Comunità a ciascuno Stato associato fin dal primo anno della Convenzione. Essi diventano decrescenti dalla data in cui inizierà, per ciascun prodotto, il processo che porterà alla commercializzazione a prezzi mondiali così da raggiungere, al più tardi al termine del periodo di validità della Convenzione, la soppressione completa di tali aiuti;

3. ogni Stato associato prevede che una parte adeguata dell'importo concesso a titolo di aiuti per la produzione venga impiegata dai produttori per il miglioramento strutturale delle colture.

Articolo 28

La Comunità esamina con ciascuno Stato associato se il programma da esso presentato sia conforme ai principi stabiliti dal precedente articolo 27. Dopo tale esame e, se necessario, dopo adattamento del programma, essa ne prende atto e fissa l'importo della prima quota annua del suo intervento.

Articolo 29

1. La Comunità esamina immediatamente dopo la fine di ogni anno a decorrere dalla data di entrata in vigore della Convenzione se l'impiego degli aiuti per la diversificazione e per la produzione sia stato conforme nell'anno trascorso agli scopi assegnati a tali aiuti, in conformità delle disposizioni della Convenzione e del presente Protocollo.

2. Tale esame concerne in particolare:
   — l'analisi, per prodotto, dell'evoluzione dei corsi mondiali rispetto a quelli che sono serviti di base per la determinazione dell'aliquota di ciascuno Stato associato di cui all'articolo 26;
   — il raffronto, per prodotto, del tonnellaggio effettivamente esportato rispetto a quello che è servito di base per la determinazione della suddetta aliquota;
   — l'importo degli aiuti che sono stati concessi da altre fonti per il raggiungimento degli scopi di cui all'articolo 23.

Ivoorkust	46,7
Kameroen	15,8
Kongo (Brazzaville)	6,4
Madagaskar	31,6
Mali	5,6
Niger	6,5
Senegal	46,7
Togo	5,7
Tsjaad	5,7.

Artikel 27

Elke geassocieerde Staat die tegelijkertijd hulp bij de produktie en hulp bij de diversificatie ontvangt, houdt bij de vaststelling van zijn vijfjarenprogramma rekening met de volgende beginselen:

1. de hulp bij de produktie mag niet meer bedragen dan drie vierde gedeelte van het vijfjaarlijkse bedrag dat de Gemeenschap uit hoofde van de gezamenlijke hulp bij de produktie en bij de diversificatie aan deze Staat verleent;

2. hulp bij de produktie kan reeds met ingang van het eerste jaar van de Overeenkomst door de Gemeenschap aan elke geassocieerde Staat worden toegekend. Deze hulp wordt degressief vanaf de datum waarop, voor elk produkt, een begin wordt gemaakt met het proces dat moet leiden tot het verhandelen daarvan tegen wereldmarktprijzen, zodat uiterlijk aan het einde van de geldigheidsduur der Overeenkomst deze hulp volledig is afgeschaft;

3. elke geassocieerde Staat draagt er zorg voor dat een toereikend gedeelte van het uit hoofde van de hulp bij de produktie toegekende bedrag door de producenten zal worden gebruikt voor de structuurverbetering der cultures.

Artikel 28

De Gemeenschap gaat in samenwerking met elke geassocieerde Staat na, of het door deze laatste ingediende programma in overeenstemming is met de beginselen die zijn vastgelegd in artikel 27. Naar aanleiding van dit onderzoek en zo nodig na aanpassing van dit programma neemt zij daarvan nota en stelt zij het bedrag van het eerste jaarlijkse gedeelte van haar hulp vast.

Artikel 29

1. De Gemeenschap gaat onverwijld, na afloop van elk jaar te rekenen vanaf de datum van inwerkingtreding van de Overeenkomst, na of de aanwending van de hulp bij de diversificatie en bij de produktie tijdens het voorafgaande jaar heeft plaatsgevonden in overeenstemming met de doelstellingen die aan deze hulp waren verbonden, overeenkomstig de bepalingen van de Overeenkomst en van dit Protocol.

2. Dit onderzoek omvat met name:
   — de produktsgewijze ontleding van de ontwikkeling der wereldmarktprijzen ten opzichte van die welke de grondslag vormden voor de bepaling van het in artikel 26 vermelde aandeel van elke geassocieerde Staat;
   — de produktsgewijze vergelijking van de omvang van de uitvoer die feitelijk heeft plaatsgevonden, ten opzichte van die welke de grondslag vormde voor de bepaling van dit aandeel;
   — het bedrag van de hulp die is verleend door andere lichamen voor de verwezenlijking van de in artikel 23 genoemde doelstellingen.

(3) Die Gemeinschaft legt im Anschluß an diese Prüfung, nachdem sie erforderlichenfalls die folgende Jahresrate des in Artikel 25 vorgesehenen Programms angepaßt hat, die Höhe dieser Jahresrate endgültig fest.

(4) Stellt die Gemeinschaft bei Abschluß dieser Prüfung fest, daß die dem betreffenden assoziierten Staat für das abgelaufene Jahr bewilligte Produktionshilfe nicht völlig aufgebraucht worden ist, so entscheidet sie nach Anhörung dieses Staates über die Verwendung des Restbetrags.

Artikel 30

(1) Der nach Maßgabe der Artikel 28 und 29 festgelegte, für die Erzeuger bestimmte Betrag der Hilfe wird in Form nichtrückzahlbarer Zuschüsse an Einrichtungen gezahlt, die von der Gemeinschaft und den assoziierten Staaten anerkannt sind.

(2) Der Jahresbetrag der den einzelnen Staaten für jede Produktion gewährten Hilfe sowie die Einzelheiten ihrer Verwendung werden in jedem assoziierten Staat in geeigneter Weise veröffentlicht.

Artikel 31

Die als Produktionshilfe bewilligten Beträge sind nach Maßgabe der Zweckbindung und Einzelheiten zu verwenden, die von der Gemeinschaft nach Anhörung des betreffenden assoziierten Staates festgelegt worden sind.

Die assoziierten Staaten sind für die Maßnahmen, die zur Durchführung der Vorschriften dieses Kapitels zu ergreifen sind, jeweils selbst verantwortlich.

Die Gemeinschaft sorgt dafür, daß Absatz 1 eingehalten wird, und trifft gegebenenfalls alle geeigneten Maßnahmen.

Artikel 32

Zur Durchführung der Artikel 28 bis 30 legt jeder assoziierte Staat jährlich einen ausführlichen Bericht über die Verwendung der Beträge vor, die er als Produktionshilfe erhalten hat. Er fügt diesem Bericht alle erforderlichen Belege bei, insbesondere die Berichte der anerkannten Einrichtungen

Der assoziierte Staat gewährt bei allen Kontrollen Unterstützung, die die Gemeinschaft insbesondere bei den genannten Einrichtungen für zweckmäßig hält.

Artikel 33

Die Beträge, die diejenigen assoziierten Staaten, welche gleichzeitig Produktions- und Diversifizierungshilfe erhalten, für die Diversifizierungshilfe bereitstellen, werden nach Maßgabe der Artikel 36 bis 38 verwendet.

B

Staaten, die Diversifizierungshilfe erhalten

Artikel 34

(1) Die in Artikel 24 Abs. 2 vorgesehenen Beträge werden wie folgt in Millionen Rechnungseinheiten verteilt:

— Burundi	5,25
— Kongo (Léopoldville)	15
— Rwanda	5,25
— Somalia	6,5

3. A la suite de cet examen et après avoir si nécessaire ajusté la tranche annuelle suivante du programme prévu à l'article 25, la Communauté arrête définitivement le montant de cette tranche

4. Si, à l'issue de cet examen, la Communauté constate que l'aide à la production allouée à l'État associé intéressé au titre de l'année écoulée n'a pas été totalement utilisée, elle décide, après consultation de cet État, de l'affectation à donner à ce solde.

Article 30

1. Les montants de l'aide destiné aux producteurs, tel qu'il est établi en vertu des dispositions des articles 28 et 29 ci-dessus est versé sous forme d'aides non remboursables à des organismes agréés par la Communauté et les États associés.

2. Le montant annuel et les modalités d'utilisation de l'aide allouée à chaque État pour chaque production font l'objet, à l'intérieur de chaque État associé, d'une publicité appropriée.

Article 31

L'utilisation des montants alloués au titre de l'aide à la production doit être effectuée conformément aux affectations et modalités arrêtées par la Communauté après consultation de l'État associé intéressé.

Les États associés sont responsables chacun en ce qui le concerne des actes qui doivent être accomplis pour l'exécution des dispositions du présent chapitre.

La Communauté veille à l'observation de la prescription de l'alinéa premier et prend, le cas échéant, toutes mesures appropriées.

Article 32

Pour l'application des articles 28 à 30 ci-dessus, chaque État associé présente annuellement un rapport détaillé sur l'utilisation des sommes reçues au titre des aides à la production. Il y joint toutes pièces justificatives et notamment les rapports des organismes agréés

L'État associé prête son concours à tous contrôles que la Communauté estime utiles d'effectuer notamment auprès desdits organismes.

Article 33

Les sommes que les États associés bénéficiant simultanément d'aides à la production et d'aides à la diversification, consacrent à l'aide à la diversification, sont utilisées conformément aux dispositions des articles 36 à 38.

B

États bénéficiant d'aides à la diversification

Article 34

1. Les sommes prévues à l'article 24, paragraphe 2, sont réparties comme suit (en millions d'unités de compte):

— Burundi	5,25
— Congo (Léopoldville)	15
— Rwanda	5,25
— Somalie	6,50

3. Dopo aver proceduto a detto esame e adeguato, se occorre, la quota annua successiva del programma di cui all'articolo 25, la Comunità fissa definitivamente l'importo di detta quota.

4. Qualora, al termine dell'esame, la Comunità costati che l'aiuto per la produzione concesso allo Stato associato interessato per l'anno trascorso non è stato impiegato integralmente, decide, previa consultazione di detto Stato, in merito all'impiego del saldo.

Articolo 30

1. L'importo degli aiuti per i produttori, fissato in base alle disposizioni degli articoli 28 e 29, è versato sotto forma di aiuti non rimborsabili ad organismi riconosciuti dalla Comunità e dagli Stati associati.

2. L'importo annuo e le modalità d'impiego degli aiuti concessi a ciascuno Stato associato per ciascuna produzione sono pubblicati in modo adeguato all'interno dello Stato stesso.

Articolo 31

Gli importi concessi quale aiuto per la produzione devono essere impiegati conformemente alle destinazioni e alle modalità stabilite dalla Comunità, previa consultazione dello Stato associato interessato.

Gli Stati associati sono responsabili, ciascuno per quanto lo riguarda, degli atti che devono essere compiuti per l'esecuzione delle disposizioni del presente capitolo.

La Comunità vigila affinchè sia osservata la disposizione del primo comma e prende eventualmente tutte le misure necessarie.

Articolo 32

Per l'applicazione dei precedenti articoli da 28 a 30, ciascuno Stato associato presenta annualmente una relazione particolareggiata sull'impiego delle somme ricevute a titolo di aiuti per la produzione, allegandovi tutti i documenti giustificativi e, in particolare, le relazioni degli organismi riconosciuti.

Lo Stato associato collabora a tutti i controlli che la Comunità ritiene utile svolgere, in particolare presso detti organismi.

Articolo 33

Le somme che gli Stati associati, i quali beneficiano contemporaneamente di aiuti per la produzione e di aiuti per la diversificazione, consacrano agli aiuti per la diversificazione sono impiegate in conformità delle disposizioni degli articoli da 36 a 38.

B

Stati che beneficiano di aiuti per la diversificazione

Articolo 34

1. Le somme previste dall'articolo 24, paragrafo 2, sono ripartite come segue (in milioni di unità di conto):

— Burundi 5,25
— Congo (Léopoldville) 15
— Ruanda 5,25
— Somalia 6,5

3. Naar aanleiding van dit onderzoek en na, zo nodig, het volgende jaarlijkse gedeelte van het in artikel 25 bedoelde programma te hebben aangepast, stelt de Gemeenschap het bedrag van dit gedeelte definitief vast.

4. Indien de Gemeenschap na afloop van dit onderzoek vaststelt dat de hulp bij de produktie die in het voorafgaande jaar aan de betrokken geassocieerde Staat is verleend, niet geheel en al is verbruikt, beslist zij, na raadpleging van deze Staat, welke bestemming aan dit saldo dient te worden gegeven.

Artikel 30

1. Het bedrag van de hulp, dat voor de producenten is bestemd, zoals dit uit hoofde van de bepalingen van de artikelen 28 en 29 is vastgesteld, wordt uitgekeerd in de vorm van giften aan door de Gemeenschap en de geassocieerde Staten erkende organisaties.

2. Het jaarlijkse bedrag en de wijze van aanwending van de aan elke Staat voor elke produktie verleende hulp worden in elke geassocieerde Staat op passende wijze bekendgemaakt.

Artikel 31

De besteding van de als hulp bij de produktie toegekende bedragen dient overeenkomstig de bestemming en op de wijze als vastgesteld door de Gemeenschap na raadpleging van de betrokken geassocieerde Staat te geschieden.

De geassocieerde Staten zijn ieder voor zich verantwoordelijk voor de handelingen die voor de uitvoering van dit hoofdstuk moeten worden verricht.

De Gemeenschap houdt toezicht op het nakomen van het in de eerste alinea bepaalde en neemt eventueel alle passende maatregelen.

Artikel 32

Ter toepassing van de artikelen 28 tot en met 30 dient elke geassocieerde Staat jaarlijks een gedetailleerd verslag in over de besteding der als hulp bij de produktie ontvangen bedragen. Hij voegt daarbij alle bewijsstukken met name de verslagen der erkende organisaties.

De geassocieerde Staat verleent zijn medewerking aan elke controle die de Gemeenschap met name op genoemde organisaties wenst uit te oefenen.

Artikel 33

De bedragen die voor hulp bij de diversificatie worden bestemd door de geassocieerde Staten welke gelijktijdig voor hulp bij de produktie en voor hulp bij de diversificatie in aanmerking komen, worden aangewend overeenkomstig het bepaalde in de artikelen 36 tot en met 38.

B

Staten die hulp bij de diversificatie ontvangen

Artikel 34

1. De in artikel 24, lid 2, genoemde bedragen worden als volgt verdeeld (in miljoenen rekeneenheden):

— Boeroendi 5,25
— Kongo (Leopoldstad) 15
— Rwanda 5,25
— Somalia 6,5

(2) Die in Artikel 24 Abs. 3 vorgesehenen Beträge werden wie folgt in Millionen Rechnungseinheiten verteilt:

— Gabun 4
— Mauretanien 5
— Obervolta ..... 6.

Artikel 35

Die Gemeinschaft prüft mit jedem der sieben in Artikel 34 genannten assoziierten Staaten auf der Grundlage des in Artikel 25 vorgesehenen Programms, ob sein Vorschlag für die Verwendung der Diversifizierungshilfe den mit dieser Hilfe verfolgten Zielen entspricht.

Artikel 36

Vorhaben im Rahmen der Diversifizierungshilfe werden durch nichtrückzahlbare Zuschüsse, Darlehen zu Sonderbedingungen, gegebenenfalls mit Zinsvergütungen verbundene Darlehen der Bank oder gleichzeitig durch mehrere dieser Mittel finanziert.

Artikel 37

Jeder assoziierte Staat reicht im Rahmen seines Programms bei der Gemeinschaft auf der Grundlage bestimmter Vorhaben Anträge auf Diversifizierungshilfe ein.

Artikel 38

Die Kapitel I, II, III und IV dieses Protokolls finden, soweit erforderlich, auf die Finanzierung der Vorhaben im Rahmen der Diversifizierungshilfe Anwendung.

Kapitel VII

Verschiedene Bestimmungen

Artikel 39

Um ein schnelles Eingreifen mit Mitteln des Fonds zur Gewährung von Soforthilfen an diejenigen assoziierten Staaten zu ermöglichen, die von Naturkatastrophen heimgesucht werden, wird ein Reservefonds gebildet, der durch Entnahme von 1 % des Anteils der nichtrückzahlbaren Zuschüsse an dem in Artikel 18 Buchstabe a des Abkommens genannten Betrag gespeist wird.

Artikel 40

Die Finanz- und Verwaltungskosten des Fonds gehen zu Lasten der für nichtrückzahlbare Zuschüsse bestimmten Mittel.

Artikel 41

Die Einfuhren in einen assoziierten Staat, für die ein von der Gemeinschaft finanzierter Liefervertrag geschlossen wurde, werden nicht auf die den Mitgliedstaaten eröffneten Kontingente angerechnet.

Artikel 42

Die Gemeinschaft und die assoziierten Staaten wirken an allen Maßnahmen mit, die notwendig sind, um eine Verwendung der von der Gemeinschaft zugeteilten Mittel gemäß Artikel 26 des Abkommens zu gewährleisten.

2. Les sommes prévues à l'article 24, paragraphe 3, sont réparties comme suit (en millions d'unités de compte):

— Gabon 4
— Haute-Volta 6
— Mauritanie ..... 5.

Article 35

Sur la base du programme prévu à l'article 25 ci-dessus la Communauté examine avec chacun des sept États associés visés à l'article précédent si leurs propositions d'utilisation des aides à la diversification tiennent compte des objectifs assignés à ces aides.

Article 36

Les projets d'aides à la diversification sont financés soit par des aides non remboursables, soit par des prêts à conditions spéciales, soit par des prêts accordés par la Banque avec éventuellement bonifications d'intérêt, soit simultanément par plusieurs de ces moyens.

Article 37

Dans le cadre de son programme, chaque État associé présente à la Communauté des demandes d'aides à la diversification sur la base de projets déterminés.

Article 38

Les dispositions des chapitres I, II, III et IV du présent Protocole sont, ent tant que de besoin, applicables au financement des projets d'aides à la diversification.

Chapitre VII

Dispositions diverses

Article 39

En vue de permettre une intervention rapide pour l'attribution de secours d'urgence sur les ressources du Fonds à ceux des États associés qui seraient frappés de catastrophes naturelles, il est institué un fonds de réserve, alimenté par un prélèvement de 1 % sur la part des aides non remboursables comprises dans le montant visé à l'article 18, lettre a) de la Convention.

Article 40

Les frais financiers et administratifs résultant de la gestion du Fonds sont imputés sur les ressources destinées aux aides non remboursables.

Article 41

Les importations dans un État associé qui ont fait l'objet d'un marché de fournitures financé par la Communauté, ne sont pas imputées sur les contingents ouverts aux États membres.

Article 42

La Communauté et les États associés collaborent à toutes mesures nécessaires pour assurer que l'utilisation des montants attribués par la Communauté se réalise conformément aux dispositions de l'article 26 de la Convention.

2. Le somme previste dall'articolo 24, paragrafo 3, sono ripartite come segue (in milioni di unità di conto):

— Alto Volta 6
— Gabon 4
— Mauritania ..... 5.

Articolo 35

In base al programma previsto al precedente articolo 25, la Comunità esamina con ciascuno dei sette Stati associati di cui al precedente articolo se le proposte d'impiego degli aiuti per la diversificazione tengano conto degli obiettivi assegnati a tali aiuti.

Articolo 36

I progetti di aiuti per la diversificazione sono finanziati mediante aiuti non rimborsabili, o mediante prestiti a condizioni speciali, o mediante prestiti concessi dalla Banca con eventuale abbuono di interessi, oppure contemporaneamente mediante diversi di questi mezzi.

Articolo 37

Ciascuno Stato associato presenta alla Comunità, nell'ambito del proprio programma, richieste di aiuti per la diversificazione sulla base di progetti determinati.

Articolo 38

Le disposizioni dei Capitoli I, II, III, e IV del presente Protocollo si applicano, nei limiti del necessario, al finanziamento dei progetti di aiuti per la diversificazione.

Capitolo VII

Disposizioni varie

Articolo 39

Per consentire un rapido intervento onde attribuire agli Stati associati, eventualmente colpiti da catastrofi naturali, soccorsi d'urgenza con le risorse del Fondo, è istituito un fondo di riserva, alimentato da un prelievo dell'1 % sulla parte degli aiuti non rimborsabili inclusa nell'importo di cui all'articolo 18, lettera a) della Convenzione.

Articolo 40

Le spese finanziarie e amministrative per la gestione del Fondo sono imputate alle risorse destinate agli aiuti non rimborsabili.

Articolo 41

Le importazioni in uno Stato associato che siano oggetto di un contratto di forniture finanziato dalla Comunità non sono imputate ai contingenti aperti agli Stati membri.

Articolo 42

La Comunità e gli Stati associati collaborano a tutte le misure necessarie per assicurare che gli importi concessi dalla Comunità siano impiegati conformemente alle disposizioni dell'articolo 26 della Convenzione.

2. De in artikel 24, lid 3, genoemde bedragen worden als volgt verdeeld (in miljoenen rekeneenheden):

— Boven-Volta 6
— Gaboen 4
— Mauretanië ..... 5.

Artikel 35

Aan de hand van het in artikel 25 bedoelde programma, gaat de Gemeenschap met elk der in het vorige artikel genoemde zeven geassocieerde Staten na, of hun voorstellen inzake de besteding van de hulp bij de diversificatie rekening houden met het aan deze hulp gestelde doel.

Artikel 36

De projecten voor hulp bij de diversificatie worden door giften, door leningen tegen speciale voorwaarden, door leningen van de Bank eventueel met rentesubsidies, dan wel gelijktijdig door meer dan een van deze middelen gefinancierd.

Artikel 37

In het kader van zijn programma dient elke geassocieerde Staat, op grondslag van nader omschreven projecten, bij de Gemeenschap aanvragen om hulp bij de diversificatie in.

Artikel 38

De bepalingen van de hoofdstukken I, II, III en IV van dit Protocol zijn, voor zoveel nodig, van toepassing op de financiering van de projecten inzake hulp bij de diversificatie.

Hoofdstuk VII

Diverse bepalingen

Artikel 39

Ten einde een snelle bijdrage voor de toekenning van dringende hulp uit de middelen van het Fonds aan geassocieerde Staten die door natuurrampen worden getroffen, mogelijk te maken, wordt een reservefonds ingesteld, dat geldmiddelen ontvangt door een heffing van 1 % op het gedeelte van de giften, dat begrepen is in het in artikel 18 sub a van de Overeenkomst genoemde bedrag.

Artikel 40

De kosten van financiële en administratieve aard, die voortvloeien uit het beheer van het Fonds, worden afgeboekt op de voor de giften bestemde middelen.

Artikel 41

De invoer van goederen in een geassocieerde Staat uit hoofde van een door de Gemeenschap gefinancierde aankoop van roerende goederen, wordt niet in mindering gebracht op de voor de Lid-Staten beschikbaar gestelde contingenten.

Artikel 42

De Gemeenschap en de geassocieerde Staten werken samen bij alle maatregelen die nodig zijn om te waarborgen dat de besteding der door de Gemeenschap toegekende bedragen geschiedt overeenkomstig artikel 26 van de Overeenkomst.

Protokoll Nr. 6
über die Verwaltungskosten der Organe der Assoziation

Protocole N° 6
relatif aux frais de fonctionnement des Institutions de l'Association

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die dem Abkommen als Anhang beigefügt sind:

Artikel 1

Die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaft einerseits und die assoziierten Staaten andererseits übernehmen sowohl die Personal-, Reise- und Aufenthaltskosten als auch die Post- und Fernmeldegebühren, die ihnen auf Grund ihrer Teilnahme an den Tagungen des Assoziationsrates und der von ihm abhängigen Organe entstehen.

Die Kosten für das Dolmetschen in Sitzungen, für die Übersetzung und Vervielfältigung der Dokumente sowie für die technische Organisation der Tagungen (Räumlichkeiten, Büromaterial, Amtsdiener usw.) werden von der Gemeinschaft oder von den assoziierten Staaten übernommen, je nachdem, ob die Tagungen im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates oder im Hoheitsgebiet eines assoziierten Staates stattfinden.

Artikel 2

Die Gemeinschaft und die assoziierten Staaten übernehmen die auf sie entfallenden Reise- und Aufenthaltskosten für ihre Teilnehmer an den Tagungen der Parlamentarischen Konferenz der Assoziation und des paritätischen Ausschusses.

Sie übernehmen in gleicher Weise die Reise- und Aufenthaltskosten für das für diese Tagungen erforderliche Personal sowie die Post- und Fernmeldegebühren.

Die Kosten für das Dolmetschen in Sitzungen, für die Übersetzung und Vervielfältigung der Dokumente sowie für die technische Organisation der Tagungen (Räumlichkeiten, Büromaterial, Amtsdiener usw.) werden von der Gemeinschaft oder von den assoziierten Staaten übernommen, je nachdem, ob die Tagungen im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates oder im Hoheitsgebiet eines assoziierten Staates stattfinden.

Artikel 3

Die Mitglieder des Schiedsgerichts haben Anspruch auf Erstattung ihrer Reisekosten und ihrer Aufenthaltskosten. Letztere werden auf 20 Rechnungseinheiten für jeden Tag ihrer Tätigkeit festgesetzt. Diese Beträge werden ihnen vom Schiedsgericht gezahlt.

Die Reise- und Aufenthaltskosten der Mitglieder des Schiedsgerichts werden von der Gemeinschaft und den assoziierten Staaten je zur Hälfte übernommen.

Die Ausgaben für die Kanzlei des Schiedsgerichts, die Untersuchung der Streitfälle und die technische Organisation der Gerichtssitzungen (Räumlichkeiten, Personal, Dolmetschen usw.) übernimmt die Gemeinschaft.

Die Kosten für außerordentliche Untersuchungsmaßnahmen werden vom Schiedsgericht mit den anderen Ausgaben nach Maßgabe seiner Satzung beglichen; hierfür gewähren die Parteien Vorschüsse nach Maßgabe eines sie anordnenden Beschlusses des Schiedsgerichts oder seines Präsidenten.

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES

SONT CONVENUES des dispositions ci-après qui sont annexées à la Convention:

Article 1

Les États membres et la Communauté, d'une part, les États associés, d'autre part, prennent en charge les dépenses qu'ils exposent en raison de leur participation aux sessions du Conseil d'Association et des organes qui en dépendent, tant en ce qui concerne les frais de personnel, de voyage et de séjour, qu'en ce qui concerne les frais de postes et de télécommunications.

Les dépenses relatives à l'interprétation en séance ainsi qu'à la traduction et à la reproduction des documents, et les dépenses afférentes à l'organisation matérielle des réunions (local, fournitures, huissiers, etc....) sont supportées par la Communauté ou par les États associés, selon que les réunions ont lieu sur le territoire d'un État membre ou sur celui d'un État associé.

Article 2

La Communauté et les États associés prennent en charge, chacun en ce qui le concerne, les frais de voyage et de séjour de leurs participants aux réunions de la Conférence parlementaire de l'Association et de la Commission paritaire.

Dans les mêmes conditions, ils prennent en charge les frais de voyage et de séjour du personnel nécessaire à ces sessions ainsi que les frais de postes et de télécommunications.

Les dépenses relatives à l'interprétation en séance ainsi qu'à la traduction et à la reproduction des documents et les dépenses afférentes à l'organisation matérielle des réunions (local, fournitures et huissiers, etc...) sont supportées par la Communauté ou par les États associés selon que les réunions ont lieu sur le territoire d'un État membre ou sur celui d'un État associé.

Article 3

Les membres de la Cour arbitrale ont droit au remboursement de leurs frais de voyage et de leurs frais de séjour. Ces derniers sont fixés à 20 unités de compte pour chaque jour où les membres de la Cour arbitrale exercent leurs fonctions. Ces sommes leur sont versées par la Cour arbitrale.

Les frais de voyage et de séjour des membres de la Cour arbitrale sont pris en charge par moitié par la Communauté et par moitié par les États associés.

Les dépenses afférentes au greffe de la Cour arbitrale, à l'instruction des différends et à l'organisation matérielle des audiences (local, personnel, interprétation, etc...) sont supportées par la Communauté.

Les dépenses afférentes à des mesures extraordinaires d'instruction sont réglées par la Cour arbitrale avec les autres dépens dans les conditions prévues par son statut et font l'objet d'avances de la part des parties dans les conditions fixées par l'ordonnance de la Cour arbitrale ou de son Président dans laquelle ces mesures sont prescrites.

Protocollo N° 6
relativo alle spese di funzionamento delle Istituzioni dell'Associazione

LE ALTE PARTI CONTRAENTI

HANNO CONVENUTO le seguenti disposizioni che sono allegate alla Convenzione:

Articolo 1

Gli Stati membri e la Comunità, da un lato, gli Stati associati, dall'altro, assumono l'onere delle spese sostenute per partecipare alle sessioni del Consiglio di Associazione e degli organi che ne dipendono, per quanto riguarda sia le spese di personale, di viaggio e di soggiorno, sia le spese postali e di telecomunicazioni.

Le spese d'interpretazione durante le sedute e di traduzione e riproduzione dei documenti e le spese per l'organizzazione materiale delle riunioni (locali, forniture, uscieri ecc. ...) sono sostenute dalla Comunità o dagli Stati associati, secondo che le riunioni abbiano luogo sul territorio di uno Stato membro o di uno Stato associato.

Articolo 2

La Comunità e gli Stati associati assumono l'onere, ciascuno per quanto lo riguarda, delle spese di viaggio e di soggiorno dei loro partecipanti alle riunioni della Conferenza parlamentare dell'Associazione e della Commissione paritetica.

Alle stesse condizioni, assumono l'onere delle spese di viaggio e di soggiorno del personale necessario per queste sessioni, nonchè delle spese postali e di telecomunicazioni.

Le spese d'interpretazione durante le sedute e di traduzione e riproduzione dei documenti e le spese per l'organizzazione materiale delle riunioni (locali, forniture e uscieri, ecc.) sono sostenute dalla Comunità o dagli Stati associati, secondo che le riunioni abbiano luogo sul territorio di uno Stato membro o di uno Stato associato.

Articolo 3

I membri della Corte arbitrale hanno diritto al rimborso delle loro spese di viaggio e delle loro spese di soggiorno. Queste ultime sono stabilite in 20 unità di conto per ogni giorno in cui i membri della Corte arbitrale esercitano le loro funzioni. Tali somme sono pagate loro dalla Corte arbitrale.

Le spese di viaggio e di soggiorno dei membri della Corte arbitrale sono sostenute per metà dalla Comunità e per metà dagli Stati associati.

Le spese di cancelleria della Corte, per l'istruzione delle vertenze e per l'organizzazione materiale delle udienze (locali, personale, interpretazione, ecc. ...) sono sostenute dalla Comunità.

Le spese per misure straordinarie d'istruzione sono pagate dalla Corte insieme alle altre spese alle condizioni contemplate dal suo statuto e sono oggetto di anticipazioni pagate dalle parti alle condizioni stabilite con l'ordinanza della Corte arbitrale o del suo Presidente, nella quale sono prescritte tali misure.

Protocol No. 6
betreffende de huishoudelijke kosten van de Instellingen der Associatie

DE HOGE OVEREENKOMSTSLUITENDE PARTIJEN

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, die aan de Overeenkomst zijn gehecht:

Artikel 1

De Lid-Staten en de Gemeenschap enerzijds en de geassocieerde Staten anderzijds nemen de uitgaven die voortvloeien uit hun deelneming aan de zittingen van de Associatieraad en van de organen die daarvan afhankelijk zijn, voor hun rekening, zowel wat de personeelsuitgaven, de reis- en verblijfkosten, als de frankeringsen telecommunicatiekosten betreft.

De uitgaven voor tolkendiensten bij vergaderingen, alsmede voor de vertaling en vermenigvuldiging der documenten, en de uitgaven in verband met de technische organisatie der vergaderingen (vergaderruimten, benodigdheden, bodes, enz ...) worden door de Gemeenschap of door de geassocieerde Staten gedragen, al naargelang de vergaderingen op het grondgebied van een Lid-Stat of op het grondgebied van een geassocieerde Staat plaatshebben.

Artikel 2

De Gemeenschap en de geassocieerde Staten nemen elk voor zich de reis- en verblijfkosten op zich van hun deelnemers aan vergaderingen van de Parlementaire Conferentie der Associatie en van de Paritaire Commissie.

Zij nemen voorts de reis- en verblijfkosten op zich van het voor deze zittingen benodigde personeel, alsmede de frankerings- en telecommunicatiekosten.

De uitgaven voor tolkendiensten bij vergaderingen, alsmede voor de vertaling en vermenigvuldiging der documenten, en de uitgaven in verband met de technische organisatie der vergaderingen, (vergaderruimten, benodigdheden, bodes, enz ...) worden door de Gemeenschap of door de geassocieerde Staten gedragen, al naargelang de vergaderingen op het grondgebied van een Lid-Staat of op het grondgebied van een geassocieerde Staat plaatshebben.

Artikel 3

De leden van het Arbitragehof hebben recht op vergoeding van hun reiskosten en van hun verblijfkosten. Deze laatste worden vastgesteld op 20 rekeneenheden voor iedere dag waar de leden van het Arbitragehof hun functie uitoefenen. Deze bedragen worden hun door het Arbitragehof uitbetaald.

De reis- en verblijfkosten van de leden van het Arbitragehof worden voor de helft door de Gemeenschap en voor de helft door de geassocieerde Staten gedragen.

De uitgaven betreffende de griffie van het Arbitragehof, voor de instructie van geschillen en voor de technische organisatie der zittingen (vergaderruimten, personeel, tolkendiensten, enz ...) worden door de Gemeenschap gedragen.

De uitgaven voor buitengewone instructiemaatregelen worden met de overige gerechtskosten door het Arbitragehof gedragen op de wijze in zijn Statuut bepaald en worden door de Partijen voorgeschoten op de wijze, bepaald bij een beschikking van het Arbitragehof of van zijn Voorzitter, waarin deze maatregelen zijn voorgeschreven.

Protokoll Nr. 7
über den Wert der Rechnungseinheit

Protocole N° 7
relatif à la valeur de l'unité de compte

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die dem Abkommen als Anhang beigefügt sind:

Artikel 1

Der Wert der Rechnungseinheit, die im Assoziierungsabkommen oder in Durchführungsbestimmungen hierzu zur Festlegung von Beträgen verwendet wird, beträgt 0.88867088 Gramm Feingold.

Artikel 2

Die Parität der Währung eines Mitgliedstaates gegenüber der in Artikel 1 bestimmten Rechnungseinheit ist das Verhältnis zwischen dem Feingoldgehalt dieser Rechnungseinheit und dem Feingoldgehalt, welcher der dem Internationalen Währungsfonds angezeigten Parität dieser Währung entspricht. In Ermangelung einer angezeigten Parität oder für den Fall, daß für den laufenden Zahlungsverkehr Wechselkurse angewendet werden, die um eine größere Spanne von der Parität abweichen, als der Währungsfonds zuläßt, wird der Feingoldgehalt, der der Währungsparität entspricht, unter Zugrundelegung des Wechselkurses, der in dem Mitgliedstaat am Tage der Berechnung für laufende Zahlungen für eine direkt oder indirekt definierte und in Gold konvertierbare Währung angewendet wird, und unter Zugrundelegung der dem Internationalen Währungsfonds angezeigten Parität dieser konvertierbaren Währung berechnet.

Artikel 3

Die in Artikel 1 bestimmte Rechnungseinheit wird während der gesamten Durchführungszeit des Assoziierungsabkommens nicht geändert. Wird jedoch vor Ablauf der Laufzeit dieses Abkommens vom Internationalen Währungsfonds nach Artikel 4 Abschnitt 7 seiner Satzung eine einheitlich proportionale Änderung der Parität aller Währungen gegenüber dem Gold beschlossen, so wird der Feingoldgehalt der Rechnungseinheit im umgekehrten Verhältnis hierzu geändert.

Führen ein oder mehrere Mitgliedstaaten den in Absatz 1 genannten Beschluß des Internationalen Währungsfonds nicht durch, so verändert sich der Feingoldgehalt der Rechnungseinheit im umgekehrten Verhältnis zu der vom Internationalen Währungsfonds beschlossenen Änderung. Der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft prüft jedoch die auf diese Weise entstandende Lage und trifft mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Währungsausschusses die erforderlichen Maßnahmen.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten der Hohen Vertragsparteien die sieben vorstehenden Protokolle unterschrieben

GESCHEHEN zu Jaunde, am zwanzigsten Juli neunzehnhundertdreiundsechzig

W. Scheel
H. Fayat
R Triboulet
E. Colombo
E. Schaus
J. Luns
J. Luns

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES

SONT CONVENUES des dispositions suivantes, qui sont annexées à la Convention:

Article 1

La valeur de l'unité de compte utilisée pour exprimer des sommes dans la Convention d'Association ou dans les dispositions prises en application de celle-ci est de 0,88867088 gramme d'or fin.

Article 2

La parité de la monnaie d'un État membre par rapport à l'unité de compte définie à l'article 1 est le rapport entre le poids d'or fin contenu dans cette unité de compte et le poids d'or fin correspondant à la parité de cette monnaie déclarée au Fonds monétaire international. A défaut de parité déclarée ou dans le cas d'application aux paiements courants, de cours s'écartant de la parité d'une marge supérieure à celle qui est autorisée par le Fonds monétaire, le poids d'or fin correspondant à la parité de la monnaie sera calculé sur la base du taux de change appliqué dans l'État membre pour les paiements courants, le jour du calcul, à une monnaie directement ou indirectement définie et convertible en or et sur la base de la parité déclarée au Fonds monétaire de cette monnaie convertible.

Article 3

L'unité de compte, telle que définie à l'article 1 ci-dessus, demeurera inchangée pour toute la durée d'exécution de la Convention. Toutefois, si avant la date d'expiration de cette dernière devait intervenir une modification uniformément proportionnelle du pair de toutes monnaies par rapport à l'or décidée par le Fonds monétaire international, en application de l'article 4, section 7 de ses Statuts, le poids d'or fin de l'unité de compte variera en fonction inverse de cette modification.

Au cas où un ou plusieurs États membres ne mettraient pas en application la décision prise par le Fonds monétaire international visée à l'alinéa ci-dessus, le poids d'or fin de l'unité de compte variera en fonction inverse de la modification décidée par le Fonds monétaire international. Cependant le Conseil de la Communauté Economique Européenne examinera la situation ainsi créée et prendra, à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission et après avis du Comité monétaire, les mesures nécessaires.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires des Hautes Parties Contractantes ont signé les sept Protocoles dont le texte précède.

FAIT à Yaoundé, le vingt juillet mil neuf cent soixante-trois.

W. Hallstein
A. Anguile
L. Amon Tanoh
M. Traore
A. Ramangasoavina
I. Zodi
A. Scego

Protocollo N° 7
relativo al valore dell'unità di conto

LE ALTE PARTI CONTRAENTI

HANNO CONVENUTO le disposizioni seguenti che sono allegate alla Convenzione:

Articolo 1

Il valore dell'unità di conto impiegata per esprimere importi nella Convenzione di Associazione o nelle disposizioni prese in applicazione della stessa è di 0,88867088 grammi d'oro fino.

Articolo 2

La parità della moneta di uno Stato membro rispetto all'unità di conto definita nell'articolo 1 è il rapporto tra il peso d'oro fino contenuto in questa unità di conto e il peso d'oro fino corrispondente alla parità di questa moneta dichiarata al Fondo monetario internazionale. In mancanza di parità dichiarata o nel caso in cui nei pagamenti correnti si applichino corsi che si allontanano dalla parità di un margine superiore a quello autorizzato dal Fondo monetario, il peso d'oro fino corrispondente alla parità della moneta sarà calcolato in base al tasso di cambio applicato, per i pagamenti correnti nello Stato membro alla data del calcolo, ad una moneta definita direttamente o indirettamente e convertibile in oro e in base alla parità dichiarata al Fondo monetario di questa moneta convertibile.

Articolo 3

L'unità di conto definita all'articolo 1 resterà immutata durante tutto il periodo di esecuzione della Convenzione. Tuttavia, qualora prima della data di scadenza di quest'ultima intervenga una modifica uniformemente proporzionale della parità di tutte le monete rispetto all'oro decisa dal Fondo monetario internazionale, in applicazione dell'articolo 4, sezione 7 degli Statuti dello stesso, il peso d'oro fino dell'unità di conto varierà in funzione inversa alla suddetta modifica.

Qualora uno o più Stati membri non applichino la decisione adottata dal Fondo monetario internazionale di cui al comma precedente, il peso d'oro fino dell'unità di conto varierà in funzione inversa alla modifica decisa dal Fondo monetario internazionale. Tuttavia, il Consiglio della Comunità Economica Europea esaminerà la situazione creatasi ed adotterà a maggioranza qualificata, su proposta della Commissione e previo parere del Comitato monetario, le misure necessarie.

IN FEDE DI CHE, i plenipotenziari delle Alte Parti Contraenti hanno firmato i sette Protocolli il cui testo precede.

FATTO a Yaoundé, il venti luglio millenovecentosessantatre.

D. Gueye
L. Nimubona
C. Habamenshi
M. Lengema
V. Kanga
M. Sidi

Protocol No. 7
betreffende de waarde van de rekeneenheid

DE HOGE OVEREENKOMSTSLUITENDE PARTIJEN

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, die aan de Overeenkomst zijn gehecht:

Artikel 1

De waarde van de rekeneenheid die gebruikt wordt om in de Associatieovereenkomst of in de krachtens deze Overeenkomst vastgestelde maatregelen bedragen uit te drukken, bedraagt 0,88867088 gram fijn goud.

Artikel 2

De pariteit van de valuta van een Lid-Staat ten opzichte van de in artikel 1 omschreven rekeneenheid is gelijk aan de verhouding tussen het gewicht aan fijn goud dat deze rekeneenheid bevat en het gewicht aan fijn goud dat overeenkomt met de bij het Internationaal Monetair Fonds aangegeven pariteit van deze valuta. Bij gebrek aan aangegeven pariteit of indien op de lopende betalingen wisselkoersen worden toegepast welke van de pariteit afwijken met een hogere dan de door het Monetair Fonds toegestane marge, wordt het met de pariteit van de valuta overeenkomende gewicht aan fijn goud berekend op basis van de wisselkoers welke in de Lid-Staat op de dag van de berekening voor lopende betalingen wordt toegepast op een direct of indirect omschreven en tegen goud inwisselbare valuta, alsmede op basis van de aan het Monetair Fonds medegedeelde pariteit van deze inwisselbare valuta.

Artikel 3

De in artikel 1 omschreven rekeneenheid blijft ongewijzigd voor de gehele looptijd van de Overeenkomst. Indien echter vóór de datum waarop de Overeenkomst afloopt, een in verhouding tot de pariteit van alle valuta's ten opzichte van goud uniforme wijziging plaatsvindt, waartoe het Internationaal Monetair Fonds krachtens artikel IV, sectie 7, van zijn Statuten heeft besloten, varieert het gewicht aan fijn goud van de rekeneenheid omgekeerd evenredig aan deze wijziging.

Indien één of meer Lid-Staten de in bovenstaande alinea bedoelde beslissing van het Internationaal Monetair Fonds niet toepassen, varieert het gewicht aan fijn goud van de rekeneenheid omgekeerd evenredig aan de wijziging waartoe het Internationaal Monetair Fonds heeft. besloten. De Raad van de Europese Economische Gemeenschap zal echter de aldus ontstane situatie bezien en, op voorstel van de Commissie en na advies van het Monetair Comité, met gekwalificeerde meerderheid van stemmen de vereiste maatregelen treffen.

TEN BLIJKE WAARVAN Gevolmachtigden van de Overeenkomstsluitende Partijen de zeven bovenstaande Protocollen hebben ondertekend.

GEDAAN te Jaoende, de twintigste juli negentienhonderd drieenzestig.

J. Kone
Aplogan
V. Sathoud
M. Ngangtar
J. Agbemegnan
J. Mackpayen

Abkommen über die Erzeugnisse, die unter die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallen

Accord relatif aux produits relevant de la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier

SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER BELGIER,
DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,
DER PRÄSIDENT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK,
DER PRÄSIDENT DER ITALIENISCHEN REPUBLIK,
IHRE KÖNIGLICHE HOHEIT
DIE GROSSHERZOGIN VON LUXEMBURG,
IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN DER NIEDERLANDE

— Vertragsparteien des am 17. April 1951 in Paris unterzeichneten Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl —, deren Staaten im folgenden als „Mitgliedstaaten" bezeichnet werden,

einerseits und

SEINE MAJESTÄT DER MWAMI VON BURUNDI,

DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK DAHOME,

DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK ELFENBEINKÜSTE,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK GABUN,

DER PRÄSIDENT DER BUNDESREPUBLIK KAMERUN,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK KONGO
(BRAZZAVILLE),
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK KONGO
(LÉOPOLDVILLE),
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK MADAGASKAR,
DER STAATSCHEF UND PRÄSIDENT
DES REGIERUNGSRATS DER REPUBLIK MALI,
DER PRÄSIDENT
DER ISLAMITISCHEN REPUBLIK MAURETANIEN,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK NIGER,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK OBERVOLTA,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK RWANDA,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK SENEGAL,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK SOMALIA,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK TOGO,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK TSCHAD,
DER PRÄSIDENT
DER ZENTRALAFRIKANISCHEN REPUBLIK,

deren Staaten im folgenden als „assoziierte Staaten" bezeichnet werden,

andererseits,

GESTÜTZT auf den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl,

GESTÜTZT auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 232,

IN DER ERWÄGUNG, daß das am heutigen Tage unterzeichnete Abkommen über die Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar nicht für Erzeugnisse gilt, die unter die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallen,

SA MAJESTÉ LE ROI DES BELGES,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE ITALIENNE,
SON ALTESSE ROYALE LA GRANDE-DUCHESSE DE
LUXEMBOURG,
SA MAJESTÉ LA REINE DES PAYS-BAS,

Parties Contractantes au Traité instituant la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier signé à Paris le 17 avril 1951 et dont les États sont ci-après dénommés États membres,

d'une part, et

SA MAJESTÉ LE MWAMI DU BURUNDI,

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE DU
CAMEROUN,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE CENTRAFRICAINE,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DU CONGO
(BRAZZAVILLE),
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DU CONGO
(LÉOPOLDVILLE),

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DE CÔTE-D'IVOIRE,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DU DAHOMEY,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE GABONAISE,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DE HAUTE-VOLTA,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE MALGACHE,
LE CHEF DE L'ÉTAT, PRÉSIDENT DU CONSEIL
DE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DU MALI,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE ISLAMIQUE
DE MAURITANIE,

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DU NIGER,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE RWANDAISE,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DU SÉNÉGAL,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DE SOMALIE,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DU TCHAD,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE TOGOLAISE,

dont les États sont ci-après dénommés États associés,

d'autre part,

VU le Traité instituant la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier,

VU le Traité instituant la Communauté Economique Européenne, et notamment son article 232,

PRENANT en considération le fait que la Convention d'Association entre la Communauté Economique Européenne et les États africains et malgache associés à cette Communauté, signée à ce jour, ne s'applique pas aux produits qui relèvent de la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier,

Accordo
relativo ai prodotti di competenza della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio

Akkoord
betreffende de produkten die onder de bevoegdheid vallen van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal

SUA MAESTÀ IL RE DEI BELGI,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA FEDERALE DI GERMANIA,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA FRANCESE,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA ITALIANA,
SUA ALTEZZA REALE LA GRANDUCHESSA DEL LUSSEMBURGO,
SUA MAESTÀ LA REGINA DEI PAESI BASSI,

Parti Contraenti del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio, firmato a Parigi il 17 aprile 1951, ed i cui Stati sono denominati più oltre Stati membri,

da una parte, e

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DELL'ALTO VOLTA,
SUA MAESTÀ IL MWAMI DEL BURUNDI,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA FEDERALE DEL CAMERUN,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA CENTRO-AFRICANA,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL CIAD,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL CONGO (BRAZZAVILLE),
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL CONGO (LÉOPOLDVILLE),
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DELLA COSTA D'AVORIO,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL DAHOMEY,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL GABON,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA MALGASCIA,
IL CAPO DI STATO, PRESIDENTE DEL CONSIGLIO DI GOVERNO DELLA REPUBBLICA DEL MALI,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA ISLAMITICA DI MAURITANIA,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL NIGER,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL RUANDA,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL SENEGAL,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA SOMALIA,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL TOGO,

i cui Stati sono denominati più oltre Stati associati,

dall'altra parte,

VISTO il Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio,

VISTO il Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea e in particolare l'articolo 232,

PRENDENDO in considerazione il fatto che la Convenzione di Associazione tra la Comunità Economica Europea e gli Stati africani e malgascio associati a tale Comunità, firmata in data odierna, non si applica ai prodotti di competenza della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio,

ZIJNE MAJESTEIT DE KONING DER BELGEN,
DE PRESIDENT VAN DE BONDSREPUBLIEK DUITSLAND,
DE PRESIDENT VAN DE FRANSE REPUBLIEK,
DE PRESIDENT VAN DE ITALIAANSE REPUBLIEK,
HARE KONINKLIJKE HOOGHEID DE GROOT-HERTOGIN VAN LUXEMBURG,
HARE MAJESTEIT DE KONINGIN DER NEDERLANDEN,

Partijen bij het op 17 april 1951 te Parijs ondertekende Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap vor Kolen en Staal en wier Staten hierna Lid-Staten worden genoemd,

enerzijds, en

ZIJNE MAJESTEIT DE MWAMI VAN BOEROENDI,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK BOVEN-VOLTA,
DE PRESIDENT VAN DE CENTRAALAFRIKAANSE REPUBLIEK,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK DAHOMEY,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK GABOEN,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK IVOORKUST,
DE PRESIDENT VAN DE FEDERALE REPUBLIEK KAMEROEN,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK KONGO (BRAZZAVILLE),
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK KONGO (LEOPOLDSTAD),
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK MADAGASKAR,
HET STAATSHOOFD, PRESIDENT VAN DE REGERINGS-RAAD VAN DE REPUBLIEK MALI,
DE PRESIDENT VAN DE ISLAMITISCHE REPUBLIEK MAURETANIË,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK NIGER,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK RWANDA,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK SENEGAL,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK SOMALIA,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK TOGO,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK TSJAAD,

wier Staten hierna geassocieerde Staten worden genoemd,

anderzijds,

GELET op het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal,

GELET op het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap, inzonderheid op artikel 232,

OVERWEGENDE dat de heden ondertekende Associatieovereenkomst tussen de Europese Economische Gemeenschap en de met deze Gemeenschap geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar niet van toepassing is op de produkten die onder de bevoegdheid vallen van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal,

IN DEM BESTREBEN jedoch, den Handel mit diesen Erzeugnissen zwischen den Mitgliedstaaten und den assoziierten Staaten aufrechtzuerhalten und auszubauen —

HABEN als Bevollmächtigte ernannt:

Seine Majestät der König der Belgier
Herr Henri Fayat,
Minister und Stellvertretender Minister
für Auswärtige Angelegenheiten,

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
Herr Walter Scheel,
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit,

Der Präsident der Französischen Republik
Herr Raymond Triboulet,
Minister für Zusammenarbeit,

Der Präsident der Italienischen Republik
Herr Emilio Colombo,
Schatzminister,

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg
Herr Eugène Schaus,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten
und Außenhandel,

Ihre Majestät die Königin der Niederlande
Herr Joseph Luns,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Seine Majestät der Mwami von Burundi
Herr Lorgio Nimubona,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Der Präsident der Republik Dahome
Herr Aplogan,
Staatsminister für Afrikanische Angelegenheiten,

Der Präsident der Republik Elfenbeinküste
Herr Lambert Amon Tanoh,
Minister für Erziehungswesen,
Minister der Finanzen ad interim,

Der Präsident der Republik Gabun
Herr André-Gustave Anguile,
Staatsminister für Wirtschaft,

Der Präsident der Bundesrepublik Kamerun
Herr Victor Kanga,
Minister für Wirtschaft,

Der Präsident der Republik Kongo (Brazzaville)
Herr Victor Sathoud,
Minister für Planungsfragen,

Der Präsident der Republik Kongo (Léopoldville)
Herr Marcel Lengema,
Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten,

Der Präsident der Republik Madagaskar
Herr Alfred Ramangasoavina,
Siegelbewahrer,
Minister der Justiz,

Der Staatschef und Präsident
des Regierungsrats der Republik Mali
Herr Jean-Marie Kone,
Staatsminister für Planungsfragen,

SOUCIEUX toutefois de maintenir et d'intensifier entre les États membres et les États associés les échanges portant sur ces produits,

ONT désigné comme plénipotentiaires:

Sa Majesté le Roi des Belges
M. Henri Fayat,
Ministre,
Adjoint des Affaires Etrangères,

Le Président de la République Fédérale d'Allemagne
M. Walter Scheel,
Ministre de la Coopération Economique,

Le Président de la République Française
M. Raymond Triboulet,
Ministre de la Coopération,

Le Président de la République Italienne
M. Emilio Colombo,
Ministre du Trésor,

Son Altesse Royale la Grande-Duchesse de Luxembourg
M. Eugène Schaus,
Ministre des Affaires Etrangères
et du Commerce Extérieur,

Sa Majesté la Reine des Pays-Bas
M. Joseph Luns,
Ministre des Affaires Etrangères,

Sa Majesté le Mwami du Burundi
M. Lorgio Nimubona,
Ministre des Affaires Etrangères,

Le Président de la République Fédérale du Cameroun
M. Victor Kanga,
Ministre de l'Economie Nationale,

Le Président de la République Centrafricaine
M. Jean Christophe Mackpayen,
Ministre des Affaires Etrangères,

Le Président de la République du Congo (Brazzaville)
M. Victor Sathoud,
Ministre du Plan,

Le Président de la République du Congo (Léopoldville)
M. Marcel Lengema,
Secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères,

Le Président de la République de Côte-d'Ivoire
M. Lambert Amon Tanoh,
Ministre de l'Education Nationale,
Ministre des Finances par intérim,

Le Président de la République du Dahomey
M. Aplogan,
Secrétaire d'Etat aux Affaires africaines,

Le Président de la République Gabonaise
M. André-Gustave Anguile,
Ministre d'Etat de l'Economie,

Le Président de la République de Haute-Volta

M. Moïse Traore,
Ministre de l'Economie Nationale,

SOLLECITI tuttavia di mantenere e intensificare tra gli Stati membri e gli Stati associati gli scambi di tali prodotti,

HANNO designato come plenipotenziari:

Sua Maestà il Re dei Belgi
S.E. Henri Fayat,
Ministro,
Aggiunto agli Affari Esteri,

Il Presidente della Repubblica federale di Germania
S.E. Walter Scheel,
Ministro della Cooperazione Economica,

Il Presidente della Repubblica Francese
S.E. Raymond Triboulet,
Ministro della Cooperazione,

Il Presidente della Repubblica Italiana
S.E. Emilio Colombo,
Ministro del Tesoro,

Sua Altezza Reale la Granduchessa del Lussemburgo

S.E. Eugène Schaus,
Ministro degli Affari Esteri e del Commercio Estero,

Sua Maestà la Regina dei Paesi Bassi
S.E. Joseph Luns,
Ministro degli Affari Esteri,

Il Presidente della Repubblica dell'Alto Volta
S.E. Moïse Traore,
Ministro dell'Economia Nazionale,

Sua Maestà il Mwami del Burundi
S.E. Lorgio Nimubona,
Ministro degli Affari Esteri,

Il Presidente della Repubblica federale del Camerun
S.E. Victor Kanga,
Ministro dell'Economia Nazionale,

Il Presidente della Repubblica Centroafricana
S.E. Jean Christophe Mackpayen,
Ministro degli Affari Esteri,

Il Presidente della Repubblica del Ciad
S.E. Maurice Ngangtar,
Ministro degli Affari Esteri,

Il Presidente della Repubblica del Congo (Brazzaville)
S.E. Victor Sathoud,
Ministro del Piano,

Il Presidente della Repubblica del Congo (Léopoldville)
S.E. Marcel Lengema,
Segretario di Stato agli Affari Esteri,

Il Presidente della Repubblica della Costa d'Avorio
S.E. Lambert Amon Tanoh,
Ministro dell'Educazione Nazionale,
Ministro ad interim delle Finanze,

Il Presidente della Repubblica del Dahomey
S.E. Aplogan,
Segretario di Stato agli Affari Africani,

VERLANGENDE niettemin het handelsverkeer voor deze produkten tussen de Lid-Staten en de geassocieerde Staten te handhaven en te ontwikkelen,

HEBBEN als hun gevolmachtigden aangewezen:

Zijne Majesteit de Koning der Belgen
De Heer Henri Fayat,
Minister,
Adjunct van Buitenlandse Zaken,

De President van de Bondsrepubliek Duitsland
De Heer Walter Scheel,
Minister van Economische Samenwerking,

De President van de Franse Republiek
De Heer Raymond Triboulet,
Minister van Samenwerking,

De President van de Italiaanse Republiek
De Heer Emilio Colombo,
Minister van Financiën,

Hare Koninklijke Hoogheid de Groothertogin van Luxemburg
De Heer Eugène Schaus,
Minister van Buitenlandse Zaken
en van Buitenlandse Handel,

Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden
De Heer Joseph Luns,
Minister van Buitenlandse Zaken,

Zijne Majesteit de Mwami van Boeroendi
De Heer Lorgio Nimubona,
Minister van Buitenlandse Zaken,

De President van de Republiek Boven-Volta
De Heer Moïse Traore,
Minister van Nationale Economie,

De President van de Centraalafrikaanse Republiek
De Heer Jean Christophe Mackpayen,
Minister van Buitenlandse Zaken,

De President van de Republiek Dahomey
De Heer Aplogan,
Staatssecretaris van Afrikaanse Zaken,

De President van de Republiek Gaboen
De Heer André-Gustave Anguile,
Staatsminister van Economie,

De President van de Republiek Ivoorkust
De Heer Lambert Amon Tanoh,
Minister van Nationaal Onderwijs,
Minister van Financiën a.i.,

De President van de Federale Republiek Kameroen
De Heer Victor Kanga,
Minister van Nationale Economie,

De President van de Republiek Kongo (Brazzaville)
De Heer Victor Sathoud,
Minister van het Plan,

De President van de Republiek Kongo (Leopoldstad)
De Heer Marcel Lengema,
Staatssecretaris van Buitenlandse Zaken,

Der Präsident der Islamitischen Republik Mauretanien
Herr Mohammed Sidi,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Der Präsident der Republik Niger
Herr Ikhia Zodi,
Minister für Afrikanische Angelegenheiten,

Der Präsident der Republik Obervolta
Herr Moïse Traore,
Minister für Wirtschaft,

Der Präsident der Republik Rwanda
Herr Callixte Habamenshi,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Der Präsident der Republik Senegal
Herr Djime Momar Gueye,
Botschafter,
Vertreter bei der EWG,

Der Präsident der Republik Somalia
Herr Ali Omar Scego,
Botschafter,
Vertreter bei der EWG,

Der Präsident der Republik Togo
Herr Jean Agbemegnan,
Minister für Handel und Industrie,

Der Präsident der Republik Tschad
Herr Maurice Ngangtar,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten,

Der Präsident der Zentralafrikanischen Republik
Herr Jean Christophe Mackpayen,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten.

DIESE sind nach Austausch ihrer als gut und gehörig befundenen Vollmachten

Für die Dauer der Laufzeit des Assoziierungsabkommens über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Vorbehaltlich etwaiger Maßnahmen auf Grund des Kapitels X des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl werden für die Erzeugnisse, die unter die Zuständigkeit dieser Gemeinschaft fallen, soweit sie ihren Ursprung in den assoziierten Staaten haben, bei der Einfuhr in die Mitgliedstaaten die Zölle und Abgaben mit gleicher Wirkung wie diese Zölle vollständig beseitigt.

Artikel 2

Unbeschadet der Anwendung des Artikels 61 des Assoziierungsabkommens beseitigen die assoziierten Staaten bei den in Artikel 1 genannten Erzeugnissen mit Ursprung in den Mitgliedstaaten Zölle und Abgaben mit gleicher Wirkung wie diese Zölle sowie mengenmäßige Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung entsprechend den Bedingungen des Titels I Kapitel 1 und des Artikels 13 Abs. 1 des Assoziierungsabkommens sowie der Protokolle Nr. 1 und 2 im Anhang zu diesem Abkommen.

Le Président de la République Malgache
M. Alfred Ramangasoavina,
Garde des Sceaux,
Ministre de la Justice,

Le Chef de l'État, Président du Conseil de Gouvernement de la République du Mali
M. Jean-Marie Kone,
Ministre d'Etat chargé du Plan,

Le Président de la République Islamique de Mauritanie
M. Mohammed Sidi,
Ministre des Affaires Etrangères,

Le Président de la République du Niger
M. Ikhia Zodi,
Ministre des Affaires Africaines,

Le Président de la République Rwandaise
M. Callixte Habamenshi,
Ministre des Affaires Etrangères,

Le Président de la République du Sénégal
M. Djime Momar Gueye,
Ambassadeur,
Représentant auprès de la C.E.E.,

Le Président de la République de Somalie
M. Ali Omar Scego,
Ambassadeur,
Représentant auprès de la C.E.E.,

Le Président de la République du Tchad
M. Maurice Ngangtar,
Ministre des Affaires Etrangères,

Le Président de la République Togolaise
M. Jean Agbemegnan,
Ministre du Commerce et de l'Industrie.

LESQUELS, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme,

SONT CONVENUS, pour la durée de la Convention d'Association, des dispositions suivantes:

Article 1

Sous réserve des mesures susceptibles d'être prises en application du chapitre X du Traité instituant la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier, les produits qui relèvent de cette Communauté bénéficient à l'importation dans les États membres, lorsqu'ils sont originaires des États associés, de l'élimination totale de droits de douane et taxes d'effet équivalent à de tels droits.

Article 2

Sans préjudice de l'application des dispositions de l'article 61 de la Convention d'Association, les États associés procèdent, à l'égard des produits susvisés originaires des États membres, à l'élimination des droits de douane et taxes d'effet équivalent à de tels droits ainsi que des restrictions quantitatives et mesures d'effet équivalent dans des conditions analogues à celles qui sont prévues au chapitre 1 du Titre I et à l'article 13 paragraphe 1 de la Convention d'Association ainsi qu'aux protocoles nº 1 et 2 y annexés.

Il Presidente della Repubblica del Gabon
S.E. André-Gustave Anguile,
Ministro di Stato dell'Economia,

Il Presidente della Repubblica Malgascia
S.E. Alfred Ramangasoavina,
Guardasigilli,
Ministro della Giustizia,

Il Capo di Stato, Presidente del Consiglio di Governo della Repubblica del Mali
S.E. Jean-Marie Kone,
Ministro di Stato incaricato del Piano,

Il Presidente della Repubblica Islamitica di Mauritania
S.E. Mohammed Sidi,
Ministro degli Affari Esteri,

Il Presidente della Repubblica del Niger
S.E. Ikhia Zodi,
Ministro degli Affari Africani,

Il Presidente della Repubblica del Ruanda
S.E. Callixte Habamenshi,
Ministro degli Affari Esteri,

Il Presidente della Repubblica del Senegal
S.E. Djime Momar Gueye,
Ambasciatore,
Rappresentante presso la C.E.E.,

Il Presidente della Repubblica Somala
S.E. Ali Omar Scego,
Ambasciatore,
Rappresentante presso la C.E.E.,

Il Presidente della Repubblica del Togo
S.E. Jean Agbemegnan,
Ministro del Commercio e dell'Industria.

De President van de Republiek Madagaskar
De Heer Alfred Ramangasoavini,
Zegelbewaarder,
Minister van Justitie,

Het Staatshoofd, President van de Regeringsraad van de Republiek Mali
De Heer Jean-Marie Kone,
Staatsminister belast met het Plan,

De President van de Islamitische Republiek Mauretanië
De Heer Mohammed Sidi,
Minister van Buitenlandse Zaken,

De President van de Republiek Niger
De Heer Ikhia Zodi,
Minister van Afrikaanse Zaken,

De President van de Republiek Rwanda
De Heer Callixte Habamenshi,
Minister van Buitenlandse Zaken,

De President van de Republiek Senegal
De Heer Djime Momar Gueye,
Ambassadeur,
Vertegenwoordiger bij de EEG,

De President van de Republiek Somalia
De Heer Ali Omar Scego,
Ambassadeur,
Vertegenwoordiger bij de EEG,

De President van de Republiek Togo
De Heer Jean Agbemegnan,
Minister van Handel en Industrie,

De President van de Republiek Tsjaad
De Heer Maurice Ngangtar,
Minister van Buitenlandse Zaken.

I QUALI, dopo aver scambiato i loro pieni poteri, riconosciuti in buona e debita forma,

HANNO CONVENUTO, per la durata della Convenzione di Associazione, le disposizioni seguenti:

Articolo 1

Fatte salve le misure che potrebbero essere prese in applicazione del capitolo X del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio, i prodotti di competenza di detta Comunità beneficiano all'importazione negli Stati membri, quando sono originari degli Stati associati, dell'eliminazione totale dei dazi doganali e delle tasse di effetto equivalente a tali dazi.

Articolo 2

Fatta salva l'applicazione delle disposizioni dell'articolo 61 della Convenzione di Associazione, gli Stati associati procedono, nei confronti dei prodotti summenzionati originari degli Stati membri, all'eliminazione dei dazi doganali e delle tasse di effetto equivalente a tali dazi nonchè delle restrizioni quantitative e delle misure di effetto equivalente, a condizioni analoghe a quelle che sono previste nel capitolo 1 del Titolo I e nell'articolo 13, paragrafo 1, della Convenzione di Associazione, nonchè nei protocolli nº 1 e 2 ad essa allegati.

DIE, na overlegging van hun in goede en behoorlijke vorm bevonden volmachten, omtrent de volgende bepalingen voor de duur van de Associatieovereenkomst

OVEREENSTEMMING HEBBEN BEREIKT:

Artikel 1

Onverminderd de maatregelen die met toepassing van hoofdstuk X van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal kunnen worden getroffen, worden voor de produkten van oorsprong uit de geassocieerde Staten en die onder de bevoegdheid van deze Gemeenschap vallen, bij invoer in de Lid-Staten, de douanerechten en heffingen van gelijke werking als dergelijke rechten volledig afgeschaft.

Artikel 2

Onverminderd de toepassing van artikel 61 van de Associatieovereenkomst schaffen de geassocieerde Staten voor bovenbedoelde produkten van oorsprong uit de Lid-Staten de douanerechten en heffingen van gelijke werking als dergelijke rechten, alsook de kwantitatieve beperkingen en maatregelen van gelijke werking af, onder gelijke omstandigheden als bedoeld in hoofdstuk I van Titel I en in artikel 13, lid 1, van den heden ondertekende Associatieovereenkomst, alsmede in de daaraan gehechte Protocollen No. 1 en 2.

Artikel 3

In allen Fällen, in denen die Durchführung der vorgenannten Bestimmungen dies nach Ansicht einer der Parteien erfordert, finden zwischen den beteiligten Parteien Konsultationen statt.

Artikel 4

Die Befugnisse und Zuständigkeiten, die sich aus dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ergeben, werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 5

Dieses Abkommen wird von den einzelnen Unterzeichnerstaaten nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Vorschriften genehmigt. Die Regierungen der einzelnen Staaten teilen dem Sekretariat der Räte der Europäischen Gemeinschaften mit, daß die für das Inkrafttreten dieses Abkommens erforderlichen Verfahren abgeschlossen sind. Das Abkommen tritt zum gleichen Zeitpunkt wie das Assoziierungsabkommen in Kraft.

Artikel 6

Dieses Abkommen wird für eine Dauer von fünf Jahren vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an geschlossen. Es tritt gegenüber jedem Unterzeichnerstaat außer Kraft, der gemäß Artikel 62 des Assoziierungsabkommens nicht mehr Vertragspartei des Assoziierungsabkommens ist.

Artikel 7

Dieses Abkommen ist in einer Urschrift in deutscher, französischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; es wird im Archiv des Sekretariats der Räte der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt; dieses übermittelt der Regierung jedes Unterzeichnerstaates eine beglaubigte Abschrift.

Article 3

Des consultations ont lieu entre les Parties intéressées dans tous les cas où, de l'avis d'une d'entre elles, l'application des dispositions ci-dessus le rend nécessaire.

Article 4

Le présent Accord ne modifie pas les pouvoirs et compétences découlant des dispositions du Traité instituant la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier.

Article 5

Le présent Accord est approuvé par chaque État signataire conformément aux règles constitutionnelles qui lui sont propres. Le Gouvernement de chaque État notifie au Secrétariat des Conseils des Communautés Européennes l'accomplissement des procédures requises pour l'entrée en vigueur du présent Accord. Celui-ci entre en vigueur à la même date que la Convention d'Association.

Article 6

Le présent Accord est conclu pour une durée de cinq années à compter de son entrée en vigueur. Il cessera de produire effet à l'égard de tout État signataire qui, en application de l'article 62 de la Convention d'Association, n'est plus Partie à celle-ci.

Article 7

Le présent Accord, rédigé en un exemplaire unique en langues allemande, française, italienne et néerlandaise, chacun de ces textes faisant également foi, sera déposé dans les archives du Secrétariat des Conseils des Communautés Européennes qui en remettra une copie certifiée conforme aux Gouvernements de chacun des États signataires.

Articolo 3

Tra le Parti interessate si hanno consultazioni tutte le volte che, secondo il parere di una di dette Parti, la applicazione delle disposizioni summenzionate lo richieda

Articolo 4

Il presente Accordo non modifica i poteri e le competenze derivanti dalle disposizioni del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio.

Articolo 5

Il presente Accordo è approvato da ogni Stato firmatario conformemente alle proprie norme costituzionali. Il Governo di ogni Stato notifica al Segretariato dei Consigli delle Comunità Europee l'adempimento delle procedure richieste per l'entrata in vigore del presente Accordo. L'Accordo entra in vigore alla stessa data della Convenzione di Associazione.

Articolo 6

Il presente Accordo è concluso per una durata di cinque anni a decorrere dalla sua entrata in vigore e non avrà più nessun effetto nei confronti di ogni Stato firmatario che, a norma dell'articolo 62 della Convenzione di Associazione, cessa di farne parte.

Articolo 7

Il presente Accordo, redatto in unico esemplare in lingua tedesca, francese, italiana e olandese, i quattro testi facenti tutti ugualmente fede, sarà depositato negli archivi del Segretariato dei Consigli delle Comunità Europee che provvederà a rimetterne copia certificata conforme a ciascuno dei Governi degli Stati firmatari.

Artikel 3

Tussen de betrokken Partijen vindt overleg plaats in alle gevallen waarin, naar de mening van een hunner, de toepassing der bovenvermelde bepalingen dit noodzakelijk maakt.

Artikel 4

Dit Akkoord houdt geen wijziging in van de bevoegdheden en competenties die voortvloeien uit het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal.

Artikel 5

Dit Akkoord wordt door elke ondertekenende Staat goedgekeurd overeenkomstig zijn eigen grondwettelijke voorschriften. De Regering van elke Staat doet het Secretariaat van de Raden der Europese Gemeenschappen mededeling van de beëindiging der procedures die voor het in werking treden van dit Akkoord zijn vereist. Dit Akkoord treedt in werking op dezelfde datum als de Associatieovereenkomst.

Artikel 6

Dit Akkoord wordt gesloten voor een tijdsduur van vijf jaren, te rekenen vanaf zijn inwerkingtreding. Het zal niet langer van toepassing zijn op de ondertekenende Staat die ingevolge artikel 62 van de Associatieovereenkomst geen Partij meer is bij deze Overeenkomst.

Artikel 7

Dit Akkoord, opgesteld in één exemplaar, in de Duitse, de Franse, de Italiaanse en de Nederlandse taal, zijnde de vier teksten gelijkelijk authentiek, zal worden nedergelegd in het archief van het Secretariaat van de Raden der Europese Gemeenschappen, dat een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift daarvan toezendt aan de Regeringen van de ondertekenende Staten.

Schlußakte

Die Bevollmächtigten

Seiner Majestät des Königs der Belgier,
Des Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland,
Des Präsidenten der Französischen Republik,
Des Präsidenten der Italienischen Republik,
Ihrer Königlichen Hoheit
der Großherzogin von Luxemburg,
Ihrer Majestät der Königin der Niederlande
sowie des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

einerseits und

Seiner Majestät des Mwami von Burundi,
Des Präsidenten der Republik Dahome,
Des Präsidenten der Republik Elfenbeinküste,
Des Präsidenten der Republik Gabun,
Des Präsidenten der Bundesrepublik Kamerun,
Des Präsidenten der Republik Kongo (Brazzaville),
Des Präsidenten der Republik Kongo (Léopoldville),
Des Präsidenten der Republik Madagaskar,
Des Staatschef und Präsidenten
des Regierungsrats der Republik Mali,
Des Präsidenten
der Islamitischen Republik Mauretanien,
Des Präsidenten der Republik Niger,
Des Präsidenten der Republik Obervolta,
Des Präsidenten der Republik Rwanda,
Des Präsidenten der Republik Senegal,
Des Präsidenten der Republik Somalia,
Des Präsidenten der Republik Togo,
Des Präsidenten der Republik Tschad,
Des Präsidenten der Zentralafrikanischen Republik

andererseits,

die am zwanzigsten Juli neunzehnhundertdreiundsechzig in Jaunde zur Unterzeichnung des Abkommens über die Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar zusammengetreten sind, haben folgende Texte festgelegt:

das Abkommen über die Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar sowie den Anhang zu diesem Abkommen

und die nachstehend aufgeführten Protokolle:

1. Protokoll Nr. 1 über die Anwendung des Artikels 3 des Assoziierungsabkommens
2. Protokoll Nr. 2 über die Anwendung des Artikels 6 des Assoziierungsabkommens
3. Protokoll Nr. 3 über den Begriff „Erzeugnisse mit Ursprung in ..." oder „Ursprungserzeugnisse" im Sinne des Assoziierungsabkommens
4. Protokoll Nr. 4 über die Maßnahmen der Hohen Vertragsparteien betreffend die gegenseitige Berücksichtigung ihrer Interessen, insbesondere hinsichtlich der tropischen Erzeugnisse
5. Protokoll Nr. 5 über die Verwaltung der Finanzhilfe
6. Protokoll Nr. 6 über die Verwaltungskosten der Organe der Assoziation

Acte final

Les Plénipotentiaires

de Sa Majesté le Roi des Belges,
du Président de la République Fédérale d'Allemagne,
du Président de la République Française,
du Président de la République Italienne,
de Son Altesse Royale la Grande-Duchesse
du Luxembourg,
de Sa Majesté la Reine des Pays-Bas,
ainsi que du Conseil de la Communauté Économique Européenne

d'une part et

de Sa Majesté le Mwami du Burundi,
du Président de la République Fédérale du Cameroun,
du Président de la République Centrafricaine,
du Président de la République du Congo (Brazzaville),
du Président de la République du Congo (Léopoldville),
du Président de la République de Côte-d'Ivoire,
du Président de la République du Dahomey,
du Président de la République Gabonaise,
du Président de la République de Haute-Volta,
du Président de la République Malgache,
du Chef de l'État, Président du Conseil de Gouvernement de la République du Mali,
du Président de la République Islamique de Mauritanie,
du Président de la République du Niger,
du Président de la République Rwandaise,
du Président de la République du Sénégal,
du Président de la République de Somalie,
du Président de la République du Tchad,
du Président de la République Togolaise

d'autre part,

réunis à Yaoundé, le vingt juillet mil neuf cent soixante-trois, pour la signature de la Convention d'Association entre la Communauté Economique Européenne et les Etats africains et malgache associés à cette Communauté, ont arrêté les textes ci-après:

la Convention d'Association entre la Communauté Economique Européenne et les États Africains et Malgache associés à cette Communauté et son Annexe,

les Protocoles énumérés ci-après:

1. Protocole nº 1 relatif à l'application de l'article 3 de la Convention d'Association,
2. Protocole nº 2 relatif à l'application de l'article 6 de la Convention d'Association,
3. Protocole nº 3 relatif à la notion de « produits originaires » pour l'application de la Convention d'Association,
4. Protocole nº 4 relatif à l'action des Hautes Parties Contractantes concernant leurs intérêts réciproques notamment à l'égard des produits tropicaux.
5. Protocole nº 5 relatif à la gestion des aides financières,
6. Protocole nº 6 relatif aux frais de fonctionnement des Institutions de l'Association,

Atto finale

I Plenipotenziari di

Sua Maestà il Re dei Belgi,
Il Presidente della Repubblica federale di Germania,
Il Presidente della Repubblica Francese,
Il Presidente della Repubblica Italiana,
Sua Altezza Reale la Granduchessa del Lussemburgo,

Sua Maestà la Regina dei Paesi Bassi,
e del Consiglio della Comunità Economica Europea

da una parte, e di

Il Presidente della Repubblica dell'Alto Volta,
Sua Maestà il Mwami del Burundi,
Il Presidente della Repubblica federale del Camerun,
Il Presidente della Repubblica Centroafricana,
Il Presidente della Repubblica del Ciad,
Il Presidente della Repubblica del Congo (Brazzaville),
Il Presidente della Repubblica del Congo (Léopoldville),
Il Presidente della Repubblica della Costa d'Avorio,
Il Presidente della Repubblica del Dahomey,
Il Presidente della Repubblica del Gabon,
Il Presidente della Repubblica Malgascia,

Il Capo di Stato, Presidente del Consiglio di Governo della Repubblica del Mali,
Il Presidente della Repubblica Islamitica di Mauritania,
Il Presidente della Repubblica del Niger,
Il Presidente della Repubblica del Ruanda,
Il Presidente della Repubblica del Senegal,
Il Presidente della Repubblica della Somalia,
Il Presidente della Repubblica del Togo

dall'altra parte,

riuniti a Yaoundé, il venti luglio millenovecentosessantatre per la firma della Convenzione di Associazione tra la Comunità Economica Europea e gli Stati africani e malgascio associati a tale Comunità, hanno adottato i testi seguenti:

La Convenzione di Associazione tra la Comunità Economica Europea e gli Stati africani e malgascio associati a tale Comunità e il relativo Allegato,

i Protocolli sotto elencati:

1. Protocollo nº 1 relativo all'applicazione dell'articolo 3 della Convenzione di Associazione,
2. Protocollo nº 2 relativo all'applicazione dell'articolo 6 della Convenzione di Associazione,
3. Protocollo nº 3 relativo al concetto di «prodotti originari» per l'applicazione della Convenzione di Associazione,
4. Protocollo nº 4 relativo all'azione delle Alte Parti Contraenti per quanto riguarda i reciproci interessi in particolare per i prodotti tropicali,
5. Protocollo nº 5 relativo alla gestione degli aiuti finanziari,
6. Protocollo nº 6 relativo alle spese di funzionamento delle Istituzioni dell'Associazione,

Slotakte

De Gevolmachtigden

van Zijne Majesteit de Koning der Belgen,
van de President van de Bondsrepubliek Duitsland,
van de President van de Franse Republiek,
van de President van de Italiaanse Republiek,
van Hare Koninklijke Hoogheid de Groothertogin van Luxemburg,
van Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden,
en van de Raad der Europese Economische Gemeenschap,

enerzijds, en

van Zijne Majesteit de Mwami van Boeroendi,
van de President van de Republiek Boven-Volta,
van de President van de Centraalafrikaanse Republiek,
van de President van de Republiek Dahomey,
van de President van de Republiek Gaboen,
van de President van de Republiek Ivoorkust,
van de President van de Federale Republiek Kameroen,
van de President van de Republiek Kongo (Brazzaville),
van de President van de Republiek Kongo (Leopoldstad),
van de President van de Republiek Madagaskar,
van het Staatshoofd, President van de Regeringsraad van de Republiek Mali,
van de President van de Islamitische Republiek Mauretanië,
van de President van de Republiek Niger,
van de President van de Republiek Rwanda,
van de President van de Republiek Senegal,
van de President van de Republiek Somalia,
van de President van de Republiek Togo,
van de President van de Republiek Tsjaad,

anderzijds,

bijeengekomen te Jaoende da twintigste juli negentienhonderd drieenzestig ter ondertekening van de Associatieovereenkomst tussen de Europese Economische Gemeenschap en de met deze Gemeenschap geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar, hebben de volgende teksten vastgesteld:

de Associatieovereenkomst tussen de Europese Economische Gemeenschap en de met deze Gemeenschap geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar, met bijlage,

de hieronder genoemde Protocollen:

1. Protocol No. 1 betreffende de toepassing van artikel 3 van de Associatieovereenkomst,
2. Protocol No. 2 betreffende de toepassing van artikel 6 van de Associatieovereenkomst,
3. Protocol No. 3 betreffende het begrip „produkten van oorsprong" voor de toepassing van de Associatieovereenkomst,
4. Protocol No. 4 betreffende de maatregelen van de Hoge Overeenkomstsluitende Partijen inzake hun wederzijdse belangen, met name op het gebied van tropische produkten,
5. Protocol No. 5 betreffende het beheer van den financiële steun,
6. Protocol No. 6 betreffende de huishoudelijke kosten van de Instellingen der Associatie,

7. Protokoll Nr. 7 über den Wert der Rechnungseinheit.

Die Bevollmächtigten der Mitgliedstaaten und die Bevollmächtigten der assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskars haben außerdem den Text des Abkommens über die Erzeugnisse, die unter die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallen, festgelegt.

Die Bevollmächtigten der Mitgliedstaaten und die Bevollmächtigten der assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskars haben ferner den Text der nachstehend aufgeführten und dieser Schlußakte beigefügten gemeinsamen Erklärungen festgelegt:

1. Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten und der Vertreter der Regierungen der assoziierten Staaten vom 19. Dezember 1962 zu den Übergangsbestimmungen, die zwischen dem 1. Januar 1963 und dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Assoziierungsabkommens vorzusehen sind (Anhang I).

2. Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten und der Vertreter der Regierungen der assoziierten Staaten zur Liberalisierung des Zahlungsverkehrs (Anhang II).

3. Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten und der Vertreter der Regierungen der assoziierten Staaten zum Protokoll Nr. 5 im Anhang zum Assoziierungsabkommen (Anhang III).

Die Bevollmächtigten der assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskars haben ebenfalls die nachstehend aufgeführten und dieser Schlußakte beigefügten Beschlüsse und Erklärungen zur Kenntnis genommen:

1. Beschluß der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Verwendung des Restbetrags des Entwicklungsfonds für die überseeischen Länder und Gebiete (Anhang IV).

2. Beschluß der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Gewährung einer zusätzlichen Hilfe für die Republik Somalia aus dem Restbetrag des Entwicklungsfonds für die überseeischen Länder und Gebiete (Anhang V).

3. Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Überprüfung der Finanzhilfe nach Ablauf von drei Jahren nach Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens (Anhang VI).

4. Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Kernerzeugnisse (Anhang VII).

5. Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Steigerung des Verbrauchs von Erzeugnissen mit Ursprung in den assoziierten Staaten (Anhang VIII).

6. Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zum Zollkontingent für die Einfuhr von Bananen (Anhang IX)

7. Erklärung des Vertreters der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Bestimmung des Begriffs „Deutscher Staatsangehöriger" (Anhang X).

8. Erklärung des Vertreters der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Geltung des Abkommens für Berlin (Anhang XI).

7. Protocole n° 7 relatif à la valeur de l'unité de compte.

Les plénipotentiaires des États membres et les plénipotentiaires des États africains et malgache associés ont en outre arrêté le texte de l'Accord relatif aux produits relevant de la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier.

Les plénipotentiaires des États membres et les plénipotentiaires des États africains et malgache associés ont également arrêté le texte des déclarations communes énumérées ci-après et annexées au présent Acte final:

1. Déclaration des Représentants des Gouvernements des États membres et des Représentants des Gouvernements des États associés adoptée le 19 décembre 1962, et relative aux dispositions transitoires à prévoir entre le 1er janvier 1963 et la date d'entrée en vigueur de la Convention d'Association (Annexe I).

2. Déclaration des Représentants des Gouvernements des États membres et des Représentants des Gouvernement des États associés relative à la libération des paiements (Annexe II).

3. Déclaration des Représentants des Gouvernements des États membres et des Représentants des Gouvernements des États associés afférente au Protocole n° 5 annexé à la Convention d'Association (Annexe III).

Les plénipotentiaires des États africains et malgache associés ont également pris acte des décisions et déclarations énumérées ci-après et annexées au présent Acte final:

1. Décision des Représentants des Gouvernements des États membres réunis au sein du Conseil relative à l'utilisation du reliquat du Fonds de Développement pour les pays et territoires d'outre-mer (Annexe IV).

2. Décision des Représentants des Gouvernements des États membres réunis au sein du Conseil relative à l'attribution d'une aide supplémentaire à la République de Somalie à prélever sur le reliquat du Fonds de Développement pour les pays et territoires d'outremer (Annexe V).

3. Déclaration des Représentants des Gouvernements des États membres relative au réexamen de l'aide financière à l'expiration des trois années qui suivront l'entrée en vigueur de la Convention d'Association (Annexe VI).

4. Déclaration des Représentants des Gouvernements des États membres relative aux produits nucléaires (Annexe VII).

5. Déclaration des Représentants des Gouvernements des États membres relative à l'accroissement de la consommation des produits originaires des États associés (Annexe VIII).

6. Déclaration des Représentants des Gouvernements des États membres relative au contingent tarifaire pour les importations de bananes (Annexe IX)

7. Déclaration du Représentant du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne relative à la définition des ressortissants allemands (Annexe X).

8. Déclaration du Représentant du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne concernant l'application de la Convention d'Association à Berlin (Annexe XI).

7. Protocollo nº 7 relativo al valore dell'unità di conto.

I plenipotenziari degli Stati membri e quelli degli Stati africani e malgascio associati hanno inoltre adottato il testo dell'Accordo relativo ai prodotti di competenza della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio.

I plenipotenziari degli Stati membri e quelli degli Stati africani e malgascio associati hanno altresi' adottato il testo delle dichiarazioni comuni sotto elencate e allegate al presente Atto finale:

1. Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri e dei Rappresentanti dei Governi degli Stati associati adottata il 19 dicembre 1962, relativa alle disposizioni transitorie da prevedere tra il 1º gennaio 1963 e la data di entrata in vigore della Convenzione di Associazione (Allegato I).

2. Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri e dei Rappresentanti dei Governi degli Stati associati relativa alla liberalizzazione dei pagamenti (Allegato II).

3. Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri e dei Rappresentanti dei Governi degli Stati associati relativa al Protocollo nº 5 allegato alla Convenzione di Associazione (Allegato III).

I plenipotenziari degli Stati africani e malgascio associati hanno preso atto delle decisioni e delle dichiarazioni sotto elencate e allegate al presente Atto finale:

1. Decisione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri riuniti in seno al Consiglio relativa all'impiego delle rimanenze del Fondo per lo Sviluppo dei paesi e territori d'oltremare (Allegato IV).

2. Decisione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri riuniti in seno al Consiglio relativa all'attribuzione di un aiuto supplementare alla Repubblica della Somalia da prelevare dalle rimanenze del Fondo per lo Sviluppo dei paesi e territori d'oltremare (Allegato V).

3. Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri relativa al riesame degli aiuti finanziari alla scadenza dei tre anni successivi all'entrata in vigore della Convenzione di Associazione (Allegato VI).

4. Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri relativa ai prodotti nucleari (Allegato VII).

5. Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri relativa all'aumento del consumo dei prodotti originari degli Stati associati (Allegato VIII).

6. Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri relativa al contingente tariffario per le importazioni di banane (Allegato IX).

7. Dichiarazione del Rappresentante del Governo della Repubblica federale di Germania relativa alla definizione dei cittadini tedeschi (Allegato X).

8. Dichiarazione del Rappresentante del Governo della Repubblica federale di Germania relativa all'applicazione della Convenzione di Associazione a Berlino (Allegato XI).

7. Protocol No. 7 betreffende de waarde van de rekeneenheid.

De gevolmachtigden van de Lid-Staten en de gevolmachtigden van de geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar hebben voorts de tekst vastgesteld van het Akkoord betreffende de produkten die onder de bevoegdheid vallen van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal.

De gevolmachtigden van de Lid-Staten en de gevolmachtigden van de geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar hebben tevens de tekst vastgesteld van de hierna genoemde en aan deze Slotakte gehechte verklaringen:

1. Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten en van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der geassocieerde Staten, aanvaard op 19 december 1962, betreffende de overgangsbepalingen die moeten worden toegepast tussen 1 januari 1963 en de datum van inwerkingtreding van de Associatieovereenkomst (Bijlage I).

2. Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten en van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der geassocieerde Staten betreffende de vrijmaking van de betalingen (Bijlage II).

3. Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten en van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der geassocieerde Staten betreffende Protocol No. 5 bij de Associatieovereenkomst (Bijlage III).

De gevolmachtigden van den geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar hebben voorts akte genomen van de hierna genoemde en aan deze Slotakte gehechte besluiten en verklaringen:

1. Besluit van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten, in het kader van de Raad bijeen, betreffende de aanwending van de overgebleven middelen van het Fonds voor de ontwikkeling van de landen en gebieden overzee (Bijlage IV).

2. Besluit van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten, in het kader van de Raad bijeen, betreffende de toekenning van aanvullende steun aan de Republiek Somalia uit de overgebleven middelen van het Fonds voor de ontwikkeling van de landen en gebieden overzee (Bijlage V).

3. Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten betreffende het opnieuw in ogenschouw nemen van de financiële steun na afloop van drie jaar, volgende op de inwerkingtreding van de Associatieovereenkomst (Bijlage VI).

4. Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten betreffende de produkten op het gebied van de kernenergie (Bijlage VII).

5. Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten betreffende de toeneming van het verbruik van produkten van oorsprong uit de geassocieerde Staten (Bijlage VIII).

6. Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten betreffende het tariefcontingent voor de invoer van bananen (Bijlage IX).

7. Verklaring van de Vertegenwoordiger van de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland betreffende de omschrijving van het begrip „Duits onderdaan" (Bijlage X).

8. Verklaring van de Vertegenwoordiger van de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland betreffende de toepassing van de Associatieovereenkomst op Berlijn (Bijlage XI).

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter diese Schlußakte gesetzt.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés ont apposé leurs signatures au bas du présent Acte final

GESCHEHEN zu Jaunde, am zwanzigsten Juli neunzehnhundertdreiundsechzig.

FAIT à Yaoundé, le vingt juillet mil neuf cent soixante-trois.

Pour Sa Majesté le Roi des Belges:
Voor Zijne Majesteit de Koning der Belgen:
H. Fayat

Für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland:
W. Scheel

Pour le Président de la République Française:
R. Triboulet

Per il Presidente della Repubblica Italiana:
E. Colombo

Pour Son Altesse Royale la Grande-Duchesse
de Luxembourg:
E. Schaus

Voor Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden:
J. Luns

Im Namen des Rates
der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft:

Pour le Conseil
de la Communauté Économique Européenne:

Per il Consiglio della Comunità Economica Europea:

Voor de Raad
der Europese Economische Gemeenschap:
J. Luns W. Hallstein

Pour Sa Majesté le Mwami du Burundi:
L. Nimubona

Pour le Président de la République fédérale
du Cameroun:
V. Kanga

Pour le Président de la République Centrafricaine:
J. Mackpayen

Pour le Président de la République du Congo
(Brazzaville):
V. Sathoud

Pour le Président de la République du Congo
(Léopoldville):
M. Lengema

IN FEDE DI CHE, i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce al presente Atto finale.

FATTO a Yaoundé, il venti luglio millenovecentosessantatre.

TEN BLIJKE WAARVAN de ondergetekende gevolmachtigden hun handtekening onder deze Slotakte hebben gesteld.

GEDAAN te Jaoende, de twintigste juli negentienhonderd drieenzestig.

Pour le Président de la République de la Côte-d'Ivoire:
L. Amon Tanoh

Pour le Président de la République du Dahomey:
Aplogan

Pour le Président de la République Gabonaise:
A. Anguile

Pour le Président de la République de la Haute-Volta:
M. Traore

Pour le Président de la République Malgache:
A. Ramangasoavina

Pour le Chef de l'Etat,
Président du Conseil de Gouvernement
de la République du Mali:
J. Kone

Pour le Président de la République islamique
de Mauretanie:
M. Sidi

Pour le Président de la République du Niger:
I. Zodi

Pour le Président de la République Rwandaise:
C. Habamenshi

Pour le Président de la République du Sénégal:
D. Gueye

Per il Presidente della Repubblica Somala:
A. Scego

Pour le Président de la République du Tchad:
M. Nganstar

Pour le Président de la République Togolaise:
J. Agbemegnan

Anhang I

Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten und der Vertreter der Regierungen der assoziierten Staaten vom 19. Dezember 1962 zu den Übergangsbestimmungen, die zwischen dem 1. Januar 1963 und dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Assoziierungsabkommens vorzusehen sind

Die Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten und die Vertreter der Regierungen der assoziierten Staaten erklären sich im Rahmen der Zuständigkeit ihrer Regierungen damit einverstanden, daß in der Zeit vom 1. Januar 1963 bis zum Inkrafttreten des neuen Assoziierungsabkommens, längstens aber bis zum 31. Dezember 1963, folgende Bestimmungen gelten:

(1) Der Abbau der Zölle und Abgaben mit gleicher Wirkung wie diese Zölle wird zwischen den Mitgliedstaaten und den assoziierten Staaten nach Maßgabe der am 31. Dezember 1962 geltenden Regelung fortgesetzt.

(2) Die in den assoziierten Staaten bestehenden Kontingente für die Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den Mitgliedstaaten und die in den Mitgliedstaaten bestehenden Kontingente für die Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den assoziierten Staaten werden auf der für 1962 festgelegten Höhe, wie sie sich aus der Anwendung des Vertrags ergibt, belassen, jedoch vorbehaltlich der Maßnahmen, welche die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik treffen könnte.

(3) Die Gemeinschaft berücksichtigt bei der Gestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik die Interessen der assoziierten Staaten in bezug auf die den europäischen Erzeugnissen gleichartigen und mit ihnen konkurrierenden Erzeugnisse. Zu diesem Zweck finden zwischen der Gemeinschaft und den betreffenden assoziierten Staaten Konsultationen statt

(4) Die am 31. Dezember 1962 auf Grund der Anwendung des Vertrags geltende Regelung für das Niederlassungsrecht bleibt bestehen.

(5) Die Unterzeichner des neuen Assoziierungsabkommens treffen keine Maßnahmen, die im Widerspruch zu diesem Abkommen stehen.

Die Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten und die Vertreter der Regierungen der assoziierten Staaten, die das Assoziierungsabkommen unterzeichnen, werden einander gegebenenfalls über die nach dem 31. Dezember 1963 anzuwendenden Bestimmungen konsultieren.

Annexe I

Déclaration des Représentants des Gouvernements des États membres et des Représentants des Gouvernements des États associés adoptée le 19 décembre 1962 et relative aux dispositions transitoires à prévoir entre le 1er janvier 1963 et la date d'entrée en vigueur de la Convention d'Association

Les Représentants des Gouvernements des États membres et les Représentants des Gouvernements des États associés, agissant dans le cadre de la compétence respective de leurs gouvernements, marquent leur accord sur les dispositions suivantes s'appliquant pendant la période entre le 1er janvier 1963 et la date de l'entrée en vigueur de la nouvelle Convention d'Association et, au plus tard, jusqu'au 31 décembre 1963.

1. L'élimination des droits de douane et taxes d'effet équivalent à de tels droits se poursuit entre les États membres et les États associés conformément au régime en vigueur au 31 décembre 1962.

2. Les contingents d'importation, dans les États associés, de produits originaires des États membres et, dans les États membres, de produits originaires des États associés, demeurent au niveau fixé pour l'année 1962, tel qu'il résulte de l'application du Traité, sous réserve des dispositions qui pourraient être prises par la Communauté Economique Européenne dans le cadre de la politique agricole commune.

3. Dans la détermination de la politique agricole commune, la Communauté prend en considération les intérêts des États associés en ce qui concerne les produits homologues et concurrents des produits européens. Des consultations ont lieu à cet effet entre la Communauté et les États associés intéressés.

4. Le régime du droit d'établissement tel qu'il résulte de l'application du Traité au 31 décembre 1962 est maintenu.

5. Les Parties signataires de la nouvelle Convention d'Association s'abstiennent de prendre toute mesure qui serait en contradiction avec celle-ci.

Les Représentants des Gouvernements des États membres et les Représentants des Gouvernements des États associés signataires de ladite Convention se consulteront, le cas échéant, sur les dispositions à appliquer postérieurement au 31 décembre 1963.

Anhang II

Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten und der Vertreter der Regierungen der assoziierten Staaten zur Liberalisierung des Zahlungsverkehrs

Die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Regierungen der assoziierten Staaten werden im Rahmen ihrer sachlichen Zuständigkeit bemüht sein, bei der Liberalisierung der Zahlungen im Sinne des Artikels 35 des Abkommens über die in dem genannten Artikel vorgesehene

Annexe II

Déclaration des Représentants des Gouvernements des États membres et des Représentants des Gouvernements des États associés relative à la libération des paiements

Les Gouvernements des États membres et les Gouvernements des États associés s'efforceront, dans la limite de leur compétence en la matière, de procéder à la libération des paiements visés à l'article 35 de la Convention d'Association, au-delà de ce qui est prévu à cet article

Allegato I

Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri e dei Rappresentanti dei Governi degli Stati associati, adottata il 19 dicembre 1962, relativa alle disposizioni transitorie da prevedere tra il 1° gennaio 1963 e la data di entrata in vigore della Convenzione di Associazione

I Rappresentanti dei Governi degli Stati membri ed i Rappresentanti dei Governi degli Stati associati, agendo nei limiti delle competenze dei loro Governi, si dichiarano d'accordo sulle seguenti disposizioni che si applicheranno durante il periodo tra il 1° gennaio 1963 e la data dell'entrata in vigore della nuova Convenzione di Associazione e, al più tardi, sino al 31 dicembre 1963.

1. L'eliminazione dei dazi doganali e delle tasse di effetto equivalente a tali dazi prosegue tra gli Stati membri e gli Stati associati, in conformità del regime in vigore il 31 dicembre 1962.

2. I contingenti d'importazione, negli Stati associati, di prodotti originari degli Stati membri e, negli Stati membri, di prodotti originari degli Stati associati, rimangono al livello fissato per l'anno 1962, quale esso risulta dall'applicazione del Trattato, fatte salve le disposizioni che potrebbero essere adottate dalla Comunità Economica Europea nell'ambito della politica agricola comune.

3. Nel determinare la propria politica agricola comune la Comunità prende in considerazione gli interessi degli Stati associati per quanto riguarda i prodotti omologhi e concorrenti dei prodotti europei. A tal fine hanno luogo consultazioni tra la Comunità e gli Stati associati interessati.

4. È mantenuto il regime del diritto di stabilimento quale esso risulta dall'applicazione del Trattato il 31 dicembre 1962.

5. Le Parti firmatarie della nuova Convenzione di Associazione si astengono dal prendere ogni provvedimento in contraddizione con la stessa.

I Rappresentanti dei Governi degli Stati membri e i Rappresentanti dei Governi degli Stati associati firmatari di detta Convenzione si consulteranno eventualmente sulle disposizioni da applicare dopo il 31 dicembre 1963.

Bijlage I

Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten en van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der geassocieerde Staten, aanvaard op 19 december 1962, betreffende de overgangsbepalingen die moeten worden toegepast tussen 1 januari 1963 en de datum van inwerkingtreding van de Associatieovereenkomst

De Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten en de Vertegenwoordigers van de Regeringen der geassocieerde Staten betuigen, elk in het kader van de bevoegdheid van zijn Regering, hun instemming met de volgende bepalingen, die voor de periode tussen 1 januari 1963 en de datum van inwerkingtreding der nieuwe Associatieovereenkomst, en uiterlijk tot en met 31 december 1963, zullen gelden.

1. De afschaffing van de douanerechten en heffingen van gelijke werking als dergelijke rechten wordt tussen de Lid-Staten en de geassocieerde Staten voortgezet overeenkomstig de op 31 december 1962 geldende regeling.

2. De contingenten voor de invoer in de geassocieerde Staten van produkten van oorsprong uit de Lid-Staten en, in de Lid-Staten, van produkten van oorsprong uit de geassocieerde Staten, blijven gehandhaafd op het voor 1962 vastgestelde niveau, zoals dit uit de toepassing van het Verdrag voortvloeit, behoudens de maatregelen die door de Europese Economische Gemeenschap in het kader van het gemeenschappelijk landbouwbeleid kunnen worden getroffen.

3. Bij de bepaling van haar gemeenschappelijk landbouwbeleid houdt de Gemeenschap rekening met de belangen der geassocieerde Staten betreffende produkten die gelijksoortig zijn aan Europese produkten en daarmede concurreren. Te dien einde wordt tussen de Gemeenschap en de betrokken geassocieerde Staten overleg gepleegd.

4. De regeling inzake het recht van vestiging zoals deze voortvloeit uit de toepassing van het Verdrag op 31 december 1962, wordt gehandhaafd.

5. De ondertekenende Partijen bij de nieuwe Associatieovereenkomst onthouden zich ervan maatregelen te treffen die met deze Overeenkomst in strijd zijn.

De Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten en de Vertegenwoordigers van de Regeringen der geassocieerde Staten die genoemde Overeenkomst ondertekenen, zullen eventueel onderling overleg plegen met betrekking tot de na 31 december 1963 toe te passen bepalingen.

Allegato II

Dichiarazione comune dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri e degli Stati associati relativa alla liberalizzazione dei pagamenti

I Governi degli Stati membri e i Governi degli Stati associati si sforzeranno di procedere, entro i limiti delle loro competenze in materia, alla liberalizzazione dei pagamenti di cui all'articolo 35 della Convenzione di Associazione oltre a quanto previsto dall'articolo stesso

Bijlage II

Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten en van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der geassocieerde Staten betreffende de vrijmaking van de betalingen

De Regeringen der Lid-Staten en de Regeringen der geassocieerde Staten zullen, binnen de grenzen van hun bevoegdheden op dit gebied, ernaar streven de in artikel 35 van de Overeenkomst bedoelde betalingen in ruimere mate vrij te maken dan in dit artikel is bepaald,

Grenze hinauszugehen, soweit ihre Wirtschaftslage im allgemeinen und der Stand ihrer Zahlungsbilanz im besonderen dies zulassen.

pour autant que leur situation économique en général et l'état de leur balance des paiements en particulier le leur permettent.

Anhang III

Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten und der Vertreter der Regierungen der assoziierten Staaten zum Protokoll Nr. 5 im Anhang zum Assoziierungsabkommen

Die Regierungen der Mitgliedstaaten und der assoziierten Staaten —

Gestützt auf Artikel 17 Ziffer 3 des Assoziierungsabkommens und auf das Protokoll Nr. 5, insbesondere auf Artikel 23 —

Nehmen Kenntnis von dem nachstehenden, zwischen den betreffenden Vertragsparteien vereinbarten Zeitplan, durch den die Zeitpunkte festgelegt werden, zu denen bestimmte Produktionen ab sofort bis zum Ende der Laufzeit des Assoziierungsabkommens schrittweise zu Weltmarktpreisen zu vermarkten sind.

Zeitplan für die Durchführung der Vermarktung zu Weltmarktpreisen

1. für Kokosschnitzel, Pfeffer, Palmöl, Baumwolle und Gummiarabikum mit Beginn des Wirtschaftsjahres 1963/1964;
2. für Reis und Zucker mit Einführung der gemeinsamen Agrarpolitik für diese Erzeugnisse;
3. für Ölsaaten und ölhaltige Früchte mit Einführung der gemeinsamen Agrarpolitik für diese Erzeugnisse, spätestens aber mit Beginn des Wirtschaftsjahres 1964/1965.
4. Bei Kaffee setzt die Vermarktung zu wettbewerbsfähigen Preisen mit Beginn des in der zweiten Hälfte des Jahres 1963 beginnenden Wirtschaftsjahres ein; sie wird tatsächlich spätestens zu Beginn des Wirtschaftsjahres verwirklicht, das in der zweiten Hälfte des Jahres 1967 beginnt. Der jährliche Satz der schrittweisen Angleichung an den Weltmarktpreis liegt bei 15 bis 35 %. Der Assoziationsrat prüft den zu Beginn jedes Wirtschaftsjahres anzuwendenden Satz.

Annexe III

Déclaration des Représentants des Gouvernements des États membres et des Représentants des Gouvernements des États associés afférente au Protocole nº 5 annexé à la Convention d'Association

Les Gouvernements des États membres et des États associés,

Vu les dispositions de l'article 17, paragraphe 3 de la Convention d'Association et celles du Protocole nº 5, notamment son article 23,

Prennent acte du calendrier ci-après annexé, dont sont convenues les Parties Contractantes intéressées, et qui détermine les dates auxquelles, progressivement et d'ici la fin de la période de validité de ladite Convention, sera assurée la commercialisation de certaines productions aux cours mondiaux.

Calendrier de mise en application de la commercialisation aux cours mondiaux

1. Pour le coco râpé, le poivre, l'huile de palme, le coton et la gomme arabique, dès le début de la campagne 1963/1964.
2. Pour le riz et le sucre, dès la mise en œuvre de la politique agricole commune concernant ces produits.
3. Pour les oléagineux, dès la mise en œuvre de la politique agricole commune concernant ces produits et au plus tard dès le début de la campagne 1964/1965.
4. Pour le café, la commercialisation à des prix compétitifs sera mise progressivement en application dès le début de la campagne qui s'ouvrira au cours du deuxième semestre 1963; elle se réalisera effectivement au plus tard au début de la campagne s'ouvrant au cours du deuxième semestre de l'année 1967. Le taux annuel du rapprochement progressif vers le cours mondial sera de l'ordre de 15 à 35 %. Le Conseil d'Association examinera le taux applicable au début de chaque campagne.

Anhang IV

Beschluß der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Verwendung des Restbetrags des Entwicklungsfonds für die überseeischen Länder und Gebiete

Die am 31. Dezember 1962 noch nicht gebundenen Mittel des Entwicklungsfonds für die überseeischen Länder und Gebiete werden nach Maßgabe des Durchführungsabkommens im Anhang zum Vertrag und der zu dem genannten Zeitpunkt geltenden Regelung weiterhin zugunsten der assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskars sowie der abhängigen assoziierten überseeischen Länder und Gebiete und der französischen überseeischen Departements verwandt.

Annexe IV

Décision des Représentants des Gouvernements des États membres réunis au sein du Conseil relative à l'utilisation du reliquat du Fonds de Développement pour les pays et territoires d'outre-mer

Les ressources du Fonds de Développement pour les pays et territoires d'outre-mer, n'ayant pas encore fait, au 31 décembre 1962, l'objet d'engagements, continueront à être utilisées au bénéfice des États associés africains et malgache ainsi que des pays et territoires d'outre-mer associés dépendants et des départements français d'outre-mer, dans les conditions prévues par la Convention d'application annexée au Traité, ainsi que par la réglementation en vigueur à cette date.

nella misura in cui ciò sia ad essi consentito dalla loro situazione economica generale e, in particolare, dalla situazione della loro bilancia dei pagamenti.

Allegato III

Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati mebri e dei Rappresentanti dei Governi degli Stati associati relativa al Protocollo nº 5 allegato alla Convenzione di Associazione

I Governi degli Stati membri e degli Stati associati,

Viste le disposizioni dell'articolo 17, paragrafo 3, della Convenzione di Associazione e, quelle del Protocollo nº 5 ed in particolare dell'articolo 23,

Prendono atto del seguente calendario, convenuto dalle Parti Contraenti interessati, in cui si fissano progressivamente e fino al termine del periodo di validità della Convenzione le date in cui sarà assicurata la commercializzazione di talune produzioni a corsi mondiali.

Calendario d'applicazione della commercializzazione a corsi mondiali

1. Per la noce di cocco grattugiata, il pepe, l'olio di palma, il cotone e la gomma arabica, dall'inizio della campagna 1963/1964.
2. Per il riso e lo zucchero, a decorrere dall'attuazione della politica agricola comune per tali prodotti.
3. Per i prodotti oleaginosi, a decorrere dall'attuazione della politica agricola comune concernente tali prodotti e al più tardi dall'inizio della campagna 1964/1965.
4. Per il caffè, la commercializzazione a prezzi di concorrenza entrerà in applicazione progressivamente a decorrere dall'inizio della campagna del cesondo semestre del 1963; essa sarà effettivamente realizzata al più tardi all'inizio della campagna del secondo semestre 1967. Il tasso annuo del ravvicinamento progressivo al corso mondiale si aggirerà tra il 15 e il 35 %. Il Consiglio di Associazione esaminerà il tasso applicabile all'inizio di ogni campagna.

Allegato IV

Decisione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri riuniti in seno al Consiglio relativa all'impiego delle rimanenze del Fondo per lo Sviluppo dei paesi e territori d'oltremare

Le risorse del Fondo per lo Sviluppo dei paesi e territori d'oltremare, che per il 31 dicembre 1962 non saranno state oggetto di impegno, continueranno ad essere impiegate a favore degli Stati africani e malgascio associati, nonchè dei paesi e territori d'oltremare associati dipendenti e dei dipartimenti francesi d'oltremare, alle condizioni previste dalla Convenzione d'applicazione allegata al Trattato, nonchè dalla regolamentazione in vigore a tale data.

voor zover hun economische toestand in het algemeen en de toestand van hun betalingsbalans in het bijzonder zulks toelaten.

Bijlage III

Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten en van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der geassocieerde Staten betreffende Protocol No. 5

De Regeringen van de Lid-Staten en van de geassocieerde Staten,

Gelet op artikel 17 sub 3 van de Overeenkomst en op de bepalingen van Protocol No. 5, inzonderheid op artikel 23,

Nemen nota van het navolgende tijdschema, waaromtrent de betrokken Partijen overeenstemming hebben bereikt en waarbij de data worden vastgesteld, waarop, geleidelijk — van nu af aan en vóór het einde van de geldigheidsduur van genoemde Overeenkomst —, bepaalde produkties tegen wereldmarktprijzen zullen worden verhandeld.

Tijdschema voor het verhandelen tegen wereldmarktprijzen

1. Voor geraspte kokos, peper, palmolie, katoen en Arabische gom, aan het begin van de produktiecampagne 1963/1964.
2. Voor rijst en suiker, vanaf het tijdstip waarop het gemeenschappelijk landbouwbeleid voor deze produkten wordt uitgevoerd.
3. Voor oliehoudende produkten, vanaf het tijdstip waarop het gemeenschappelijk landbouwbeleid voor deze produkten wordt uitgevoerd en uiterlijk aan het begin van de produktiecampagne 1964/1965.
4. Voor koffie zal het verhandelen tegen concurrerende prijzen geleidelijk worden toegepast met ingang van de produktiecampagne die tijdens het tweede halfjaar van 1963 aanvangt, hetgeen uiterlijk aan het begin van de produktiecampagne die tijdens het tweede halfjaar van 1967 aanvangt, een voldongen feit moet zijn. Het jaarlijkse percentage van de geleidelijke toenadering tot de wereldmarktprijs zal tussen 15 en 35 liggen. De Associatieraad zal nagaan, welk percentage moet worden toegepast bij de aanvang van elke produktiecampagne.

Bijlage IV

Besluit van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten, in het kader van de Raad bijeen, betreffende de aanwending van de overgebleven middelen van het Fonds voor de ontwikkeling van de landen en gebieden overzee

De middelen van het Fonds voor de ontwikkeling van de landen en gebieden overzee ten aanzien waarvan op 31 december 1962 nog geen betalingsverplichtingen zijn aangegaan, zullen ook in de toekomst worden aangewend ten behoeve van de geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar, alsmede van de afhankelijke geassocieerde landen en gebieden overzee en van de Franse overzeese departementen op de wijze als voorzien in de aan het Verdrag gehechte Toepassingsovereenkomst en in de op dat tijdstip geldende regelingen.

Anhang V

Beschluß der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Gewährung einer zusätzlichen Hilfe für die Republik Somalia aus dem Restbetrag des Entwicklungsfonds für die überseeischen Länder und Gebiete

Um dem Wunsch der Vertreter der assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskars Rechnung zu tragen, erklären sich die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten damit einverstanden, daß die Kommission ermächtigt wird, in der Republik Somalia durchzuführende zusätzliche Vorhaben für die Finanzierung durch den Entwicklungsfonds für die überseeischen Länder und Gebiete vorzusehen. Diese Finanzierung erfolgt aus Mitteln, die in der zweiten Zeile der Übersicht der Anlage B zum Durchführungsabkommen im Anhang zum Vertrag vorgesehen sind.

Annexe V

Décision des Représentants des Gouvernements des États membres réunis au sein du Conseil relative à l'attribution d'une aide supplémentaire à la République de Somalie à prélever sur le reliquat du Fonds de Développement pour les pays et territoires d'outre-mer

Pour tenir compte du vœu exprimé par les Représentants des États africains et malgache associés, les Représentants des Gouvernements des États membres, réunis au sein du Conseil, marquent leur accord pour que la Commission soit autorisée à retenir pour le financement par le Fonds de Développement pour les pays et territoires d'outre-mer des projets supplémentaires à exécuter en République de Somalie. Les ressources nécessaires à ce financement sont prelevées sur les crédits prévus à la deuxième ligne du tableau de l'annexe B de la Convention d'application annexée au Traité.

Anhang VI

Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Überprüfung der Finanzhilfe nach Ablauf von drei Jahren nach Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens

Die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft —

Ohne damit vorzeitige Verhandlungen über ein neues Abkommen in Aussicht zu nehmen —

Kommen überein, nach Ablauf von drei Jahren nach Inkrafttreten dieses Assoziierungsabkommens die Finanzhilfe mit dem Ziel zu überprüfen, etwaige Mängel festzustellen und gegebenenfalls Beschlüsse zu fassen, die sich auf Grund der während des vorgenannten Zeitraums gesammelten Erfahrungen als notwendig erweisen.

Annexe VI

Déclaration des Représentants des Gouvernements des États membres relative au réexamen de l'aide financière à l'expiration des trois années qui suivront l'entrée en vigueur de la Convention d'Association

Les Gouvernements des États membres de la Communauté Economique Européenne,

Sans envisager pour autant la négociation anticipée d'une nouvelle Convention d'Association,

Conviennent de procéder, à l'expiration des trois années qui suivront l'entrée en vigueur de la présente Convention, à un réexamen des aides financières destiné à en faire apparaître les imperfections et de prendre les décisions éventuelles qui se révèleront nécessaires à la lumière de l'expérience acquise pendant cette période.

Anhang VII

Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Kernerzeugnisse

Aus den Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft in Verbindung mit den Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ergibt sich, daß die Bestimmungen des Titels I des neuen Assoziierungsabkommens auf die in den Artikeln 92 ff. des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft genannten Güter und Erzeugnisse anwendbar sind.

Annexe VII

Déclaration des Représentants des Gouvernements des États membres relative aux produits nucléaires

Il résulte des dispositions combinées du Traité instituant la Communauté Européenne de l'Energie Atomique et du Traité instituant la Communauté Economique Européenne que les dispositions du Titre Ier de la nouvelle Convention d'Association sont applicables aux biens et produits visés aux articles 92 et suivants du Traité instituant la Communauté Européenne de l'Energie Atomique.

Anhang VIII

Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Steigerung des Verbrauchs von Erzeugnissen mit Ursprung in den assoziierten Staaten

Die Mitgliedstaaten werden prüfen, welche Maßnahmen geeignet sind, den Verbrauch der Erzeugnisse mit Ursprung in den assoziierten Staaten zu steigern.

Annexe VIII

Déclaration des Représentants des Gouvernements des États membres relative à l'accroissement de la consommation des produits originaires des États associés

Les États membres étudieront les moyens propres à favoriser l'accroissement de la consommation des produits originaires des États associés.

Allegato V

Decisione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri riuniti in seno al Consiglio relativa all'attribuzione di un aiuto supplementare alla Repubblica della Somalia da prelevare sulle rimanenze del Fondo per lo Sviluppo dei paesi e territori d'oltremare

Per tener conto del desiderio espresso dai Rappresentanti degli Stati africani e malgascio associati, i Rappresentanti dei Governi degli Stati membri, riuniti in seno al Consiglio, si dichiarano d'accordo affinchè la Commissione sia autorizzata ad adottare, per il finanziamento da parte del Fondo per lo Sviluppo dei paesi e territori d'oltremare, dei progetti supplementari da eseguire nella Repubblica Somala. Le risorse necessarie a tale finanziamento sono prelevate dagli stanziamenti previsti alla seconda riga della tabella dell'Allegato B della Convenzione d'applicazione allegata al Trattato.

Bijlage V

Besluit van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten, in het kader van de Raad bijeen, betreffende de toekenning van aanvullende steun aan de Republiek Somalia uit de overgebleven middelen van het Fonds voor de ontwikkeling van de landen en gebieden overzee

Ten einde rekening te houden met de wens van de Vertegenwoordigers der geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar gaan de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten, in het kader van de Raad bijeen, ermede akkoord, dat de Commissie wordt gemachtigd de in de Republiek Somalia uit te voeren aanvullende projecten voor financiering door het Fonds voor de ontwikkeling van de landen en gebieden overzee in aanmerking te doen komen. De voor deze financiering noodzakelijke middelen worden geput uit de kredieten, vermeld in de tweede regel van de tabel van bijlage B der aan het Verdrag gehechte Toepassingsovereenkomst.

Allegato VI

Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri relativa al riesame degli aiuti finanziari alla scadenza dei tre anni successivi all'entrata in vigore della Convenzione di Associazione

I Governi degli Stati membri della Comunità Economica Europea,

Senza per questo prendere in considerazione negoziati anticipati per una nuova Convenzione,

Convengono di riesaminare, alla scadenza dei tre anni successivi all'entrata in vigore della presente Convenzione, gli aiuti finanziari allo scopo di rilevarne le imperfezioni e di adottare le eventuali decisioni che risulteranno necessarie in base all'esperienza acquistata durante questo periodo.

Bijlage VI

Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten betreffende het opnieuw in ogenschouw nemen van de financiële steun na afloop van drie jaar, volgende op de inwerkingtreding van de Associatieovereenkomst

De Regeringen van de Lid-Staten der Europese Economische Gemeenschap,

Zonder evenwel voortijdige onderhandelingen over een nieuwe Overeenkomst in overweging te nemen,

Komen overeen om na afloop van drie jaar, volgende op de inwerkingtreding van deze Overeenkomst, de financiële steun opnieuw in ogenschouw te nemen, ten einde onvolmaaktheden daarin aan het licht te brengen en eventueel besluiten te nemen, die, gezien de tijdens deze periode opgedane ervaring, noodzakelijk blijken.

Allegato VII

Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri relativa ai prodotti nucleari

Risulta dalle disposizioni abbinate del Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica e del Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea che le disposizioni del Titolo I della nuova Convenzione di Associazione sono applicabili ai beni e ai prodotti di cui agli articoli 92 e seguenti del Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica.

Bijlage VII

Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten betreffende de produkten op het gebied van de kernenergie

Uit de gezamenlijke bepalingen van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie en van het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap vloeit voort dat de bepalingen van Titel I van de nieuwe Associatieovereenkomst van toepassing zijn op de goederen en produkten, genoemd in de artikelen 92 en volgende van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie.

Allegato VIII

Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri relativa all'aumento del consumo dei prodotti originari degli Stati associati

Gli Stati membri studieranno i mezzi atti a favorire l'aumento del consumo dei prodotti originari degli Stati associati.

Bijlage VIII

Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten betreffende de toeneming van het verbruik van produkten van oorsprong uit de geassocieerde Staten

De Lid-Staten zullen een onderzoek instellen naar de middelen waardoor de toeneming van het verbruik van produkten van oorsprong uit de geassocieerde Staten kan worden bevorderd.

Anhang IX

Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zum Zollkontingent für die Einfuhr von Bananen

Übersteigen die von der Bundesrepublik Deutschland benötigten Mengen das Zollkontingent, das ihr auf Grund des von den Mitgliedstaaten am 25. März 1957 unterzeichneten Protokolls über das Zollkontingent für die Einfuhr von Bananen (ex 08.01 des Brüsseler Zolltarifschemas) eingeräumt worden ist, so werden die ausführenden assoziierten Staaten darüber konsultiert, ob sie unter geeigneten Bedingungen die von der Bundesrepublik Deutschland benötigten Mengen ganz oder teilweise liefern können.

Annexe IX

Déclaration des Représentants des Gouvernements des États membres relative au contingent tarifaire pour les importations de bananes

Au cas où les quantités demandées par la République fédérale d'Allemagne excéderaient le contingent tarifaire qui lui est réservé en vertu du Protocole concernant le contingent tarifaire pour les importations de bananes (ex 08.01 de la Nomenclature de Bruxelles) signé par les États membres le 25 mars 1957, les États associés exportateurs seront consultés sur leurs possibilité de fournir dans des conditions appropriées tout ou partie des quantités demandées par la République fédérale d'Allemagne.

Anhang X

Erklärung des Vertreters der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Bestimmung des Begriffs „Deutscher Staatsangehöriger"

Als Staatsangehörige der Bundesrepublik Deutschland gelten alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

Annexe X

Déclaration du Représentant du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne relative à la définition des ressortissants allemands

Sont à considérer comme ressortissants de la République fédérale d'Allemagne, tous les Allemands au sens de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne.

Anhang XI

Erklärung des Vertreters der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Geltung des Abkommens für Berlin

Das Assoziierungsabkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den übrigen Vertragsparteien binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Annexe XI

Déclaration du Représentant du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne concernant l'application de la Convention d'Association à Berlin

La Convention d'Association est également applicable au Land de Berlin, pour autant que le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne n'a pas fait aux autres Parties Contractantes, dans un délai de trois mois à partir de l'entrée en vigueur de la Convention, une déclaration contraire.

Allegato IX

Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri relativa al contigente tariffario per le importazioni di banane

Qualora i quantitativi chiesti dalla Repubblica federale di Germania superino il contingente tariffario ad essa riservato in virtù del Protocollo relativo al contingente tariffario per le importazioni di banane (ex 08.01 della Nomenclatura di Bruxelles), firmato dagli Stati membri il 25 marzo 1957, gli Stati associati esportatori saranno consultati sulle loro possibilità di fornire, in condizioni appropriate, in tutto o in parte i quantitativi chiesti dalla Repubblica federale di Germania.

Bijlage IX

Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten betreffende het tariefcontingent voor de invoer van bananen

Mochten de door de Bondsrepubliek Duitsland aangevraagde hoeveelheden het tariefcontingent overschrijden, dat haar krachtens het op 25 maart 1957 door de Lid-Staten ondertekende Protocol betreffende het tariefcontingent voor de invoer van bananen (ex 08.01 van de Naamlijst van Brussel) is toegekend, dan worden de exporterende geassocieerde Staten geraadpleegd over de mogelijkheid om onder passende omstandigheden de door de Bondsrepubliek Duitsland aangevraagde hoeveelheden geheel of gedeeltelijk te leveren.

Allegato X

Dichiarazione del Rappresentante del Governo della Repubblica federale di Germania relativa alla definizione dei cittadini tedeschi

Devono essere considerati cittadini della Repubblica federale di Germania tutti i tedeschi nel senso definito dalla legge fondamentale della Repubblica federale di Germania.

Bijlage X

Verklaring van de Vertegenwoordiger van de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland betreffende de omschrijving van het begrip „Duits onderdaan"

Als onderdaan van de Bondsrepubliek Duitsland dienen te worden beschouwd alle Duitsers in de zin van de Grondwet van de Bondsrepubliek Duitsland.

Allegato XI

Dichiarazione del Rappresentante del Governo della Repubblica federale di Germania relativa all'applicazione della Convenzione di Associazione a Berlino

La Convenzione di Associazione si applica ugualmente al Land di Berlino, salvo che il Governo della Repubblica federale die Germania non faccia alle altre Parti Contraenti, entro tre mesi dall'entrata in vigore della Convenzione, una dichiarazione contraria.

Bijlage XI

Verklaring van de Vertegenwoordiger van de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland betreffende de toepassing van de Associatieovereenkomst op Berlijn

De Associatieovereenkomst is eveneens van toepassing op het Land Berlijn, tenzij de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland, binnen drie maanden na de inwerkingtreding van de Overeenkomst, tegenover de andere Partijen het tegendeel heeft verklaard.

Internes Abkommen über die zur Durchführung des Abkommens über die Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar zu treffenden Maßnahmen und die dabei anzuwendenden Verfahren

Accord interne relatif aux mesures à prendre et aux procedures à suivre pour l'application de la Convention d'Association entre la Communauté Économique Européenne et les États Africains et Malgache associés à cette Communauté

DIE IM RAT VEREINIGTEN VERTRETER DER REGIERUNGEN DER MITGLIEDSTAATEN DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT —

GESTÜTZT auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — nachstehend „der Vertrag" genannt — und auf das Abkommen über die Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar, nachstehend „das Assoziierungsabkommen" genannt;

IN ERWÄGUNG nachstehender Gründe:

Es ist notwendig, die Einzelheiten für das Zustandekommen der gemeinsamen Haltung der Vertreter der Gemeinschaft in dem durch das Assoziierungsabkommen eingesetzten Assoziationsrat sowie die Durchführungsbestimmungen zu verschiedenen Artikeln des Assoziierungsabkommens, die ein Vorgehen der Gemeinschaft, ein gemeinsames Vorgehen der Mitgliedstaaten oder das Vorgehen eines Mitgliedstaates erforderlich machen können, festzulegen.

Es ist erforderlich, die Regeln festzulegen, nach denen die Maßnahmen zur Anwendung der Beschlüsse, Empfehlungen und Stellungnahmen des Assoziationsrates innerhalb der Gemeinschaft zu treffen sind.

Es ist ferner angebracht, Verfahren vorzusehen, nach denen die Mitgliedstaaten Streitigkeiten beilegen, die sich zwischen ihnen im Zusammenhang mit dem Assoziierungsabkommen ergeben können.

Nach Anhörung der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft —

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

(1) Die gemeinsame Haltung, welche die Vertreter der Gemeinschaft im Assoziationsrat einzunehmen haben, wird jeweils nach Maßgabe folgender Bestimmungen festgelegt:

a) Befaßt sich der Assoziationsrat mit Fragen, die Gegenstand des den Handel zwischen der Gemeinschaft und den assoziierten Staaten be-

LES REPRÉSENTANTS DES GOUVERNEMENTS DES ÉTATS MEMBRES DE LA COMMUNAUTÉ ÉCONOMIQUE EUROPÉENNE, RÉUNIS AU SEIN DU CONSEIL,

VU le Traité instituant la Communauté Économique Européenne, ci-après dénommé « le Traité » et la Convention d'Association entre la Communauté Economique Européenne et les États africains et malgache associés à cette Communauté, ci-après dénommée « la Convention »,

CONSIDÉRANT qu'il est nécessaire de fixer les modalités selon lesquelles sera dégagée la position commune à prendre par les Représentants de la Communauté au sein du Conseil d'Association institué par la Convention, ainsi que les dispositions d'application de divers articles de cette Convention qui peuvent requérir une action de la Communauté, une action commune des États membres ou l'action d'un État membre,

CONSIDÉRANT qu'il importe d'arrêter les règles selon lesquelles seront prises les mesures d'application, à l'intérieur de la Communauté, des décisions, recommandations et avis du Conseil d'Association,

CONSIDÉRANT qu'il y a lieu en outre de prévoir les procédures par lesquelles les États membres règleront les différends pouvant naître entre eux au sujet de la Convention,

Après consultation de la Commission de la Communauté Économique Européenne,

SONT CONVENUS DES DISPOSITIONS SUIVANTES:

Article 1

1. La position commune que les Représentants de la Communauté ont à prendre au sein du Conseil d'Association est arrêtée conformément aux dispositions ci-dessous:

a) lorsque le Conseil d'Association connaît des questions qui font l'objet du Titre Ier de la Convention relatif aux échanges commerciaux entre la

Accordo interno
relativo ai provvedimenti da prendere e alle procedure da seguire per l'applicazione della Convenzione di Associazione tra la Comunità Economica Europea e gli Stati africani e malgascio associati a tale Comunità

Intern Akkoord
inzake maatregelen en procedures nodig ter toepassing van de Associatieovereenkomst tussen de Europese Economische Gemeenschap en de met deze Gemeenschap geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar

I RAPPRESENTANTI DEI GOVERNI DEGLI STATI MEMBRI DELLA COMUNITÀ ECONOMICA EUROPEA, RIUNITI IN SEDE DI CONSIGLIO,

VISTO il Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea, in appresso denominato il Trattato, e la Convenzione di Associazione tra la Comunità Economica Europea e gli Stati africani e malgascio associati a tale Comunità, in appresso denominata la Convenzione,

CONSIDERANDO che è necessario fissare le modalità secondo le quali sarà definita la posizione comune che i Rappresentanti della Comunità dovranno adottare in seno al Consiglio di Associazione istituito dalla Convenzione, nonchè le disposizioni d'applicazione di diversi articoli di questa Convenzione che possono richiedere un'azione della Comunità, un'azione comune degli Stati membri o l'azione di uno Stato membro,

CONSIDERANDO che è necessario stabilire le norme secondo le quali saranno presi i provvedimenti per l'applicazione, all'interno della Comunità, delle decisioni, delle raccomandazioni e dei pareri del Consiglio di Associazione,

CONSIDERANDO che bisogna inoltre prevedere le procedure in base alle quali gli Stati membri regoleranno le vertenze che possono sorgere fra di loro per quanto riguarda la Convenzione,

PREVIA consultazione della Commissione della Comunità Economica Europea,

HANNO CONVENUTO LE SEGUENTI DISPOSIZIONI:

Articolo 1

1. La posizione comune che i Rappresentanti della Comunità devono prendere in seno al Consiglio di Associazione è adottata in conformità delle disposizioni seguenti:

a) quando il Consiglio di Associazione è investito di problemi oggetto del Titolo I della Convenzione relativo agli scambi commerciali tra la

DE VERTEGENWOORDIGERS VAN DE REGERINGEN VAN DE LID-STATEN DER EUROPESE ECONOMISCHE GEMEENSCHAP, IN HET KADER VAN DE RAAD BIJEEN,

GELET op het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap, hierna te noemen het Verdrag, en op de Associatieovereenkomst tussen de Gemeenschap en de met deze Gemeenschap geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar, hierna te noemen de Overeenkomst,

OVERWEGENDE dat het noodzakelijk is de wijze vast te stellen, waarop het door de Vertegenwoordigers van de Gemeenschap in het kader van de bij deze Overeenkomst ingestelde Associatieraad in te nemen gemeenschappelijk standpunt zal worden bepaald, alsmede de bepalingen vast te stellen voor de toepassing van verschillende artikelen van deze Overeenkomst welke een actie van de Gemeenschap, een gemeenschappelijke actie van de Lid-Staten of de actie van één Lid-Staat kunnen vergen,

OVERWEGENDE dat het van belang is de regels vast te stellen, volgens welke de maatregelen voor de toepassing binnen de Gemeenschap van de besluiten, aanbevelingen en adviezen van de Associatieraad zullen worden genomen,

OVERWEGENDE dat er voorts dient te worden voorzien in de procedures volgens welke de Lid-Staten de geschillen zullen regelen, die tussen hen over de Overeenkomst kunnen rijzen,

Na raadpleging van de Commissie der Europese Economische Gemeenschap,

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT OMTRENT DE VOLGENDE BEPALINGEN:

Artikel 1

1. Het gemeenschappelijk standpunt dat de Vertegenwoordigers van de Gemeenschap in de Associatieraad moeten innemen, wordt vastgesteld overeenkomstig onderstaande bepalingen:

a) wanneer bij de Associatieraad aangelegenheden in behandeling komen, die in Titel I van de Overeenkomst betreffende het handelsverkeer tussen

treffenden Titels I des Assoziierungsabkommens sowie der Protokolle 1, 2 und 4 sind, so legt der Rat die gemeinsame Haltung nach Maßgabe der Bestimmungen des Vertrags fest, die für die Festlegung der Handelspolitik der Gemeinschaft gegenüber dritten Ländern und das Vorgehen der Gemeinschaft im Rahmen der internationalen Organisationen gelten.

b) Zur Durchführung der Artikel 27 und 34 des Assoziierungsabkommens legt der Rat die gemeinsame Haltung einstimmig fest, nachdem er die Kommission um ihre Stellungnahme gebeten hat.

c) In allen anderen Fällen, insbesondere wenn der Assoziationsrat beabsichtigt, dem Assoziationsausschuß gemäß Artikel 47 des Assoziierungsabkommens die Befugnis zu übertragen, Beschlüsse zu fassen, Empfehlungen auszusprechen oder Stellungnahmen abzugeben, legt der Rat die gemeinsame Haltung nach Anhörung der Kommission einstimmig fest.

(2) Die gemeinsame Haltung der Vertreter der Gemeinschaft im Assoziationsausschuß wird nach Maßgabe von Absatz 1 festgelegt.

Artikel 2

(1) Zur Anwendung der Beschlüsse und Empfehlungen des Assoziationsrates in Fragen, die Gegenstand des den Handel zwischen der Gemeinschaft und den assoziierten Staaten betreffenden Titels I des Assoziierungsabkommens sowie der Protokolle 1, 2 und 4 sind, erläßt der Rat Vorschriften nach Maßgabe der Bestimmungen des Vertrags, die für die Festlegung der Handelspolitik der Gemeinschaft gegenüber dritten Ländern und das Vorgehen der Gemeinschaft im Rahmen der internationalen Organisationen gelten.

Zur Anwendung der Beschlüsse und Empfehlungen, die der Assoziationsrat nach Maßgabe der Artikel 27 und 34 des Assoziierungsabkommens angenommen hat, erläßt der Rat einstimmig Vorschriften, nachdem er die Kommission um ihre Stellungnahme gebeten hat.

Zur Anwendung aller anderen Beschlüsse und Empfehlungen des Assoziationsrates erläßt der Rat nach Anhörung der Kommission einstimmig Vorschriften.

(2) Betreffen die Beschlüsse und Empfehlungen des Assoziationsrates Angelegenheiten, für die nach dem Vertrag die Gemeinschaft nicht zuständig ist, so treffen die Mitgliedstaaten die erforderlichen Durchführungsmaßnahmen.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Beschlüsse und Empfehlungen, die der Assoziationsausschuß nach Maßgabe des Artikels 47 des Assoziierungsabkommens gefaßt oder ausgesprochen hat.

Artikel 3

Zur Durchführung der Bestimmungen des Titels I des Assoziierungsabkommens, die eine Konsultation auf Antrag der Gemeinschaft vorsehen, wird folgendes Verfahren angewandt:

a) Der von einem Mitgliedstaat oder von der Kommission gestellte Konsultationsantrag zieht ohne weiteres eine Aussprache im Rat zur Festlegung der gemeinsamen Haltung der Gemeinschaft nach sich;

Communauté et les États associés et des Protocoles 1, 2 et 4, la position commune est arrêtée par le Conseil statuant dans les conditions dans lesquelles, conformément au Traité, il détermine la politique commerciale de la Communauté à l'égard des pays tiers et l'action de celle-ci dans le cadre des organisations internationales;

b) pour la mise en œuvre des articles 27 et 34 de la Convention, la position commune est arrêtée par le Conseil, statuant à l'unanimité après que la Commission a été invitée à donner son avis;

c) dans les autres cas et notamment lorsque, en application de l'article 47 de la Convention, le Conseil d'Association envisage de déléguer au Comité d'Association le pouvoir de prendre des décisions ou de formuler des recommandations ou des avis, la position commune est arrêtée, par le Conseil, statuant à l'unanimité, après consultation de la Commission.

2. La position commune que les Représentants de la Communauté prennent au sein du Comité d'Association est arrêtée dans les conditions fixées au paragraphe 1.

Article 2

1. Les décisions et recommandations adoptées par le Conseil d'Association dans les questions qui font l'objet du Titre Ier de la Convention relatif aux échanges commerciaux entre la Communauté et les États associés, et des Protocoles 1, 2 et 4 font, en vue de leur application, l'objet d'actes pris par le Conseil statuant dans les conditions dans lesquelles, conformément au Traité, il détermine la politique commerciale de la Communauté à l'égard des pays tiers et l'action de celle-ci dans le cadre des organisations internationales.

Les décisions et recommandations adoptées par le Conseil d'Association en application des articles 27 et 34 de la Convention font, en vue de leur application, l'objet d'actes pris par le Conseil statuant à l'unanimité après que la Commission a été invitée à donner son avis.

Les décisions et recommandations adoptées par le Conseil d'Association dans les autres cas font, en vue de leur application, l'objet d'actes pris par le Conseil statuant à l'unanimité après consultation de la Commission.

2. Au cas où les décisions et recommandations du Conseil d'Association relèvent d'un domaine qui, aux termes du Traité, n'est pas de la compétence de la Communauté, les États membres prennent les mesures d'application nécessaires.

3. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 sont également applicables pour les décisions et recommandations prises par le Comité d'Association en application de l'article 47 de la Convention.

Article 3

Pour la mise en œuvre des dispositions du Titre Ier de la Convention qui prévoient une consultation à la demande de la Communauté, la procédure suivante est appliquée:

a) la demande de consultation présentée par un État membre ou par la Commission entraîne d'office une délibération du Conseil en vue de déterminer la position commune de la Communauté,

Comunità e gli Stati associati e dei Protocolli 1, 2 e 4, la posizione comune è fissata dal Consiglio che delibera alle condizioni in cui, in conformità del Trattato, esso stabilisce la politica commerciale della Comunità nei confronti dei paesi terzi e determina l'azione di quest'ultima nell'ambito delle organizzazioni internazionali;

b) per l'applicazione degli articoli 27 e 34 della Convenzione, la posizione comune è fissata dal Consiglio che delibera all'unanimità dopo che la Commissione è stata invitata a dare il proprio parere;

c) negli altri casi ed in particolare quando, in applicazione dell'articolo 47 della Convenzione, il Consiglio di Associazione intende delegare al Comitato di Associazione il potere di prendere decisioni o di formulare raccomandazioni o pareri, la posizione comune è fissata dal Consiglio che delibera all'unanimità, previa consultazione della Commissione.

2. La posizione comune che i Rappresentanti della Comunità prendono in seno al Comitato di Associazione è adottata alle condizioni fissate nel paragrafo 1.

Articolo 2

1. Le decisioni e le raccomandazioni adottate dal Consiglio di Associazione sui problemi oggetto del Titolo I della Convenzione relativo agli scambi commerciali tra la Comunità e gli Stati associati e dei Protocolli 1, 2 e 4 sono oggetto, ai fini della loro applicazione, di atti del Consiglio che delibera alle condizioni in cui, in conformità del Trattato, esso stabilisce la politica commerciale della Comunità nei confronti dei paesi terzi e determina l'attività di quest'ultima nell'ambito delle organizzazioni internazionali.

Le decisioni e raccomandazioni adottate dal Consiglio di Associazione in applicazione degli articoli 27 e 34 della Convenzione sono oggetto, ai fini della loro applicazione, di atti del Consiglio che delibera all'unanimità dopo che la Commissione è stata invitata a dare il proprio parere.

Le decisioni e le raccomandazioni adottate dal Consiglio di Associazione negli altri casi sono oggetto, ai fini della loro applicazione, di atti del Consiglio che delibera all'unanimità, previa consultazione della Commissione.

2. Qualora le decisioni e le raccomandazioni del Consiglio di Associazione interessino un settore che, ai termini del Trattato, non è di competenza della Comunità stessa, gli Stati membri prendono le necessarie misure di applicazione.

3. Le disposizioni dei paragrafi 1 e 2 sono anche applicabili per le decisioni e le raccomandazioni prese dal Comitato di Associazione in applicazione dell'articolo 47 della Convenzione.

Articolo 3

Per l'applicazione delle disposizioni del Titolo I della Convenzione che prevedono una consultazione a richiesta della Comunità, è adottata la seguente procedura:

a) la domanda di consultazione presentata da uno Stato membro o dalla Commissione comporta automaticamente una deliberazione del Consiglio al fine di determinare la posizione comune della Comunità,

de Gemeenschap en de geassocieerde Staten en in de Protocollen 1, 2 en 4 worden behandeld, wordt het gemeenschappelijk standpunt door de Raad bepaald op de wijze waarop hij, overeenkomstig het Verdrag, de handelspolitiek van de Gemeenschap ten opzichte van derde landen en haar optreden in het kader van internationale organisaties vaststelt;

b) voor de uitvoering van de artikelen 27 en 34 van de Overeenkomst wordt het gemeenschappelijk standpunt door de Raad met eenparigheid van stemmen vastgesteld, nadat aan de Commissie is verzocht advies uit te brengen;

c) in de overige gevallen, en met name wanneer de Associatieraad met toepassing van artikel 47 van de Overeenkomst overweegt aan het Associatiecomité de bevoegdheid te delegeren om besluiten te nemen dan wel aanbevelingen of adviezen uit de brengen, wordt het gemeenschappelijk standpunt door de Raad, na raadpleging van de Commissie, met eenparigheid van stemmen vastgesteld.

2. Het gemeenschappelijk standpunt dat de Vertegenwoordigers van de Gemeenschap in het Associatiecomité innemen, wordt vastgesteld overeenkomstig het bepaalde in lid 1.

Artikel 2

1. Over de toepassing van de besluiten en aanbevelingen van de Associatieraad inzake aangelegenheden die in Titel I van de Overeenkomst betreffende het handelsverkeer tussen de Gemeenschap en de geassocieerde Staten en in de Protocollen 1, 2 en 4 worden behandeld, wordt door de Raad beslist op de wijze waarop hij, overeenkomstig het Verdrag, de handelspolitiek van de Gemeenschap ten opzichte van derde landen en haar optreden in het kader van internationale organisaties vaststelt.

Over de toepassing van de besluiten en aanbevelingen van de Associatieraad ter uitvoering van de artikelen 27 en 34 van de Overeenkomst wordt door de Raad met eenparigheid van stemmen beslist, nadat aan de Commissie is verzocht advies uit te brengen.

Over de toepassing van de besluiten en aanbevelingen van de Associatieraad in de overige gevallen wordt door de Raad met eenparigheid van stemmen beslist na raadpleging van de Commissie.

2. Indien de besluiten en aanbevelingen van de Associatieraad een gebied betreffen, dat krachtens het Verdrag niet tot de bevoegdheid van de Gemeenschap behoort, nemen de Lid-Staten de nodige uitvoeringsmaatregelen.

3. De leden 1 en 2 zijn eveneens van toepassing op de besluiten en aanbevelingen die door het Associatiecomité met toepassing van artikel 47 van de Overeenkomst worden aanvaard.

Artikel 3

Voor de uitvoering van de bepalingen van Titel I der Overeenkomst, welke voorzien in overleg op verzoek van de Gemeenschap, wordt de volgende procedure toegepast:

a) het door een Lid-Staat of de Commissie ingediende verzoek om overleg leidt automatisch tot een bespreking in de Raad ter bepaling van het gemeenschappelijk standpunt van de Gemeenschap;

b) die gemeinsame Haltung der Gemeinschaft ist die Haltung des antragstellenden Mitgliedstaates oder der Kommission, es sei denn, daß der Rat mit qualifizierter Mehrheit etwas anderes beschließt. Im letzteren Falle prüft der Rat, ob und unter welchen Bedingungen der betreffende Mitgliedstaat dem Assoziationsrat die Gründe für seinen Konsultationsantrag ausnahmsweise selbst vortragen kann;

c) der Konsultationsantrag wird dem Assoziationsrat vom amtierenden Präsidenten des Rates der Gemeinschaft in deren Namen übermittelt.

Artikel 4

Alle zwischen einem oder mehreren Mitgliedstaaten und einem oder mehreren assoziierten Staaten geschlossenen oder zu schließenden Verträge, Übereinkommen, Abkommen oder Vereinbarungen jeder Form oder Art und alle Teile hiervon, die sich auf die in dem Assoziierungsabkommen behandelten Angelegenheiten erstrecken, werden von dem oder den betreffenden Mitgliedstaaten unverzüglich den anderen Mitgliedstaaten und der Kommission mitgeteilt.

Auf Antrag eines Mitgliedstaats oder der Kommission berät der Rat über die auf diese Weise mitgeteilten Texte.

Artikel 5

(1) Zur Anwendung des Artikels 13 Abs. 2 des Assoziierungsabkommens kann die Kommission einen Mitgliedstaat im Hinblick auf die Behebung der in diesem Artikel erwähnten Schwierigkeiten ermächtigen, die erforderlichen Schutzmaßnahmen, einschließlich der Maßnahmen zur Behebung von Verkehrsverlagerungen, zu treffen.

(2) Auf Antrag eines betroffenen Mitgliedstaates beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit, ob die Entscheidung der Kommission aufrechtzuerhalten, aufzuheben oder zu ändern ist.

(3) In dringenden Fällen kann der betreffende Mitgliedstaat die erforderlichen Schutzmaßnahmen selbst treffen. Er unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission unverzüglich hiervon. Die Kommission kann entscheiden, ob diese Maßnahmen zu ändern oder aufzuheben sind. In diesem Fall gilt Absatz 2.

(4) Hat ein Mitgliedstaat ernstliche Zahlungsbilanzschwierigkeiten, so kann er nach den Artikeln 108 und 109 des Vertrags die erforderlichen Maßnahmen treffen.

(5) Bei der Durchführung dieses Artikels sind vorzugsweise Maßnahmen zu wählen, die das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes so wenig wie möglich stören.

(6) Die in Artikel 13 Abs. 2 Unterabsatz 2 des Assoziierungsabkommens vorgesehene Mitteilung der Gemeinschaft an den Assoziationsrat wird von der Kommission vorgenommen.

Artikel 6

Hält ein Mitgliedstaat in Fragen, die nicht zur Zuständigkeit der Gemeinschaft gehören, die Anwendung des Artikels 51 des Assoziierungsabkommens für erforderlich, so konsultiert er vorher die anderen Mitgliedstaaten.

Hat der Assoziationsrat zum Vorgehen des in Absatz 1 genannten Mitgliedstaates Stellung zu nehmen, so entspricht die Haltung der Gemeinschaft der des betreffenden Mitgliedstaates, es sei denn, daß die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten einstimmig etwas anderes beschließen.

b) la position commune de la Communauté est celle de l'État membre demandeur ou de la Commission, sauf si le Conseil en décide autrement à la majorité qualifiée. Dans ce dernier cas, le Conseil examine si, et dans quelles conditions, l'État membre intéressé peut exceptionnellement exposer lui-même, devant le Conseil d'Association, les raisons qui ont motivé sa demande de consultation,

c) la demande de consultation est transmise au Conseil d'Association par le Président en exercice du Conseil de la Communauté agissant au nom de celle-ci.

Article 4

Tout traité, convention, accord ou arrangement et toute partie de traité, convention, accord ou arrangement, affectant des matières traitées dans la Convention, quelle qu'en soit la forme ou la nature, conclu ou qui serait conclu entre un ou plusieurs États membres et un ou plusieurs États associés, est communiqué dans les meilleurs délais par le ou les États membres intéressés aux autres États membres et à la Commission.

A la demande d'un État membre ou de la Commission, le texte ainsi communiqué fait l'objet d'une délibération au Conseil.

Article 5

1. En vue de l'application de l'article 13, paragraphe 2 de la Convention et pour permettre à un État membre de faire face aux difficultés mentionnées à cet article, la Commission peut autoriser cet État à prendre les mesures de sauvegarde nécessaires, y compris celles destinées à faire face à un détournement de trafic.

2. A la demande de tout État membre intéressé, le Conseil statue à la majorité qualifiée sur le maintien, la suppression ou la modification de la décision de la Commission.

3. En cas d'urgence, l'État membre intéressé peut prendre lui-même les mesures de sauvegarde nécessaires. Il en informe aussitôt les autres États membres et la Commission. Celle-ci peut décider si ces mesures doivent être modifiées ou supprimées. Les dispositions du paragraphe 2 ci-dessus sont applicables dans ce cas.

4. En cas de difficultés graves de sa balance des paiements, un État membre peut prendre les mesures nécessaires, selon les dispositions des articles 108 et 109 du Traité.

5. Dans l'application du présent article, doivent être choisies par priorité les mesures qui apportent le moins de perturbation au fonctionnement du Marché commun.

6. La notification de la Communauté au Conseil d'Association prévue à l'article 13, paragraphe 2, 2ème alinéa de la Convention, est faite par la Commission.

Article 6

Lorsqu'un État membre estime nécessaire d'avoir recours à l'article 51 de la Convention dans les domaines qui ne relèvent pas de la compétence de la Communauté, il consulte au préalable les autres États membres.

Si le Conseil d'Association est amené à prendre position sur l'action de l'État membre visé au paragraphe précédent, la position présentée par la Communauté est celle de l'État membre intéressé, à moins que les Représentants des Gouvernements des États membres, réunis au sein du Conseil, n'en décident autrement à l'unanimité.

b) la posizione comune della Comunità è quella dello Stato membro richiedente o della Commissione, a meno che il Consiglio non decida diversamente a maggioranza qualificata. In quest'ultimo caso, il Consiglio esamina se e a quali condizioni lo Stato membro interessato possa eccezionalmente esporre esso stesso davanti al Consiglio di Associazione le ragioni che hanno motivato la domanda di consultazione.

c) la domanda di consultazione è trasmessa al Consiglio di Associazione dal Presidente in carica del Consiglio della Comunità Economica Europea a nome della Comunità.

Articolo 4

Qualsiasi trattato, convenzione, accordo o intesa e qualsiasi parte di trattato, di convenzione, di accordo o di intesa che riguardi talune materie trattate nella Convenzione, di qualsiasi forma o natura, concluso o da concludere tra uno o più Stati membri e uno o più Stati associati, è comunicato senza indugio, a cura dello Stato o degli Stati membri interessati, agli altri Stati membri e alla Commissione.

A richiesta di uno Stato membro o della Commissione, il testo comunicato è oggetto di una deliberazione del Consiglio.

Articolo 5

1. Per l'applicazione dell'articolo 13, paragrafo 2 della Convenzione e per permettere ad uno Stato membro di far fronte alle difficoltà menzionate in questo articolo, la Commissione può autorizzare detto Stato a prendere le misure di salvaguardia necessarie, comprese quelle destinate a far fronte a una deviazione di traffico.

2. A richiesta di qualsiasi Stato membro interessato, il Consiglio delibera a maggioranza qualificata sul mantenimento, la soppressione o la modifica della decisione della Commissione.

3. In caso di urgenza, lo stesso Stato membro interessato può prendere le misure di salvaguardia necessarie. Ne informa immediatamente gli altri Stati membri e la Commissione. Quest'ultima può decidere se tali misure debbano essere modificate o soppresse. In tal caso sono applicabili le disposizioni del paragrafo 2.

4. In caso di gravi difficoltà della propria bilancia dei pagamenti, uno Stato membro può prendere le misure necessarie, secondo le disposizioni degli articoli 108 e 109 del Trattato.

5. Nell'applicazione del presente articolo debbono essere scelte con priorità le misure che turbino il meno possibile il funzionamento del Mercato Comune.

6. La notificazione della Comunità al Consiglio di Associazione di cui all'articolo 13, paragrafo 2, secondo comma, della Convenzione, è fatta dalla Commissione.

Articolo 6

Quando uno Stato membro ritiene necessario ricorrere all'articolo 51 della Convenzione per i settori che non sono di competenza della Comunità, consulta in precedenza gli altri Stati membri.

Se il Consiglio di Associazione è indotto a prendere posizione sull'azione dello Stato membro di cui al paragrafo precedente, la posizione sostenuta dalla Comunità è quella dello Stato membro interessato, a meno che i Rappresentanti dei Governi degli Stati membri, riuniti in sede di Consiglio, non decidano diversamente all'unanimità.

b) het gemeenschappelijk standpunt van de Gemeenschap is dat van de aanvragende Lid-Staat of van de Commissie, tenzij de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen anders besluit. In dit laatste geval onderzoekt de Raad of en onder welke voorwaarden de betrokken Lid-Staat, bij wijze van uitzondering, zelf ten overstaan van de Associatieraad de redenen kan uiteenzetten, die aanleiding gaven tot zijn verzoek om overleg;

c) het verzoek om overleg wordt door de fungerende Voorzitter van de Raad der Gemeenschap namens de Gemeenschap aan de Associatieraad toegezonden.

Artikel 4

Alle verdragen, overeenkomsten, akkoorden of regelingen en alle gedeelten van verdragen, overeenkomsten, akkoorden of regelingen, die betrekking hebben op in de Overeenkomst behandelde onderwerpen en tussen een of meer Lid-Staten en een of meer geassocieerde Staten zijn of zullen worden gesloten, worden, ongeacht hun vorm of aard, zo spoedig mogelijk door de betrokken Lid-Staat of Lid-Staten ter kennis gebracht van de overige Lid-Staten en van de Commissie.

Over de aldus ter kennis gebrachte tekst wordt op verzoek van een Lid-Staat of van de Commissie in de Raad beraadslaagd.

Artikel 5

1. Met het oog op de toepassing van artikel 13, lid 2, van de Overeenkomst en ten einde een Lid-Staat in staat te stellen het hoofd te bieden aan de in dat artikel bedoelde moeilijkheden, kan de Commissie deze Staat machtigen de nodige vrijwaringsmaatregelen te treffen, met inbegrip van die maatregelen welke ten doel hebben het zich verleggen van het handelsverkeer tegen te gaan.

2. Op verzoek van iedere belanghebbende Lid-Staat beslist de Raad met gekwalificeerde meerderheid of de beschikking van de Commissie moet worden gehandhaafd, ingetrokken of gewijzigd.

3. In dringende gevallen kan de betrokken Lid-Staat zelf de nodige vrijwaringsmaatregelen treffen. Hij stelt de overige Lid-Staten en de Commissie hiervan onverwijld in kennis. De Commissie kan beslissen of deze maatregelen moeten worden gewijzigd of afgeschaft. De bepalingen van lid 2 zijn in dit geval van toepassing.

4. In geval van ernstige moeilijkheden in de betalingsbalans kan een Lid-Staat de nodige maatregelen treffen volgens de bepalingen van de artikelen 108 en 109 van het Verdrag.

5. Bij de toepassing van dit artikel moeten bij voorrang die maatregelen worden gekozen, welke de werking van de gemeenschappelijke markt het minst verstoren.

6. De in artikel 13, lid 2, tweede alinea, van de Overeenkomst bedoelde mededeling van de Gemeenschap aan de Associatieraad wordt door de Commissie gedaan.

Artikel 6

Wanneer een Lid-Staat het nodig oordeelt zijn toevlucht te nemen tot artikel 51 van de Overeenkomst op gebieden die niet tot de bevoegdheid der Gemeenschap behoren, raadpleegt hij vooraf de overige Lid-Staten.

Indien de Associatieraad zijn standpunt moet bepalen ten aanzien van het optreden van de in het voorgaande lid bedoelde Lid-Staat, is het door de Gemeenschap in te nemen standpunt dat van de betrokken Lid-Staat, tenzij de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten, in het kader van de Raad bijeen, met eenparigheid van stemmen anders beslissen.

Artikel 7

Streitigkeiten, die sich zwischen Mitgliedstaaten, zwischen einem Mitgliedstaat und einem Organ der Gemeinschaft oder zwischen Organen der Gemeinschaft im Zusammenhang mit dem Assoziierungsabkommen, seinem Anhang, den ihm beigefügten Protokollen sowie den zur Durchführung des Assoziierungsabkommens unterzeichneten internen Abkommen ergeben, werden auf Antrag der betreibenden Partei dem Gerichtshaf der Gemeinschaften nach Maßgabe des Vertrags und des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofs im Anhang zum Vertrag vorgelegt.

Article 7

Les différends nés entre États membres, entre un État membre et une Institution de la Communauté, ou entre Institutions de la Communauté, et relatifs à la Convention, à son Annexe, aux Protocoles qui y sont joints ainsi qu'aux Accords internes signés pour l'application de la Convention sont, à la requête de la partie la plus diligente, soumis à la Cour de Justice des Communautés dans les conditions prévues par le Traité et le Protocole relatif au statut de la Cour de Justice annexé au Traité.

Artikel 8

Der Rat kann die Bestimmungen dieses Abkommens nach Anhörung der Kommission jederzeit durch einstimmigen Beschluß ändern oder ergänzen.

Article 8

Le Conseil, statuant à l'unanimité, après consultation de la Commission, peut, à tout moment, modifier ou compléter les dispositions du présent Accord.

Artikel 9

Dieses Abkommen wird von den einzelnen Mitgliedstaaten nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Vorschriften genehmigt. Die Regierungen der einzelnen Mitgliedstaaten notifizieren dem Sekretariat der Räte der Europäischen Gemeinschaften, daß die für das Inkrafttreten dieses Abkommens erforderlichen Verfahren abgeschlossen sind.

Sind die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt, so tritt dieses Abkommen zum gleichen Zeitpunkt wie das Assoziierungsabkommen in Kraft. Es wird für dieselbe Dauer geschlossen wie das Assoziierungsabkommen.

Article 9

Le présent Accord est approuvé par chaque État membre conformément aux règles constitutionnelles qui lui sont propres. Le Gouvernement de chaque État membre notifie au Secrétariat des Conseils des Communautés Européennes l'accomplissement des procédures requises pour son entrée en vigueur.

Le présent Accord entre en vigueur, pour autant que les dispositions de l'alinéa 1 soient remplies, en même temps que la Convention d'Association. Il est conclu pour la même durée que celle-ci.

Artikel 10

Dieses Abkommen ist in einer Urschrift in deutscher, französischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; es wird im Archiv des Sekretariats der Räte der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt; dieses übermittelt der Regierung jedes Unterzeichnerstaates eine beglaubigte Abschrift.

Article 10

Le présent Accord, rédigé en un exemplaire unique en langues allemande, française, italienne et néerlandaise, les quatre textes faisant également foi, sera déposé dans les archives du Secrétariat des Conseils des Communautés Européennes qui en remettra une copie certifiée conforme à chacun des Gouvernements signataires.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter dieses Abkommen gesetzt.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés ont apposé leurs signatures au bas du présent Accord.

GESCHEHEN zu Jaunde, am zwanzigsten Juli neunzehnhundertdreiundsechzig.

FAIT à Yaoundé, le vingt juillet mil neuf cent soixante-trois.

Pour Sa Majesté le Roi des Belges:

Voor Zijne Majesteit de Konig der Belgen:

H. Fayat

Für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland:

W. Scheel

Pour le Président de la République Française:

R. Triboulet

Per il Presidente della Repubblica Italiana:

E. Colombo

Pour Son Altesse Royale la Grande-Duchesse de Luxembourg:

E. Schaus

Voor Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden:

J. Luns

Articolo 7

Le vertenze sorte tra Stati membri, tra uno Stato membro e una Istituzione della Comunità o tra Istituzioni della Comunità circa la Convenzione, il suo Allegato, i Protocolli che vi sono allegati nonchè gli Accordi interni firmati per l'applicazione della Convenzione sono sottoposte, a richiesta della Parte più diligente, alla Corte di Giustizia delle Comunità alle condizioni previste dal Trattato e dal Protocollo relativo allo statuto della Corte di Giustizia allegato a detto Trattato.

Artikel 7

De tussen de Lid-Staten, tussen een Lid-Staat en een Instelling van de Gemeenschap, of tussen Instellingen van de Gemeenschap gerezen geschillen betreffende de Overeenkomst, de Bijlage daarvan, de daaraan toegevoegde Protocollen, alsmede de voor de toepassing van de Overeenkomst getekende Interne Akkoorden, worden op verzoek van de meest gerede Partij voor het Hof van Justitie van de Gemeenschappen gebracht op de wijze, vastgesteld in het Verdrag en in het aan het Verdrag gehechte Protocol betreffende het statuut van het Hof van Justitie.

Articolo 8

Il Consiglio, deliberando all'unanimità, previa consultazione della Commissione, può modificare o completare in qualsiasi momento le disposizioni del presente Accordo.

Artikel 8

De Raad kan te allen tijde de bepalingen van dit Akkoord, na raadpleging van de Commissie, met eenparigheid van stemmen wijzigen of aanvullen.

Articolo 9

Il presente Accordo è approvato da ogni Stato membro conformemente alle proprie norme costituzionali. Il Governo di ciascuno Stato membro notifica al Segretariato dei Consigli delle Comunità Europee l'adempimento delle procedure richieste per la sua entrata in vigore.

Il presente Accordo entra in vigore, nella misura in cui siano adempiute le condizioni di cui al primo comma, alla medesima data della Convenzione. Esso è concluso per la stessa durata della Convenzione.

Artikel 9

Dit Akkoord wordt door elke Lid-Staat goedgekeurd overeenkomstig zijn eigen grondwettelijke voorschriften. De Regering van elke Lid-Staat doet het Secretariaat van de Raden der Europese Gemeenschappen mededeling van de beëindiging der procedures die voor het in werking treden van dit Akkoord zijn vereist.

Voor zover aan het in de vorige alinea bepaalde is voldaan, treedt dit Akkoord in werking op dezelfde datum als de Overeenkomst. Het wordt voor dezelfde duur gesloten.

Articolo 10

Il presente Accordo, redatto in un unico esemplare in lingua francese, italiana, olandese e tedesca, i quattro testi facenti tutti egualmente fede, sarà depositato negli archivi del Segretariato dei Consigli delle Comunità Europee che ne trasmetterà copia certificata conforme a ciascuno dei Governi firmatari.

Artikel 10

Dit Akkoord, opgesteld in één exemplaar in de Duitse, de Franse, de Italiaanse en de Nederlandse taal, zijnde de vier teksten gelijkelijk authentiek, wordt nedergelegd in het archief van het Secretariaat van de Raden der Europese Gemeenschappen, dat een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift daarvan toezendt aan elk der ondertekenende Regeringen.

IN FEDE DI CHE, i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce presente Accordo.

TEN BLIJKE WAARVAN de ondergetekende gevolmachtigden hun handtekening onder deze Overeenkomst hebben gesteld.

FATTO a Yaoundé, il venti luglio millenovecentosessantatre.

GEDAAN te Jaoende, de twintigste Juli negentienhonderd drieenzestig.

Internes Abkommen über die Finanzierung und Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft

Accord interne relatif au financement et à la gestion des aides de la Communauté

DIE IM RAT VEREINIGTEN VERTRETER DER REGIERUNGEN DER MITGLIEDSTAATEN DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT —

GESTÜTZT auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, nachstehend „der Vertrag" genannt,

GESTÜTZT auf das Abkommen über die Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar — nachstehend „das Assoziierungsabkommen" genannt —, insbesondere auf Titel II betreffend die finanzielle und technische Zusammenarbeit,

GESTÜTZT auf den Beschluß der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 23. Oktober 1962, durch den die Hilfe für die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete, die besondere Beziehungen zu Frankreich und den Niederlanden unterhalten — nachstehend „überseeische Länder und Hoheitsgebiete" genannt —, sowie für die französischen überseeischen Departements auf 70 Millionen Rechnungseinheiten festgesetzt wird;

IN ERWÄGUNG NACHSTEHENDER GRÜNDE:

Es ist erforderlich, die Einzelheiten der Ausstattung des Europäischen Entwicklungsfonds und die Beiträge der Mitgliedstaaten hierzu festzulegen.

Ferner ist es angebracht, das Verfahren für die Genehmigung der Finanzierungsanträge sowie die Bedingungen für die finanzielle Durchführung und die Kontrolle der Verwendung der Hilfe festzulegen.

Nach Anhörung der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft —

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

LES REPRÉSENTANTS DES GOUVERNEMENTS DES ÉTATS MEMBRES DE LA COMMUNAUTÉ ÉCONOMIQUE EUROPÉENNE, RÉUNIS AU SEIN DU CONSEIL,

VU le Traité instituant la Communauté Économique Européenne, ci-après dénommé « le Traité »,

VU la Convention d'Association entre la Communauté Économique Européenne et les États africains et malgache associés à cette Communauté, ci-après dénommée « la Convention », et notamment son Titre II relatif à la coopération financière et technique,

VU la décision des Représentants des Gouvernements des États membres réunis au sein du Conseil en date du 23 octobre 1962, fixant à 70 millions d'unités de compte l'aide au profit des Pays et territoires d'outre-mer entretenant avec la France et les Pays-Bas des relations particulières, ci-après dénommés Pays et territoires d'outre-mer, et des départements français d'outre-mer,

CONSIDÉRANT qu'il est nécessaire de fixer les modalités de dotation du Fonds Européen de Développement ainsi que des contributions des États membres à cette dotation,

CONSIDÉRANT par ailleurs qu'il y a lieu de déterminer la procédure d'approbation des demandes de financement ainsi que les conditions d'exécution financière et de contrôle de l'utilisation de l'aide,

Après consultation de la Commission de la Communauté Économique Européenne,

SONT CONVENUS DES DISPOSITIONS SUIVANTES:

Kapitel I

Ausstattung des Fonds und Aufbringung der erforderlichen Beträge

Artikel 1

(1) Die Mitgliedstaaten errichten einen Fonds, der als „Europäischer Entwicklungsfonds" bezeichnet wird.

(2) Sie stellen dem Verwaltungsorgan des Fonds einen Betrag von 730 Millionen Rechnungseinheiten zur Verfügung, der wie folgt aufgebracht wird:

Belgien	69	Millionen
Bundesrepublik Deutschland	246,5	Millionen
Frankreich	246,5	Millionen
Italien	100	Millionen
Luxemburg	2	Millionen
Niederlande	66	Millionen.

Chapitre Ier

Dotation du Fonds et répartition de son montant

Article 1

1. Les États membres instituent un fonds dénommé « Fonds Européen de Développement ».

2. Ils mettent à la disposition de l'organe de gestion du Fonds un montant de 730 millions d'unités de compte selon la répartition suivante:

Belgique	69	millions
République fédérale d'Allemagne	246,5	millions
France	246,5	millions
Italie	100	millions
Luxembourg	2	millions
Pays-Bas	66	millions.

Accordo interno relativo al finanziamento e alla gestione degli aiuti della Comunità

Intern Akkoord betreffende de financiering en het beheer van de steun van de Gemeenschap

I RAPPRESENTANTI DEI GOVERNI DEGLI STATI MEMBRI DELLA COMUNITÀ ECONOMICA EUROPEA, RIUNITI IN SENO AL CONSIGLIO,

VISTO il Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea, in appresso denominato il Trattato,

VISTA la Convenzione di Associazione tra la Comunità Economica Europea e gli Stati africani e malgascio associati a tale Comunità, in appresso denominata la Convenzione, e in particolare il Titolo II relativo alla cooperazione finanziaria e tecnica,

VISTA la decisione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri, riuniti in seno al Consiglio, del 23 ottobre 1962 che fissa in 70 milioni di unità di conto gli aiuti a favore dei paesi e territori d'oltremare associati che mantengono relazioni particolari con la Francia ed i Paesi Bassi, in appresso denominati paesi e territori d'oltremare e dei Dipartimenti francesi d'oltremare,

CONSIDERANDO che è necessario fissare le modalità di dotazione del Fondo Europeo di Sviluppo, nonchè i contributi degli Stati membri a tale dotazione,

CONSIDERANDO, altresì, che deve essere determinata la procedura di approvazione delle domande di finanziamento e le condizioni di esecuzione finanziaria di controllo dell'impiego degli aiuti,

Previa consultazione della Commissione della Comunità Economica Europea,

HANNO CONVENUTO LE SEGUENTI DISPOSIZIONI:

DE VERTEGENWOORDIGERS VAN DE REGERINGEN DER LID-STATEN VAN DE EUROPESE ECONOMISCHE GEMEENSCHAP, IN HET KADER VAN DE RAAD BIJEEN,

GELET op het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap, hierna te noemen het Verdrag,

GELET op de Associatieovereenkomst tussen de Europese Economische Gemeenschap en de met deze Gemeenschap geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar, hierna te noemen de Overeenkomst, inzonderheid op Titel II inzake de financiële en technische samenwerking,

GELET op het besluit van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten, in het kader van de Raad bijeen, van 23 oktober 1962, waarbij het bedrag van de steun ten behoeve van de geassocieerde landen en gebieden overzee waarmede Frankrijk en Nederland bijzondere betrekkingen onderhouden, hierna te noemen landen en gebieden overzee, en van de Franse overzeese departementen op 70 miljoen rekeneenheden werd vastgesteld,

OVERWEGENDE dat het noodzakelijk is de wijze waarop het Europese Ontwikkelingsfonds van geldmiddelen moet worden voorzien, vast te stellen, alsmede de daarvoor bestemde bedragen over de Lid-Staten om te slaan,

OVERWEGENDE voorts dat de procedure inzake de goedkeuring van de aanvragen om financiering, alsmede de wijze waarop de financiële uitvoering en het toezicht op het gebruik van de steun plaatsvindt, dienen te worden vastgesteld,

Na raadpleging van de Commissie der Europese Economische Gemeenschap,

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT OMTRENT DE VOLGENDE BEPALINGEN:

Capitolo I

Dotazione del Fondo e ripartizione dell'importo

Articolo 1

1. Gli Stati membri istituiscono un fondo chiamato "Fondo Europeo di Sviluppo".

2. Essi mettono a disposizione dell'organo di gestione del Fondo un importo di 730 Milioni di unità di conto, suddiviso come segue:

Belgio	69 milioni
Repubblica federale di Germania	246,5 milioni
Francia	246,5 milioni
Italia	100 milioni
Lussemburgo	2 milioni
Paesi Bassi	66 milioni.

Hoofdstuk I

De geldmiddelen van het Fonds en omslag van de bedragen

Artikel 1

1. De Lid-Staten stellen een fonds in, genaamd het „Europees Ontwikkelingsfonds".

2. Zij stellen ter beschikking van het beheersorgaan van het Fonds een bedrag van 730 miljoen rekeneenheden, dat als volgt wordt omgeslagen:

België	69 miljoen
Bondsrepubliek Duitsland	246,5 miljoen
Frankrijk	246,5 miljoen
Italië	100 miljoen
Luxemburg	2 miljoen
Nederland	66 miljoen.

(3) Von den 730 Millionen Rechnungseinheiten werden bis zu 680 Millionen in Form nichtrückzahlbarer Zuschüsse und der Rest in Form von Darlehen zu Sonderbedingungen verwendet.

(4) Zu dem Betrag von 730 Millionen Rechnungseinheiten kommen Darlehen bis zu 70 Millionen Rechnungseinheiten hinzu, welche die Bank unter nach Maßgabe ihrer Satzung festgelegten Bedingungen aus Eigenmitteln gewährt und für welche aus Mitteln des Fonds Zinsvergütungen nach Maßgabe des Artikels 19 des Assoziierungsabkommens eingeräumt werden.

Artikel 2

(1) Binnen einem Monat nach Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens und danach vor dem 1. September jedes Jahres stellt die Kommission einen Voranschlag der Mittelbindungen für jedes Haushaltsjahr auf und übermittelt ihn dem Rat.

(2) In gleicher Weise legt die Kommission den Gesamtbetrag der voraussichtlichen Zahlungen für jedes Haushaltsjahr fest und teilt ihn dem Rat mit. Auf der Grundlage dieses Betrags erstellt sie unter Berücksichtigung der erforderlichen Kassenmittel, einschließlich der Mittel zur Deckung der in Artikel 20 des Assoziierungsabkommens genannten Vorschüsse, einen Fälligkeitsplan für den Abruf der Beiträge; die Einzelheiten für die Zahlung dieser Beiträge durch die Mitgliedstaaten werden in der in Artikel 18 vorgesehenen Finanzregelung festgelegt. Sie unterbreitet diesen Fälligkeitsplan dem Rat, der sich mit der in Artikel 11 vorgesehenen qualifizierten Mehrheit hierzu äußert.

Reichen die Beiträge nicht aus, um den tatsächlichen Bedarf des Fonds in dem betreffenden Haushaltsjahr zu decken, so unterbreitet die Kommission dem Rat Vorschläge für weitere Zahlungen; der Rat äußert sich hierzu binnen einem Monat.

(3) Die Erstellung jedes Fälligkeitsplans erfolgt unter Berücksichtigung des Restbetrags der auf Grund des Assoziierungsabkommens bis dahin gezahlten Beiträge, der sich zu diesem Zeitpunkt noch auf den in Absatz 4 genannten Sonderkonten befindet, sowie der verfügbaren Kassenmittel des durch das Durchführungsabkommen über die Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete mit der Gemeinschaft im Anhang zum Vertrag geschaffenen Entwicklungsfonds für die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete.

(4) Bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Mittel von der Kommission für die Finanzierung der nach Maßgabe der Artikel 9 bis 12 bewilligten Vorhaben oder Programme in Anspruch genommen werden, verbleiben sie gemäß der in Artikel 18 vorgesehenen Finanzregelung auf den Sonderkonten, die die einzelnen Mitgliedstaaten bei ihrer Staatskasse oder bei den von ihnen bestimmten Stellen eröffnet haben.

(5) Vom Tage ihrer Fälligkeit an behalten diese Mittel während der Dauer ihrer Hinterlegung den am Fälligkeitstag geltenden Pariwert gegenüber der im Protokoll Nr. 7 im Anhang zum Assoziierungsabkommen festgelegten Rechnungseinheit.

Artikel 3

Der etwaige Restbetrag des Fonds wird bis zu seiner vollständigen Erschöpfung in gleicher Weise wie nach Maßgabe des Assoziierungsabkommens und dieses Abkommens verwendet.

Der etwaige Restbetrag der Produktionshilfe, die gemäß Artikel 27 Abs. 2 des Protokolls Nr. 5 mit Ablauf des Assoziierungsabkommens beseitigt sein wird, wird

3. Le montant de 730 millions d'unités de compte est utilisé à concurrence de 680 millions d'unités de compte sous forme d'aides non remboursables et le solde sous forme de prêts à des conditions spéciales.

4. Au montant de 730 millions d'unités de compte s'ajoutent, à concurrence de 70 millions d'unités de compte, des prêts accordés par la Banque sur ses ressources propres dans les conditions fixées par elle conformément aux dispositions de ses statuts et pour lesquels sont octroyées, sur les ressources du Fonds, des bonifications d'intérêt dans les conditions prévues à l'article 19 de la Convention.

Article 2

1. Dans le délai d'un mois après l'entrée en vigueur de la Convention, et par la suite, avant le 1er septembre de chaque anneé, la Commission établit et communique au Conseil un état prévisionnel des engagements à intervenir au cours de chaque exercice budgétaire

2. Dans les mêmes conditions, la Commission arrête et communique au Conseil le montant global des paiements à prévoir pour cet exercice Sur la base de ce montant et compte tenu des besoins de trésorerie nécessaires, y compris ceux destinés à faire face aux avances visées à l'article 20 de la Convention, elle établit un échéancier des appels des contributions qui déterminera leur exigibilité et dont les modalités de versement par les États membres sont déterminées par le Règlement financier visé à l'article 18. Elle soumet cet échéancier au Conseil qui se prononce à la majorité qualifiée prévue à l'article 11 du présent Accord.

En cas d'insuffisance des contributions pour faire face aux besoins effectifs du Fonds au cours de l'exercice considéré, la Commission soumet au Conseil qui se prononce, dans un délai d'un mois, des propositions de versements complémentaires.

3. Lors de l'établissement de chaque échéancier, il sera tenu compte du reliquat des contributions antérieurement versées en vertu de la Convention et figurant encore, à cette date, aux comptes spéciaux visés au paragraphe 4 ci-dessous, ainsi que des disponibilités de trésorerie du Fonds de Développement pour les pays et territoires d'outre-mer institué par la Convention d'application relative à l'association des pays et territoires d'outre-mer à la Communauté, annexée au Traité.

4. Jusqu'à leur utilisation par la Commission pour le financement des projets ou programmes retenus dans les conditions fixées par les articles 9 à 12 inclus du présent Accord, les fonds restent déposés aux comptes spéciaux ouverts par chaque État membre auprès de son Trésor national ou des organismes qu'il désigne, selon les modalités fixées par le Règlement financier, visé à l'article 18.

5. A compter de leur exigibilité et pendant la durée de ce dépôt, les fonds conservent la valeur correspondant à la parité en vigueur au jour de l'exigibilité par rapport à l'unité de compte définie au Protocole nº 7 annexé à la Convention.

Article 3

Le reliquat éventuel du Fonds sera utilisé jusqu'à son épuisement intégral selon les mêmes modalités que celles prévues à la Convention et au présent Accord.

Toutefois, en ce qui concerne les aides à la production qui, selon l'article 27 paragraphe 2 du Protocole nº 5, seront supprimées au plus tard au terme de la Convention,

3. L'importo di 730 milioni di unità di conto è impiegato, fino a concorrenza di 680 milioni di unità di conto, sotto forma di aiuti non rimborsabili; la rimanenza viene impiegata sotto forma di prestiti a condizioni speciali.

4. All'importo di 730 milioni di unità di conto si aggiungono, sino a concorrenza di 70 milioni di unità di conto, prestiti concessi dalla Banca sui propri fondi alle condizioni da essa fissate in conformità delle disposizioni del suo statuto; per questi prestiti sono concessi, sulle risorse del Fondo, abbuoni di interessi alle condizioni di cui all'articolo 19 della Convenzione.

Articolo 2

1. Entro un mese dall'entrata in vigore della Convenzione, e successivamente prima del 1° settembre di ogni anno, la Commissione stabilisce e comunica al Consiglio uno stato di previsione degli impegni da effettuare durante ciascun esercizio finanziario.

2. Alle stesse condizioni, la Commissione stabilisce e comunica al Consiglio l'importo complessivo dei pagamenti da prevedere per ciascun esercizio. In base a tale importo e tenuto conto delle necessità di tesoreria, comprese quelle per far fronte alle anticipazioni di cui all'articolo 20 della Convenzione, essa stabilisce uno scadenzario delle richieste dei contributi che determinerà la loro esigibilità e le cui modalità di versamento da parte degli Stati membri sono determinate dal Regolamento finanziario di cui all'articolo 18. La Commissione sottopone detto scadenzario al Consiglio che si pronuncia alla maggioranza qualificata prevista dall'articolo 11 del presente Accordo.

Qualora i contributi siano insufficienti a far fronte alle effettive necessità del Fondo nell'esercizio considerato, la Commissione sottopone al Consiglio, che si pronuncia entro il termine di un mese, proposte di versamenti complementari.

3. Nello stabilire ciascuno scadenzario sarà tenuto conto delle rimanenze dei contributi anteriormente versati in base alla Convenzione, che ancora appaiono, a tale data, nei conti speciali di cui al paragrafo 4, nonchè delle disponibilità di tesoreria del Fondo per lo Sviluppo dei paesi e territori d'oltremare istituito dalla Convenzione d'applicazione relativa all'associazione dei paesi e territori d'oltremare alla Comunità, allegata al Trattato.

4. I fondi, sino al loro impiego, da parte della Commissione, per il finanziamento di progetti o programmi adottati alle condizione fissate dagli articoli da 9 a 12 del presente Accordo, rimangono depositati sui conti speciali aperti da ogni Stato membro presso il Tesoro nazionale o presso organismi che esso designa secondo le modalità fissate dal Regolamento finanziario di cui all'articolo 18 del presente Accordo.

5. I fondi, a decorrere dalla data della loro esigibilità e per la durata del suddetto deposito, conservano il valore corrispondente alla parità in vigore il giorno della loro esigibilità in rapporto all'unità di conto definita nel Protocollo n° 7 allegato alla Convenzione.

Articolo 3

Le eventuali rimanenze del Fondo saranno impiegate sino a totale esaurimento secondo le stesse modalità previste dalla Convenzione e dal presente Accordo.

Tuttavia, le eventuali rimanenze degli aiuti per la produzione i quali, secondo l'articolo 27, paragrafo 2, del Protocollo n° 5 saranno soppressi al più tardi allo

3. Het bedrag van 730 miljoen rekeneenheden wordt tot een bedrag van 680 miljoen aangewend in de vorm van giften en de rest in de vorm van leningen tegen speciale voorwaarden.

4. Bij het bedrag van 730 miljoen rekeneenheden komen, tot een bedrag van 70 miljoen, leningen die door de Bank uit eigen middelen worden verstrekt tegen de door haar overeenkomstig de bepalingen van haar statuten vastgestelde voorwaarden en waarvoor rentesubsidies uit het Fonds worden toegekend volgens de in artikel 19 van de Overeenkomst vastgestelde voorwaarden.

Artikel 2

1. Binnen een maand na de inwerkingtreding van de Overeenkomst en daarna vóór 1 september van elk jaar, stelt de Commissie een raming op van de verplichtingen die in de loop van elk begrotingsjaar zullen worden aangegaan, en doet zij deze aan de Raad toekomen.

2. Op dezelfde wijze stelt de Commissie het totale bedrag vast van de voor het begrotingsjaar te verwachten betalingen en stelt zij de Raad hiervan in kennis. Op de grondslag van dit bedrag en rekening houdende met de noodzakelijke kasbehoeften, met inbegrip van die welke zijn bestemd ter dekking van de in Artikel 20 van de Overeenkomst bedoelde voorschotten, stelt zij een vervalboek op voor het afroepen van de bijdragen, dat bepaalt wanneer deze opeisbaar zijn, en waarvan de wijze van storting door de Lid-Staten wordt bepaald bij het in artikel 18 van dit Akkoord bedoelde financiële reglement. Zij legt dit vervalboek voor aan de Raad, die zich uitspreekt met de in artikel 11 voorgeschreven gekwalificeerde meerderheid.

Indien de bijdragen niet volvoende zijn om de feitelijke behoeften van het Fonds in het betrokken begrotingsjaar te dekken, dient de Commissie voorstellen tot aanvullende stortingen in bij de Raad, die zich hierover binnen een maand uitspreekt.

3. Bij de opstelling van elk vervalboek zal rekening worden gehouden met het saldo van de vroeger uit hoofde van de Overeenkomst gestorte bijdragen die op dat tijdstip nog voorkomen op de in lid 4 bedoelde bijzondere rekeningen, alsmede met de beschikbare kasmiddelen van het Fonds voor de ontwikkeling van de landen en gebieden overzee, dat bij de aan het Verdrag gehechte Toepassingsovereenkomst betreffende de associatie van de landen en gebieden overzee met de Gemeenschap is ingesteld.

4. De middelen blijven, op de wijze die is bepaald bij het in artikel 18 bedoelde financiële reglement, op de bijzondere rekeningen staan, die door elke Lid-Staat bij zijn schatkist of bij de door hem aangewezen instellingen zijn geopend, totdat zij door de Commissie worden gebruikt voor de financiering van de projekten of programma's die overeenkomstig de artikelen 9 tot en met 12 zijn aanvaard.

5. Vanaf de dag van hun opeisbaarheid en zolang zij op de rekeningen blijven staan, behouden deze middelen de waarde die overeenkomt met de pariteit welke gold op de dag der opeisbaarheid, ten opzichte van de rekeneenheid, omschreven in Protocol No. 7 bij de Overeenkomst.

Artikel 3

De eventueel overgebleven middelen van het Fonds zullen, totdat zij volledig zijn opgebruikt, worden aangewend op dezelfde wijze als is bepaald in de Overeenkomst en in dit Akkoord.

Het eventuele saldo van de hulp bij de produktie, die uiterlijk aan het einde van de Overeenkomst zal zijn afgeschaft ingevolge artikel 27, sub 2, van Protocol No. 5, zal

jedoch nach dem Verfahren des Artikels 29 Abs. 4 des genannten Protokolls für andere Formen der Hilfe verwendet.

Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, bei Ablauf des Assoziierungsabkommens den noch nicht abgerufenen Teil ihrer Beiträge nach Maßgabe des Artikels 2 zu zahlen.

Artikel 4

Sofern der Rat einstimmig nichts anderes beschließt, werden alle Finanzgeschäfte zugunsten der assoziierten Staaten, zugunsten der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete sowie der französischen überseeischen Departements nach Maßgabe dieses Abkommens zu Lasten des Fonds abgewickelt; ausgenommen hiervon sind die Darlehen, welche die Bank aus Eigenmitteln gewährt.

Artikel 5

(1) Sind die Mitgliedstaaten bei Ablauf von drei Jahren nach Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens der Ansicht, daß die Bank den assoziierten Staaten mangels Bürgschaften im Sinne des Artikels 18 Abs. 3 ihrer Satzung keine Darlehen in ausreichender Höhe gewähren konnte, so kann für bestimmte Darlehensanträge unter noch festzulegenden Bedingungen eine gemeinsame Bürgschaft durch die Mitgliedstaaten gewährt werden.

(2) Einzelheiten und Umfang der gemeinsamen Bürgschaft der Mitgliedstaaten werden im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt, wenn der vorerwähnte Fall eintritt.

(3) Diese von Fall zu Fall gewährte Bürgschaft beschränkt sich auf die Deckung politischer Risiken, die sich für die auf Antrag der assoziierten Staaten gewährten Darlehen ergeben können.

(4) Die Verteilung der finanziellen Lasten, die sich für die Gemeinschaft aus dieser Bürgschaft ergeben, wird im Verhältnis der Beteiligung der Mitgliedstaaten an dem Kapital der Bank vorgenommen.

Artikel 6

Werden für die Darlehen der Bank Zinsvergütungen gewährt, so wird der Fonds mit den Beträgen für die Zahlung dieser Zinsvergütungen belastet; sofern ein solcher Fonds nicht mehr besteht, gehen diese Beträge zu Lasten der im Rahmen der Tilgung und Verzinsung der Darlehen zu Sonderbedingungen vereinnahmten Beträge.

Reichen die vorgenannten Mittel zur Deckung dieser Ausgaben nicht aus, so kommen die Mitgliedstaaten im Verhältnis ihrer Beteiligung an dem Kapital der Bank für diese Ausgaben auf.

Artikel 7

Der in Artikel 1 genannte Betrag wird wie folgt verteilt:

1. 730 Millionen Rechnungseinheiten für die assoziierten Staaten; davon entfallen:
   - von dem Betrag von 666 Millionen: bis zu 620 Millionen auf nichtrückzahlbare Zuschüsse und der Rest auf Darlehen zu Sonderbedingungen,
   - bis zu 64 Millionen auf Darlehen der Bank;

leur reliquat éventuel sera affecté à d'autres formes d'aides selon la procédure prévue à l'article 29 paragraphe 4 dudit Protocole.

A l'expiration de la Convention, les États membres s'engagent à verser, dans les conditions prévues à l'article précédent, la partie non encore appelée de leurs contributions.

Article 4

Sauf décision contraire du Conseil prise à l'unanimité, toutes les opérations financières au profit des États associés, des Pays et territoires d'outre-mer et des Départements français d'outre-mer, sont effectuées dans les conditions prévues au présent Accord et sont imputées sur le Fonds, à l'exception des prêts consentis par la Banque sur ses fonds propres.

Article 5

1. Au cas où, à l'expiration des trois années qui suivront l'entrée en vigueur de la Convention, les États membres estimeraient que l'absence de garanties au sens de l'article 18, paragraphe 3 de ses statuts n'a pas permis à la Banque d'accorder aux États associés des prêts pour un montant suffisamment élevé, une garantie conjointe des États membres pourrait être accordée pour certaines demandes de prêts dans des conditions à déterminer.

2. Les modalités et l'étendue de la garantie conjointe des États membres seront précisées d'un commun accord lorsque se réalisera l'éventualité mentionnée ci-dessus.

3. Cette garantie, accordée cas par cas, se limitera à la couverture des risques politiques encourus par des prêts accordés à la demande des États associés.

4. La répartition des charges financières résultant pour la Communauté de cette garantie est réglée en proportion de la participation des États membres au capital de la Banque.

Article 6

Lorsque les prêts de la Banque sont assortis de bonifications d'intérêt, les montants nécessaires au paiement de ces bonifications sont imputés sur le Fonds ou, à défaut d'un pareil Fonds, sur les sommes encaissées au titre de l'amortissement et des intérêts des prêts à des conditions spéciales.

Au cas où les ressources précitées ne permettraient pas de couvrir ces dépenses, celles-ci seraient prises en charge par les États membres en proportion de leur participation au capital de la Banque.

Article 7

Le montant visé à l'article 1 ci-dessus est réparti comme suit:

1. 730 millions d'unités de compte destinés aux États associés, dont:
   - 666 millions, à concurrence de 620 millions sous forme d'aides non remboursables et le solde sous forme de prêts à des conditions spéciales,
   - à concurrence de 64 millions sous forme de prêts de la Banque;

scadere della Convenzione, saranno destinate ad altre forme di aiuti, secondo la procedura prevista dall'articolo 29, paragrafo 4 di detto Protocollo.

Allo scadere della Convenzione, gli Stati membri s'impegnano a versare, alle condizioni previste dall'articolo precedente, la parte dei loro contributi che non è ancora stata richiesta.

Articolo 4

Salvo decisione contraria del Consiglio presa all'unanimità, tutte le operazioni finanziarie a favore degli Stati associati, dei paesi e territori d'oltremare nonchè dei dipartimenti francesi d'oltremare, si effettuano alle condizioni previste dal presente Accordo e sono imputate al Fondo, ad eccezione dei prestiti concessi dalla Banca sui propri fondi.

Articolo 5

1. Qualora, allo scadere dei tre anni successivi all'entrata in vigore della Convenzione, gli Stati membri ritenessero che la mancanza di garanzie ai sensi dell'articolo 18, paragrafo 3 dello statuto della Banca non ha permesso a quest'ultima di concedere agli Stati associati prestiti per un importo sufficientemente elevato, potrebbe essere concessa una garanzia per talune domande di prestiti, a condizioni da determinare.

2. La modalità e la portata della garanzia congiunta degli Stati membri saranno precisate di comune accordo quando si verificherà l'eventualità di cui sopra.

3. Detta garanzia, data caso per caso, si limiterà alla copertura dei rischi politici incorsi da prestiti concessi su richiesta degli Stati associati.

4. Gli oneri finanziari risultanti per la Comunità da tale garanzia sono ripartiti proporzionalmente alla partecipazione degli Stati membri al capitale della Banca.

Articolo 6

Quando i prestiti della Banca sono accompagnati da abbuoni di interessi, gli importi necessari al pagamento di questi abbuoni sono imputati al Fondo, o in mancanza di un simile Fondo, alle somme incassate a titolo di ammortamento e di interessi dei prestiti a condizioni speciali.

Qualora le risorse summenzionate non permettessero di coprire queste spese, queste ultime saranno prese a carico dagli Stati membri proporzionalmente alla loro partecipazione al capitale della Banca.

Articolo 7

L'importo di cui all'articolo 1 è ripartito come segue:

1. 730 milioni di unità di conto destinati agli Stati associati, di cui:
   - 666 milioni: fino a concorrenza di 620 milioni sotto forma di aiuti non rimborsabili e la rimanenza sotto forma di prestiti a condizioni speciali,
   - fino a concorrenza di 64 milioni sotto forma di prestiti della Banca;

echter worden aangewend voor andere vormen van hulp overeenkomstig de bij artikel 29, lid 4, van dat Protocol voorgeschreven procedure.

De Lid-Staten nemen de verplichting op zich om bij afloop van de Overeenkomst op de in het vorige artikel omschreven wijze het nog niet afgeroepen gedeelte van hun bijdragen te storten.

Artikel 4

Behoudens andersluidend besluit van de Raad, genomen met eenparigheid van stemmen, geschieden alle financiële verrichtingen ten bate van de geassocieerde Staten, van de landen en gebieden overzee en van de Franse overzeese departementen, op de in dit Akkoord voorgeschreven wijze en ten laste van het Fonds, met uitzondering van de leningen die de Bank verstrekt uit haar eigen middelen.

Artikel 5

1. Indien na het verstrijken van de drie jaar die volgen op de inwerkingtreding van de Overeenkomst, de Lid-Staten van mening mochten zijn dat, door het ontbreken van garanties in de zin van artikel 18, lid 3, van haar statuten, het de Bank niet mogelijk is geweest de geassocieerde Staten leningen voor een toereikend bedrag toe te kennen, kan voor bepaalde aanvragen van leningen onder nader te bepalen voorwaarden een gemeenschappelijke garantie van de Lid-Staten worden verstrekt.

2. Indien bovenvermelde omstandigheden zich voordoen, zullen de wijze waarop en het bedrag waarvoor de gemeenschappelijke garantie van de Lid-Staten wordt verleend, in onderlinge overeenstemming worden bepaald.

3. Deze garantie, die van geval tot geval wordt verleend, strekt uitsluitend tot dekking van de politieke risico's die men loopt bij de leningen die op verzoek van de geassocieerde Staten worden toegekend.

4. De omslag van de financiële lasten die voor de Gemeenschap voortvloeien uit deze garantie, geschiedt evenredig aan de deelneming van de Lid-Staten in het kapitaal van de Bank.

Artikel 6

Wanneer de leningen van de Bank gepaard gaan met rentesubsidies, worden de daartoe strekkende bedragen gefinancierd uit de middelen van het Fonds of bij gebreke van een dergelijk Fonds uit de bedragen die worden geïnd uit hoofde van de aflossing van en de interesten op de leningen tegen speciale voorwaarden.

Wanneer bovenbedoelde middelen de uitgaven niet kunnen dekken, komen deze ten laste van de Lid-Staten evenredig aan hun deelneming in het kapitaal van de Bank.

Artikel 7

Het in artikel 1 bedoelde bedrag wordt als volgt verdeeld:

1. 730 miljoen rekeneenheden bestemd voor de geassocieerde Staten, en wel:
   - 666 miljoen, waarvan ten hoogste 620 miljoen in de vorm van giften en de rest in de vorm van leningen tegen speciale voorwaarden;
   - tot een bedrag van 64 miljoen in de vorm van leningen van de Bank;

2. 70 Millionen Rechnungseinheiten für die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete und die französischen überseeischen Departements; davon entfallen:
   — von dem Betrag von 64 Millionen: bis zu 60 Millionen auf nichtrückzahlbare Zuschüsse und der Rest auf Darlehen zu Sonderbedingungen,
   — bis zu 6 Millionen auf Darlehen der Bank.

Artikel 8

Der Fonds wird vorbehaltlich des Artikels 11 von der Kommission nach Maßgabe der in Artikel 18 vorgesehenen Finanzregelung verwaltet.

Kapitel II

Verfahren für die Genehmigung der Finanzierungsanträge

Artikel 9

(1) Die Kommission prüft die Vorhaben oder Programme, die ihr von den assoziierten Staaten nach Maßgabe des Artikels 21 des Assoziierungsabkommens und des Protokolls Nr. 5 über die Verwaltung der Finanzhilfe sowie von den Mitgliedstaaten oder den zuständigen Behörden für die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete sowie die französischen überseeischen Departements vorgelegt werden. Sie arbeitet für diese Vorhaben oder Programme Vorschläge zur Finanzierung durch nichtrückzahlbare Zuschüsse, durch Darlehen zu Sonderbedingungen oder durch beide Finanzierungsarten gleichzeitig aus.

(2) Ist die Kommission der Ansicht, daß ein Vorhaben durch Darlehen zu Sonderbedingungen finanziert werden kann, so übermittelt sie der Bank die entsprechenden Unterlagen, damit sie und die Bank die Prüfung durchführen können.

(3) Befürwortet die Bank die Gewährung eines solchen Darlehens, so unterbreitet sie der Kommission einen Finanzierungsplan.

(4) Kann nach Ansicht der Bank für das Vorhaben ein solches Darlehen nicht gewährt werden, so teilt sie dies der Kommission mit, die das Vorhaben zurückziehen, eine Finanzierung durch einen nichtrückzahlbaren Zuschuß vorschlagen oder den in Artikel 11 vorgesehenen Ausschuß befassen kann. Dieser Ausschuß konsultiert dann die Bank.

(5) Die Bank unterbreitet der Kommission Vorschläge für die Gewährung von Zinsvergütungen. Die Kommission arbeitet hierfür Finanzierungsvorschläge aus.

Artikel 10

Art und Weise der Beteiligung der Bank an der Verwaltung der Darlehen zu Sonderbedingungen werden in Aufträgen der Gemeinschaft an die Bank festgelegt. Diese Aufträge werden an Hand von Entwürfen der Kommission nach Maßgabe des Artikels 11 genehmigt.

Artikel 11

(1) Es wird ein Ausschuß aus Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten eingesetzt, dem die in Artikel 9 genannten Finanzierungsvorschläge — gegebenenfalls zusammen mit Unterlagen der Bank — zur Stellungnahme übermittelt werden.

2. 70 millions d'unités de compte destinés aux Pays et territoires d'outre-mer et aux Départements français d'outre-mer, dont:
   — 64 millions, à concurrence de 60 millions sous forme d'aides non remboursables et le solde sous forme de prêts à des conditions spéciales,
   — à concurrence de 6 millions sous forme de prêts de la Banque.

Article 8

Sous réserve des dispositions de l'article 11 ci-dessous, le Fonds est géré par la Commission selon les modalités fixées par le règlement financier visé à l'article 18.

Chapitre II

Procédure d'approbation des demandes de financement

Article 9

1. La Commission instruit les projets ou programmes qui lui sont présentés par les États associés dans les conditions prévues à l'article 21 de la Convention et au Protocole n° 5 relatif à la gestion des aides financières, et par les États membres ou les autorités compétentes, en ce qui concerne les Pays et territoires d'outre-mer et les Départements français d'outre-mer. Elle élabore pour ces projets ou programmes des propositions de financement, soit sous forme d'aides non remboursables, soit sous forme de prêts à des conditions spéciales, soit simultanément par ces deux moyens.

2. Lorsqu'un projet lui semble susceptible d'être financé par des prêts à des conditions spéciales, la Commission transmet le dossier à la Banque afin que l'instruction puisse être menée par la Commission et par la Banque.

3. Si la Banque exprime un avis favorable à l'octroi d'un tel prêt, elle soumet un plan de financement à la Commission.

4. Si la Banque estime que le projet n'est pas susceptible de faire l'objet d'un tel prêt, elle en avise la Commission qui peut, soit retirer le projet, soit en proposer le financement par une aide non remboursable, soit saisir le Comité prévu à l'article 11. Ce Comité consulte alors la Banque.

5. La Banque soumet à la Commission les propositions d'octroi de bonifications d'intérêt. La Commission élabore à ce sujet des propositions de financement.

Article 10

Les conditions dans lesquelles la Banque interviendra dans la gestion des prêts à des conditions spéciales font l'objet de mandats de la Communauté à la Banque. Ces mandats sont approuvés sur la base de projets de la Commission dans les conditions prévues à l'article 11.

Article 11

1. Il est institué un Comité composé de représentants des Gouvernements des États membres auquel sont communiquées, pour avis, les propositions de financement visées à l'article 9 ci-dessus accompagnées, le cas échéant, d'un dossier établi par la Banque.

2. 70 milioni di unità di conto destinati ai paesi e territori d'oltremare e ai dipartimenti francesi d'oltremare, di cui:

— 64 milioni: fino a concorrenza di 60 milioni sotto forma di aiuti non rimborsabili e la rimanenza sotto forma di prestiti a condizioni speciali,

— fino a concorrenza di 6 milioni sotto forma di prestiti della Banca.

Articolo 8

Fatte salve le disposizioni dell'articolo 11, il Fondo è gestito dalla Commissione secondo le modalità fissate dal regolamento finanziario di cui all'articolo 18.

2. 70 miljoen rekeneenheden bestemd voor de landen en gebieden overzee en voor de Franse overzeese departementen, en wel:

— 64 miljoen, waarvan ten hoogste 60 miljoen in de vorm van giften en de rest in de vorm van leningen tegen speciale voorwaarden;

— tot een bedrag van 6 miljoen in de vorm van leningen van de Bank.

Artikel 8

Onder voorbehoud van het bepaalde in artikel 11, wordt het Fonds door de Commissie beheerd op de wijze, vastgesteld bij het in artikel 18 bedoelde financiële reglement.

Capitolo II

Procedura di approvazione delle domande di finanziamento

Articolo 9

1. La Commissione istruisce i progetti o programmi che le sono presentati dagli Stati associati, alle condizioni di cui all'articolo 21 della Convenzione e al Protocollo n° 5 relativo alla gestione degli aiuti finanziari, e dagli Stati membri o dalle autorità competenti per quanto riguarda i paesi e territori d'oltremare e i dipartimenti francesi d'oltremare. Essa elabora per questi progetti o programmi proposte di finanziamento sotto forma di aiuti non rimborsabili o sotto forma di prestiti a condizioni speciali, oppure, contemporaneamente, sotto entrambe le forme.

2. Quando la Commissione ritiene che un progetto possa essere finanziato mediante prestiti a condizioni speciali, trasmette il fascicolo alla Banca, affinchè l'istruzione possa essere condotta dalla Commissione e dalla Banca.

3. Se la Banca esprime un parere favorevole alla concessione di questo prestito, sottopone un piano di finanziamento alla Commissione.

4. Se la Banca ritiene che il progetto non possa essere oggetto di un tale prestito, ne avvisa la Commissione che può ritirare il progetto, o proporne il finanziamento mediante un aiuto non rimborsabile, oppure adire il Comitato di cui all'articolo 11. Questo Comitato consulta allora la Banca.

5. La Banca sottopone alla Commissione le proposte di concessione di abbuoni d'interessi. La Commissione elabora al riguardo proposte di finanziamento.

Articolo 10

Le condizioni della partecipazione della Banca alla gestione dei prestiti a condizioni speciali saranno oggetto di mandati della Comunità alla Banca. Questi mandati sono approvati in base a progetti della Commissione, alle condizioni previste dall'articolo 11.

Articolo 11

1. È istituito un Comitato composto di rappresentanti dei Governi degli Stati membri al quale sono comunicate, per parere, le proposte di finanziamento di cui all'articolo 9, eventualmente accompagnate da un fascicolo preparato dalla Banca.

Hoofdstuk II

Procedure voor de goedkeuring van de aanvragen om financiering

Artikel 9

1. De Commissie onderzoekt de projecten of programma's die haar worden voorgelegd door de geassocieerde Staten op de in artikel 21 van de Overeenkomst en in Protocol No. 5 betreffende het beheer van de financiële steun voorgeschreven wijze, en door de Lid-Staten of de bevoegde autoriteiten voor de landen en gebieden overzee en de Franse overzeese departementen. Zij werkt voor deze projecten of programma's financieringsvoorstellen uit, hetzij in de vorm van giften, hetzij in de vorm van leningen tegen speciale voorwaarden, hetzij volgens beide methoden tegelijk.

2. Wanneer een project volgens de Commissie in aanmerking komt voor financiering door leningen tegen speciale voorwaarden, zendt zij het dossier aan de Bank toe, opdat het onderzoek door de Commissie en door de Bank kan plaatsvinden.

3. Indien de Bank een gunstig advies uitbrengt over het toekennen van een dergelijke lening, legt zij de Commissie een financieringsplan voor.

4. Indien de Bank van mening is dat het project niet door een dergelijke lening kan worden gefinancierd, stelt zij de Commissie hiervan in kennis, die dan hetzij het project kan terugnemen, hetzij kan voorstellen het te financieren in de vorm van giften, hetzij de aangelegenheid kan voorleggen aan het in artikel 11 genoemde Comité. Dit Comité raadpleegt in dat geval de Bank.

5. De Bank doet de Commissie voorstellen over het toekennen van rentesubsidies. De Commissie werkt hiervoor financieringsvoorstellen uit.

Artikel 10

De wijze waarop de Bank deelneemt aan het beheer van de leningen tegen speciale voorwaarden, wordt geregeld in opdrachten van de Gemeenschap aan de Bank. Deze opdrachten worden goedgekeurd op de grondslag van ontwerpen van de Commissie overeenkomstig artikel 11.

Artikel 11

1. Er wordt een Comité ingesteld, dat uit vertegenwoordigers van de Regeringen van de Lid-Staten bestaat en, met het oog op het uitbrengen van een advies, in kennis wordt gesteld van de in artikel 9 genoemde financieringsvoorstellen, zo nodig vergezeld van een door de Bank samengesteld dossier.

Den Vorsitz in diesem Ausschuß führt ein Vertreter der Kommission.

Die Sekretariatsgeschäfte werden von der Kommission wahrgenommen.

Der Rat legt einstimmig die Geschäftsordnung des Ausschusses fest.

Ein Vertreter der Bank nimmt an der Arbeit des Ausschusses teil.

(2) Der Ausschuß nimmt mit einer qualifizierten Mehrheit von 67 Stimmen Stellung. Die Mitgliedstaaten verfügen über folgende Stimmenzahl:

Belgien	10 Stimmen
Bundesrepublik Deutschland	33 Stimmen
Frankreich	33 Stimmen
Italien	14 Stimmen
Luxemburg	1 Stimme
Niederlande	9 Stimmen.

Die Finanzierungsvorschläge werden der Kommission zusammen mit der Stellungnahme des Ausschusses zur Beschlußfassung vorgelegt.

(3) Beschließt die Kommission, von der Stellungnahme des Ausschusses abzuweichen, oder hat der Ausschuß einen Finanzierungsvorschlag nicht befürwortet, so kann sie diesen Vorschlag zurückziehen oder dem Rat vorlegen, der mit der in Absatz 2 vorgesehenen qualifizierten Mehrheit beschließt.

Artikel 12

In Abweichung von Artikel 11 sind einstimmige Beschlüsse erforderlich:

— bei Vorschlägen zur Gewährung von Darlehen zu Sonderbedingungen an ein Privatunternehmen,

— bei Vorschlägen zur Gewährung von Zinsvergütungen für die von der Bank gewährten Darlehen.

Kapitel III

Finanzielle Durchführung sowie Kontrolle der Verwendung der Hilfe

Artikel 13

Unbeschadet der in Artikel 10 genannten Aufträge an die Bank und nach Maßgabe der in Artikel 18 vorgesehenen Finanzregelung sorgt die Kommission für die finanzielle Durchführung der vom Fonds finanzierten Vorhaben oder Programme und leistet die entsprechenden Zahlungen.

Artikel 14

(1) Während der Laufzeit dieses Abkommens beschließt der Rat einstimmig über die Verwendung der Beträge, die als Kapitalrückzahlungen oder Zinszahlungen für die Darlehen zu Sonderbedingungen vereinnahmt werden, sowie über die etwaige Wiederverwendung dieser Beträge zugunsten der assoziierten Staaten.

(2) Danach beschließt der Rat einstimmig und unter Berücksichtigung des Artikels 6, ob diese Beträge an die Mitgliedstaaten zurückzuzahlen oder von der Gemeinschaft für andere Geschäfte wiederzuverwenden sind.

Artikel 15

In der in Artikel 18 vorgesehenen Finanzregelung wird festgelegt, wie etwaige andere als die in Artikel 14 genannten Einnahmen des Fonds zu verwenden sind.

Ce Comité est présidé par un Représentant de la Commission.

Le Secrétariat est assuré par la Commission.

Le Conseil statuant à l'unanimité arrête le règlement intérieur du Comité.

Un Représentant de la Banque assiste aux travaux du Comité.

2. Le Comité se prononce à la majorité qualifiée de 67 voix. Les États membres disposent respectivement de:

Belgique	10 voix
République fédérale d'Allemagne	33 voix
France	33 voix
Italie	14 voix
Luxembourg	1 voix
Pays-Bas	9 voix.

Les propositions de financement accompagnées de l'avis du Comité sont soumises pour décision à la Commission.

3. Si la Commission décide de s'écarter de l'avis exprimé par le Comité ou, en l'absence d'un avis favorable du Comité, elle peut retirer la proposition de financement ou elle saisit le Conseil qui décide à la majorité qualifiée prévue au paragraphe 2.

Article 12

Par dérogation aux dispositions de l'article 11, font l'objet d'une décision prise à l'unanimité

— les propositions d'attribution de prêts à des conditions spéciales à une entreprise privée,

— les propositions d'attribution de bonifications d'intérêt sur les prêts accordés par la Banque.

Chapitre III

Exécution financière et contrôle de l'utilisation de l'aide

Article 13

Sans préjudice des mandats à la Banque visés à l'article 10, la Commission assure l'exécution financière des projets ou programmes financés par le Fonds et effectue les paiements, conformément aux dispositions du règlement financier visé à l'article 18.

Article 14

1. Pendant la durée du présent Accord, le Conseil décide à l'unanimité de l'affectation des sommes encaissées au titre des remboursements en capital et des paiements en intérêts des prêts à des conditions spéciales ainsi que de leur réaffectation éventuelle aux États associés.

2. Par la suite, et compte tenu des dispositions de l'article 6, le Conseil décide à l'unanimité si ces sommes doivent être remboursées aux États membres ou réaffectées par la Communauté à d'autres opérations.

Article 15

Le règlement financier prévu à l'article 18 précisera les conditions dans lesquelles seront affectées les recettes éventuelles du Fonds autres que celles visées à l'article précédent.

Il Comitato è presieduto da un Rappresentante della Commissione.

Il Segretariato è assicurato dalla Commissione.

Il Consiglio, deliberando all'unanimità, stabilisce il regolamento interno del Comitato.

Un Rappresentante della Banca assiste ai lavori del Comitato.

2. Il Comitato si pronuncia alla maggioranza qualificata di 67 voti. Gli Stati membri dispongono rispettivamente di:

Belgio	10 voti
Repubblica federale di Germania	33 voti
Francia	33 voti
Italia	14 voti
Lussemburgo	1 voto
Paesi Bassi	9 voti.

Le proposte di finanziamento corredate del parere del Comitato sono sottoposte per decisione alla Commissione.

3. La Commissione, qualora decida di non seguire il parere espresso dal Comitato o in mancanza di un parere favorevole del Comitato, può ritirare la proposta di finanziamento ovvero adire il Consiglio che decide alla maggioranza qualificata prevista nel paragrafo 2.

Articolo 12

In deroga alle disposizioni dell'articolo 11, sono oggetto di decisione presa all'unanimità:

— le proposte di concessione di prestiti a condizioni speciali ad una impresa privata,

— le proposte di concessione di abbuoni di interessi sui prestiti accordati dalla Banca.

Capitolo III

Esecuzione finanziaria e controllo dell'impiego degli aiuti

Articolo 13

Fatti salvi i mandati attribuiti alla Banca, di cui all'articolo 10, la Commissione cura l'esecuzione finanziaria dei progetti o programmi finanziati dal Fondo ed effettua i pagamenti, in conformità delle disposizioni del regolamento finanziario di cui all'articolo 18.

Articolo 14

1. Per la durata del presente Accordo, il Consiglio decide all'unanimità della destinazione delle somme incassate a titolo dei rimborsi in capitale e dei pagamenti in interessi dei prestiti a condizioni speciali, nonchè della loro eventuale nuova attribuzione agli Stati associati.

2. Successivamente, e tenendo conto delle disposizioni dell'articolo 6, il Consiglio decide all'unanimità se tali somme debbano essere rimborsate agli Stati membri o destinate dalla Comunità ad altre operazioni.

Articolo 15

Il regolamento finanziario di cui all'articolo 18 preciserà le condizioni alle quali saranno assegnati gli altri eventuali introiti del Fondo diversi da quelli contemplati nell'articolo precedente.

Dit Comité staat onder voorzitterschap van een Vertegenwoordiger van de Commissie.

Het Secretariaat wordt waargenomen door de Commissie.

De Raad stelt met eenparigheid van stemmen het reglement van orde van het Comité vast.

Een Vertegenwoordiger van de Bank neemt deel aan de werkzaamheden van het Comité.

2. Het Comité spreekt zich uit met een gekwalificeerde meerderheid van 67 stemmen. De Lid-Staten beschikken onderscheidenlijk over:

België	10 stemmen
Bondsrepubliek Duitsland	33 stemmen
Frankrijk	33 stemmen
Italië	14 stemmen
Luxemburg	1 stem
Nederland	9 stemmen.

De financieringsvoorstellen, vergezeld van het advies van het Comité, worden aan de Commissie ter beslissing voorgelegt.

3. Indien de Commissie besluit af te wijken van het advies van het Comité of indien het Comité geen gunstig advies heeft uitgebracht, kan zij het financieringsvoorstel terugnemen of de aangelegenheid aan de Raad voorleggen, die met de in lid 2 voorgeschreven gekwalificeerde meerderheid beslist.

Artikel 12

In afwijking van het bepaalde in artikel 11 dient met eenparigheid van stemmen te worden beslist over:

— de voorstellen tot het toekennen van leningen tegen speciale voorwaarden aan particuliere ondernemingen,

— de voorstellen tot het toekennen van rentesubsidies op de door de Bank verstrekte leningen.

Hoofdstuk III

Financiële uitvoering en toezicht op het gebruik van de steun

Artikel 13

Onverminderd de in artikel 10 genoemde opdrachten aan de Bank, draagt de Commissie zorg voor de financiële uitvoering van de door het Fonds gefinancierde projecten of programma's en verricht zij de betalingen, overeenkomstig het in artikel 18 bedoelde financiële reglement.

Artikel 14

1. Tijdens de looptijd van dit Akkoord beslist de Raad met eenparigheid van stemmen over de aanwending van de bedragen die uit hoofde van de aflossing der hoofdsom en van de betaling van interesten op leningen tegen speciale voorwaarden worden ontvangen, alsmede over het eventueel opnieuw aanwenden van deze bedragen ten gunste van de geassocieerde Staten.

2. Nadien en met inachtneming van de bepalingen van artikel 6 beslist de Raad met eenparigheid van stemmen of deze bedragen aan de Lid-Staten moeten worden terugbetaald, dan wel door de Gemeenschap voor andere verrichtingen moeten worden aangewend.

Artikel 15

Het in artikel 18 bedoelde financiële reglement bepaalt op welke wijze eventuele andere dan in het vorige artikel bedoelde ontvangsten van het Fonds worden aangewend.

Artikel 16

Die Kommission vergewissert sich, in welcher Weise die vom Fonds finanzierten Hilfen der Gemeinschaft von den begünstigten assoziierten Staaten, überseeischen Ländern und Hoheitsgebieten oder französischen überseeischen Departements verwendet werden. Die Kommission unterrichtet den Rat regelmäßig hierüber, und zwar mindestens einmal jährlich. Dieser faßt alle erforderlichen Beschlüsse mit der in Artikel 11 festgelegten qualifizierten Mehrheit.

Article 16

La Commission s'assure des conditions dans lesquelles les aides de la Communauté financées par le Fonds sont utilisées par les États associés, par les Pays et territoires d'outre-mer ou par les Départements français d'outre-mer bénéficiaires. Elle en informe le Conseil périodiquement, et au moins une fois par année. Celui-ci prend, à la majorité qualifiée fixée à l'article 11, toute décision qui se révèlerait nécessaire.

Kapitel IV

Allgemeine und Schlußbestimmungen

Chapitre IV

Dispositions générales et finales

Artikel 17

(1) Bei Ablauf jedes Haushaltsjahres stellt die Kommission die Rechnung des betreffenden Haushaltsjahres sowie die Übersicht über das Vermögen und die Schulden des Fonds auf.

(2) Der in Artikel 206 des Vertrags vorgesehene Kontrollausschuß übt seine Befugnisse auch in bezug auf die Geschäfte des Fonds aus. Die Art und Weise, in der dieser Ausschuß seine Befugnisse ausübt, werden in der in Artikel 18 vorgesehenen Finanzregelung festgelegt.

(3) Der Rat erteilt der Kommission hinsichtlich der Finanzverwaltung des Fonds mit der in Artikel 11 festgelegten qualifizierten Mehrheit Entlastung.

Article 17

1. A la clôture de chaque exercice, la Commission arrête le compte de la gestion écoulée ainsi que le bilan du Fonds.

2. La commission de contrôle prévue à l'article 206 du Traité exerce également ses pouvoirs à l'égard des opérations du Fonds. Les conditions dans lesquelles cette commission exerce ses pouvoirs sont arrêtées dans le règlement financier visé à l'article 18.

3. Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée fixée à l'article 11, donne décharge à la Commission de la gestion financière du Fonds.

Artikel 18

Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Abkommen werden in einer Finanzregelung festgelegt, die der Rat bei Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens mit der in Artikel 11 festgelegten qualifizierten Mehrheit an Hand eines Entwurfs der Kommission und nach Anhörung der Bank zu den sie betreffenden Vorschriften erläßt.

Article 18

Les dispositions d'application du présent Accord font l'objet d'un règlement financier arrêté dès l'entrée en vigueur de la Convention par le Conseil statuant à la majorité qualifiée fixée à l'article 11, sur la base d'un projet de la Commission et après avis de la Banque en ce qui concerne les dispositions qui intéressent celle-ci.

Artikel 19

(1) Der Restbetrag des durch das Durchführungsabkommen geschaffenen Entwicklungsfonds für die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete wird weiterhin nach Maßgabe des genannten Abkommens sowie der am 31. Dezember 1962 geltenden Regelung verwaltet.

(2) Gefährdet bei Erschöpfung des Restbetrags das Fehlen von Mitteln die ordnungsgemäße Durchführung von Vorhaben, die im Rahmen des in Absatz 1 genannten Fonds finanziert werden, so kann die Kommission nach Maßgabe des Artikels 11 zusätzliche Finanzierungsvorschläge unterbreiten.

Article 19

1. Le reliquat du Fonds de développement pour les pays et territoires d'outre-mer, institué par la Convention d'application, annexée au Traité, continuera d'être administré dans les conditions prévues à ladite Convention ainsi que par la réglementation en vigueur au 31 décembre 1962.

2. Dans le cas où un manque de ressources dû à l'épuisement du reliquat compromettrait le bon achèvement de projets financés dans le cadre du Fonds visé au paragraphe précédent, des propositions de financement supplémentaires pourraient être présentées par la Commission dans les conditions prévues à l'article 11.

Artikel 20

Dieses Abkommen wird von den einzelnen Mitgliedstaaten nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Vorschriften genehmigt. Die Regierungen der einzelnen Mitgliedstaaten notifizieren dem Sekretariat der Räte der Europäischen Gemeinschaften, daß die für das Inkrafttreten dieses Abkommens erforderlichen Verfahren abgeschlossen sind.

Sind die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt, so tritt dieses Abkommen zum gleichen Zeitpunkt wie das Assoziierungsabkommen in Kraft. Es wird für dieselbe Dauer geschlossen wie das Assoziierungsabkommen.

Article 20

Le présent Accord est approuvé par chaque État membre conformément aux règles constitutionnelles qui lui sont propres. Le Gouvernement de chaque État membre notifie au Secrétariat des Conseils des Communautés Européennes l'accomplissement des procédures requises pour son entrée en vigueur.

Le présent Accord entre en vigueur, pour autant que les conditions visées au premier alinéa soient remplies, à la même date que la Convention. Il est conclu pour la même durée que celle-ci.

Artikel 21

Dieses Abkommen ist in einer Urschrift in deutscher, französischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; es wird im Archiv des Sekretariats der Räte der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt; dieses übermittelt der Regierung jedes Unterzeichnerstaates eine beglaubigte Abschrift.

Article 21

Le présent Accord, rédigé en un exemplaire unique en langues allemande, française, italienne et néerlandaise, les quatre textes faisant également foi, sera déposé dans les archives du Secrétariat des Conseils des Communautés Européennes qui en remettra une copie certifiée conforme à chacun des Gouvernements signataires.

Articolo 16

La Commissione si accerta delle condizioni alle quali gli aiuti della Comunità finanziati dal Fondo sono impiegati dagli Stati associati, dai paesi e territori d'oltremare o dai dipartimenti francesi d'oltremare beneficiari. Essa ne informa il Consiglio periodicamente, almeno una volta all'anno. Il Consiglio prende le decisioni che si rivelassero necessarie alla maggioranza qualificata stabilita dall'articolo 11.

Capitolo IV

Disposizioni generali e finali

Articolo 17

1. Al termine di ciascun esercizio, la Commissione chiude il conto della gestione trascorsa nonchè il bilancio del Fondo.

2. La Commissione di controllo prevista dall'articolo 206 del Trattato esercita i propri poteri anche nei confronti delle operazioni del Fondo. Le condizioni in cui detta Commissione esercita i propri poteri sono fissate nel regolamento finanziario di cui all'articolo 18.

3. Il Consiglio, deliberando alla maggioranza qualificata stabilita dall'articolo 11, dà atto alla Commissione della gestione finanziaria del Fondo.

Articolo 18

Le disposizioni d'applicazione del presente Accordo sono oggetto di un regolamento finanziario adottato, sin dall'entrata in vigore della Convenzione, dal Consiglio che delibera alla maggioranza qualificata stabilita dall'articolo 11, in base ad un progetto della Commissione e previo parere della Banca per quanto riguarda le disposizioni che interessano quest'ultima.

Articolo 19

1. Le rimanenze del Fondo per lo sviluppo dei paesi e territori d'oltremare, istituito dalla Convenzione di applicazione allegata al Trattato, continueranno ad essere amministrate alle condizioni previste da detta Convenzione nonchè dalla regolamentazione in vigore il 31 dicembre 1962.

2. Qualora per mancanza di mezzi dovuta all'esaurimento delle rimanenze fosse compromessa la soddisfacente realizzazione di progetti finanziati nel quadro del Fondo di cui al paragrafo precedente, la Commissione potrà presentare proposte supplementari di finanziamento alle condizioni stabilite dall'articolo 11.

Articolo 20

Il presente Accordo è approvato da ogni Stato membro conformemente alle proprie norme costituzionali. Il Governo di ciascuno Stato membro notifica al Segretario dei Consigli delle Comunità Europee l'adempimento delle procedure richieste per la sua entrata in vigore.

Il presente Accordo entra in vigore, nella misura in cui siano adempiute le condizioni di cui al primo comma, alla medesima data della Convenzione. Esso è concluso per la stessa durata della Convenzione.

Articolo 21

Il presente Accordo, redatto in un unico esemplare in lingua francese, italiana, olandese e tedesca, i quattro testi facenti tutti ugualmente fede, sarà depositato negli archivi del Segretariato dei Consigli delle Comunità Europee che provvederà a rimetterne copia certificata conforme a ciascuno dei Governi firmatari.

Artikel 16

De Commissie vergewist zich van de wijze waarop de door het Fonds gefinancierde steun van de Gemeenschap door de begunstigde geassocieerde Staten, landen en gebieden overzee of Franse overzeese departementen wordt aangewend. Op gezette tijden en ten minste eenmaal per jaar brengt zij de Raad hiervan op de hoogte. De Raad neemt met de in artikel 11 vastgestelde gekwalificeerde meerderheid van stemmen ieder besluit dat noodzakelijk mocht zijn.

Hoofdstuk IV

Algemene en slotbepalingen

Artikel 17

1. Bij de afsluiting van elk begrotingsjaar stelt de Commissie de jaarrekening en de balans van het Fonds vast.

2. De in artikel 206 van het Verdrag bedoelde controlecommissie oefent eveneens ten opzichte van de verrichtingen van het Fonds haar bevoegdheden uit. De wijze waarop dit plaatsvindt, wordt in het in artikel 18 bedoelde financiële reglement omschreven.

3. De Raad verleent met de in artikel 11 vastgestelde gekwalificeerde meerderheid van stemmen aan de Commissie kwijting voor het financiële beheer van het Fonds.

Artikel 18

De uitvoeringsbepalingen van dit Akkoord worden neergelegd in een financieel reglement, dat bij de inwerkingtreding van de Overeenkomst door de Raad wordt vastgesteld met de in artikel 11 vastgestelde gekwalificeerde meerderheid van stemmen, op de grondslag van een ontwerp van de Commissie en na advies van de Bank inzake de bepalingen die haar aangaan.

Artikel 19

1. De overgebleven middelen van het Fonds voor de ontwikkeling van de landen en gebieden overzee, dat bij de aan het Verdrag gehechte Toepassingsovereenkomst is ingesteld, worden ook verder beheerd op de in die Overeenkomst vastgestelde wijze alsmede volgens de op 31 december 1962 geldende regeling.

2. Indien een gebrek aan middelen ten gevolge van het uitgeput raken van die overgebleven middelen de voltooiing in gevaar brengt van projecten die in het kader van het in lid 1 bedoelde Fonds worden gefinancierd, kan de Commissie aanvullende financieringsvoorstellen indienen overeenkomstig artikel 11.

Artikel 20

Dit Akkoord wordt door elke Lid-Staat goedgekeurd overeenkomstig zijn eigen grondwettelijke voorschriften. De Regering van elke Staat doet het Secretariaat van de Raden der Europese Gemeenschappen mededeling van de beëindiging der procedures die voor het in werking treden van dit Akkoord zijn vereist.

Voor zover aan het in de vorige alinea bepaalde is voldaan, treedt dit Akkoord in werking op dezelfde datum als de Overeenkomst. Het wordt voor dezelfde duur gesloten.

Artikel 21

Dit Akkoord, opgesteld in één exemplar in de Duitse, de Franse, de Italiaanse en de Nederlandse taal, zijnde de vier teksten gelijkelijk authentiek, zal worden nedergelegd in het archief van het Secretariaat van de Raden der Europese Gemeenschappen, dat een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift daarvan toezendt aan elk der ondertekenende Regeringen.

Protokoll
über die Einfuhr von ungebranntem Kaffee in die Beneluxländer

Protocole
relatif aux importations de café vert dans les pays du Benelux

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN DES VERTRAGS ZUR GRÜNDUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT –

IN DEM WUNSCH, die Bedingungen für die Einfuhr von ungebranntem Kaffee in die Beneluxländer mit Inkrafttreten des Abkommens über die Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar festzulegen —

HABEN zu ihren Bevollmächtigten ERNANNT:

Seine Majestät der König der Belgier
Herr Henri Fayat,
Minister und Stellvertretender Minister
für Auswärtige Angelegenheiten,

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
Herr Walter Scheel,
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit,

Der Präsident der Französischen Republik
Herr Raymond Triboulet,
Minister für Zusammenarbeit,

Der Präsident der Italienischen Republik
Herr Emilio Colombo,
Schatzminister,

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg

Herr Eugène Schaus,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten
und Außenhandel,

Ihre Majestät die Königin der Niederlande
Herr Joseph Luns,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten.

DIESE SIND nach Austausch ihrer als gut und gehörig befundenen Vollmachten

wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Für die Einfuhr von ungebranntem Kaffee aus dritten Ländern in die Beneluxländer gilt folgendes:

1. Bis zum Ablauf der zweiten Stufe: Zollsatz von 2% bei allen Einfuhren aus dritten Ländern;

2. während der dritten Stufe: Zollsatz von 5% bei allen Einfuhren aus dritten Ländern;

3. nach Ablauf der Übergangszeit: Anwendung des Gemeinsamen Zolltarifs.

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES AU TRAITÉ INSTITUANT LA COMMUNAUTÉ ÉCONOMIQUE EUROPÉENNE,

DÉSIRANT fixer les conditions d'importation de café vert dans les pays du Benelux à compter de l'entrée en vigueur de la Convention d'Association entre la Communauté Économique Européenne et les États africains et malgache associés à cette Communauté,

ONT DÉSIGNÉ, comme plénipotentiaires:

Sa Majesté le Roi des Belges
M. Henri Fayat,
Ministre,
Adjoint des Affaires Étrangères,

Le Président de la République fédérale d'Allemagne
M Walter Scheel,
Ministre de le Coopération Économique,

Le Président de la République Française
M. Raymond Triboulet,
Ministre de la Coopération,

Le Président de la République Italienne
M. Emilio Colombo,
Ministre du Trésor,

Son Altesse Royale la Grande-Duchesse de Luxembourg

M. Eugène Schaus,
Ministre des Affaires Étrangères
et du Commerce Extérieur,

Sa Majesté la Reine des Pays-Bas
M. Joseph Luns,
Ministre des Affaires Étrangères.

LESQUELS, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme,

SONT CONVENUS des dispositions qui suivent:

Article 1

Les importations de café vert en provenance des pays tiers dans les pays du Benelux s'effectueront dans les conditions suivantes:

1. Jusqu'à l'expiration de la deuxième étape: droit de douane de 2% sur toutes les importations en provenance des pays tiers;

2. Au cours de la troisième étape: droit de douane de 5% sur toutes les importations en provenance des pays tiers;

3. A l'expiration de la période transitoire: application du tarif douanier commun.

Protocollo
relativo alle importazioni di caffè verde nei paesi del Benelux

Protocol
betreffende de invoer van ongebrande koffie in de Benelux-landen

LE ALTE PARTI CONTRAENTI DEL TRATTATO CHE ISTITUISCE LA COMUNITÀ ECONOMICA EUROPEA,

DESIDERANDO stabilire le condizioni d'importazione di caffè verde nei paesi del Benelux applicabili a decorrere dall'entrata in vigore della Convenzione d'Associazione tra la Comunità Economica Europea e gli Stati africani e malgascio associati a tale Comunità,

HANNO DESIGNATO come plenipotenziari:

Sua Maestà il Re dei Belgi
S.E. Henri Fayat,
Ministro,
Aggiunto agli Affari Esteri,

Il Presidente della Repubblica Federale di Germania
S.E. Walter Scheel,
Ministro della Cooperazione Economica,

Il Presidente della Repubblica Francese
S.E. Raymond Triboulet,
Ministro della Cooperazione,

Il Presidente della Repubblica Italiana
S.E. Emilio Colombo,
Ministro del Tesoro,

Sua Altezza reale la Granduchessa del Lussemburgo

S.E. Eugène Schaus,
Ministro degli Affari Esteri e del Commercio Estero,

Sua Maestà la Regina dei Paesi Bassi
S.E. Joseph Luns,
Ministro degli Affari Esteri.

I QUALI, dopo avere scambiato i loro pieni poteri, riconosciuti in buona e debita forma,

HANNO CONVENUTO le disposizioni seguenti:

Articolo 1

Le importazioni nel Benelux di caffè verde in provenienza dai paesi terzi saranno effettuate alle seguenti condizioni:

1. Fino al termine della seconda tappa: dazio doganale del 2 % su tutte le importazioni in provenienza dai paesi terzi;
2. Durante la terza tappa: dazio doganale del 5 % su tutte le importazioni in provenienza dai paesi terzi;
3. Alla fine del periodo transitorio: applicazione della tariffa doganale comune.

DE HOGE VERDRAGSLUITENDE PARTIJEN BIJ HET VERDRAG TOT OPRICHTING VAN DE EUROPESE ECONOMISCHE GEMEENSCHAP,

WENSENDE de voorwaarden voor de invoer van ongebrande koffie in de Benelux-landen vanaf de inwerkingtreding van de Associatieovereenkomst tussen de Europese Economische Gemeenschap en de met deze Gemeenschap geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar, vast te stellen,

HEBBEN als hun gevolmachtigden AANGEWEZEN:

Zijne Majesteit de Koning der Belgen
De Heer Henri Fayat,
Minister,
Adjunct van Buitenlandse Zaken,

De President van de Bondsrepubliek Duitsland
De Heer Walter Scheel,
Minister van Economische Samenwerking,

De President van de Franse Republiek
De Heer Raymond Triboulet,
Minister van Samenwerking,

De President van de Italiaanse Republiek
De Heer Emilio Colombo,
Minister van Financiën,

Hare Koninklijke Hoogheid de Groothertogin van Luxemburg
De Heer Eugene Schaus,
Minister van Buitenlandse Zaken
en van Buitenlandse Handel,

Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden
De Heer Joseph Luns,
Minister van Buitenlandse Zaken.

DIE, na overlegging van hun in goede en behoorlijke vorm bevonden volmachten, omtrent de volgende bepalingen
OVEREENSTEMMING HEBBEN BEREIKT:

Artikel 1

De invoer in de Benelux-landen van ongebrande koffie uit derde landen vindt plaats overeenkomstig de volgende bepalingen:

1. Tot aan het einde van de tweede etappe: douanerecht van 2 % op alle invoer uit derde landen;
2. Gedurende de derde etappe: douanerecht van 5 % op alle invoer uit derde landen;
3. Na het einde van de overgangsperiode: toepassing van het gemeenschappelijk douanetarief.

Artikel 2

Dieses Protokoll wird von den einzelnen Mitgliedstaaten nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Vorschriften genehmigt. Die Regierungen der einzelnen Mitgliedstaaten notifizieren dem Sekretariat der Räte der Europäischen Gemeinschaften, daß die für das Inkrafttreten dieses Protokolls erforderlichen Verfahren abgeschlossen sind.

Sind die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt, so tritt dieses Protokoll zum gleichen Zeitpunkt wie das Assoziierungsabkommen in Kraft.

GESCHEHEN zu Jaunde, am zwanzigsten Juli neunzehnhundertdreiundsechzig.

Article 2

Le présent Protocole est approuvé par chaque État membre conformément aux règles constitutionnelles qui lui sont propres. Le Gouvernement de chaque État membre notifie au Secrétariat des Conseils des Communautés Européennes l'accomplissement des procédures requises pour son entrée en vigueur.

Le présent Protocole entre en vigueur, pour autant que les conditions visées à l'alinéa 1 soient remplies, à la même date que la Convention d'Association.

FAIT à Yaoundé, le vingt juillet mil neuf cent soixante-trois.

Pour Sa Majesté le Roi des Belges:

Voor Zijne Majesteit de Koning der Belgen:

H. Fayat

Für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland:

W. Scheel

Pour le Président de la République Française:

R. Triboulet

Per il Presidente della Repubblica Italiana:

E. Colombo

Pour Son Altesse Royale la Grande-Duchesse de Luxembourg:

E. Schaus

Voor Hare Majesteit de Koningen der Nederlanden:

J. Luns

Articolo 2

Il presente Protocollo è approvato da ogni Stato membro conformemente alle proprie norme costituzionali. Il Governo di ciascuno Stato membro notifica al Segretariato dei Consigli delle Comunità Europee l'adempimento delle procedure richieste per la sua entrata in vigore.

Il presente Protocollo entra in vigore, nella misura in cui siano adempiute le disposizioni del primo comma, alla medesima data della Convenzione di Associazione.

FATTO a Yaoundé, il venti luglio millenovecentosessantatre.

Artikel 2

Dit Protocol wordt door elke Lid-Staat goedgekeurd overeenkomstig zijn eigen grondwettelijke voorschriften. De Regering van elke Lid-Staat doet het Secretariaat van de Raden der Europese Gemeenschappen mededeling van de beëindiging der procedures die voor het in werking treden van dit Protocol zijn vereist

Voor zover aan het in de vorige alinea bepaalde is voldaan, treedt dit Protocol in werking op dezelfde datum als de Associatieovereenkomst.

GEDAAN te Jaoende, de twintigste juli negentienhonderd drieenzestig.

Denkschrift

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

Teil I — Einleitung

Teil II — Erläuterung des Abkommens

I. Grundsätze

II. Warenverkehr
1. Vom Assoziierungsabkommen erfaßte Erzeugnisse
2. Abbau der Zölle
3. Abbau der Kontingente
4. EGKS-Erzeugnisse
5. Bestimmungen für bestimmte Agrarerzeugnisse
6. Einfuhrbestimmungen für ungebrannten Kaffee und Bananen
7. Meistbegünstigungsklausel, Zollunion, Freihandelszonen
8. Handelspolitische Bestimmungen
9. Schutzklauseln
10. Steuervorschriften

III. Finanzielle und technische Zusammenarbeit
1. Gesamtbetrag der Finanzhilfe der Gemeinschaft
2. Beiträge der Mitgliedstaaten
3. Einzelheiten für die Zahlung der Beiträge durch die Mitgliedstaaten
4. Form der Hilfe der Gemeinschaft
5. Maßnahmen der Gemeinschaft
6. Die verschiedenen Hilfeleistungen im einzelnen
7. Verfahren für die Gewährung der Hilfe der Gemeinschaft
8. Verwendung der Gemeinschaftshilfe im einzelnen

IV. Niederlassungsrecht, Dienstleistungen, Zahlungs- und Kapitalverkehr
Niederlassungsrecht und Dienstleistungen
Zahlungs- und Kapitalverkehr

V. Die Organe der Assoziation
1. Assoziationsrat und Assoziationsausschuß
2. Die Parlamentarische Konferenz der Assoziation
3. Das Schiedsgericht der Assoziation
4. Mittel für die Verwaltungskosten der Assoziationsorgane
5. Zustandekommen und Durchführung der Beschlüsse des Assoziationsrats und des Assoziationsausschusses in der Gemeinschaft

VI. Allgemeine und Schlußbestimmungen

VORBEMERKUNG

Der Text der Denkschrift zum Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und achtzehn afrikanischen Staaten einschließlich Madagaskar wurde auf der Grundlage eines Entwurfs des Sekretariates der Räte der Europäischen Gemeinschaften für das von den Regierungen der Mitgliedstaaten einzuleitende Ratifizierungsverfahren erarbeitet.

Hieraus ergeben sich gewisse Abweichungen im Aufbau und in der Darstellung des Textes gegenüber der sonst von der Bundesregierung in der Abfassung von Denkschriften zu internationalen Verträgen und Abkommen verwandten Form.

TEIL I

EINLEITUNG

Durch den am 25. März 1957 unterzeichneten Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG-Vertrag) wurden die im Anhang IV zu diesem Vertrag aufgeführten außereuropäischen Länder und Hoheitsgebiete, die seinerzeit sämtlich noch besondere Beziehungen zu Belgien, Frankreich, Italien oder den Niederlanden unterhielten und von diesen EWG-Mitgliedstaaten jeweils völkerrechtlich vertreten wurden, mit der Gemeinschaft assoziiert. Die Assoziation, deren Grundzüge insbesondere im Vierten Teil des EWG-Vertrags (Artikel 131 bis 136) festgelegt sind, war für einen ersten Zeitabschnitt von 5 Jahren gemäß dem dem EWG-Vertrag als Anhang beigefügten Durchführungsabkommen näher geregelt worden. Dieses Durchführungsabkommen sollte nach Beendigung seiner Geltungsdauer, also Ende des Jahres 1962, gemäß Artikel 136 des EWG-Vertrages durch Beschluß des Rates der EWG für einen weiteren Zeitabschnitt erneuert werden.

In dem Zeitraum bis zur Beendigung des Durchführungsabkommens wurden jedoch die meisten der assoziierten Länder und Hoheitsgebiete unabhängige, souveräne Staaten.

Die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten hatten daher zu prüfen, ob, in welcher Weise und in welchem Umfange die unabhängig gewordenen Staaten weiterhin der EWG assoziiert werden könnten. Der Rat der EWG beschloß zunächst im Oktober 1960,

die Assoziation mit denjenigen Ländern und Hoheitsgebieten fortzusetzen, die ihre Bereitschaft dazu in irgendeiner Form äußern würden.

In der Folgezeit haben achtzehn der unabhängig gewordenen Staaten ihrem Wunsch Ausdruck gegeben, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft weiterhin assoziiert zu werden.

Das im EWG-Vertrag (Artikel 136 Abs. 2) für die Fortsetzung der Assoziation nach Ablauf des bisherigen Durchführungsabkommens vorgesehene Verfahren — Festlegung der Bestimmungen für einen neuen Zeitabschnitt durch Beschluß des Rates — konnte für die Neuregelung der Assoziierung der überseeischen souveränen Staaten nicht mehr angewandt werden, da ein Beschluß des Rates die unabhängig gewordenen Länder nicht rechtlich binden konnte. Statt dessen war es erforderlich, die neuen Assoziationsbedingungen mit den überseeischen Staaten als nunmehr selbständigen Völkerrechtssubjekten auszuhandeln und ein entsprechendes Abkommen mit ihnen in der Form eines völkerrechtlichen Vertrages abzuschließen.

Die Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und den achtzehn afrikanischen Staaten einschließlich Madagaskar wurden am 6./7. Dezember 1961 in Paris aufgenommen; die Tagung, an der die Vertreter der Regierungen (Minister) der Mitgliedstaaten und die Minister der überseeischen Staaten teilnahmen, befaßte sich mit den Grundsätzen, auf denen das neue Abkommen beruhen sollte und mit den Verhandlungsverfahren.

Vorausgegangen war eine — schon auf frühere Initiativen des Europäischen Parlaments zurückgehende — Konferenz zwischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments und der Parlamente der überseeischen Staaten in Straßburg im Juni 1961, die einen fördernden Gedankenaustausch über die wichtigsten Fragen der in Aussicht genommenen Assoziierung ergab.

Auf Grund der Ergebnisse der Ministertagung vom 6./7. Dezember 1961 nahmen die Botschafter und Vertreter der assoziierten Staaten und die Vertreter der EWG-Mitgliedstaaten und deren Sachverständige im Februar 1962 in Brüssel die Arbeiten für einen Abkommens-Vorentwurf auf. Die Beratungen wurden bis zum Ende des Jahres fortgesetzt.

Vier weitere Ministertagungen ergaben eine sukzessive Einigung über die noch zu regelnden Fragen.

Am 20. Dezember 1962 wurden die Texte des neuen Assoziierungsabkommens von der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten einerseits und den achtzehn afrikanischen Staaten einschließlich Madagaskars andererseits paraphiert. Sie wurden am 20. Juli 1963 in Jaunde von den Vertragsparteien unterzeichnet.

Das Vertragswerk besteht aus folgenden Texten:

— das Assoziierungsabkommen mit 64 Artikeln und einem Anhang,
— sieben Protokolle im Anhang zum Assoziierungsabkommen,
— ein Abkommen über die Erzeugnisse, die unter die Zuständigkeit der EGKS fallen,
— elf in der Schlußakte zusammengefaßte Beschlüsse oder Erklärungen.

Um die Anwendung des Abkommens durch die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten sowie die Finanzierung der Hilfe der Gemeinschaft zu regeln, haben die Mitgliedstaaten untereinander ferner zwei interne Abkommen geschlossen, die sie ebenfalls in Jaunde unterzeichnet haben:

— das Interne Abkommen über die zur Durchführung des Abkommens über die Assoziation zwischen der EWG und den assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar zu treffenden Maßnahmen und die dabei anzuwendenden Verfahren,
(INTERNES DURCHFÜHRUNGSABKOMMEN)
— das Interne Abkommen über die Finanzierung und Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft.
(INTERNES FINANZABKOMMEN)

Am gleichen Tage haben die Mitgliedstaaten ein Protokoll über die Einfuhr von ungebranntem Kaffee in die Beneluxländer unterzeichnet, das an die Stelle des Protokolls im Anhang zum Durchführungsabkommen von 1957 tritt.

Schließlich haben die im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten eine Absichtserklärung betreffend die dritten Länder abgegeben, die hinsichtlich ihrer Wirtschaftsstruktur und Produktion mit den assoziierten Staaten vergleichbar sind. Darin wird die Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, auf Wunsch dieser Länder Verhandlungen über den Abschluß entweder eines Beitrittsabkommens oder eines selbständigen Assoziierungsabkommens oder auch eines Handelsabkommens zu führen.

Die Bedingungen für die Fortsetzung der Assoziation mit denjenigen überseeischen Ländern und Hoheitsgebieten — einschließlich Surinams und der Niederländischen Antillen —, die nach wie vor besondere Beziehungen zu EWG-Mitgliedstaaten (Frankreich und den Niederlanden) unterhalten, legt der Rat gemäß Artikel 136 EWG-Vertrag durch einen besonderen Beschluß fest, dessen Bestimmungen denjenigen dieses Assoziierungsabkommens sachlich weitgehend entsprechen sollen. Dieser Beschluß wird auch eine finanzielle Hilfe der Gemeinschaft für die französischen überseeischen Departements vorsehen.

TEIL II
ERLÄUTERUNG DES ABKOMMENS

I. Grundsätze

In der Präambel wird zum Ausdruck gebracht, daß die Unterzeichner des Abkommens von der im EWG-Vertrag verankerten Assoziierung eines Teils Afrikas und Madagaskars ausgehen und sie der veränderten politischen Lage in Afrika entsprechend fortführen wollen. Der grundlegende Unterschied zu der Assoziationsregelung gemäß Teil IV des EWG-Vertrages besteht darin, daß die neue Regelung von der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten mit den afrikanischen Staaten und Madagaskar auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung ausgehandelt und festgelegt wurde. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Vertragsparteien sind durch die Aufnahme in die Präambel zur Abkommensgrund-

lage gemacht worden. Die Ziele der Assoziierung aus dem Artikel 131 des EWG-Vertrages sind auch die Ziele der Assoziierung des Abkommens.

Ein besonderes Gewicht wird in dem Abkommen auf die Bestrebungen gerichtet, die auf eine Diversifizierung der Wirtschaft der assoziierten Staaten sowie auf eine Anpassung an die Weltmarktbedingungen hinzielen; diese Staaten sollen durch Aufgabe der Monokulturen auch wirtschaftlich unabhängiger werden. Die Assoziierung soll den innerafrikanischen Handelsverkehr und die internationalen Wirtschaftsbeziehungen der assoziierten Staaten nicht behindern. Der handelspolitischen Freiheit der assoziierten Staaten wird nur durch das Diskriminierungsverbot der Mitgliedstaaten der EWG eine Grenze gesetzt. Durch die Möglichkeit des Beitritts anderer Entwicklungsländer wird der offene Charakter des Abkommens betont; hierbei ist in erster Linie an den Beitritt afrikanischer Staaten zu dem Assoziierungsabkommen gedacht.

II. Warenverkehr

1. Vom Assoziierungsabkommen erfaßte Erzeugnisse

Die den Warenverkehr betreffenden Bestimmungen des Abkommens gelten für alle Erzeugnisse mit Ursprung in den Unterzeichnerstaaten. Für sie ist eine allgemeine Regelung in bezug auf den schrittweisen Abbau der Zölle und Kontingente vorgesehen. In bezug auf die den europäischen Agrarerzeugnissen gleichartigen und mit ihnen konkurrierenden Erzeugnisse wird die Gemeinschaft eine Sonderregelung festlegen. Für eine Anzahl der wichtigsten tropischen Erzeugnisse (s. Anhang zum Assoziierungsabkommen) mit Ursprung in den assoziierten Staaten sind beschleunigte Zolltarifmaßnahmen vorgesehen.

Die den Warenverkehr betreffenden Bestimmungen des Assoziierungsabkommens sind auch auf Kernerzeugnisse anwendbar (vgl. Schlußakte Anhang VII), und für EGKS-Erzeugnisse besteht eine eigene Regelung.

Protokoll Nr. 3

Der Assoziationsrat hat binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens die Begriffsbestimmungen für „Erzeugnisse mit Ursprung in ..." oder „Ursprungserzeugnisse" im Sinne des Abkommens festzulegen. Bis zur Anwendung dieser Bestimmung bleibt die am 31. Dezember 1962 in den Unterzeichnerstaaten geltende Begriffsbestimmung in Kraft.

2. Abbau der Zölle

Artikel 2

Gewisse tropische Erzeugnisse mit Ursprung in den assoziierten Staaten werden nach Inkrafttreten des neuen Assoziierungsabkommens (Absatz 2) zollfrei in die Mitgliedstaaten eingeführt. Diese Regelung gilt für folgende tropische Erzeugnisse (die Liste ist im Anhang zum Assoziierungsabkommen enthalten): Frische Ananas, getrocknete Schnitzel von Kokosnüssen, ungebrannten Kaffee, Tee, Pfeffer, Vanille, Gewürznelken, Muskatnüsse und Kakaobohnen. Gleichzeitig mit der zollfreien Einfuhr aus den assoziierten Staaten wird bei der Einfuhr dieser Erzeugnisse aus dritten Ländern der Gemeinsame Zolltarif angewendet. Die Mitgliedstaaten haben jedoch mit Rücksicht auf dritte Entwicklungsländer beschlossen, den Gemeinsamen Zolltarif durch eine Änderung oder eine Aussetzung desselben oder durch beide Maßnahmen wie folgt zu senken:

	Früherer Satz	Neuer Satz	% der Senkung
Kaffee	16	9,6	Senkung um 25% Aussetzung um weitere 15%
Tee	18	0	Senkung um 40% Aussetzung der restlichen 60% *)
Kakao	9	5,4	Senkung um 25% Aussetzung um weitere 15%
Ananas	12	9	Senkung um 25%
Kokosnüsse	5	4	Senkung um 20%
Pfeffer	20	17	Senkung um 15%
Vanille	15	11,5	Senkung um 25%
Gewürznelken	20	15	Senkung um 25%
Muskatnüsse	20	15	Senkung um 25%
Tropische Hölzer	5 bis 10	0	vollständige Aussetzung *)

*) Die Aussetzung des Gemeinsamen Außenzolls für Tee und tropische Hölzer entspricht einem während der Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien erzielten Einvernehmen. Sie tritt nach der Entscheidung des Rats der EWG vom 18. Juni 1963 am 1. Januar 1964 in Kraft und ist – vorerst – bis 31. Dezember 1965 befristet. (Bei Tee in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts von 3 kg oder weniger wird der Gemeinsame Außenzoll nach der gleichen Entscheidung von 23 % auf 5 % ausgesetzt.)

Artikel 2 Abs. 1

Bei den anderen Erzeugnissen der assoziierten Staaten werden die Zölle und Abgaben gleicher Wirkung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft schrittweise in dem Maße abgeschafft, wie dies zwischen den Mitgliedstaaten nach Maßgabe des EWG-Vertrages und der gefaßten oder noch zu fassenden Beschleunigungsbeschlüsse geschieht.

Artikel 3 und Protokoll Nr. 1

Demgegenüber wird die ungleiche Behandlung der Ursprungserzeugnisse der übrigen Mitgliedstaaten im Verhältnis zu Frankreich bei der Einfuhr in die assoziierten Staaten spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten des Abkommens beseitigt (Artikel 3 Abs. 1). Ferner setzt jeder assoziierte Staat die Zölle und Abgaben gleicher Wirkung zugunsten dieser Erzeugnisse jährlich um 15% herab. Um die Entwicklung und Industrialisierung der assoziierten Staaten nicht zu beeinträchtigen und ihnen die Finanzierung ihres Haushalts zu ermöglichen, können sie jedoch Zölle und Abgaben gleicher Wirkung beibehalten oder einführen (Artikel 3 Abs. 2 — für die Einzelheiten der Anwendung des Artikels 3 s. Protokoll Nr. 1).

Artikel 4

Der Grundsatz der Gleichbehandlung gilt auch für Zölle, welche die assoziierten Staaten bei der Ausfuhr erheben.

Artikel 2 Abs. 5 und Artikel 3 Abs. 3

Zur Durchführung der Zollbestimmungen enthält jeder den Zollabbau betreffende Artikel eine Bestimmung, wonach auf Antrag eines assoziierten Staates oder der Gemeinschaft im Assoziationsrat Konsultationen stattfinden.

3. Abbau der Kontingente

Artikel 5

Die Mitgliedstaaten beseitigen die mengenmäßigen Beschränkungen bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den assoziierten Staaten entsprechend den zwischen ihnen dafür geltenden Bestimmungen, d. h. entsprechend dem Vertrag und den gefaßten oder noch zu fassenden Beschleunigungsbeschlüssen.

Artikel 6 und Protokoll Nr. 2

Zur Wahrung der Gegenseitigkeit beseitigen die assoziierten Staaten schrittweise, spätestens vier Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens, alle mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen für Erzeugnisse mit Ursprung in den Mitgliedstaaten (Artikel 6 Abs. 1). Das Protokoll Nr. 2 enthält die nähere Regelung für die Eröffnung und Aufstockung ihrer Kontingente. Ferner sehen die assoziierten Staaten davon ab, neue mengenmäßige Beschränkungen einzuführen (Artikel 6 Abs. 2).

Artikel 3, 5 und 6

Diese Bestimmungen sehen indessen auch Ausnahmen vor So kann jeder assoziierte Staat mengenmäßige Beschränkungen beibehalten oder einführen, falls sich die nach Artikel 3 Abs. 2 eingeführten oder beibehaltenen Zollsätze (die den Erfordernissen der Entwicklung eines assoziierten Staates oder seiner Industrialisierung dienen sollen) als unzureichend erweisen oder falls Zahlungsbilanzschwierigkeiten bestehen oder — soweit es Agrarerzeugnisse betrifft — Rücksicht auf die Erfordernisse bestehender regionaler Agrarmarktordnungen zu nehmen ist (Artikel 6 Abs. 3). Sofern in den assoziierten Staaten bei der Einfuhr Handelsmonopole oder sonstige restriktive Regelungen bestehen, dürfen diese weder eine unterschiedliche Behandlung der Mitgliedstaaten hervorrufen noch die Erreichung der im Abkommen auf dem Gebiet des Warenverkehrs gesteckten Ziele behindern (Artikel 6 Abs. 4). Die Vertragsparteien können sich im Assoziationsrat über die Anwendung der Artikel 5 und 6 konsultieren.

Artikel 10

Diesen Bestimmungen stehen den aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder aus ähnlichen Gründen gerechtfertigten Zollmaßnahmen, Verbote oder Beschränkungen der Ein- oder Ausfuhr nicht entgegen, vorausgesetzt, daß damit keine Diskriminierungen verbunden sind.

4. EGKS-Erzeugnisse

Für Erzeugnisse, die unter die Zuständigung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallen, gilt auf Grund des gleichzeitig mit dem Assoziierungsabkommen unterzeichneten Abkommens eine den beiden vorstehenden Abschnitten entsprechende Regelung.

EGKS-Abkommen Artikel 1

Um auch bei diesen Erzeugnissen den im Assoziierungsabkommen vorgesehenen Abbau der Zölle zu erreichen, sieht dieses Abkommen für die EGKS-Erzeugnisse mit Ursprung in den assoziierten Staaten bei der Einfuhr in die Mitgliedstaaten nach Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens die vollständige Beseitigung der Zölle und Abgaben gleicher Wirkung vor. Dadurch werden die EGKS-Erzeugnisse mit Ursprung in den assoziierten Staaten einer Regelung unterworfen, die der für diese Erzeugnisse zwischen den Mitgliedstaaten geltenden Regelung entspricht. Etwaige Maßnahmen der Mitgliedstaaten auf Grund des Kapitels des EGKS-Vertrags über die Handelspolitik bleiben unberührt.

EGKS-Abkommen Artikel 2

Ferner beseitigen die assoziierten Staaten bei den genannten Erzeugnissen mit Ursprung in den Mitgliedstaaten Zölle und Abgaben gleicher Wirkung sowie mengenmäßige Beschränkungen nach Maßgabe der Artikel 3, 6 und ggf. 13 Abs. 1 des Assoziierungsabkommens.

EGKS-Abkommen Artikel 3

Zur Durchführung dieses Abkommens ist für die Unterzeichnerstaaten ein Konsultationsverfahren vorgesehen.

5. Bestimmungen für bestimmte Agrarerzeugnisse

Artikel 11

Ein Sonderproblem besteht bei denjenigen Erzeugnissen mit Ursprung in den assoziierten Staaten, die den Erzeugnissen, für welche die gemeinsame Agrarpolitik der Gemeinschaft gilt, gleichartig sind und mit ihnen konkurrieren. Dies ist zum Beispiel bei Reis, Rohrzucker, Manihot, Erdnüssen der Fall.

Die Gemeinschaft hat sich verpflichtet, bei der Ausarbeitung ihrer gemeinsamen Agrarpolitik die Interessen der assoziierten Staaten zu berücksichtigen. Nach Konsultationen im Assoziationsrat bestimmt die Gemeinschaft die Einfuhrregelung für diese den europäischen Erzeugnissen gleichartigen und mit ihnen konkurrierenden Erzeugnisse.

6. Einfuhrbestimmungen für ungebrannten Kaffee und Bananen

Artikel 2, Abs. 3

Auf Grund von Protokollen, die 1957 gleichzeitig mit dem Vertrag unterzeichnet wurden, waren einigen Mitgliedstaaten zur Sicherung ihrer Versorgung mit ungebranntem Kaffee und Bananen aus dritten Ländern zollfreie Zollkontingente gewährt worden.

Da diese Protokolle in bezug auf ihre Geltungsdauer nicht an das Durchführungsabkommen von 1957 gebunden waren, blieben sie unter den Mitgliedstaaten weiterhin gültig (Absatz 3).

Für das der Bundesrepublik Deutschland eröffnete Einfuhrkontingent für Bananen gilt nach wie vor das Protokoll von 1957 — von den EWG-Mitgliedstaaten ausdrücklich bestätigt (s. Anlage IX zur Schlußakte) — wonach die Bundesrepublik für die Einfuhr von Bananen zur Festsetzung von Zollkontingenten berechtigt ist. Die assoziierten Ausfuhrländer werden konsultiert.

Für die Einfuhr von ungebranntem Kaffee in die Beneluxländer gilt anstatt des Protokolls von 1957 ein neues Protokoll, das kein zollfreies Kontingent, sondern die Verzollung der eingeführten Mengen nach einem Satz vorsieht, der sich dem Gemeinsamen Zolltarif schrittweise annähert. Da außerdem die Senkung des Zollsatzes des Gemeinsamen Zolltarifs für Kaffee (Absatz 2 Unterabs. 2) das Protokoll über das Zollkontingent für ungebrannten Kaffee zugunsten Italiens fast bedeutungslos hat werden lassen, hat sich Italien damit einverstanden erklärt, daß dieses Protokoll vorerst nicht verlängert wird.

7. Meistbegünstigungsklausel, Zollunion, Freihandelszonen

Artikel 7

Außer in den Ausnahmefällen, die durch die Erfordernisse des kleinen Grenzverkehrs bedingt sind, räumen die assoziierten Staaten den Mitgliedstaaten bei allen den Warenverkehr betreffenden Bestimmungen des Assoziierungsabkommens die Meistbegünstigungsklausel ein.

Artikel 8 und 9

Diese Vorschrift steht aber weder der Beibehaltung oder Gründung von Zollunionen oder Freihandelszonen zwischen assoziierten Staaten noch der Möglichkeit für assoziierte Staaten im Wege, mit dritten Ländern Zollunionen und Freihandelszonen beizubehalten oder zu gründen, soweit solche Zollunionen oder Freihandelszonen nicht mit den Grundsätzen und Bestimmungen des Abkommens unvereinbar sind.

8. Handelspolitische Bestimmungen

Artikel 12 und Protokoll Nr. 4

Im Interesse einer reibungslosen Durchführung des Abkommens unterrichten und konsultieren sich die Vertragsparteien über ihre Handelspolitik.

Die Konsultationen erstrecken sich auf die den Handelsverkehr mit dritten Ländern betreffenden Maßnahmen (insbesondere auf dem Gebiet der Zölle, Zollkontingente oder mengenmäßigen Beschränkungen), soweit diese die Interessen der Mitgliedstaaten oder der assoziierten Staaten beeinträchtigen können.

Daneben werden in Protokoll Nr. 4 eine Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien und Konsultationen vorgesehen, die dem Ziele dienen sollen, vor allem bei tropischen Erzeugnissen ihre Interessen auf internationaler Ebene durch ein aufeinander abgestimmtes Vorgehen zu vertreten.

9. Schutzklauseln

Artikel 13

Ebenso wie der EWG-Vertrag sieht auch das Assoziierungsabkommen Schutzklauseln vor, um den davon betroffenen Staaten die Möglichkeit zur Behebung von wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu geben (vgl. ferner Artikel 4 Abs. 2).

Jeder assoziierte Staat kann in Abweichung von den Bestimmungen über den Zoll- und Kontingentabbau (Artikel 3 Abs. 2 Unterabs. 1 und Artikel 6 Abs. 1, 2 und 4) die Schutzmaßnahmen treffen, die erforderlich sind, um ernste Störungen zu beheben, die in einem Wirtschaftsbereich auftreten oder die äußere finanzielle Stabilität beeinträchtigen (Absatz 1).

Die Gemeinschaft kann aber auch — abweichend von der für Erzeugnisse aus den assoziierten Staaten geltenden Einfuhrregelung — die erforderlichen Abhilfemaßnahmen bei ernsten Störungen, die in einem ihrer Wirtschaftsbereiche oder in einem Wirtschaftsbereich eines oder mehrerer Mitgliedstaaten auftreten oder ihre äußere finanzielle Stabilität beeinträchtigen, von sich aus direkt treffen oder den bzw. die betreffenden Mitgliedstaaten hierzu ermächtigen; dies gilt auch im Fall von Schwierigkeiten, die die wirtschaftliche Lage eines bestimmten Gebietes beträchtlich verschlechtern können (Absatz 2).

Das Interne Durchführungsabkommen bestimmt, in welchem Verfahren die erforderlichen Schutzmaßnahmen einschließlich der Maßnahmen zur Behebung von Verkehrsverlagerungen auf seiten der Gemeinschaft getroffen werden können.

Internes Durchführungsabkommen Artikel 5

Dies geschieht auf Grund einer Ermächtigung, die dem betroffenen Mitgliedstaat von der Kommission erteilt wird (Absatz 1), vom Rat jedoch geändert werden kann. In dringenden Fällen kann der betreffende Mitgliedstaat die erforderlichen Schutzmaßnahmen selbst treffen, wobei die Kontrolle der Kommission und des Rates nachträglich erfolgt (Absatz 3). Bei ernstlichen Zahlungsbilanzschwierigkeiten kann ein Mitgliedstaat die erforderlichen Maßnahmen durch Anwendung des Verfahrens nach Artikel 108 und 109 des EWG-Vertrags ergreifen (Absatz 4).

Dabei sind alle Maßnahmen — ungeachtet dessen, ob sie seitens der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten oder seitens der assoziierten Staaten getroffen werden — so anzuwenden, daß sie das Funktionieren der Assoziation so wenig wie möglich stören (Artikel 13 Abs. 3).

Die Gemeinschaft und jeder assoziierte Staat können veranlassen, daß über diese Maßnahmen Konsultationen im Assoziationsrat stattfinden (Artikel 13 Abs. 4).

10. Steuervorschriften

Artikel 14

Mit einer in Artikel 14 enthaltenen Bestimmung, die in ihrem Gehalt auf Artikel 95 Abs. 1 EWG-Vertrag zurückgreift, nehmen die Vertragsparteien Abstand von jeder unmittelbaren oder mittelbaren mit internen Abgaben verbundenen Diskriminierung zwischen ihren eigenen Erzeugnissen und den gleichartigen Ursprungserzeugnissen ihrer Vertragspartner.

III. Finanzielle und technische Zusammenarbeit

1. Gesamtbetrag der Finanzhilfe der Gemeinschaft

In Anbetracht der Vielgestaltigkeit der Gemeinschaftsaktion werden die betreffenden Bestimmungen an drei Stellen behandelt, nämlich im Titel II des Assoziierungsabkommens mit den Grundregeln, im Protokoll Nr. 5 über die Verwaltung der Finanzhilfen, das die ausführlicheren Einzelbestimmungen enthält, und schließlich in dem „Internen Abkommen über die Finanzierung und Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft" — mit Einzelheiten über die Aufbringung der Beiträge und die Bedingungen der Mitwirkung der Gemeinschaft bei der Gewährung ihrer Hilfe.

Artikel 16

Der Höchstbetrag für die Hilfe der Gemeinschaft auf dem Gebiet der finanziellen und technischen Zusammenarbeit für die achtzehn assoziierten Staaten wird im Assoziierungsabkommen auf 730 Millionen Rechnungseinheiten festgesetzt. Davon bringen die Mitgliedstaaten 666 Millionen durch Beiträge auf, der Rest kommt aus Mitteln der Europäischen Investitionsbank.

Daneben sollen auf Grund eines Ratsbeschlusses nach Artikel 136 Abs. 2 EWG-Vertrag die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete, die mit einem Mitgliedstaat besondere Beziehungen unterhalten, sowie die französischen überseeischen Departements 70 Millionen Rechnungseinheiten für Investitionsvorhaben und teilweise für technische Hilfe erhalten (64 aus Beiträgen der Mitgliedstaaten und 6 aus Mitteln der Bank).

Zusammen mit den für die assoziierten Staaten bestimmten 730 Millionen belaufen sich die Leistungen der Gemeinschaft auf 800 Millionen Rechnungseinheiten (davon werden 730 von den Mitgliedstaaten und 70 von der Bank aufgebracht). Da die Gemeinschaftshilfe für die assoziierten Staaten einerseits und für die Länder, Hoheitsgebiete und Departements andererseits das gleiche Ziel verfolgt und in ähnlicher Weise verwaltet wird, regelt ein einziger Rechtsakt, nämlich das „Interne Abkommen über die Finanzierung und Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft", die Aufbringung der Mittel sowie die Verwaltung und Verwendung der Hilfe.

Protokoll Nr. 7

Im Vergleich zu den 581,25 Millionen Rechnungseinheiten, die von den Mitgliedstaaten im Rahmen des Durchführungsabkommens von 1957 aufgebracht wurden, stellt der neue Gesamtbetrag praktisch eine Erhöhung um etwa 220 Millionen Rechnungseinheiten für fünf Jahre — also 44 Millionen im Jahr — dar. Das Ausmaß der Erhöhung trägt einmal der zwangsläufig beschränkten Beitragsfähigkeit der Mitgliedstaaten, die außerdem zumeist noch bilaterale Hilfen an Entwicklungsländer gewähren, und zum anderen auch dem Bedarf der assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskars sowie der überseeischen Länder, Hoheitsgebiete und Departements Rechnung.

Der Wert der Rechnungseinheit der Gemeinschaftshilfe wurde auf 0,88867088 Gramm Feingold (gegenwärtiger Feingoldgehalt des US-Dollar) festgesetzt; außerdem sieht das Protokoll in genau umrissenen Fällen ausdrücklich die Möglichkeit einer Veränderung des Wertes der Rechnungseinheit vor.

Artikel 28

Wenn das Abkommen von einem assoziierten Staat nicht ratifiziert oder gekündigt wird, so ergibt sich daraus für die Vertragsparteien die Verpflichtung, den für die assoziierten Staaten bestimmten Betrag der Finanzhilfe (Artikel 16, Internes Finanzabkommen Artikel 7) entsprechend anzupassen.

2. Beiträge der Mitgliedstaaten

Internes Finanzabkommen Artikel 1

Die dem Fonds von den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellten 730 Millionen Rechnungseinheiten werden wie folgt aufgebracht:

			Zum Vergleich: Beträge nach dem Durchführungsabkommen von 1957	
Belgien	69	Mill. RE	70	Mill. RE
Bundesrepublik Deutschland	246,5	Mill. RE	200	Mill. RE
Frankreich	246,5	Mill. RE	200	Mill. RE
Italien	100	Mill. RE	40	Mill. RE
Luxemburg	2	Mill. RE	1,25	Mill. RE
Niederlande	66	Mill. RE	70	Mill. RE

Im Verhältnis zu dem im Durchführungsabkommen von 1957 vorgesehenen Betrag weist der neue Gesamtbeitrag der Mitgliedstaaten eine Erhöhung von ungefähr 26% auf.

Der Aufbringungsschlüssel für die Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten entspricht keinem der im EWG-Vertrag verwendeten Schlüssel, sondern geht auf eine unter den Mitgliedstaaten vereinbarte Kompromißlösung zurück, so daß er in Zukunft nicht etwa als Präzedenzfall betrachtet werden kann.

3. Einzelheiten für die Zahlung der Beiträge durch die Mitgliedstaaten

Internes Finanzabkommen Artikel 2

Das Interne Finanzabkommen legt das Verfahren für die Zahlung der Beiträge der Mitgliedstaaten fest, nach dem der Rat alljährlich eine Entscheidung über den Abruf der Mittel nach den Regeln einer wirtschaftlichen Haushaltsführung trifft.

Die Erfahrung der letzten Jahre hat nämlich gezeigt, daß die Festlegung fester Jahresraten, wie sie im Durchführungsabkommen von 1957 bestand, unter Umständen zu einer erheblichen Ansammlung flüssiger Mittel führt, die erst nach mehreren Jahren verwendet werden. Es erschien also besser, diese Beiträge je nach den voraussichtlich erforderlichen Zahlungen in den einzelnen Rechnungsjahren abzurufen und dabei vor allem einen etwaigen Restbetrag aus den vorher gezahlten Beträgen zu berücksichtigen. Der Rat stellt auf Vorschlag der Kommission jährlich einen Fälligkeitsplan für den Abruf der Beiträge und im Bedarfsfall Vorschläge über die Leistung zusätzlicher Zahlungen auf (Absätze 2 und 3).

Schließlich werden die Bedingungen für die Hinterlegung der Beiträge der Mitgliedstaaten auf den von ihnen für die Gemeinschaft eröffneten Sonderkonten festgelegt (Absätze 4 und 5).

4. Form der Hilfe der Gemeinschaft

Artikel 16, Internes Finanzabkommen Artikel 7

Die 730 Millionen Rechnungseinheiten, welche die Gemeinschaft den assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar zur Verfügung stellt, werden zum größten Teil in Form nichtrückzahlbarer Zuschüsse, zu einem nicht unbedeutenden Teil jedoch in Form von Darlehen verwendet.

Für die Interventionen der Gemeinschaft bestehen drei Möglichkeiten:

a) Nichtrückzahlbare Zuschüsse bis zu 620 Millionen Rechnungseinheiten aus dem Fonds;

b) Darlehen zu Sonderbedingungen, die ebenfalls dem Fonds entnommen werden, in Höhe der Differenz zwischen dem Betrag von 666 Millionen Rechnungseinheiten und dem Betrag der nichtrückzahlbaren Zuschüsse, also in Höhe eines Mindestbetrags von 46 Millionen Rechnungseinheiten.

Protokoll Nr. 5 Artikel 11, 12, 13 und Internes Finanzabkommen Artikel 9 und 10

— Die Darlehen können für höchstens 40 Jahre gewährt und bis zu 10 Jahren von der Tilgung befreit werden. Es werden günstige Zinsbedingungen gewährt. Die Bedingungen für die Gewährung der Darlehen sowie die Einzelheiten ihrer Abwicklung und Rückzahlung werden von der Gemeinschaft festgelegt, wobei die Rentabilität des Vorhabens und Verschuldungsfähigkeit des betreffenden assoziierten Staates berücksichtigt werden muß.

Artikel 16 und 19 und Internes Finanzabkommen Artikel 6

und

c) Darlehen der Europäischen Investitionsbank bis zu 64 Millionen Rechnungseinheiten. Hierbei besteht die Möglichkeit einer Gewährung von Zinsvergütungen bis zu 3% des Darlehensbetrags, die aus den nichtrückzahlbaren Zuschüssen des Fonds, später aus den vereinnahmten Tilgungs- und Zinsbeträgen für Darlehen zu Sonderbedingungen und — falls diese Mittel nicht ausreichen — aus Beiträgen der Mitgliedstaaten finanziert werden, diese sind im Verhältnis der Beteiligung der Mitgliedstaaten am Kapital der Europäischen Investitionsbank aufzubringen.

Protokoll Nr. 5 Artikel 14 bis 18

Die Darlehen können auf 25 Jahre gewährt werden. Darlehensgewährung und Darlehensbedingungen richten sich nach der Satzung der Bank. Dabei muß die Verschuldungsfähigkeit des betreffenden Staates berücksichtigt werden.

Artikel 20 und Protokoll Nr. 5 Artikel 19, 20 und 21

Schließlich ist noch vorgesehen, daß der Fonds bis zu 50 Millionen Rechnungseinheiten kurzfristige Vorschüsse an Stabilisierungskassen gewähren kann, um ihnen beim Ausgleich zeitweiliger Preisschwankungen zu helfen.

5. Maßnahmen der Gemeinschaft

Artikel 17

Die vorgesehenen Maßnahmen der Gemeinschaft betreffen folgendes:

— wirtschaftliche und soziale Investitionen,
— allgemeine technische Zusammenarbeit,
— Diversifizierungs- und Produktionshilfe,
— Hilfe beim Ausgleich zeitweiliger Preisschwankungen.

Artikel 18

Läßt man die zuletzt genannte Maßnahme beiseite, für die keine Mittel bereitgestellt werden müssen, da sie nur kurzfristige Kassenvorschüsse umfaßt, so entfallen auf die drei übrigen Gebiete folgende Beträge:

— 500 Millionen Rechnungseinheiten für Maßnahmen im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Investitionen und der allgemeinen technischen Zusammenarbeit;
— 230 Millionen Rechnungseinheiten für Maßnahmen auf dem Gebiet der Diversifizierungs- und Produktionshilfe.

Artikel 15

Der Artikel hebt ausdrücklich hervor, daß die vorstehend genannten Hilfen nur eine Ergänzung der eigenen Bemühungen der assoziierten Staaten darstellen sollen.

6. Die verschiedenen Hilfeleistungen im einzelnen

Artikel 17, Ziff. 1

1) Bei den wirtschaftlichen und sozialen Investitionen handelt es sich um:

— wirtschaftliche und soziale Infrastrukturvorhaben,
— produktive Vorhaben von allgemeinem Interesse,
— produktive Vorhaben mit üblicher finanzieller Rentabilität und schließlich
— Leistungen für technische Hilfe vor, bei und nach Investitionen (wegen Einzelheiten der Maßnahmen, die diese mit den Investitionen verbundene technische Hilfe umfassen kann, vgl. Protokoll Nr. 5 Artikel 4, Abs. 2).

Protokoll Nr. 5 Artikel 2

Die Maßnahmen können durch nichtrückzahlbare Zuschüsse, Darlehen zu Sonderbedingungen, Darlehen der Europäischen Investitionsbank oder gleichzeitig durch mehrere dieser Mittel finanziert werden. Es ist im übrigen auch möglich, daß die Finanzierung durch die Gemeinschaft sich nur auf einen Teil der notwendigen Beträge erstreckt; die Gemeinschaft kann nämlich auch neben anderen Geldgebern tätig werden.

Artikel 21 und Protokoll Nr. 5 Artikel 1

Grundsätzlich stellt der betreffende assoziierte Staat im Rahmen seines Entwicklungsplans bei der Kommission einen Antrag; die Gemeinschaft kann aber — mit Einverständnis des betreffenden assoziierten Staates — für die mit den Investitionen verbundene technische Hilfe selbst Vorschläge ausarbeiten.

Artikel 17, Ziff. 2

2) Bei der allgemeinen technischen Zusammenarbeit werden durch Maßnahmen der Gemeinschaft in erster Linie Untersuchungen über die Entwicklungsmöglichkeiten der Wirtschaft der assoziierten Staaten und Programme für die Ausbildung von Führungskräften und die Berufsausbildung finanziert (vgl. ferner die nicht erschöpfende Liste von Maßnahmen in Protokoll Nr. 5 Artikel 9).

Protokoll Nr. 5 Artikel 7

Diese Maßnahmen werden durch nichtrückzahlbare Zuschüsse finanziert. Um eine möglichst große Wirksamkeit dieser Maßnahmen zu gewährleisten, wurde vorgesehen, daß die assoziierten Staaten Anträge vorzugsweise im Rahmen von Jahres- oder Mehrjahresprogrammen vorlegen, daß jedoch gegebenenfalls auch die Gemeinschaft Vorschläge ausarbeiten kann.

Artikel 17, Ziff. 4

3) Die Vorschüsse an die Stabilisierungskassen sollen dazu beitragen, die Folgen zeitweiliger Schwankungen der Weltmarktpreise zu mildern.

Protokoll Nr. 5 Artikel 20, 21

Hierfür werden kurzfristige Vorschüsse gewährt, deren Laufzeit die Gültigkeitsdauer des Abkommens in der Regel nicht überschreiten darf.

Die Vorschüsse werden von der Regierung eines assoziierten Staates beantragt; dem Antrag ist ein Bericht der betreffenden Stabilisierungskasse beizufügen. Der assoziierte Staat übernimmt die Garantie für die Rückzahlung; erfolgt die Rückzahlung nicht, so wird der Verlust auf den Teil der nichtrückzahlbaren Zuschüsse angerechnet, die dieser Staat erhält.

Artikel 17 Ziff. 3

4) Die Produktions- und Diversifizierungshilfe soll in erster Linie die Vermarktung zu wettbewerbsfähigen Preisen auf allen Märkten der Gemeinschaft ermöglichen, indem insbesondere die Rationalisierung des Anbaus und der Verkaufsmethoden gefördert wird und den Erzeugern die notwendigen Anpassungen erleichert werden.

Es handelt sich hierbei gegenüber dem Durchführungsabkommen von 1957 um eine neue Hilfsform, die für die Stärkung des wirtschaftlichen Gleichgewichts und der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der assoziierten Staaten von erheblicher Bedeutung sein dürfte.

Protokoll Nr. 5 Artikel 26 Abs. 2 und 34

Danach erhält jeder assoziierte Staat einen bestimmten Betrag; er schlägt der Gemeinschaft dessen Verwendung als Produktions- und Diversifizierungshilfe (elf assoziierte Staaten) oder lediglich als Diversifizierungshilfe (die sieben übrigen Staaten) vor.

Protokoll Nr. 5 Artikel 25

Die Verwendung soll nach einem Fünfjahresplan erfolgen, der die Finanzierung der geplanten Maßnahmen festlegt.

Protokoll Nr. 5 Artikel 23

a) Während die Produktionshilfe den Erzeugern in den assoziierten Staaten die schrittweise Anpassung ihrer Erzeugung an die Erfordernisse einer Vermarktung zu Weltmarktpreisen erleichern soll, dient die Diversifizierungshilfe in den assoziierten Staaten zu Strukturverbesserungen und geeigneten Diversifizierungen in Landwirtschaft, Industrie und Handel.

Die Diversifizierungshilfe soll eine allgemeine Steigerung des Wirtschaftspotentials ermöglichen, indem z. B. die Industrialisierung gefördert, die Produktionsskala verbreitert, die Verwertung der Erzeugnisse zweckmäßiger organisiert wird und neue Absatzmärkte erschlossen werden. Als Form der Gemeinschaftshilfe sind nichtrückzahlbare Zuschüsse oder Darlehen vorgesehen.

Die Produktionshilfe ist für elf assoziierte Staaten bestimmt. Sie sollen damit in die Lage versetzt werden, im Laufe von fünf Jahren bestimmte tropische Erzeugnisse zu konkurrenzfähigen Preisen auf dem Weltmarkt anbieten zu können. Ohne diese Hilfe würde der Verkauf zu Weltmarktpreisen zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten in diesen Ländern führen. Die Produktionshilfe der Gemeinschaft wird in Form von nichtrückzahlbaren, degressiv gestalteten Zuschüssen in der Weise gewährt, daß sie spätestens bei Ablauf des Assoziierungsabkommens vollständig beseitigt ist.

Die betreffenden assoziierten Staaten haben deshalb vorgesehen, ihre Produktion nach einem dem Assoziierungsabkommen (Anhang III zur Schlußakte) beigefügten Zeitplan zu Weltmarktpreisen abzusetzen. Dies soll nicht allein durch die Produktionshilfe, sondern außerdem durch Diversifizierungen ermöglicht werden. Von dem Betrag, den die genannten Staaten jährlich als Produktions- und Diversifizierungshilfe erhalten sollen, muß mindestens ein Viertel für die Diversifizierung verwendet werden. Wird die Produktionshilfe nicht völlig aufgebraucht, so ist der Restbetrag anderweitig, z. B. als Diversifizierungshilfe, zu verwenden.

Protokoll Nr. 5 Artikel 25, 26, 27 und 34

b) Die Grundlage für die Gewährung der Produktions- und Diversifizierungshilfe bilden Programme, die für die Gültigkeitsdauer des Abkommens auf-

gestellt werden. Darin hat jeder assoziierte Staat vorzusehen, wie er seinen Anteil an der Produktions- und Diversifizierungshilfe verwenden will. Er legt das Programm der Gemeinschaft vor.

Protokoll Nr. 5 Artikel 27

Bei den assoziierten Staaten, die Produktions- und gleichzeitig Diversifizierungshilfe erhalten, muß aus dem Verwendungsplan die Aufteilung auf die Produktions- und Diversifizierungshilfe hervorgehen (Ziffer 1).

Ferner ist dabei zu berücksichtigen, daß die als Produktionshilfe geleisteten Zahlungen degressiv sind (Ziffer 2).

Die Gemeinschaft stellt fest, ob diese Programme den erwähnten Vorschriften entsprechen und wirkt gegebenenfalls auf ihre Anpassung hin.

Protokoll Nr. 5 Artikel 28

Die Programme dienen außerdem zur Festlegung der Höhe einer ersten Jahresrate, welche die Produktions- und Diversifizierungshilfe umfaßt.

Protokoll Nr. 5 Artikel 29

In den folgenden Jahren prüft die Gemeinschaft die Verwendung der dem betreffenden Staat bereits gezahlten Beträge an Produktionshilfe (Absatz 1), wobei sie insbesondere die Entwicklung der Preise der ausgeführten Güter, die Ausfuhrmengen sowie etwaige sonstige Finanzhilfen berücksichtigt, die er erhält (Absatz 2). Bleibt von den im Programm veranschlagten Beträgen ein Betrag übrig, weil ein Teil der Produktionshilfe nicht verwendet wurde, so wird dieser Restbetrag anderen Zwecken zugeführt (Absatz 4).

Protokoll Nr. 5 Artikel 38

Bei der Diversifizierungshilfe entspricht das Gewährungsverfahren dem unten erläuterten Verfahren für die Investitionen.

Protokoll Nr. 5 Artikel 37

Die Gemeinschaft entscheidet über die einzelnen Vorhaben, die jeder assoziierte Staat im Rahmen seines Programms unterbreitet.

7. Verfahren für die Gewährung der Hilfe der Gemeinschaft

Artikel 21, 22, 27 und Protokoll Nr. 5 Artikel 28, 35 und 42

Der Gewährung einer Hilfe durch die Gemeinschaft hat — von Ausnahmen abgesehen — immer ein Antrag von seiten der assoziierten Staaten zugrunde zu liegen. Ferner ist ihre Beteiligung während der Untersuchung der Vorhaben, bei der Prüfung der Fünfjahresprogramme für die Produktions- und Diversifizierungshilfe sowie bei der Durchführung der Hilfsmaßnahmen vorgesehen. Schließlich hat der Assoziationsrat jährlich die allgemeine Ausrichtung der finanziellen und technischen Zusammenarbeit an Hand eines Berichts zu prüfen, den die Kommission ausarbeitet.

Die entscheidende Rolle bei der Durchführung der finanziellen und technischen Zusammenarbeit spielen jedoch die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten.

Protokoll Nr. 5 Artikel 14

Einen besonderen Platz nehmen die Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) ein, die diese nach den Vorschriften ihrer Satzung gewährt.

Internes Finanzabkommen Artikel 9

Was die übrigen Maßnahmen betrifft (nichtrückzahlbare Zuschüsse, Darlehen zu Sonderbedingungen, kurzfristige Vorschüsse, Zinsvergütungen für Darlehen der EIB), so ist für die Prüfung der Vorhaben oder Programme, die von den assoziierten Staaten und den zuständigen Behörden für die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete sowie für die französischen überseeischen Departements vorgelegt werden, die EWG-Kommission zuständig, die hierfür einen Finanzierungsvorschlag ausarbeitet (Absatz 1).

Wegen der Vorteile, welche die Organisation der Europäischen Investitionsbank bietet, muß die Kommission jedoch hinsichtlich der Darlehen zu Sonderbedingungen frühzeitig mit der Bank zusammenarbeiten und ihr die Unterlagen zur Stellungnahme übermitteln (Absätze 2 bis 4). Art und Weise der Beteiligung der Bank an der Verwaltung der Darlehen werden dann in Aufträgen der Gemeinschaft an die Bank festgelegt. Für die Gewährung von Zinsvergütungen für normale Darlehen macht die Bank Vorschläge an die Kommission (Absatz 5).

Internes Finanzabkommen Artikel 11

Die Entscheidung über die so ausgearbeiteten Finanzierungsvorschläge kommt durch Zusammenarbeit zwischen der Kommission und einem Ausschuß aus Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten zustande; wird hierbei kein Einvernehmen erzielt, so entscheidet der Rat.

Dieser Ausschuß aus Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten dient einer engen Zusammenarbeit zwischen der Kommission und den Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten. Der Vorsitz und die Sekretariatsgeschäfte des Ausschusses liegen in den Händen der Kommission.

In dem oben erwähnten Ausschuß verfügt der Vertreter jedes Mitgliedstaates über eine gewogene Stimmenzahl, und zwar wie folgt: Belgien: 10 Stimmen, Bundesrepublik Deutschland: 33 Stimmen, Frankreich: 33 Stimmen, Italien: 14 Stimmen, Luxemburg: 1 Stimme, Niederlande: 9 Stimmen. Die erforderliche Mehrheit beträgt 67 Stimmen; auf diese Weise kann sich kein Mitgliedstaat der Finanzierung eines Vorhabens widersetzen, dem seine fünf Partner zustimmen (Absatz 2).

Beabsichtigt die Kommission, von der Stellungnahme des Ausschusses abzuweichen oder hat der Ausschuß einen Finanzierungsvorschlag der Kommission nicht befürwortet, so kann sie den Vorschlag dem Rat vorlegen, der nach denselben Regeln beschließt, die für den Ausschuß vorgesehen sind (Absätze 2 und 3).

Internes Finanzabkommen Artikel 12

In bestimmten Fällen (Gewährung von Darlehen zu Sonderbedingungen an ein Privatunternehmen, Vorschläge zur Gewährung von Zinsvergütungen für

die von der Bank gewährten Darlehen) beschließt der Ausschuß jedoch einstimmig. Herrscht Einvernehmen zwischen dem Ausschuß und der Kommission, so faßt letztere den formellen Beschluß über die Gewährung der Hilfe.

8. Verwendung der Gemeinschaftshilfe im einzelnen

Die Hilfe muß nach Vorschriften verwendet werden, die im Assoziierungsabkommen, in Protokoll Nr. 5 und im Internen Finanzabkommen enthalten sind.

Artikel 24

Diese Vorschrift betrifft den abgegrenzten Kreis der Personen oder Körperschaften, die Empfänger der Hilfe sein können. Hierdurch soll gewährleistet werden, daß die Gemeinschaftshilfe tatsächlich dem vorgesehenen Empfänger zufließt und der getroffenen Zweckbindung nicht entfremdet wird.

Bei wirtschaftlichen und sozialen Investitionsvorhaben kommt die Hilfe den assoziierten Staaten oder juristischen Personen, die nicht in erster Linie einen Erwerbszweck verfolgen, von allgemeinem oder sozialem Interesse sind und in diesen Staaten der Kontrolle der öffentlichen Hand unterliegen, zugute. Empfänger dieser Gemeinschaftshilfe können also nicht Privatpersonen sein (mit Ausnahme der durch Darlehen zu Sonderbedingungen und mit Zinsvergütungen finanzierten Investitionen, die durch besonderen Beschluß der Gemeinschaft auch zugunsten von Privatunternehmen getätigt werden können sowie der Darlehen der EIB).

Bei der allgemeinen technischen Zusammenarbeit ist die Hilfe an die assoziierten Staaten oder an Fachinstitute oder Fachorgane zu zahlen; nur ausnahmsweise können auch Privatpersonen unmittelbar in den Genuß dieser Art von Hilfe kommen (Stipendiaten oder Praktikanten).

Protokoll Nr. 5 Artikel 30 Abs. 1, Artikel 31 und 32

Die Produktionshilfe soll nicht dem Staatshaushalt zugeführt und mit den übrigen Mitteln zusammengebracht werden, sondern den Erzeugern zufließen, und zwar unter Einschaltung von der Gemeinschaft anerkannter Einrichtungen, deren Tätigkeit streng überwacht wird.

Empfänger der Diversifizierungshilfe schließlich, deren Gewährung von der Genehmigung eines bestimmten Vorhabens abhängt (s. oben), sind die assoziierten Staaten, von der Gemeinschaft anerkannte Erzeugerverbände oder gleichartige Einrichtungen; bestehen solche Verbände oder Einrichtungen nicht, so kann die Gemeinschaft Vorhaben genehmigen, bei denen die Empfänger der Hilfe einzelne Erzeuger sind oder auch Privatunternehmen (aber nur, wenn die Finanzierung durch Darlehen erfolgt und auf besonderen Beschluß der Gemeinschaft).

Artikel 26

In dem Bestreben, ihre Hilfe wirksam zu gestalten, hat die Gemeinschaft dafür Sorge zu tragen, daß die Verwendung der zugewiesenen Beträge entsprechend der getroffenen Zweckbindung und unter den günstigsten wirtschaftlichen Bedingungen erfolgt.

Protokoll Nr. 5 Artikel 42

Zu diesem Zweck kann die Gemeinschaft im Zusammenwirken mit den assoziierten Staaten — neben den Maßnahmen, die im Rahmen des Internen Finanzabkommens in bezug auf die Vergabe von Aufträgen, Ausgabenbindungen, Zahlungen usw. getroffen werden — alle Maßnahmen ergreifen, die notwendig sind, um eine ordnungsmäßige Verwendung dieser Hilfe zu gewährleisten (siehe auch Artikel 31 Abs. 3).

Artikel 5, 10, 21 und 31 Abs. 2

Außerdem ist der Empfänger der Gemeinschaft für die Verwendung entsprechend der getroffenen Zweckbindung verantwortlich.

Artikel 25

Einer bestmöglichen Verwendung der Gemeinschaftsmittel und der gleichzeitigen Wahrung des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung zwischen Mitgliedstaaten oder assoziierten Staaten dient schließlich die Vorschrift, daß die Beteiligung bei der Vergabe von Aufträgen, bei Ausschreibungen, Geschäftsabschlüssen usw. für Vorhaben, die von der Gemeinschaft finanziert werden, allen natürlichen und juristischen Personen zu gleichen Bedingungen offensteht, welche die Staatszugehörigkeit eines Mitgliedstaates oder eines assoziierten Staates besitzen.

Protokoll Nr. 5 Artikel 41

Die Einfuhren in einen assoziierten Staat, für die ein von der Gemeinschaft finanzierter Liefervertrag geschlossen wurde, werden nicht auf die den Mitgliedstaaten eröffneten Kontingente angerechnet. Außerdem ist in einer zusätzlichen Erklärung vereinbart worden, daß diese Einfuhren von dem betreffenden assoziierten Staat von allen Zöllen und Abgaben mit gleicher Wirkung wie diese Zölle befreit werden.

Artikel 24 Abs. 2

Die Mittel der Gemeinschaft dürfen nicht der Dekkung laufender Ausgaben dienen.

Was die finanzielle Durchführung und die Kontrolle der Hilfe betrifft, so sind innergemeinschaftliche Vorschriften im Internen Finanzabkommen enthalten (Kapitel III und IV).

Internes Finanzabkommen Artikel 18

Ergänzende Bestimmungen werden vom Rat in einer Finanzregelung erlassen werden.

IV. Niederlassungsrecht, Dienstleistungen, Zahlungs- und Kapitalverkehr

Niederlassungsrecht und Dienstleistungen

Das neue Assoziierungsabkommen weist gegenüber der Regelung des Jahres 1957 — Artikel 132 Abs. 5 EWG-Vertrag, Artikel 8, 14, 16 des Durchführungsabkommens, „Richtlinie zur Festlegung der Einzelheiten der schrittweisen Anwendung des Niederlassungsrechts in den überseeischen Ländern und Hoheitsgebieten und den französischen überseeischen Departements" vom 23. November 1959 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 10. Februar 1960) — mehrere Neuerungen auf.

Artikel 31, 32

Zunächst bezieht sich das Assoziierungsabkommen nach Begriffsbestimmungen, die denen des EWG-Vertrags, vgl. Artikel 52 und 60, entsprechen, nicht nur auf das Niederlassungsrecht, sondern auch auf den freien Dienstleistungsverkehr.

Artikel 29 Abs. 3 und 33

Im übrigen enthält das Assoziierungsabkommen sowohl eine Bestimmung über die Rechte der Staatsangehörigen und Gesellschaften (die Gesellschaften werden auf die gleiche Weise definiert wie in Artikel 58 Abs. 2 des EWG-Vertrags und im allgemeinen Programm zur Aufhebung der Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit) der Mitgliedstaaten in den assoziierten Staaten als auch die auf der Grundlage der Gegenseitigkeit geltende Bestimmung, daß diese Rechte in einem assoziierten Staat nur für Staatsangehörige und Gesellschaften eines Mitgliedstaates in Anspruch genommen werden können, der den Staatsangehörigen und Gesellschaften dieses assoziierten Staates für dieselbe Tätigkeit entsprechende Vergünstigungen gewährt.

Artikel 34, 44

Der Assoziationsrat ist zur Durchführung der Artikel 29 bis 33 zur Beschlußfassung befugt, d. h. er kann Vorschriften erlassen, die für die Unterzeichnerstaaten verbindlich sind; diese müssen im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften die erforderlichen Durchführungsmaßnahmen ergreifen.

Artikel 29 Abs. 1, 30

Zugunsten der Staatsangehörigen und Gesellschaften der Mitgliedstaaten (Niederlassung in Richtung Europa—Afrika) ist vorgesehen, daß die Staatsangehörigen und Gesellschaften aller Mitgliedstaaten in den assoziierten Staaten einander gleichzustellen sind. Dieses Ziel muß schrittweise, spätestens aber drei Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens, erreicht werden.

Das genannte Recht der Staatsangehörigen und Gesellschaften der Mitgliedstaaten wird noch durch zwei ergänzende Bestimmungen erweitert. Werden in einem assoziierten Staat die Staatsangehörigen und Gesellschaften eines dritten Staates günstiger behandelt als diejenigen der Mitgliedstaaten, so haben deren Staatsangehörige und Gesellschaften Anspruch auf gleiche Behandlung, es sei denn, es handelte sich um die Behandlung nach einem regionalen Abkommen; letztere Klausel soll verhüten, daß der Abschluß innerafrikanischer Niederlassungsabkommen erschwert wird. Ferner müssen die Maßnahmen, die bereits auf Grund des Vertrages getroffen wurden, weiterhin gegenüber den Staatsangehörigen und Gesellschaften der Mitgliedstaaten Anwendung finden; hierdurch sollen die assoziierten Staaten insbesondere verpflichtet bleiben, die Beseitigung der Diskriminierung nach der Richtlinie vom 23. November 1959 fortzusetzen.

Artikel 29 Abs. 2

Bei diesem Recht der Staatsangehörigen und Gesellschaften aller Mitgliedstaaten auf gleiche Behandlung gibt es jedoch eine Ausnahme. Der Assoziationsrat kann nämlich einen assoziierten Staat für bestimmte Zeit und für eine bestimmte Tätigkeit von dieser Verpflichtung entbinden.

Artikel 29 Abs. 3

Schließlich unterliegt das Recht der Staatsangehörigen und Gesellschaften der Mitgliedstaaten auf Gleichbehandlung der Gegenseitigkeitsklausel, die zum Zuge kommt, wenn der Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörige dieses Recht in Anspruch nehmen, den Staatsangehörigen der assoziierten Staaten kein ähnliches Recht zugesteht (Niederlassung in Richtung Afrika—Europa). Das Niederlassungsrecht in einem assoziierten Staat kann nämlich bei einer bestimmten Tätigkeit für die Staatsangehörigen und Gesellschaften eines Mitgliedstaates entfallen, wenn dieser Mitgliedstaat sich weigert, den Staatsangehörigen und Gesellschaften des betreffenden assoziierten Staates für dieselbe Tätigkeit gleichartige Vergünstigungen zu gewähren.

Zahlungs- und Kapitalverkehr

Artikel 35 bis 38

Mit den übrigen Vorschriften des Titels III betreffend den Zahlungs- und Kapitalverkehr ist beabsichtigt, ähnliche — wenn auch nicht so vollständige — Bestimmungen zu treffen, wie sie auf Grund der Artikel 67 ff. des EWG-Vertrags für die Mitgliedstaaten gelten.

Artikel 35

regelt die laufenden Zahlungen. Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, diese Zahlungen im gleichen Maße zu liberalisieren, wie die Grundgeschäfte auf Grund des Abkommens liberalisiert sind. Sie haben sich außerdem verpflichtet, sich um eine weitergehende Liberalisierung dieser Zahlungen zu bemühen, soweit ihre Wirtschaftslage und der Stand ihrer Zahlungsbilanzen dies zulassen (Anhang II zur Schlußakte). Soweit Frankreich im Rahmen der Währungsorganisation der Franc-Zone sachliche Zuständigkeiten besitzt, tritt es für die Erfüllung der genannten Verpflichtungen an die Stelle der der Zone angehörenden assoziierten Staaten.

Artikel 36

verpflichtet die assoziierten Staaten, während der Laufzeit der Darlehen und Vorschüsse im Sinne des Protokolls Nr. 5 den Schuldnern die Devisen zur Verfügung zu stellen, die für den Zinsen- und Tilgungsdienst sowie für die Rückzahlung der Vorschüsse erforderlich sind.

Gemäß Artikel 37

werden sich die assoziierten Staaten bemühen, keine neuen Devisenbeschränkungen einzuführen oder bestehende Beschränkungen zu verschärfen, welche die Investitionen und die laufenden Zahlungen aus dem sich daraus ergebenden Kapitalverkehr berühren, wenn diese Zahlungen von in den Mitgliedstaaten ansässigen Personen vorgenommen werden. Die assoziierten Staaten sind außerdem verpflichtet, die Staatsangehörigen und Gesellschaften der Mtigliedstaaten hinsichtlich der von ihnen nach Inkraft-

treten des Abkommens durchgeführten Investitionen sowie des sich daraus ergebenden Kapitalverkehrs spätestens ab 1. Januar 1965 auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu behandeln, soweit dies zur Verwirklichung der Ziele des Assoziierungsabkommens erforderlich ist.

V. Die Organe der Assoziation

Das im Assoziierungsabkommen vorgesehene institutionelle System stellt gegenüber der Regelung vom Jahre 1957 eine Neuerung dar. Im Hinblick darauf, daß die assoziierten Staaten unabhängig geworden waren, mußten nämlich paritätische Organe geschaffen werden, die es den Vertragsparteien gestatten, ihren Willen bei völliger Gleichberechtigung zu äußern und ihre Beziehungen gemeinsam zu bestimmen.

Artikel 39

Die Assoziation umfaßt folgende Organe:

— den Assoziationsrat (der vom Assoziationsausschuß unterstützt wird),
— die parlamentarische Konferenz der Assoziation und
— das Schiedsgericht der Assoziation.

Artikel 52

Es wurde davon abgesehen, ein dem Wirtschafts- und Sozialausschuß der EWG entsprechendes Gremium zu schaffen, doch ist der Assoziationsrat befugt, jede Empfehlung auszusprechen, die zur Förderung der Fühlungnahme zwischen der Gemeinschaft und den Vertretern aus den Gruppen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens der assoziierten Staaten geeignet ist.

1. Assoziationsrat und Assoziationsausschuß

Artikel 40

Der Assoziationsrat besteht aus den Mitgliedern des Rates der Gemeinschaft und Mitgliedern der Kommission einerseits und je einem Mitglied der Regierung der assoziierten Staaten andererseits. Jedes Mitglied des Assoziationsrates kann sich bei Verhinderung vertreten lassen, der Vertreter übt sämtliche Rechte des betreffenden Mitglieds aus. Beschlußfähigkeit besteht, wenn die Hälfte der Mitglieder des Rates der Gemeinschaft, ein Mitglied der Kommission und die Hälfte der die Regierungen der assoziierten Staaten vertretenden Mitglieder anwesend sind.

Artikel 41

Der Vorsitz wird abwechselnd von einem Mitglied des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und einem Mitglied der Regierung eines assoziierten Staates wahrgenommen; der Turnus für den Wechsel des Vorsitzes ist in der Geschäftsordnung des Assoziationsrates festzulegen.

Artikel 42

Der Assoziationsrat tritt einmal jährlich zu einer ordentlichen Tagung zusammen; er tritt außerdem nach Maßgabe seiner Geschäftsordnung zusammen, so oft dies erforderlich ist.

Artikel 43

Der Assoziationsrat äußert sich im gegenseitigen Einvernehmen zwischen Gemeinschaft und assoziierten Staaten, d. h. einstimmig; die Gemeinschaft und die assoziierten Staaten bestimmen jeder für sich in internen Protokollen, wie ihre gemeinsame Haltung zustande kommt. Zu diesem Zweck haben die Mitgliedstaaten das „Interne Abkommen über die zur Durchführung des Assoziierungsabkommens zu treffenden Maßnahmen und die dabei anzuwendenden Verfahren" (Internes Durchführungsabkommen) geschlossen.

Artikel 44

In den im Assoziierungsabkommen vorgesehenen Fällen ist der Assoziationsrat befugt, Beschlüsse zu fassen. Hierbei handelt es sich um eine begrenzte Anzahl von Fällen, die hauptsächlich in Artikel 12 Abs. 3 (Festlegung des Verfahrens für die Unterrichtung und Konsultierung), in Artikel 34 (hinsichtlich des Niederlassungsrechts; vgl. die obigen Ausführungen über die Bedeutung dieser Bestimmung) und im Protokoll Nr. 3 (Definition des Begriffs „Erzeugnisse mit Ursprung in ..." oder „Ursprungserzeugnisse"), aber auch an anderer Stelle erfaßt werden vgl. auch Artikel 4 Abs. 2, Artikel 27, Artikel 29 Abs. 2, Artikel 51 Abs. 2 und 5, Artikel 57 Abs. 3 und 4 sowie Protokoll Nr. 2 Artikel 1 Abs. 2). Diese Beschlüsse sind für die Vertragsparteien, welche die internen Durchführungsmaßnahmen ergreifen müssen, völkerrechtlich verbindlich (Absatz 1); die Vertragsparteien sind verpflichtet, ihrerseits die zur Anwendung und Durchführung erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Der Assoziationsrat kann ferner unverbindliche Entschließungen fassen, Empfehlungen aussprechen oder Stellungnahmen abgeben, so oft er dies für erforderlich hält (Absatz 2). Er muß außerdem in regelmäßigen Zeitabständen eine allgemeine Prüfung der Ergebnisse der Assoziation vornehmen (Absatz 3).

Artikel 51 Abs. 1

Zu seiner Zuständigkeit gehört es schließlich, Streitfälle, die sich bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens ergeben, einer ersten Prüfung zu unterziehen.

Artikel 45

Der Assoziationsrat wird bei der Erfüllung seiner Aufgaben von einem Assoziationsausschuß unterstützt, der aus einem Vertreter jedes Mitgliedstaates und einem Vertreter der Kommission einerseits und einem Vertreter jedes assoziierten Staates andererseits besteht.

Artikel 46

Der Vorsitz in diesem Ausschuß wird von dem Vertreter des Staates wahrgenommen, der den Vorsitz im Assoziationsrat innehat.

Artikel 47

In der Praxis dürfte dieser Ausschuß von wichtiger Bedeutung sein, da der Assoziationsrat — außer in Ausnahmefällen — nur einmal im Jahr zusammen-

tritt. Das Abkommen gibt daher dem Assoziationsrat die Möglichkeit, die Zuständigkeit des Ausschusses vor allem im Hinblick darauf festzulegen, daß dieser die für eine einwandfreie Durchführung der Assoziation erforderliche stetige Zusammenarbeit zu gewährleisten hat. Es bietet ferner die Möglichkeit, daß dem Ausschuß erforderlichenfalls ein Teil der Befugnisse des Assoziationsrates übertragen wird.

Artikel 48

Der Ausschuß muß dem Rat über seine Tätigkeit, insbesondere auf den Gebieten, für die ihm ausdrücklich Befugnisse übertragen wurden, Bericht erstatten und hat darüber hinaus das Recht, dem Assoziationsrat jeden zweckdienlichen Vorschlag zu unterbreiten.

Artikel 49

Die Sekretariatsgeschäfte des Assoziationsrates und des Assoziationsausschusses werden auf paritätischer Grundlage nach den vom Assoziationsrat in seiner Geschäftsordnung festzusetzenden Bedingungen wahrgenommen.

2. Die Parlamentarische Konferenz der Assoziation

Artikel 50

Die Parlamentarische Konferenz, die sich paritätisch aus den Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Mitgliedern der Parlamente der assoziierten Staaten zusammensetzt, tritt einmal jährlich zusammen.

Der Assoziationsrat legt ihr einen Tätigkeitsbericht vor. Die Konferenz, die von einem paritätischen Ausschuß vorbereitet wird, verabschiedet Entschließungen auf den Gebieten, die die Assoziation betreffen.

Sie bestellt ihren Präsidenten und ihr Präsidium und gibt sich eine Geschäftsordnung.

Die Einrichtung dieser Konferenz bestätigt die Zusammenarbeit, die auf Veranlassung des Europäischen Parlaments zwischen diesem und den Parlamenten der assoziierten Staaten bereits zustande gekommen ist und bei der Erneuerung der Assoziation eine wichtige Rolle gespielt hat.

3. Das Schiedsgericht der Assoziation

Artikel 51

Das Schiedsgericht der Assoziation ist zuständig für die Regelung aller Streitfälle, die sich bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens zwischen einem Mitgliedstaat, mehreren Mitgliedstaaten oder der Gemeinschaft einerseits und einem oder mehreren assoziierten Staaten andererseits ergeben und im Assoziationsrat nicht gütlich beigelegt werden können. Die Parteien können sich indessen über eine andere Regelung einigen.

Das Schiedsgericht besteht aus fünf Mitgliedern, und zwar einem Präsidenten und vier Richtern, welche alle vom Assoziationsrat ernannt werden. Zwei Richter werden auf Vorschlag des EWG-Rates, die beiden anderen auf Vorschlag der assoziierten Staaten ernannt. Der Assoziationsrat ernennt nach demselben Verfahren vier Stellvertreter für die Richter. Die Mitgliedstaaten haben den assoziierten Staaten mitgeteilt, daß die Gemeinschaft die Ernennung des Präsidenten des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften zum Präsidenten des Schiedsgerichts vorschlagen würde.

Die Schiedssprüche des Schiedsgerichts sind für die am Streit beteiligten Parteien verbindlich; diese müssen die erforderlichen Durchführungsmaßnahmen treffen.

Das Schiedsgericht muß eine Satzung, die der Assoziationsrat auf Vorschlag des Schiedsgerichts festlegt, und eine Verfahrensordnung erhalten, die es selbst festlegt.

Internes Durchführungsabkommen Artikel 7

Es entsprach nicht der Zuständigkeitsverteilung zwischen den an der Assoziation beteiligten Vertragsparteien, dem Schiedsgericht der Assoziation die Befugnis zur Regelung der Streitigkeiten zuzuerkennen, die sich zwischen Mitgliedstaaten, zwischen einem Mitgliedstaat und einem Organ der Gemeinschaft oder zwischen Organen der Gemeinschaft im Zusammenhang mit der Auslegung oder der Durchführung des Assoziierungsabkommens, seiner Protokolle und der Internen Abkommen ergeben. Deshalb erhielt der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften die Zuständigkeit für diese Streitigkeiten.

4. Mittel für die Verwaltungskosten der Assoziationsorgane

Artikel 53

Das Abkommen sieht vor, daß sich die Verwaltungskosten der Organe der Assoziation auf die Vertragsparteien nach Maßgabe des Protokolls Nr. 6 verteilen.

Protokoll Nr. 6 Artikel 1

Die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaft einerseits bzw. die assoziierten Staaten andererseits übernehmen die Kosten, die ihnen auf Grund ihrer Teilnahme (Personal-, Reise-, Aufenthaltskosten, Post- und Fernmeldegebühren ...) an den Tagungen des Assoziationsrates und der von ihm abhängigen Organe entstehen, während die Kosten für die technische Organisation der Tagungen (Vervielfältigung und Übersetzung der Dokumente, Räumlichkeiten, Büromaterial, Amtsdiener ...) von der Gemeinschaft oder von den assoziierten Staaten übernommen werden, je nachdem, ob die Tagungen im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates oder im Hoheitsgebiet eines assoziierten Staates stattfinden.

Protokoll Nr. 6 Art. 2

Entsprechende Bestimmungen gelten für die Kosten der Tagungen der Parlamentarischen Konferenz der Assoziation und des paritätischen Ausschusses.

Protokoll Nr. 6 Art. 3

Die Reise- und Aufenthaltskosten (letztere werden auf zwanzig Rechnungseinheiten für jeden Tag der Tätigkeit festgesetzt) der Mitglieder des Schiedsgerichts werden von der Gemeinschaft und den assoziierten Staaten je zur Hälfte übernommen. Ferner werden die Ausgaben für die technische Organisation der Gerichtssitzungen, die Kanzlei des Schieds-

gerichts und die Untersuchung der Streitfälle von der Gemeinschaft übernommen. Für die Kosten für außerordentliche Untersuchungsmaßnahmen gewähren die Parteien jedoch Vorschüsse nach Maßgabe eines Beschlusses des Schiedsgerichts und seines Präsidenten, der sie anordnet. Sie werden später gleichzeitig mit den Kosten beglichen.

5. Zustandekommen und Durchführung der Beschlüsse des Assoziationsrates und des Assoziationsausschusses in der Gemeinschaft

Die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten einerseits und die assoziierten Staaten in ihrer Gesamtheit andererseits besitzen — wie bereits festgestellt wurde — gemäß Artikel 43 des Abkommens im Assoziationsrat nur je eine Stimme. Jede dieser beiden gemeinsamen Haltungen wird jeweils nach internen Bestimmungen festgelegt. Für die Willensbildung der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten gilt Artikel 1 des Internen Durchführungsabkommens.

Internes Durchführungsabkommen Artikel 1 Abs. 1 Buchstabe a

Zunächst wird der Rat der EWG die gemeinsame Haltung immer einstimmig festlegen; später tritt in gewissem Ausmaß eine Änderung ein. Vom Beginn der dritten Stufe an — d. h. grundsätzlich ab 1966 — wird der Rat die gemeinsame Haltung mit qualifizierter Mehrheit festlegen (EWG-Vertrag Artikel 148), wenn es sich um Beschlüsse, Empfehlungen oder Stellungnahmen des Assoziationsrates handelt, die sich auf Titel I (Warenverkehr) des Abkommens und auf die Protokolle 1, 2 und 4 beziehen.

Internes Durchführungsabkommen Artikel 3

Der von einem Mitgliedstaat oder der Kommission gestellte Antrag auf Konsultation nach Titel I hat automatisch eine Aussprache im Rat der EWG zur Festlegung der Haltung der Gemeinschaft zur Folge (Buchstabe a). Die gemeinsame Haltung entspricht der Haltung des antragstellenden Mitgliedstaates oder der Kommission, es sei denn, daß der Rat mit qualifizierter Mehrheit etwas anderes beschließt. In einem solchen Falle kann der Mitgliedstaat ausnahmsweise ermächtigt werden, dem Assoziationsrat die Gründe für seinen Konsultationsantrag selbst vorzutragen (Buchstabe b).

Internes Durchführungsabkommen Artikel 6

Hat der Assoziationsrat eine Streitigkeit zu prüfen, die nicht zur Zuständigkeit der Gemeinschaft gehört, und wird der Antrag von einem Mitgliedstaat gestellt, so entspricht die Haltung der Gemeinschaft der des betreffenden Mitgliedstaates, es sei denn, daß die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten einstimmig etwas anderes beschließen.

Internes Durchführungsabkommen Artikel 1 Abs. 1

Bei der Vorbereitung der gemeinsamen Willensbildung hat die Kommission ein Vorschlagsrecht im Hinblick auf Artikel 111 ff. des EWG-Vertrags, wenn der Assoziationsrat über Fragen zu befinden hat, die Gegenstand von Titel I des Assoziationsabkommens (Warenverkehr) sind (Buchstabe a). In den anderen Fällen wird die Kommission um ihre Stellungnahme gebeten oder angehört (Buchstaben b und c).

Internes Durchführungsabkommen Artikel 1 Abs. 2

Die Vorschriften über die Ausarbeitung der gemeinsamen Haltung der Gemeinschaft im Assoziationsrat finden auch im Falle der gemeinsamen Haltung der Gemeinschaft im Assoziationsausschuß Anwendung.

Internes Durchführungsabkommen Artikel 2

Beschlüsse und Empfehlungen des Assoziationsrates bedürfen, wenn sie an die Gemeinschaft oder an die Mitgliedstaaten gerichtet sind, zu ihrer Durchführung der Übertragung in die interne Rechtsordnung der Gemeinschaft bzw. der Mitgliedstaaten durch diese selbst. Diesem Erfordernis trägt Artikel 2 Rechnung. Richtet sich ein Beschluß oder eine Empfehlung an die Gemeinschaft, so entscheidet diese mit der gleichen Mehrheit wie bei der Ausarbeitung der gemeinsamen Haltung (Absatz 1); betrifft ein Beschluß oder eine Empfehlung Angelegenheiten, für welche die Mitgliedstaaten zuständig sind, so treffen diese die erforderlichen Durchführungsmaßnahmen (Absatz 2). Diese Bestimmungen gelten auch für die Durchführungen von Beschlüssen und Empfehlungen des Assoziationsausschusses (Absatz 3).

Internes Durchführungsabkommen Artikel 7

Die Vorschrift stellt klar, daß Streitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten, zwischen einem Mitgliedstaat und einem Organ der Gemeinschaft oder zwischen Organen der Gemeinschaft im Zusammenhang mit dem Assoziierungsabkommen dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften nach Maßgabe des EWG-Vertrags und des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofs unterbreitet werden.

Internes Durchführungsabkommen Artikel 8

Dieser Artikel lehnt sich an Artikel 5 Ziff. 1 des Internen Durchführungsabkommens zum Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und Griechenland an. Die Änderungs- und Ergänzungsbefugnis des Rats der EWG ist auf die Verfahrensvorschriften des Internen Durchführungsabkommens selbst beschränkt. Während der nur fünfjährigen Laufzeit des Assoziierungsabkommens muß der Rat die Möglichkeit haben, rechtzeitig auf Grund der gewonnenen Erfahrungen notwendige Änderungen des Verfahrens vorzunehmen. Die dem Assoziierungsabkommen entsprechenden Kompetenzen der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft bleiben davon unberührt. Für die Beschlußfassung des Rates ist Einstimmigkeit erforderlich.

VI. Allgemeine und Schlußbestimmungen

Die Artikel 59, 61 und 58 des Assoziierungsabkommens verdienen noch besondere Aufmerksamkeit.

Artikel 54

Nach dem ersten dürfen Verträge, Übereinkommen, Abkommen oder Vereinbarungen zwischen einem oder mehreren Mitgliedstaaten und einem oder mehreren assoziierten Staaten der Anwedung des Abkommens nicht entgegenstehen.

Internes Durchführungsabkommen Artikel 4

Damit nachgeprüft werden kann, ob diese Vorschrift eingehalten wird, enthält das Interne Abkommen über die zur Durchführung des Abkommens zu treffenden Maßnahmen und die dabei anzuwendenden Verfahren in Artikel 4 für die Mitgliedstaaten die Verpflichtung, diese Verträge, Übereinkommen, Abkommen oder Vereinbarungen, soweit sie sich auf die im Assoziierungsabkommen behandelten Angelegenheiten erstrecken, dem Rat der Gemeinschaft mitzuteilen. Auf Ersuchen eines Mitgliedstaates oder der Kommission kann sodann der Rat über die genannten Übereinkünfte beraten.

Artikel 61

In der Einleitung wurde bereits auf die besondere Lage bestimmter assoziierter Staaten hingewiesen, die auf Grund internationaler Verpflichtungen, die bei Inkrafttreten des Vertrags galten, eine Einfuhr der sogenannten „offenen Tür" praktizieren, welche jede Präferenzbehandlung ausschließt, und daher die in Artikel 3 des Abkommens vorgesehene Gegenseitigkeitsverpflichtung nicht übernehmen konnten; die Gemeinschaft hat sich bereit erklärt, vorläufig gegenüber diesen Staaten ohne Gegenleistung alle Bestimmungen des Assoziierungsabkommens anzuwenden, und zwar insbesondere die Zollsenkung (Artikel 2), die Liberalisierung der Kontingente (Artikel 5) und die Sonderregelung für die Agrarerzeugnisse (Artikel 11); die Lage der vorerwähnten Länder muß jedoch nach drei Jahren überprüft werden.

Artikel 58

Die Bedingungen für den Beitritt eines anderen Staates zur Gemeinschaft und für die Assoziierung eines anderen Staates mit der Gemeinschaft werden in Artikel 58 geregelt, wonach der Assoziationsrat lediglich über jeden Antrag auf Beitritt oder Assoziierung unterrichtet wird (Absatz 1). Stellt jedoch ein Staat, dessen Wirtschaftsstruktur und Produktion mit denen der assoziierten Staaten vergleichbar sind, einen Antrag auf Assoziierung mit der Gemeinschaft, so wird dieser Antrag außerdem nach einer ersten Prüfung durch die Gemeinschaft dem Assoziationsrat vorgelegt, und es finden hierüber im Assoziationsrat Konsultationen statt (Absatz 2). Führen die Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und einem solchen Staat zum Abschluß eines Abkommens über eine Assoziierung mit der Gemeinschaft, so kann in diesem Abkommen der Beitritt dieses Staates zum Assoziierungsabkommen vorgesehen werden; die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten können hierüber beschließen, ohne erneut die Stellungnahme der assoziierten Staaten einholen zu müssen; der neue assoziierte Staat hat dann die gleichen Rechte und Pflichten (vorbehaltlich etwaiger Fristen) wie die assoziierten Staaten, die das Assoziierungsabkommen ursprünglich unterzeichnet haben. Durch einen solchen Beitritt zum Assoziierungsabkommen darf jedoch der Betrag von 730 Millionen Rechnungseinheiten, der den achtzehn assoziierten Unterzeichnerstaaten auf Grund der Bestimmungen über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zugute kommt, nicht beeinträchtigt werden (Absatz 3).

Bei der Unterzeichnung des Abkommens am 20. Juli in Jaunde wurde eine Absichtserklärung betreffend die dritten Länder abgegeben, die hinsichtlich ihrer Wirtschaftsstruktur und Produktion mit den assoziierten Staaten vergleichbar sind.

Durch diese Erklärung wird der offene Charakter des Abkommens betont; die Bedeutung des innerafrikanischen Handels wird hervorgehoben. Voraussetzung für die dritten Ländern in Aussicht gestellten Möglichkeiten einer Verbindung mit der Gemeinschaft sind auch freundschaftliche Beziehungen zu allen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft. Durch die in der Absichtserklärung zum Ausdruck gekommene Bereitschaft zu wohlwollender Prüfung eines Beitrittsantrages erhält der Inhalt des Artikels 58 eine besondere Betonung. Bei den Assoziierungsabkommen mit gegenseitigen Rechten und Pflichten ist an Artikel 238 des EWG-Vertrages gedacht. Für Staaten, die dem Abkommen weder beitreten noch sich mit der Gemeinschaft assoziieren wollen, wird der Abschluß von Handelsabkommen in Aussicht gestellt.

Die Schlußbestimmungen betreffen den geographischen Anwendungsbereich und die Geltungsdauer des Assoziierungsabkommens.

Artikel 55

Es gilt für die europäischen Hoheitsgebiete der Mitgliedstaaten (einschließlich Berlins, vgl. Anhang X zur Schlußakte) einerseits und für die Hoheitsgebiete der assoziierten Staaten andererseits (hierzu sei bemerkt, daß das Abkommen auch für bestimmte Gebiete gilt, die mit Erlangung der Unabhängigkeit von Somalia und Kamerun oder danach diesen Staaten angeschlossen wurden); außerdem gilt Titel I des Abkommens (Warenverkehr) für die Beziehungen zwischen den assoziierten Staaten und den französischen überseeischen Departements.

Artikel 57

Das Inkrafttreten des Abkommens hängt von seinem Abschluß durch die Gemeinschaft, seiner Ratifikation durch die sechs Mitgliedstaaten und seiner Ratifikation durch mindestens fünfzehn assoziierte Staaten ab (Absatz 1). Ist diese dreifache Bedingung erfüllt und hat ein assoziierter Staat das Abkommen nicht ratifiziert, so kann er die Ratifikation innerhalb einer Frist von zwölf Monaten, die auf Antrag gegebenenfalls sogar auf achtzehn Monate verlängert werden kann, vornehmen (Absatz 2). Ein Staat, der die Ratifikation in dieser Weise vornimmt, erkennt die Gültigkeit aller Beschlüsse an, die zwischen dem Inkrafttreten des Abkommens und dem Zeitpunkt, von dem an das Abkommen auf ihn Anwendung findet, von den Assoziierungsorganen gefaßt worden sind, und verpflichtet sich zu ihrer Durchführung (Absatz 3); während dieses ganzen Zeitraums kann der betreffende Staat außerdem Beobachter zu den Sitzungen der Assoziationsorgane entsenden (Absatz 4).

Artikel 59

Das Assoziierungsabkommen wird für eine Dauer von fünf Jahren vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an geschlossen.

Artikel 62

Es kann von der Gemeinschaft gegenüber jedem assoziierten Staat und von jedem assoziierten Staat gegenüber der Gemeinschaft unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden.

Artikel 60

Ein Jahr vor Ablauf des Abkommens prüfen die Vertragsparteien die Bestimmungen, die für einen weiteren Zeitraum vorgesehen werden könnten. Der Assoziationsrat trifft gegebenenfalls die bis zum Inkrafttreten eines neuen Abkommens erforderlichen Übergangsmaßnahmen.

Artikel 56, 63, 64

Weitere Bestimmungen betreffen schließlich das Verfahren für den Abschluß des Abkommens durch die Gemeinschaft, die dem Abkommen beigefügten Protokolle, die Sprachen, in denen das Abkommen abgefaßt wird, und die Hinterlegung des Abkommens.